

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS †
THEODOR ESCHENBURG UND HELMUT KRAUSNICK

AUS DEM INHALT

HELLMUTH AUERBACH

Hitlers politische Lehrjahre und die
Münchener Gesellschaft 1919–1923

PETER WULF

Die Auseinandersetzungen um die Sozialisierung
der Kohle in Deutschland 1920/21

UDO WENGST

Unternehmerverbände und Gewerkschaften in
Deutschland im Jahre 1930

DOKUMENTATION

Polnische Juden in der amerikanischen
Besatzungszone Deutschlands 1946/1947

BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS †, THEODOR ESCHENBURG und HELMUT KRAUSNICK

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher,
Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml

Geschäftsführung: Hellmuth Auerbach

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b
Tel. 0 89/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Hellmuth Auerbach* Hitlers politische Lehrjahre und die
Münchener Gesellschaft 1919–1923 1
- Peter Wulf* Die Auseinandersetzungen um die
Sozialisierung der Kohle in
Deutschland 1920/1921 46
- Udo Wengst* Unternehmerverbände und Gewerk-
schaften in Deutschland im Jahre 1930 99

DOKUMENTATION

- Polnische Juden in der amerikanischen Besatzungszone
Deutschlands 1946/47 (*Wolfgang Jacobmeyer*) 120

BIBLIOGRAPHIE 1

- Bibliographie zur Zeitgeschichte, Jahrgang 23–24 (1975–1976) . Beilage
Verfasser- und Sachtitelregister, Jahrgang 23–24 (1975–1976) . Beilage
Inhaltsverzeichnis 24. Jahrgang 1976 Beilage

*Diesem Heft liegen zwei Prospekte bei der Verlage
Wilhelm Fink, München und Weltforum Verlag, München.
Wir bitten um Beachtung.*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 2151-1.
Preis des Einzelheftes DM 14.– = sfr. 16.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-
ment (4 Hefte) DM 42.– = sfr. 50.40, zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im
Abonnement jährlich DM 34.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten,
die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement
beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 67.60; für Stu-
denten DM 59.60 (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Geneh-
migung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-
Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M.,
Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmen-
abkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der
Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser
dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen
zu erteilen.

Druck: Georg Appl, Wemding/Schwaben

Jahrgang 25 (1977), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1977_1.pdf

VfZ-Recherche: <http://vfz.ifz-muenchen.de>

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

25. Jahrgang 1977

Heft 1

HELLMUTH AUERBACH

HITLERS POLITISCHE LEHRJAHRE UND DIE MÜNCHENER GESELLSCHAFT 1919-1923

Versuch einer Bilanz anhand der neueren Forschung*

Über Adolf Hitler ist wohl selten so viel geschrieben worden, wie gerade in den letzten sechs Jahren. Mit kurzem Abstand erschienen in der Bundesrepublik zwei neue, groß angelegte Biographien, die gleich eine ganze „Hitler-Welle“ auslösten. Ob diese Welle populärer Beschäftigung mit dem ehemaligen „Führer des deutschen Volkes“ allerdings auch die *Hitler-Forschung* sehr bereichert hat, muß in Frage gestellt werden. Zumindest die beiden großen Biographien haben eher Anstöße gegeben als Neues beigetragen. Die eine¹ faßt alles bisher Bekannte auf eine bewundernswert elegante Weise zu einem voluminös-grandiosen Gemälde zusammen; der Autor der anderen² beschränkt sich auf die Ausbreitung der eigenen Recherchen, ohne von der bisherigen Forschung viel Aufhebens zu machen – und wirft damit mehr Fragen auf als er beantwortet. Beide Biographien konzentrieren sich zudem allzu sehr auf die Person Hitlers, womit wesentliche Voraussetzungen seines Wirkens und seiner Wirkung außer acht bleiben.

* Stark überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags, der (März 1974) im Deutschen Historischen Institut/Paris, danach an verschiedenen französischen Universitäten und (Januar 1976) im Historischen Verein von Oberbayern in München gehalten wurde.

¹ Joachim C. Fest, *Hitler, Eine Biographie*, Frankfurt a. M./Berlin (Verlag Ullstein) 1973; vgl. dazu Hermann Graml, *Probleme einer Hitler-Biographie, Kritische Bemerkungen zu Joachim C. Fest*, in dieser Zeitschrift 22 (1974), S. 76–92. Fests an sich ausgezeichnete Biographie abstrahiert bedauerlicherweise die Persönlichkeit Hitlers zu stark von seiner Umwelt; die meditativen Zwischenbetrachtungen können die konkrete Einordnung in das politische Geschehen nur schwach ersetzen.

Dieses Problem ist in der älteren Biographie von Alan Bullock (*Hitler, Eine Studie über Tyrannei*) besser gelöst. Die 1971 erschienene deutsche „vollständig überarbeitete Neuauflage“ dieses Buches fußt allerdings auf der englischen Ausgabe von 1964 und berücksichtigt zumindest für die in diesem Aufsatz behandelte Periode, die seitdem erschienene Literatur leider nicht mehr.

² Werner Maser, *Adolf Hitler, Legende, Mythos, Wirklichkeit*, München/Eßlingen (Beckte Vlg.) 1971, 5. neu bearb. u. erg. Aufl. 1973. Das Buch bietet eigentlich nur Bruchstücke einer Biographie, denn der gesamte politische Lebensweg Hitlers wird lediglich in einer dünnen Zeittafel von 12 Seiten dargestellt. Erst die 5. Auflage ist durch ein summarisches Kapitel „Der Politiker“ ergänzt worden.

Von größerem Interesse für die Forschung sind im Vergleich damit die in den USA unternommenen Versuche, dem Phänomen Hitler mit der psychoanalytischen Methode beizukommen. Allerdings besteht hier die große Gefahr eines Abgleitens ins Spekulative, denn die für eine psychologische Untersuchung der personalen Entwicklungsgeschichte notwendigen Lebensdaten und -fakten sind gerade im Falle des jungen Hitler besonders dürftig überliefert. In Ermangelung objektiver zuverlässiger Quellen stützen sich die Analysen deshalb vielfach in einem solchen Maße auf Hitlers eigene Äußerungen, daß ihre Ergebnisse der historischen Kritik nur bedingt standhalten³.

Den Historiker interessieren auch weniger Hitlers Kindheitsgeschichte und sein Verhältnis zu seiner Mutter als vielmehr die Jahre seiner geistigen und politischen Formation und die Einflüsse seiner Umwelt bei diesem Prozeß. Die Periode zwischen seinem 20. und seinem 35. Lebensjahr, also zwischen 1909 und 1924, ist die entscheidende, der das Hauptaugenmerk zu gelten hätte⁴.

Unabhängig von der „Hitler-Welle“ ist nun die historische Erforschung der politischen Umwelt Hitlers, besonders der Zwanziger Jahre, in letzter Zeit stark vorangetrieben worden; eine Reihe wichtiger Einzelstudien⁵ befaßt sich speziell

³ Als bisher wichtigste Veröffentlichung dieser psycho-historischen Richtung muß genannt werden: Rudolph Binion, *Hitler among the Germans*, New York/Oxford/Amsterdam (Vlg. Elsevier) 1976. Binion bietet eine plausible psychoanalytische Ableitung der beiden Hauptkomponenten des Hitlerschen Programms für die Wiederaufrichtung eines deutschen Imperiums: Vernichtung der Juden und Eroberung von „Lebensraum“. Als auslösenden Faktor für Hitlers Weg in die Politik und dessen Zielsetzung sieht er Hitlers traumatische Halluzinationen im Lazarett in Pasewalk während seiner zeitweisen Erblindung infolge Gasvergiftung. Nach diesem Erweckungserlebnis sei Hitler ein anderer Mensch geworden. Als Beweise dafür kann Binion aber nur Hitlers eigene Äußerungen anführen; auch ist die Darlegung der ideologischen Programmatik m. E. nicht genügend historisch differenziert, wenn ununterschieden und unchronologisch aus Reden der Jahre 1920 bis 1924 und „Mein Kampf“ zitiert wird. Hitlers Auftreten in der Öffentlichkeit wird leider nur insoweit in die Untersuchung mit einbezogen, als für die Wirkung seiner Propaganda von Belang.

Binions These macht sich auch die populäre, anhand der gesamten Sekundärliteratur und zahlreicher Interviews geschriebene, aber unkritische und Hitler gänzlich isoliert betrachtende Biographie von John Toland, *Adolf Hitler*, Garden City, N. Y., 1976, zu eigen. Dieses umfangreiche Buch bietet die meisten Details aus Hitlers Privatleben, die bisher zusammengesucht worden sind.

Die Biographie von Robert Payne, *The Life and Death of Adolf Hitler*, New York (Praeger Publ.) 1973, enthält so viele Phantastereien (z. B. über einen England-Aufenthalt Hitlers 1912/13), daß sie wissenschaftlich völlig indiskutabel ist.

Die neue Studie des Psychohistorikers Robert G. L. Waite, *The psychopathic god Adolf Hitler*, New York 1976, lag bei Drucklegung dieses Aufsatzes noch nicht vor.

⁴ Darauf hat Karl-Dietrich Bracher kürzlich mit Recht sehr betont hingewiesen; vgl. K. D. Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen, Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, München 1976, S. 94 ff.

⁵ Vorweg seien vor allem genannt: Hans Fenske, *Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918*, Bad Homburg v. d. H. (Vlg. Gehlen) 1969; Horst G. W. Nußer, *Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933*, mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870–1941, Bd. I (Text) u. II (Dokumentaranhang, Quellen-

mit der nationalen Bewegung der ersten Nachkriegszeit, den Anfangsjahren der NSDAP und Hitlers Aufstieg in der Partei. Dank dieser und anderer Arbeiten zur bayerischen Geschichte haben wir heute ein sehr viel besseres Bild von dem, was in und nach der Revolution 1918/19 in Bayern politisch vor sich ging. Die Politik in Regierung und Landtag, wie sie in die historischen Handbücher Eingang gefunden hat⁶, war ja nur eine Seite des Geschehens im damaligen Bayern und München. Von mindestens gleichgewichtiger Bedeutung, ja für die spätere Entwicklung noch entscheidender, war die sich außerhalb des offiziellen Rahmens abspielende Politik der nationalen Verbände. Nur in einem solchen, von irrationalen Nostalgien und Fanatismen geschwängerten, obskuren politischen Klima konnte auch eine Partei wie die NSDAP gedeihen und ein Mann wie Hitler Politiker werden.

Die Aufhellung dieser zweiten politischen Bühne in Bayern trägt Wesentliches zur Ergänzung der Biographie Hitlers bei und erlaubt es vor allem, eine Frage besser zu beantworten, die unseres Erachtens zu den Grundfragen der Lebensgeschichte dieses Mannes gehört: Wie war es möglich, daß dieser völlig unbekannte kleine Gefreite binnen weniger Jahre an der Spitze einer nationalen Bewegung neben dem berühmten General Ludendorff stand? Welches waren die Umstände und Bedingungen, unter denen sich sein Aufstieg vollzog? Wie war sein Verhältnis zu der Gesellschaft, in der und mit der er lebte, und wie reagierte diese auf ihn?

Hitlers politische Anfänge in München sind seit den Forschungen Ernst Deuer-

n. Literaturverzeichnis), München (Nusser Vlg.) 1973; Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus, Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923, Hamburg (Leibniz-Vlg.) 1970; Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933), Düsseldorf (Droste Vlg.) 1972; Albrecht Tyrell, Vom 'Trommler' zum 'Führer', Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München (Wilh. Fink Vlg.) 1975; Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M./Berlin (Vlg. Ullstein) 1975. Schulz behandelt innerhalb seiner weit ausholenden Darstellung des Nationalsozialismus und dessen geistiger und politischer Vorgeschichte die ersten Jahre des Aufstiegs der Partei 1919–1923 nur kurz.

Die Vor- und Frühgeschichte des Nationalsozialismus ist weiterhin ein Gegenstand intensiver Forschung. Größere Arbeiten zum Gesamtkomplex sind in absehbarer Zeit zu erwarten von Charles Sidman/University of Kansas (Nationalsozialismus und Völkische Bewegung, Die Jahre der Entfaltung, in Vorb. bei Duncker u. Humblot, Berlin), Reginald H. Phelps/Harvard-University (Bayern zwischen 1916 und 1924) und Ellic Howe/London (Philipp Stauff und der Germanenorden); auf weitere im Gang befindliche Arbeiten zu Einzelthemen soll im Laufe dieses Aufsatzes hingewiesen werden.

- ⁶ So werden von Albert Schwarz im Handbuch der bayerischen Geschichte, IV. Band: Das neue Bayern 1800–1970, München (Vlg. C. H. Beck) 1974, Seite 387 ff.: Die Zeit von 1918 bis 1933, die nationalen Verbände in Bayern wohl mehrfach erwähnt, aber nicht genauer analysiert, die „nationalistischen Umrtriebe“ (S. 458) bagatellisiert und das innenpolitische Gewicht der Einwohnerwehren kaum berücksichtigt; Röhm wird anlässlich der Schilderung des Prozesses im Jahre 1924 erstmals genannt. Dies obwohl Ernst Deuerlein schon 1962 in der Einleitung zu seiner Dokumentation des Hitlerputsches deutlich auf die Gleichgewichtigkeit der beiden Bereiche der Politik im damaligen Bayern hingewiesen hat.

leins⁷ gut bekannt, so daß sie hier nur kurz skizziert zu werden brauchen. Der inzwischen fast 30jährige berufslose Österreicher blieb auch nach Kriegsende beim deutschen Militär. Als Soldat waren ihm Unterkunft und Verpflegung sicher und er wußte, woran er sich zu halten hatte. Seine erste verbürgte politische Tätigkeit bestand in Spitzeldiensten für eine nach der Niederwerfung der Räteregierung in München eingesetzte militärische Untersuchungskommission. Er hatte als „Vigilant“ Kommunisten oder anderen Sympathisanten nachzuspüren, die sich dem Räteregime angeschlossen hatten und nun untertauchen wollten. Behauptungen, er selbst habe sich Anfang 1919 zur Sozialdemokratie bekannt⁸, können heute wohl kaum noch nachgeprüft werden. Die Vigilantendienste erledigte Hitler offensichtlich zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten, denn er wurde bald darauf zu einem „Aufklärungskurs“ für staatspolitisches Denken in nationalem Geiste geschickt. Dort fiel er durch eifriges Diskutieren auf⁹, wurde im Sommer 1919 selbst als „V-Mann“ zu einem Aufklärungskommando abgestellt und bekam dabei im Soldatenlager Lechfeld Gelegenheit, sich im Reden zu üben. Sowohl bei dem „Aufklärungskurs“ in München wie während seiner Tätigkeit in Lechfeld wurde er mit politischen Vorstellungen deutschnationaler bis alldeutscher und antisemitischer Richtung stärker vertraut, die er zumindest ansatzweise schon in seiner Wiener Zeit¹⁰ übernommen und auch während des Krieges gegenüber Kameraden vertreten hatte¹¹. Die Erfahrungen in Pasewalk, Berlin und München 1918/19 hatten –

⁷ Es ist hier durchaus der Platz, noch einmal generell die Verdienste dieses leider so früh verstorbenen Historikers um die Hitlerforschung hervorzuheben; vor allem die drei grundlegenden Dokumentationen: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in dieser Zeitschrift 7 (1959), S. 177–227; Der Hitler-Putsch, Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, eingel. u. hrsg. von Ernst Deuerlein, Stuttgart 1962; Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, hrsg. u. eingel. von Ernst Deuerlein, Düsseldorf 1968 (auch dtv-Taschenbuch Nr. 1040); und Ernst Deuerlein, Hitler, Eine politische Biographie, München 1969 (List Taschenbuch Nr. 349), ist zumindest für die frühe Zeit Hitlers auch heute noch die beste biographische Darstellung!

⁸ Vgl. Ernst Toller, Eine Jugend in Deutschland, Hamburg 1963 (Rowohlt Taschenbuch 583), S. 148, und Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 30.

⁹ Vgl. die Schilderung bei Karl Alexander v. Müller, Mars und Venus, Erinnerungen 1914 bis 1919, Stuttgart 1954, S. 338 f.

¹⁰ Vgl. Deuerlein, Hitler (Anm. 7), S. 23 ff.; Fest, Hitler (Anm. 1), S. 65 ff.; am ausführlichsten dargestellt bei William A. Jenks, Vienna and the Young Hitler, New York (Columbia Univ. Press) 1960; zweifellos wurde Hitler während seiner Wiener Zeit stark von den deutschnationalen, antikatholischen und (im rassistischen Sinne) antisemitischen Ideen der Schönerer-Bewegung beeinflusst; vgl. darüber jetzt die neue große Arbeit von Andrew G. White, The Socialism of Fools, Georg Ritter von Schönerer and Austrian Pan-Germanism, Berkeley (Univ. of California Press) 1975.

¹¹ Vgl. Fest, Hitler, S. 105 f. Auch wenn man mit Binion den Beginn von Hitlers Judenhaß in seinem angeblichen politischen Erweckungserlebnis im Pasewalker Lazarett sieht, so muß er doch vorher schon antisemitisches Gedankengut in sich aufgenommen haben, das nun zum offenen Ausbruch kam. Der Fanatismus, der Hitler von nun an auszeichnete, hat aber möglicherweise in Pasewalk seinen Ursprung.

In der von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn vorbereiteten (und voraussichtlich 1978 im Rah-

ob nun durch ein halluzinatorisches Erweckungserlebnis ausgelöst oder nicht¹² – auf jeden Fall sein politisches Interesse verstärkt. Die tiefe Enttäuschung und Bitterkeit über den verlorenen Krieg und die Revolution machten ihn für nationalistische, antikommunistische und antisemitische Parolen in besonderem Maße zugänglich. Er sog sie wie ein Schwamm in sich auf und reproduzierte sie bei jeder Gelegenheit.

Während des Sommers 1919 genoß Hitler somit erstmals so etwas wie eine systematische politische „Schulung“. Man sollte diesen Ausgangspunkt seiner politischen Laufbahn nicht unterschätzen. Hier wurde ihm auch die Bedeutung politischer Propaganda und „Aufklärung“ nahegebracht. Besonderen Eindruck machten offensichtlich die Vorträge von Gottfried Feder auf ihn; sie boten seinem Antisemitismus einen konkreten finanzpolitischen Ansatzpunkt. Sicher las er sehr bald Feders Kampfschrift „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“¹³. Jedenfalls kommen die Federschen Auffassungen und ein betont rassistischer Antisemitismus schon in dem ersten politischen Dokument zum Ausdruck, das wir von Hitler kennen: der Beantwortung einer brieflichen Anfrage zum Judenproblem¹⁴, um die ihn sein Vorgesetzter, der Leiter der Nachrichten- und Aufklärungsabteilung des Gruppenkommandos IV (München), Hauptmann Karl Mayr, gebeten hatte. Mayr fand großen Gefallen an Hitler und betraute ihn mit Sonderaufgaben; auch der Brief über das Judenproblem brachte Hitler Anerkennung ein.

Wenige Tage vorher, am 12. September, hatte ihn Mayr beauftragt, als V-Mann eine Versammlung der Deutschen Arbeiter-Partei zu besuchen. Diese Partei war im Januar 1919 von dem Werkzeugschlosser Anton Drexler¹⁵ mit starker Förderung seitens alldeutsch und völkisch gesinnter Mitglieder der Thule-Gesellschaft

men der Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte erscheinenden) Edition: Adolf Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen bis 1924, werden drei Vorträge und ein Diskussionsbeitrag Hitlers im Lager Lechfeld im August 1919 nachgewiesen.

- ¹² Vgl. Binion (Anm. 3). Demgegenüber muß aber betont werden, daß die Idee, die Juden seien Schuld an Deutschlands Niederlage, ja nicht erst von Hitler entwickelt worden ist. Vor ihm schrieben das Eckart, Feder und andere.
- ¹³ Der Ingenieur und Bauunternehmer Gottfried Feder veröffentlichte seine antisemitischen und antikapitalistischen Parolen zur Rettung des Mittelstands, die damals in weiten Kreisen desselben Widerhall fanden, im Frühjahr 1919 fast gleichzeitig in Dietrich Eckarts Hetzblättchen „Auf gut deutsch“ und in den renommierten „Süddeutschen Monatsheften“. Zu Feders Vorstellungen siehe Fenske (Anm. 5), S. 287 ff. Über Feder ist eine Dissertation von Manfred Riebe/Nürnberg zu erwarten.
- ¹⁴ Siehe Brief Hitlers an Adolf Gemlich vom 16. 9. 1919, abgedruckt in der Dokumentation E. Deuerleins in dieser Zeitschrift (vgl. Anm. 7), S. 203 ff. Dort, S. 178 f., auch nähere Angaben über Karl Mayr.
- ¹⁵ Über Drexler vgl. Reginald H. Phelps, Anton Drexler – Der Gründer der NSDAP, in: Deutsche Rundschau 87 (1961), S. 1134–1143; Werner Maser, Der Sturm auf die Republik, Frühgeschichte der NSDAP, Stuttgart (Dt. Verlags-Anstalt) 1973, S. 141 ff. Den in seinem Besitz befindlichen Nachlaß Drexlers konnte Deuerlein leider nicht mehr für eine Veröffentlichung auswerten, einzelne Passagen daraus in: Der Aufstieg der NSDAP (s. Anm. 7), S. 56 ff.

gegründet worden, um unter der Arbeiterschaft für den völkischen Gedanken zu werben.

München war schon während des Ersten Weltkrieges ein Hauptagitationszentrum der sich im Kampf gegen die Politik Bethmann Hollwegs und seiner Nachfolger ständig steigenden nationalistischen und alldutschen Bewegung geworden; im Verein damit wurde es dies sehr bald auch für den völkischen Antisemitismus.

Paul Nikolaus Cossmann hatte die von ihm herausgegebenen angesehenen und einflußreichen „Süddeutschen Monatshefte“ ganz in den Dienst der „nationalen Sache“ gestellt¹⁶, was sich in einer zunehmend illusionistischer werdenden Schwarz-Weiß-Zeichnung des politischen und militärischen Geschehens äußerte, die man als nationale „Aufklärung“ bezeichnete. Trotz der jüdischen Abkunft ihres Herausgebers war die Zeitschrift auch von einem latenten Antisemitismus durchzogen¹⁷. Angesichts dieser Haltung seit Kriegsbeginn war es für Cossmann selbstverständlich, daß er in den Monatsheften Politik und Kriegsziele des Alldutschen Verbandes¹⁸ und der Deutschen Vaterlandspartei¹⁹ unterstützte.

In noch weit stärkerem Maße tat dies der Verleger Julius F. Lehmann²⁰, der 1897 die Münchener Ortsgruppe des Alldutschen Verbandes mitbegründet hatte und als Mitglied des Deutschen Schulvereins schon vor dem Krieg ein großer Förderer der nationalen Belange im Ausland gewesen war. Er verdiente viel Geld mit

¹⁶ Dazu ausführlich die Arbeit von Wolfram Selig, Paul Nikolaus Cossmann und die Süddeutschen Monatshefte von 1914–1918, Ein Beitrag zur Geschichte der nationalen Publizistik im Ersten Weltkrieg (Dialogos, Zeitung u. Leben, N. F., Bd. 3), Osnabrück (Vlg. A. Fromm) 1967.

¹⁷ Vgl. Selig, S. 66 ff. und Fenske (s. Anm. 5), S. 292 ff.

¹⁸ Neben der allgemeinen Darstellung von Alfred Kruck, Geschichte des Alldutschen Verbandes 1890–1939, Wiesbaden 1954, jetzt die sehr viel konkretere, auf breiterer Quellenbasis erarbeitete Dissertation von Brewster S. Chamberlin, The Enemy on the Right, The Alldutsche Verband in the Weimar Republic, Ann Arbor, Mich. (Univ. Microfilms Xerox Co.) 1973.

¹⁹ Vgl. Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Sammlungspolitik 1897–1918, Köln (Vlg. Kiepenheuer & Witsch) 1970, S. 497 ff. Von Stegmann ist in Kürze eine größere Monographie über diese Partei zu erwarten.

²⁰ Eine kritische Untersuchung der politischen Tätigkeit Julius F. Lehmanns wäre sehr zu wünschen, wird aber kaum durchführbar sein, solange der Verlag besteht und den Nachlaß des Gründers besitzt. Einen kleinen Einblick bietet Melanie Lehmann (Hrsg.), Verleger J. F. Lehmann, Ein Leben im Kampf für Deutschland, Lebenslauf und Briefe, München 1935, und die Gedenkaufsätze in: Deutschlands Erneuerung 19 (1935), Heft 5. Zur Verlagspolitik Gary D. Stark, Der Verleger als Kulturunternehmer: Der J. F. Lehmanns Verlag und Rassenkunde in der Weimarer Republik, in: Archiv f. Gesch. d. Buchwesens 16 (1976), Sp. 291–318; vgl. auch Lohalm (s. Anm. 5), S. 48, und Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft (Marburg. Abh. z. Polit. Wiss., Bd. 20), Meisenheim a. Glan (Vlg. Anton Hain) 1970, S. 176 f.; Hans Jürgen Luthöft, Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920–1940 (Kieler Histor. Studien, Bd. 14), Stuttgart (E. Klett Vlg.) 1971, S. 30 ff. u. öfters (z. Pflege des nordischen Schrifttums durch den Verlag).

der Produktion medizinischer Fachbücher, das er dann in die nationale Propaganda steckte. Der Verlag J. F. Lehmann gab während und nach dem Kriege zahllose nationalistische, völkische und antisemitische Flugschriften und Bücher heraus, wobei erstere sehr billig oder gar kostenlos von den nationalen Verbänden unters Volk gebracht wurden. Ab 1917 erschien im Verlag J. F. Lehmann die Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“, eine radikal völkisch eingestellte „Monatsschrift für das deutsche Volk“, zu deren Herausgebern der (damals allerdings schon schwerkranke) Rassentheoretiker Houston Stewart Chamberlain²¹, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Heinrich Claß, und etliche Professoren gehörten, darunter die Historiker Georg von Below und Dietrich Schäfer. Das Haus des Verlegers Lehmann bei Großhesselohe war in den Kriegs- und Nachkriegsjahren ein Treffpunkt vieler alldeutsch und völkisch Gesinnter.

Für die betont antisemitischen Schriften wurde am 1. April 1919 eigens der „Deutsche Volksverlag“ gegründet und einem bisherigen Mitarbeiter Lehmanns, Ernst Boepple, übertragen. Boepple wurde bald Mitglied der DAP und bei ihm erschien Drexlers Programmschrift „Mein politisches Erwachen“²².

Ein anderer führender Kopf der alldeutschen Bewegung in München war der Universitätsprofessor Max von Gruber²³, Vorstand des Hygienischen Instituts. Als Gründungsmitglied und Erster Vorsitzender des im Juli 1916 gebildeten „Volksausschusses für die rasche Niederkämpfung Englands“ stand Gruber an der Spitze der Delegation, die am 5. August 1916 dem bayerischen König Ludwig III. eine

²¹ Eine befriedigende Arbeit über die politische Wirkung Houston Stewart Chamberlains fehlt bisher leider, es ist zu hoffen, daß die bei Prof. Fritz Stern (Columbia Univ., New York) in Arbeit befindliche Dissertation von Geoffrey G. Field über Chamberlain und den Bayreuther Kreis diese Lücke schließt; vgl. die kurze Skizze von Gerd-Klaus Kaltenbrunner in: *Propheten des Nationalismus*, hrsg. von Karl Schwedhelm, München (List Vlg.) 1969, S. 105 bis 123. Die Darstellung bei Winfried Schüler, *Der Bayreuther Kreis von seiner Entstehung bis zum Ausgang der Wilhelminischen Ära, Wagnerkult und Kulturreform im Geiste völkischer Weltanschauung*, Münster (Vlg. Aschendorff) 1971, S. 112–127 und 252–267, geht auf die politischen Folgen leider kaum ein; nur sehr knapp auch E. J. Young, Gobineau und der Rassismus, *Eine Kritik der anthropologischen Geschichtstheorie* (Archiv f. vergl. Kulturwiss., Bd. 4), Meisenheim a. Glan (Vlg. A. Hain) 1968, S. 242 ff., 307 ff.

²² Mitteilungen von Frau Else Boepple, die mir freundlicherweise Herr Dr. Wiesemann zur Verfügung stellte; vgl. Falk Wiesemann, *Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933* (Beitr. z. ein. histor. Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 12), Berlin (Duncker & Humblot) 1975, S. 70.

²³ Gruber, geb. 1853, wurde 1902 aus Wien nach München berufen und stand wohl auch schon der Schönerer-Bewegung nahe. 1903 Mitglied, bald danach Vorsitzender des Bayerischen Wohnungsvereins, wurde er „Führer einer Gartenstadtbewegung für München“ (K. A. v. Müller); schon vor dem Kriege hatte er ein Buch über „Fortpflanzung, Vererbung und Rassenhygiene“ veröffentlicht und wandte sich in den Zwanziger Jahren zusammen mit J. F. Lehmann Fragen der Eugenik zu (vgl. dazu G. D. Stark [Anm. 20], Sp. 297 f.); 1923 wurde er zum Präsidenten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Vgl. die Schilderung seiner Persönlichkeit bei Karl Alexander v. Müller, *Im Wandel einer Welt, Erinnerungen* Bd. 3, 1919–1932, hrsg. v. Otto A. v. Müller, München 1966, S. 245–251. Auch Grubers politisches Wirken wäre eine eingehendere Darstellung wert.

Denkschrift überreichte, die weitgehende Annexionen durch Deutschland, den unbeschränkten U-Bootkrieg und damit die Ablösung der Regierung Bethmann Hollweg forderte²⁴. Ein sehr aktives Mitglied des Alldeutschen Verbandes, war er gleichzeitig im Gesamtvorstand des „Dürerbundes“ – der um den „Kunstwart“ von Ferdinand Avenarius gebildeten weitverbreiteten national-sozial und reformerisch gesinnten Kulturbewegung, die sich aber während des Krieges ebenfalls stärker politisierte und in eine deutschnational bis völkische Richtung trieb²⁵ –, Gesellschafter der „Süddeutschen Monatshefte“ und Mitherausgeber von Lehmanns „Deutschlands Erneuerung“. Eine solche nationale Integrationsfigur hielt natürlich auch Vorträge bei den von Hauptmann Mayr eingerichteten Kursen des Gruppenkommandos IV. Sowohl Julius F. Lehmann wie Max v. Gruber waren führende Mitglieder der Münchener Gruppe der Deutschen Vaterlandspartei, letzterer Dritter Vorsitzender²⁶.

Durch die Verschlechterung der sozialen Lage vieler Bürger des Mittelstandes während des Krieges und nach dem Zusammenbruch wuchs deren Empfänglichkeit für antisemitische Parolen, die zunehmend radikaler wurden²⁷. Schon ab November 1918 tauchten in München antisemitische Druckschriften in verstärktem Maße auf. Mit der Verschärfung der Gegensätze zwischen Bürgertum und Rätebewegung in den ersten Monaten des Jahres 1919 steigerte sich diese Propaganda. Der Antisemitismus verband sich mit der Furcht vor den „Bolschewisten“ (worunter man fast jeden subsumierte, der den Rätegedanken nicht völlig ablehnte) und potenzierte sich damit.

Ein Zentrum der alldeutschen und antisemitischen Bewegung in München bildete die 1917 aus dem völkischen „Germanen-Orden“²⁸ hervorgegangene Thule-Gesellschaft, eine Art völkischer gesellschaftlicher Klub im Stil einer Loge. Ihr damals recht vermöglicher Vorsitzender, Rudolf Freiherr von Sebottendorff (ein

²⁴ Siehe Willy Albrecht, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918, Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912 bis 1918 (Beitr. z. ein. histor. Strukturanalyse Bayerns . . . , Bd. 2), Berlin (Vlg. Duncker & Humblot) 1968, S. 164 ff.; Dirk Stegmann, Die Erben Bismarcks (s. Anm. 19), S. 468 f.

²⁵ Darüber jetzt die sehr schöne, ausführliche Arbeit von Gerhard Kratzsch, Kunstwart und Dürerbund, Ein Beitrag zur Geschichte der Gebildeten im Zeitalter des Imperialismus, Göttingen (Vlg. Vandenhoeck & Ruprecht) 1969, über die zunehmende Politisierung des Bundes dort S. 364 ff.

²⁶ Über die Gründung des Landesverbands Bayern der Vaterlandspartei vgl. Albrecht (Anm. 24), S. 286 ff.

²⁷ Vgl. dazu vor allem Werner Jochmann, Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus, in: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914, hrsg. v. Werner E. Mosse, Tübingen (Vlg. J. C. B. Mohr) 1976, S. 389–477; u. ders., Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923, hrsg. von Werner E. Mosse u. Arnold Paucker, Tübingen (ebenda) 1971, S. 409–510.

²⁸ Zum Germanen-Orden allgemein Lohalm (Anm. 5), S. 61, und Rudolf von Sebottendorff, Bevor Hitler kam, Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung, 1. Aufl. München 1933, S. 33 ff.

Mann mit abenteuerlichem Lebenslauf²⁹), konnte 1918 die Räume eines Sportklubs im feudalen Hotel „Vier Jahreszeiten“ für die Gesellschaft anmieten und mit dem Kauf des „Münchner Beobachters“ der völkischen Bewegung in München eine eigene Zeitung zur Verfügung stellen. Unter den Mitgliedern der Thule-Gesellschaft³⁰ finden sich zahlreiche Namen, die in der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung Münchens eine Rolle spielen: u. a. Verleger Julius F. Lehmann, die Publizisten und Schriftsteller Gottfried Feder, Karl Graf Bothmer und Dietrich Eckart, der Journalist Karl Harrer (der die Verbindung zu Drexlers DAP pflegte), der Ingenieur Dr. Paul Tafel, der Dentist Friedrich Krohn, der Gymnasialprofessor Hermann Bauer (später Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns), der frühere Münchener Stadtschulrat Wilhelm Rohmeder, die Studenten Hans Frank, Rudolf Heß und Alfred Rosenberg³¹.

Während der Revolutions- und Rätezeit betätigte sich die Thule-Gesellschaft konspirativ im gegenrevolutionären Sinne, versuchte eine antimarxistische Bürgerwehr mitaufzubauen und vermittelte Freiwillige für das von Sebottendorff in Treuchtlingen aufgestellte Freikorps Oberland. Das führte zur Verhaftung und Ermordung einiger Mitglieder durch Angehörige der Roten Armee³².

Am 31. Mai 1919 veröffentlichte der „Münchner Beobachter“ ein politisches Programm der Völkischen³³ in 12 Punkten, das schon sehr dem späteren national-

²⁹ Dem Lebenslauf von Sebottendorff ist mit großer Akribie Mr. Ellic Howe, London, nachgegangen; er hielt am 6. 3. 1975 in der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung in München einen Vortrag über Sebottendorff und die Thule-Gesellschaft und arbeitet an einem Buch über die Völkische Bewegung. – Sebottendorff stellt in seinem Buch (Anm. 28) die Tätigkeit der Thule-Gesellschaft wohl bedeutender dar als sie tatsächlich war, um zu zeigen, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht erst durch Hitler geschaffen wurde (das Buch wurde deshalb 1934 auch verboten); doch hat sie 1918/19 dank seiner Aktivität beträchtlichen Einfluß gehabt, der stark zurückging, als Sebottendorff Ende 1919 München wieder verließ.

³⁰ Eine erste kritische Darstellung veröffentlichte Reginald H. Phelps, „Before Hitler came“, Thule Society and Germanen Orden, in: *Journal of Modern History* 38 (1963), S. 245–261; an einer größeren Untersuchung über die Thule-Gesellschaft arbeitet Hermann Gilbhard/München.

³¹ Die Angaben im Personenregister von Sebottendorff, Bevor Hitler kam, S. 221 ff., sind nachweislich unvollständig und teilweise falsch.

³² Die Aktivität der Thule-Leute während der Revolutions- und Rätezeit wird in der Dissertation von Heinrich Hillmayr, *Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918, Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges*, München (Nusser Vlg.) 1974, ausführlich behandelt.

³³ Eine größere zusammenfassende Studie über die völkische Ideologie steht leider noch aus (vgl. aber Anm. 5). Es sei deshalb hier auf die ältere, programmatische Schrift von Max Wundt, *Deutsche Weltanschauung, Grundzüge völkischen Denkens*, München (J. F. Lehmanns Verlag!) 1926, hingewiesen. Vgl. auch die Ausführungen bei Bergmann, *Agrarromantik* (s. Anm. 20), S. 211 ff., und Kratzsch, *Kunstwart und Dürerbund* (s. Anm. 25), S. 161 ff.; sowie die knappe Skizze von Martin Broszat, *Völkische Weltanschauung und nationalsozialistische Kampfbewegung*, in: *Der Nationalsozialismus, Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit*, Stuttgart 1960, S. 21–46, und die Bibliographie bei Armin Moh-

sozialistischen Parteiprogramm ähnelte und in manchen Punkten offensichtlich stark von Gottfried Feders Vorstellungen über das Zinskapital geprägt war³⁴. Im August 1919 bekam die Zeitung den Namen „Völkischer Beobachter“; sie erschien damals zweimal in der Woche.

Seit April 1919 wurde im „Münchner“ bzw. „Völkischen Beobachter“ auch für den „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“ geworben, der kurz zuvor von betont antisemitischen Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes gegründet worden war³⁵. Im September 1919 wurde eine Münchener Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes ins Leben gerufen, die sich schnell zu einer Art antisemitischem mittelständischem Honoratioren-Verein entwickelte. Ihr Erster Vorsitzender war anfangs der Stadtschulrat a. D. Wilhelm Rohmeder (gleichzeitig Vorsitzender des Deutschen Schulvereins), ab Frühjahr 1920 der Rechtsanwalt Justizrat Willibald von Zetzschschwitz; zu ihren Mitgliedern (im November 1919 schon ca. 1500, im Juli 1920 fast 4000) gehörten natürlich die Verleger Julius F. Lehmann und Ernst Boepple, der Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“ Dr. Erich Kühn, der damalige Leiter des antirepublikanischen Bayerischen Ordnungsblocks Dr.-Ing. Paul Tafel, ein Fabrikdirektor Ferdinand Wiegand, ein Schriftsteller Dr. Alois Dallmayr, mehrere Rechtsanwälte, ein Druckereibesitzer, kurzum fast alles, was sich in München zum völkischen Gedanken bekannte.

Die rege Versammlungs- und Agitationstätigkeit des Schutz- und Trutzbundes führte zu einer zunehmenden Radikalisierung und zahlreichen antisemitischen Ausschreitungen im November/Dezember 1919, an denen vor allem fanatisierte Studenten³⁶ beteiligt waren. Gewissermaßen einen Höhepunkt dieser Agitationswelle bildete eine große öffentliche Veranstaltung des Bundes am 7. Januar 1920 im Münchener Kindl-Keller, die mit ca. 7000 Teilnehmern die erste antisemitische Massenversammlung in München war. Die schweren Angriffe der Redner gegen das Judentum und die Reichsregierung steigerten die Erregung der Zuhörerschaft bis zu tumultartigen Szenen. In der Diskussion trat die ganze stadtbekannte völ-

ler, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932*, 2. völlig neu bearb. u. erw. Fassung, Darmstadt (Wiss. Buchgesellschaft) 1972, S. 131–138, 211–227, 332–399.

Das Buch von Dietrich Bronder, *Bevor Hitler kam, Eine historische Studie*, Hannover 1964, ist ein etwas dilettantischer Versuch einer systematischen Ideengeschichte mit stark apologetischen Absichten.

³⁴ Laut Sebottendorff (Anm. 28) sei das dort S. 171 ff. abgedruckte Programm als Aufruf für die Gründung der Deutsch-Sozialistischen Partei schon Weihnachten 1918 in den Allg. Ordens-Nachrichten des Germanen-Ordens abgedruckt worden.

³⁵ Über diesen militanten völkischen Verband liegt nun die sehr gute, ausführliche Arbeit von Uwe Lohalm vor (vgl. Anm. 5), die Darstellung der Entwicklung in München, der wir hier weitgehend folgen, S. 283–304.

³⁶ Die Studentengruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in München wurde im Sommersemester 1919 gegründet und hatte Ende 1919 schon 900 Mitglieder, im Juli 1920 war sie auf 1800 Mitglieder angewachsen – durch korporativen Anschluß mehrerer Verbindungen; vgl. Lohalm, S. 168 f.

kische Rednergarde auf, aber auch ein bis dahin noch ziemlich unbekannter Mann: der Reichswehrgardist Adolf Hitler. Hitler erlebte hier zum ersten Mal, welchen agitatorischen Erfolg in München eine antisemitische Massenversammlung haben konnte.

Hitler hatte sich im September 1919 von Drexler für die Deutsche Arbeiter-Partei anwerben lassen und sich bereit erklärt, als Werbeobmann für die Partei zu fungieren – sicher nicht ohne Billigung seines Vorgesetzten, des Hauptmann Mayr, denn er stand ja weiterhin im Dienst der Aufklärungsabteilung des Reichswehrgruppenkommandos IV. Hitler machte also Propaganda für die kleine, damals kaum mehr als fünfzig Mitglieder zählende Partei, organisierte die Veranstaltungen und trug Einladungszettel dafür aus³⁷. Selbstverständlich warb er auch unter seinen Kameraden in der Kaserne; Mayr selbst schickte ebenfalls Soldaten zu den DAP-Veranstaltungen. Die Zahl der Zuhörer stieg aber nur langsam. Für den 16. Oktober 1919 lud man erstmals durch eine Anzeige im „Völkischen Beobachter“ zu einer größeren Versammlung in den Hofbräuhauskeller (am Wiener Platz) ein, es erschienen 111 Personen. Als Hauptredner hatte man den bekannten Dr. Erich Kühn³⁸ gewonnen; nach ihm sprach auch Hitler ungefähr eine halbe Stunde – erstmals gab er sich in einer öffentlichen Versammlung seiner Leidenschaft des affektiven, agitatorischen Monologisierens bis zur Ekstase hin und ließ seinem Fanatismus freien Lauf. Die Wirkung auf das Publikum machte ihn glücklich, denn sie bestätigte ihm, daß er reden, eine Zuhörerschaft in seinen Bann schlagen und mitreißen konnte – in noch viel stärkerem Maße als unter den Soldaten im Lager Lechfeld und in der Kaserne.

Als der bisher doch eher kontaktschwache, gehemmt wirkende Hitler merkte,

³⁷ Zu den Anfängen Hitlers in der DAP/NSDAP 1919/20 vgl. neben den beiden älteren Büchern von Georg Franz-Willing, *Die Hitlerbewegung, Der Ursprung 1919–1922*, Hamburg 1962, und Werner Maser, *Die Frühgeschichte der NSDAP, Hitlers Weg bis 1924*, Frankfurt a. M. 1965, jetzt vor allem die präzise und überzeugende Arbeit von Tyrell (s. Anm. 5), S. 17 ff., sowie Fest (s. Anm. 1), S. 171 ff. – Bei allen Verdiensten um die frühe Hitlerforschung, die sich Franz-Willing und Maser durch ihre Kärnerarbeit einer ersten Aufhellung der Parteigeschichte anhand der zur Verfügung stehenden Akten u. a. Dokumente erworben haben, sind beide Arbeiten doch noch stark von den nationalsozialistischen Selbstdarstellungen abhängig, der erstere in seiner deutlich apologetischen Tendenz, der letztere durch vielfach unkritische Anlehnung an „*Mein Kampf*“ u. a. Äußerungen Hitlers. Zudem hat die neuere Forschung Maser häufige Unzuverlässigkeit in den Details nachweisen müssen; vgl. z. B. die Besprechung von Joachim Leuschner in: *Neue Politische Literatur* 11 (1966), S. 243 ff., und die Bemerkungen bei Tyrell, S. 11 f., 38 u. öfter, sowie Fest, S. 1051. Obwohl Maser im Vorwort der Neuausgabe seiner Frühgeschichte der NSDAP unter dem Titel „Der Sturm auf die Republik“ (s. Anm. 15) schreibt, das Buch enthalte „nicht nur die Ergebnisse meiner Hitler-Forschung auch von 1965 bis 1973“, ist es tatsächlich ein nur um wenige Zeilen veränderter, seitengleicher Neudruck der alten Ausgabe; nicht einmal das Literaturverzeichnis wurde auf einen neueren Stand gebracht!

³⁸ Dr. Erich Kühn war Schriftleiter der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“, vorher Syndikus eines Handelshauses in Görlitz (M. Lehmann, vgl. Anm. 20).

daß er auch in der Öffentlichkeit reden konnte, Applaus bekam, da war das wohl das erste wirkliche Erfolgserlebnis in seinem Leben, in einer für sein Selbstverständnis wesentlichen Sache. Er fand nun an der Politik Gefallen und beschloß, dabei zu bleiben. Zumal diese Tätigkeit ihn weiterer Überlegungen enthob, was er nach der zu erwartenden Entlassung aus dem Militär für einen Zivilberuf ergreifen sollte³⁹. In diesem Herbst 1919, nicht schon im Lazarett in Pommern, faßte er also den Entschluß, „Politiker zu werden“ – und zwar Politiker in dem Sinne, wie er es verstand, nämlich in erster Linie als Propagandist. Bald hieß es in den Polizeiberichten über öffentliche Parteiversammlungen, er wolle berufsmäßiger Werbe- redner werden⁴⁰. Jedenfalls entwickelte er auf diesem Gebiet nun großen Ehrgeiz und setzte sich mit seiner Forderung nach einem stärkeren öffentlichen Auftreten der Partei auch innerhalb der DAP sehr schnell durch. Drexler nahm ihn als Werbeobmann in den Arbeitsausschuß der Partei auf; da er viel Zeit dafür auf- wandte und große Energie einsetzte, konnte Hitler seine Stellung in der DAP bald noch weiter ausbauen⁴¹.

Doch auch bei den folgenden öffentlichen Veranstaltungen der DAP trat Hitler noch nicht als einziger Redner auf; meist hatte man zugkräftigere Namen aus dem Kreis der Völkischen aufgeboten. Die neue Partei, die völkisch-nationale Gedanken und antisemitische Parolen unter den kleinen Leuten, Arbeitern, Soldaten, Ange- stellten und kleinen Geschäftsleuten verbreitete, erfreute sich überhaupt der zu- nehmenden Förderung durch die Honorationen der Thule-Gesellschaft und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. In den Anwesenheitslisten fast aller DAP-Veranstaltungen dieser Zeit tauchen einige ihrer Namen auf. Großen ideel- len Einfluß auf die junge Partei hatten Gottfried Feder und der Schriftsteller Dietrich Eckart, Herausgeber einer antisemitischen Zeitschrift „Auf gut deutsch“. Eckart wurde für die Partei vor allem auch wegen seiner weitreichenden gesell- schaftlichen Beziehungen nützlich⁴². Nachdem Hitler am 7. Januar 1920 die große antisemitische Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes mit- erlebt hatte, setzte er es gegen die Bedenken seiner Parteifreunde durch, für die DAP eine ähnliche Massenveranstaltung aufzuziehen. Sie fand am 24. Februar 1920 im Festsaal des Hofbräuhauses am Platzl statt; es sollen etwa 2000 Zuhörer dagewesen sein, darunter allerdings zahlreiche Anhänger der Linksparteien, so daß es zu lautstarken Tumulten kam. Als Hauptredner sprach der durch sein Auftreten

³⁹ Der Schritt in die Politik als Fluchtmotiv sehr treffend interpretiert bei Fest (Anm. 1), S. 172 f. Binion (Anm. 3) geht auf die konkreten Lebensverhältnisse und Handlungen Hit- lers nach 1918 leider nicht ein.

⁴⁰ Im Bericht des polizeilichen Überwachungsdienstes über die DAP-Veranstaltung am 13. 11. 1919, bei Deuerlein, Hitlers Eintritt (s. Anm. 7), S. 206; vgl. auch Fest, S. 174.

⁴¹ Zu den ersten Auseinandersetzungen in der Partei über die Öffentlichkeitsarbeit vgl. Tyrell (Anm. 5), S. 28 ff.

⁴² Über Dietrich Eckart bes. Margarete Plewnia, Auf dem Weg zu Hitler, Der „völkische“ Publizist Dietrich Eckart, Bremen (Schünemann Vlg.) 1970; dazu kritisch Tyrell, S. 191 u. 194; vgl. auch Fenske (Anm. 5), S. 278 ff.

im Schutz- und Trutzbund und seine Schriften bekannte Mittelstandspolitiker Dr. med. Johannes Dingfelder⁴³. Hitlers Name war auf dem Einladungsplakat gar nicht genannt. Er sprach jedoch nach Dingfelder und gab das neue Programm seiner Partei bekannt, die sich von nun an „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ nannte. Die 25 Programmpunkte sind von Drexler entworfen und von Hitler redigiert worden⁴⁴.

Die geistigen Paten waren Dietrich Eckart, Gottfried Feder und Paul Tafel⁴⁵, alle drei nun eifrige Mitglieder oder Förderer der Partei⁴⁶. Eine ganze Reihe der im Schutz- und Trutzbund und anderen völkischen Organisationen bekannt gewordenen Leute trat in den ersten Monaten des Jahres 1920 in die NSDAP ein und förderte diese ideell wie finanziell: die Verleger Lehmann und Boepple, Dr. Erich Kühn, der Direktor Wiegand (er wurde erster Schriftführer der Partei), der Starnberger Dentist Krohn. Hierin zeigt sich eine starke personelle Verflechtung in der tonangebenden Schicht des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und der NSDAP. Deutschvölkische und nationalsozialistische Agitation und die von beiden gemeinsam ausgestreuten Gerüchte, Juden bekämen zusätzliche Lebensmittelzuteilungen, führten im März 1920 zu antisemitischen Demonstrationen in der Münchener Innenstadt. In einer Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes am 8. April 1920 wurde zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen⁴⁷. Folge dieser personellen und agitatorischen Gemeinsamkeiten (Hitler sprach auch bei verschiedenen Veranstaltungen des Bundes) war, daß die Kundgebungen beider Organisationen häufig verwechselt wurden (sogar in Presse- und Polizeiberichten). In den Publikationen des Schutz- und Trutzbundes wurde seit April 1920 laufend über die Aktivität der NSDAP berichtet, zur Unterstützung der Partei aufgerufen, ihre Schriften empfohlen. Ab Mitte 1921 fühlte man aber die Konkurrenz wirksam werden und es kam zu einer gewissen Distanzierung. Die NSDAP gewann durch ihre – dank Hitlers Eifer – sehr viel stärkere Aktivität und schärfere Agitation nämlich die Oberhand, nutzte auch organisatorische Schwächen des Bundes aus und überrundete diesen in der Anziehungskraft auf das Publi-

⁴³ Über Johannes Dingfelders Ideen einer staatlich gelenkten Bedarfsdeckungswirtschaft siehe Fenske, S. 282 ff.

⁴⁴ Zur Entstehung des Parteiprogramms jetzt vor allem Tyrell, S. 85 ff.

⁴⁵ Über Paul Tafel, Bauingenieur, Mitbegründer und Vorsitzender des Bayerischen Ordnungsblocks und Verfechter einer berufsständischen Räterepublik, siehe Fenske, S. 286 f.

⁴⁶ Dietrich Eckarts Mitgliedschaft in der NSDAP ist nicht nachweisbar (s. Plewnia, S. 66).

⁴⁷ Ausführliche Berichte über diese Vorgänge in einer Beilage zur Jahreschronik 1920 der Stadt München (masch.-schrift. Ms. im Stadtarchiv München). Vgl. auch Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 102 vom 9. 3. 1920, S. 2 („Politik und Straße“); Nr. 110 vom 13. 3. 1920, S. 3 („Die Polizei warnt vor der Politik der Straße“); Nr. 136 vom 6. 4. 1920, S. 6 (Offener Brief des Bundes jüdischer Frontsoldaten München an die Regierung des Freistaates Bayern, der beginnt: „Seit vielen Monaten ist München der Stammsitz einer unglaublichen Judenhetze – . . .“); Nr. 138 vom 7. 4. 1920, Generalanzeiger (Beilage) S. 5 („Koschere Milch“). Fast täglich wurde im Lokalteil ausführlich über Probleme der Lebensmittelversorgung berichtet.

kum. Ergebnis war, daß allmählich fast alle führenden Mitglieder des Schutz- und Trutzbundes auch Mitglieder der NSDAP wurden. Der langsame Aufstieg der NSDAP im Jahre 1920 vollzog sich also in bewußter Anlehnung an die antisemitische Propaganda des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und in Konkurrenz zu diesem⁴⁹. Hitler kam es in dieser Anfangszeit vor allem darauf an, die Partei und ihre Parolen bekannt zu machen, Aufsehen zu erregen. Bei dem sehr dichten Veranstaltungsprogramm der NSDAP in diesem Jahre (ab April 1920 fast jede Woche eine oder zwei öffentliche Versammlungen, vier dicht aufeinander folgende Großveranstaltungen im Münchener Kindl-Keller mit jeweils mehreren Tausend Zuhörern im September 1920) war Hitler der weitaus häufigste Redner⁴⁹. Er war bald als der wirkungsvollste Agitator gegen die Juden, die Alliierten, den Versailler Vertrag und gegen die ganze Berliner Reichsregierung bekannt und wurde dementsprechend von interessierten Kreisen eingeladen und protegirt.

Die Entwicklung der politischen Gedankenwelt Hitlers war in den letzten Jahren Gegenstand eingehender Untersuchungen⁵⁰. Seine Vorstellungen entsprachen in diesen Anfangsjahren weitgehend den Parolen der Alldeutschen. In dem, was Hitler 1919 bis 1923 redete und schrieb⁵¹, finden sich keinerlei originelle Gedanken. Es war angelesen⁵², aufgegriffen und höchstens noch in seinem Sinne radikalisiert, zu einem politischen Glaubensbekenntnis hochstilisiert⁵³.

⁴⁹ Siehe Lohalm (Anm. 5), S. 503.

⁴⁹ Siehe die Dokumentation von Reginald H. Phelps, Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in dieser Zeitschrift 11 (1963), S. 274–330.

⁵⁰ Nach der älteren Arbeit von Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, jetzt vor allem Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung, Entwurf einer Herrschaft, Tübingen (Rainer Wunderlich Vlg.) 1969, und Axel Kuhn, Hitlers außenpolitisches Programm, Entstehung und Entwicklung 1919–1939, Stuttgart (E. Klett Vlg.) 1970; zur Kolonialfrage Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich, Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945, München (Wilh. Fink Vlg.) 1969, S. 70 ff. Die in der Zusammenschau der Visionen des Künstlers und des Politikers originell und anregend, im einzelnen aber doch etwas konstruiert wirkende Darstellung von Jochen Thies, Architekt der Weltherrschaft, Die „Endziele“ Hitlers, Düsseldorf (Droste Vlg.) 1976, bringt für die Zeit vor 1924 nichts Neues. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Detlev Grieswelle, Propaganda der Friedlosigkeit, Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920–1933, Stuttgart (Ferd. Enke Vlg.) 1972.

⁵¹ Eine Edition von Hitlers sämtlichen Aufzeichnungen bis 1924 wird von Jäckel und Kuhn vorbereitet und voraussichtlich 1978 vom Institut für Zeitgeschichte veröffentlicht. Das Buch von Werner Maser, Hitlers Briefe und Notizen, Sein Weltbild in handschriftlichen Dokumenten, Düsseldorf (Econ Vlg.) 1973, ist wegen seiner zahlreichen Fehler nur mit Vorsicht zu benutzen; vgl. Hitlers Handschrift und Masers Lesefehler, Eine notwendige Berichtigung, in dieser Zeitschrift 21 (1973), S. 334–336.

⁵² Man vergleiche etwa den Inhalt der Jahrgänge 1919–1923 der Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“; sie enthalten zahlreiche inhaltliche Parallelen zu Hitlers Reden in dieser Zeit. Insofern ist Binions Darstellung (s. Anm. 3) in ihrer allzu strikten Ausrichtung auf Hitlers Trauma zu einspurig und führt zu einer Überschätzung der Originalität des Hitlerischen Gedankengutes.

⁵³ Er schrieb das später selbst in „Mein Kampf“: „Deshalb sah ich meine eigene Aufgabe besonders darin, aus dem umfangreichen und ungestalteten Stoff einer allgemeinen Welt-

Nach der Lektüre von Heinrich Claß' berühmtem Kaiserbuch⁵⁴ bekannte er, daß darin alles für das deutsche Volk Wichtige und Notwendige enthalten sei⁵⁵. Erst in „Mein Kampf“ entwickelte Hitler teilweise andere und weitergehende Konzeptionen. Die Agitation gegen den Versailler Vertrag war der Hauptinhalt der frühen Reden, er forderte seine unbedingte Beseitigung auch auf gewaltsame Weise. Die Dolchstoßlegende wurde vehement vertreten. Wie das ganze nationale Lager in Bayern forderte er den Anschluß Deutsch-Österreichs; ebenso die Rückgabe der Kolonien mit bevölkerungspolitischer und wirtschaftlicher Begründung. Darin erschöpfte sich bis 1923 der Ruf nach Land und Boden; die Forderung nach „Lebensraum“ im Osten kam erst später dazu⁵⁶. Gegenüber Rußland nahm man eher eine abwartende Haltung ein, hoffte auf die Beseitigung des „jüdischen Bolschewismus“ und sah für danach einen möglichen Bündnispartner – gegen den „Erbfeind“ Frankreich und England. Alle politische Agitation unterstand aber auch damals schon einem zentralen Motiv, dem Kampf gegen das Judentum. Hier übernahm Hitler von Anfang an⁵⁷ die schärfste Tonart des vulgären Antisemitismus aus der Schule Theodor Fritschs und den Pamphleten des „Deutschen Volksverlags“. Schon in seiner großen Rede im Hofbräuhaus-Festsaal am 13. August 1920⁵⁷ gebrauchte er die Metapher von dem „Parasitenvolk“, dem nur durch den Tod ein Riegel vor-

anschauung diejenigen Kernideen herauszuschälen und in mehr oder minder dogmatische Formen umzugießen, die in ihrer klaren Begrenztheit sich dazu eignen, jene Menschen, die sich darauf verpflichten, einheitlich zusammenzufassen. Mit anderen Worten: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei übernimmt aus dem Grundgedankengang einer allgemeinen völkischen Weltvorstellung die wesentlichen Grundzüge, bildet aus denselben, unter Berücksichtigung der praktischen Wirklichkeit, der Zeit und des vorhandenen Menschenmaterials sowie seiner Schwächen ein politisches Glaubensbekenntnis, das nun seinerseits in der so ermöglichten straffen organisatorischen Erfassung großer Menschenmassen die Voraussetzung für die siegreiche Durchfechtung dieser Weltanschauung selber schafft.“ Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 2. Band, Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927, S. 14 f. (in den späteren einbänd. Ausg. S. 423 f.); auch zit. bei Jäckel, *Weltanschauung*, S. 93 f.

⁵⁴ Daniel Frymann (Pseudonym von Heinrich Claß), *Wenn ich der Kaiser wär* –, Leipzig 1912.

⁵⁵ Äußerungen gegenüber Claß anlässlich eines Besuches Hitlers bei diesem 1920 in Berlin (laut Kruck, S. 192; Chamberlain [Anm. 18], S. 217, schreibt, der Besuch habe im August 1920 wahrscheinlich in München stattgefunden). Den Angaben von Kruck, S. 193, Hitler habe von dem von Claß geforderten Kampf gegen das Judentum nichts wissen wollen, widerspricht Hitlers tatsächliches Verhalten.

⁵⁶ Unter dem Einfluß Ludendorffs tauchte sie 1921 wohl erstmals auf (vgl. Anm. 127), wurde aber vor 1924 nicht herausgestellt.

⁵⁷ Der Brief an Gemlich und die aus dem Jahre 1920 überlieferten Reden sprechen m. E. dafür, daß der Antisemitismus von Anfang an eine zentrale Stellung in Hitlers Weltanschauung einnahm, nicht erst ab 1924 in „Mein Kampf“, wie Jäckel, S. 66 f., interpretiert. Binion (s. Anm. 3) weist plausibel nach, daß Hitlers ganze politische Tätigkeit ja von der antisemitischen Haltung ausging.

⁵⁷ Siehe die Dokumentation von Reginald H. Phelps, Hitlers „grundlegende“ Rede über den Antisemitismus, in dieser Zeitschrift 16 (1968), S. 390–420.

zuschieben sei⁵⁸. Dagegen klangen Eckarts und Feders Forderungen nach einer „Ausscheidung der Juden aus unserem Volkskörper“ noch um mehrere Nuancen humaner.

Am 31. März 1920 schied Hitler aus der Reichswehr aus, um sich ganz der Parteiarbeit zu widmen, ohne daß dadurch seine Verbindungen zu Reichswehrkreisen abbrachen. Im Frühjahr 1920, also wohl nach seinem Abschied, wurde Hitler von Hauptmann Mayr zu Zusammenkünften des von Ernst Röhm gegründeten, rechtsradikal eingestellten Offiziersklubs „Eiserne Faust“ mitgenommen. Dadurch kam er mit Röhm in engere persönliche Verbindung⁵⁹. Gekannt haben müssen sie sich schon vorher, denn Röhm war seit 1919 Mitglied der DAP, die er nach Kräften förderte und ihr Mitglieder zuführte. Der Hauptmann im Generalstab Ernst Röhm war 1919 mit der Ausrüstung der Zeitfreiwilligen und der Einwohnerwehr betraut gewesen und dadurch zu einem kenntnis- und einflußreichen Mann in der bayerischen Politik geworden, auch bei seiner späteren Tätigkeit im Generalstab der 7. (bayerischen) Division hat er seine Finger in der Politik behalten und auf die Entwicklung der nationalen Verbände starken Einfluß genommen. Seine Verbindungen und seine Möglichkeiten, Geld zu beschaffen, waren für Hitler und die NSDAP gerade in dieser Anfangszeit von unschätzbarem Wert. Die Kontaktnahme und Zusammenarbeit mit anderen nationalen Verbänden, vor allem solchen nicht betont völkischer Couleur, lag in den ersten beiden Jahren der Partei fast ausschließlich in den Händen Röhm's.

Der zweite große Förderer und gleichsam das „Aushängeschild“ der Partei nach der zivilen Seite war in jenen Jahren der schon genannte Dietrich Eckart. Er wurde so etwas wie ein väterlicher Freund für Hitler, der nicht nur auf geistigem Gebiet viel von ihm lernte, sondern auch im gesellschaftlichen Umgang und Auftreten. 1923 kühlte sich das Verhältnis zwischen beiden aber dann merklich ab. Auch Eckart spielte eine große Rolle als Geldvermittler für die Partei⁶⁰. Die finanzielle Lage der NSDAP war in den Jahren 1920 und 1921 alles andere als rosig. Die Mitgliederbeiträge brachten nicht allzu viel, man lebte von der Hand in den Mund und war weitgehend abhängig von Zuwendungen potenter Gönner aus dem völkischen Lager – wie etwa dem Chemiker und Fabrikanten Dr. Gottfried Granel, einem Freund Eckarts, der auch dessen Zeitschrift „Auf gut deutsch“ finanziell unterstützte, im August 1920 der Partei beitrug und damit begann, seinen Anhang

⁵⁸ Ebenda, S. 412. Vgl. dazu Alexander Bein, „Der jüdische Parasit“, in dieser Zeitschrift 13 (1965), S. 121–149.

⁵⁹ Siehe Maser, Sturm (Anm. 15), S. 191; Ernst Röhm, Die Geschichte eines Hochverrätters, 2. Aufl. München 1930, S. 100. Zu Röhm's Rolle in der Politik generell und in der DAP/NSDAP speziell vgl. Fenske (Anm. 5), durchgehend; Heinrich Bennecke, Hitler und die SA, München 1962, S. 22 ff.; Fest (Anm. 1), S. 189; Tyrell (Anm. 5), S. 197. Harald P. Fuchs wird 1977 (im Nusser Vlg. München) eine politische Biographie Ernst Röhm's vorlegen.

⁶⁰ Siehe Plewnia (Anm. 42), S. 66 ff.; Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, Die Action française, Der italienische Faschismus, Der Nationalsozialismus, München 1963, S. 403 ff.; dazu kritisch Tyrell, S. 194.

im Schutz- und Trutzbund in die NSDAP hinüberzuziehen⁶¹. Andere Financiers dieser Jahre waren der Brauereibesitzer Simon Eckart, einige kleine Geschäftsinhaber und die schon genannten Mitglieder Feder, Dr. Dingfelder und Lehmann⁶². 3000 Broschüren über den Versailler Vertrag, die der Lehmann-Verlag im Juni 1920 der Partei lieferte, bezahlte die Aufklärungsabteilung des Reichswehrgruppenkommandos (also die Dienststelle Hauptmann Mayrs)⁶³. Im Dezember 1920 berichtete das Bayerische Wehrkreiskommando dann auch nach Berlin, daß die „rege Versammlungstätigkeit der nationalsozialistischen Arbeiterpartei... in durchaus vaterländischem Sinne erfolgreich“ wirke!⁶⁴

Während des Kapp-Putsches im März 1920 schickte der schon mehrfach genannte Hauptmann Mayr, einer der entschiedensten Anhänger Kapps in Bayern, Dietrich Eckart und Hitler nach Berlin, damit sie Kapp über die Lage in Bayern berichteten. Als die beiden dort ankamen, war der Putsch aber schon zusammengebrochen⁶⁵. Im September des gleichen Jahres schrieb Mayr dem nun in Schweden im Exil lebenden Kapp über die NSDAP: „Die nationale Arbeiterpartei muß die Basis geben für den starken Stoßtrupp, den wir erhoffen. Das Programm ist gewiß noch etwas unbeholfen und vielleicht auch lückenhaft. Wir werden es ergänzen. Sicher ist nur, daß wir unter dieser Fahne doch schon recht viele Anhänger gewonnen haben. Seit Juli vorigen Jahres schon suche ich... die Bewegung zu stärken... Ich habe sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht. Ein Herr Hitler z. B. ist eine bewegende Kraft geworden, ein Volksredner 1. Ranges. In der Ortsgruppe München haben wir über 2000 Mitglieder, während es im Sommer 1919 noch keine 100 waren.“⁶⁶

⁶¹ Vgl. Tyrell, S. 110.

⁶² Vgl. Franz-Willing (Anm. 37), S. 179 f.

⁶³ Ebenda, S. 190.

⁶⁴ Maser, Sturm (Anm. 15), S. 255 f.

⁶⁵ Ebenda, S. 217; Plewnia (Anm. 42), S. 65.

⁶⁶ Zitiert von Dirk Stegmann, *Zwischen Repression und Manipulation, Konservative Machtelementen und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918, Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 12 (1972), S. 413.

Karl Mayr selbst ging später zur SPD, wurde ein führender Mann im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (vgl. Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold*, Düsseldorf 1966, S. 149 ff.) und als solcher auch ein heftiger Kritiker Hitlers. 1935 emigrierte er nach Paris. Im November 1941 erschien in der amerikanischen Zeitschrift *Current History* ein anonymer Artikel, der laut Vorspann offensichtlich von Mayr stammt: *I Was Hitler's Boss, By a former officer of the Reichswehr* (Vol. I, No. 3, S. 193–199), und in dem Hitler jegliche intellektuellen und organisatorischen Fähigkeiten abgesprochen werden. Mayr beginnt seine Schilderung: „For fifteen months I was in daily contact with Hitler, and I believe I know this strange man as well as, if not better than, anyone else. I knew him before he had to pretend and put on a leader's mask, sometimes even to the so-called men around him. After the First World War he was just one of the many thousands of ex-soldiers who walked the streets looking for work... At this time Hitler was ready to throw in his lot with anyone who would show him kindness. He never had that „Death or Germany“ martyr spirit which later so much used as a propaganda slogan to boost him. He would have worked for a Jewish or a French employer just as readily as for an Aryan. When I first met him he was like a tired stray dog

Man kann wohl mit einigem Recht sagen, daß Röhm und Eckart Hitler „gemacht“ haben⁶⁷; man sollte aber den Hauptmann Mayr dazu nennen. Diese drei waren tatsächlich die Geburtshelfer der politischen Karriere Hitlers.

Für die Reichswehroffiziere und die bayerischen Landespolitiker waren 1920/21 die Einwohnerwehren und andere nationale Verbände aber sehr viel wichtiger als die NSDAP. Das waren politische Machtfaktoren ganz anderer Größenordnung. Die bayerischen Einwohnerwehren hatten Anfang 1920 einen Mitgliederbestand von ca. 260 000 Mann, Mitte 1921, zur Zeit ihrer Auflösung, sogar über 350 000⁶⁸. Eine fast hysterische Angst vor Bolschewismus und Marxismus war als Reaktion auf die Räterepublik gefolgt und hatte zur „Volksbewaffnung“ der Bauern und des Mittelstandes geführt; die Frontstellung gegen den Versailler Vertrag und die „rote“ Berliner Regierung brachte eine regelrechte Wehrmanns-Ideologie⁶⁹ hervor, die ganz im alldeutschen Nationalismus und konservativen Ständestaatsdenken wurzelte: die Einwohnerwehren sollten die „Ordnungszelle Bayern“ schützen. Der Streit um ihre Auflösung erhöhte die nationalen Emotionen ganz erheblich. In ihrem Gefolge machten die obskuren bis offiziellen Organisationen des Forstrats Escherich, des Geometers Kanzler und des Sanitätsrats Pittinger ihre eigene Politik. Als Dr. Otto Pittinger, der Gründer und Leiter des „Bundes Bayern und Reich“, im August 1926 plötzlich starb, würdigte ihn die sozialdemokratische „Münchner Post“ als den „eigentlichen Führer der vaterländischen Bewegung in Bayern“⁷⁰. Die Auflösung der Einwohnerwehren im Sommer 1921 setzte ein beträchtliches Potential an ehemaligen Soldaten und Offizieren frei, die militärischen Umtrieb dem Zivilleben vorzogen und nun ein neues Betätigungsfeld suchten. Lauter kleine Führer bildeten nun zahlreiche neue nationale und völkische Verbände, die sich gegenseitig an Militanz und Radikalität zu überbieten trachteten⁷¹. Während sich die gemäßigten „vaterländischen“ Verbände wie etwa der „Bund Bayern und Reich“ in der Nachfolge der Einwohnerwehren vor allem als eine Art

looking for a master. However fancifully writers describe him now, at that time he was totally unconcerned about the German people and their destinies.“

⁶⁷ So Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur, Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln (Vlg. Kiepenheuer & Witsch) 1969, S. 96. Die Interpretation Hitlers als „Instrument politisch einflußreicher Hintermänner“ bei Stegmann im Kontext zu dem Briefzitat (Anm. 66) scheint mir aber doch stark überpointiert.

⁶⁸ Die beste Darstellung der Politik in den und um die Einwohnerwehren und die ihnen folgenden nationalen Verbände bietet Fenske (Anm. 5), Zahlen über die Stärke der EW dort, Seite 83 f. Vgl. auch die materialreiche, aber formal leider unzulängliche Arbeit von Horst Nußer (s. Anm. 5), die speziell die Aktivität Georg Escherichs hervorhebt.

⁶⁹ Siehe „Des deutschen Wehrmanns Bekenntnis“ aus der Zeitschrift „Heimatland“ bei Fenske, S. 273 f.

⁷⁰ Zitiert bei Fenske, S. 143.

⁷¹ Vgl. Fenske, S. 143 ff. und (für das Jahr 1923) Nußer, S. 234 ff.; Deuerlein, *Hitler-Putsch* (s. Anm. 7), S. 50 ff.; Harold J. Gordon jr., *Hitlerputsch 1923, Machtkampf in Bayern 1923 bis 1924*, Frankfurt a. M. (Bernard & Graefe Vlg.) 1971, S. 87–113 (eine zwar sehr quellen-gesättigte, aber unkritische Darstellung, vgl. die Besprechung von Wolfgang Horn in: *Neue Polit. Lit.* 18 [1973], S. 202 f.).

Heimatschutz-Organisation betont bayerischer Prägung verstanden, bekämpften diese radikalen Gruppen, die Röhms später zu einer Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände zusammenzufassen versuchte, das ganze „System“ der Weimarer Republik und damit in erster Linie die Berliner Regierung.

Es soll zwar Zufall gewesen sein bzw. mit der parteiinternen Entwicklung zusammenhängen⁷², daß aus dem nationalsozialistischen Ordnungsdienst gerade Anfang August 1921 die SA entstand, aber „zweifelloso bildete die Auflösung der Wehren eine wesentliche Voraussetzung für den raschen Ausbau der SA, ebenso stark freilich auch die gleichzeitig verfügte Auflösung des Freikorps Oberland und der Reste der ehemaligen Marinebrigade Ehrhardt. Die revolutionär gesinnte Jugend [aus dem Freikorps und der Brigade] ... ging in die neue SA ...“⁷³.

Auf der landespolitischen Ebene Bayerns spielte Hitler 1920/21 noch keine große Rolle. Im Ausbau der NSDAP beschränkte er sich bewußt auf München und einige Ortsgruppen in Oberbayern. Wenn er außerhalb dieses Bereichs als Redner auftrat, so waren das nur Gastspiele.

Die NSDAP war im damaligen München eine völkisch-nationalistische Gruppe unter vielen und bei weitem nicht die stärkste; dank ihres Motors und Agitators Hitler übertraf sie die anderen aber an Geschlossenheit und Radikalität. Den Honoratioren imponierte es, wie Hitler als erfolgreicher „Trommler“ ihre nationalistischen Parolen unter's Volk brachte. Der Zulauf zu den Agitationsversammlungen wurde immer stärker. Die Anhängerschaft (Ende Juni 1920 zählte die NSDAP 1100 Mitglieder, bis August 1921 wurden es 3300) bestand allerdings nur zu einem geringen Teil aus Arbeitern; die Polizeiberichte⁷⁴ über die Versammlungen und die erhalten gebliebenen Teile von Mitglieder- und Anwesenheitslisten zeigen übereinstimmend einen hohen Prozentsatz von Mittelstandsangehörigen, eines im Zuge der zunehmenden Inflation immer mehr verarmenden und verängstigten Mittelstands, Handwerker und kleine Geschäftsleute; daneben viele ehemalige Soldaten und Studenten⁷⁵. Eine erhalten gebliebene erste, bis 29. Mai

⁷² Vgl. Fenske, S. 77, bzw. Bennecke (s. Anm. 59), S. 28.

⁷³ So richtig Fenske, S. 78. Zu „Oberland“ speziell die Dissertation von Hans Jürgen Kuron, Freikorps und Bund Oberland, phil. Diss. Erlangen 1960 (Diss.druck); zu Ehrhardt siehe Gabriele Krüger, Die Brigade Ehrhardt, Hamburg (Leipniz Vlg.) 1971.

⁷⁴ In einem Bericht über eine NSDAP-Versammlung vom 20. 9. 1920 heißt es: „... von über 2000 Personen, meist Angestellte, Angehörige des Mittelstandes und besseren Arbeitern, darunter ca. 20–30 % Frauen ...“, Dokumentation Deuerlein, Hitlers Eintritt in die Politik (s. Anm. 7), S. 215.

⁷⁵ Vgl. Michael H. Kater, Zur Soziographie der frühen NSDAP, in dieser Zeitschrift 19 (1971), S. 124–159. Der dieser Untersuchung zugrunde liegende Rest einer Mitgliederliste mit ca. 4800 Namen weist die NSDAP als eine Partei des unteren Mittelstands aus, obwohl sie von Anfang November 1923 stammt und damit für die Gesamtentwicklung 1919–1923 untypisch ist (dazu Tyrell, S. 233, Anm. 52). Dies gilt auch für die Angaben bei Gordon (s. Anm. 71), der (S. 75 f.) behauptet, der NSDAP hätten 1923 zahlreiche Arbeiter angehört und dafür eine Reihe großenteils wenig beweiskräftiger Aussagen anführt; die von ihm im Anhang (S. 569 ff.) aufgeführte Liste der Berufe von 1126 Parteimitgliedern zeigt aber ein enormes Überwiegen mittelständischer und auffallend viele Angehörige geistiger Berufe.

1920 geführte Mitgliederliste, die allerdings nur 675 Namen enthält, weist laut Maser⁷⁶ nur 2,9% ungelernete Arbeiter auf, dagegen 27% Facharbeiter und Handwerker (auch Geschäftsinhaber), 14,6% Beamte und Angestellte (darunter auch Akademiker), 13,3% Kaufleute, 7,2% Studenten und 5,2% Militärpersonen. Die Kopie einer Seite mit dem Buchstaben H (wohl wegen Hitlers Namen, der dort wie oft in der Frühzeit „Hittler“ geschrieben wird)⁷⁷ enthält zum Beispiel der Reihe nach folgende Berufsangaben: „Fabrikant, Diener, Schlosser, Direktrice, Möbelschreiner, Kaufmann, Arzt, Fabrikant, Arzt, Kunstgießereibesitzer, Elektromonteur, Schriftsteller [so bezeichnete sich Hitler selbst], Soldat, Kaufmann, Obersekretär, Dachdecker, Kaufmann, Bankregistrator, Handelsschulinhaberin, Zeitungsvertreter, Vizefeldwebel, Kaufmannsgattin, Drogist, Kaufmann, Kunstmalersgattin, Bankbeamter, Diplomingenieur, Schreiber, Monteur, Arztgattin, Cand. med., Lehrling“. Das sind fast durchweg gutbürgerliche Berufe.

Daß die Arbeiterschaft, ja die gesamte Unterschicht der Münchener Bevölkerung und große Teile des Kleinbürgertums trotz der Erfahrungen der Rätezeit oder wohl eher wegen der Erfahrungen mit der darauf folgenden Reaktion⁷⁸ den nationalistischen Parolen nicht folgten, zeigen die Ergebnisse der am 6. Juni 1920 stattgehabten gleichzeitigen Reichstags- und Landtagswahlen: Im Münchener Stadtgebiet ging zwar der Stimmenanteil der drei Linksparteien gegenüber 1919 um 9% zurück, sie blieben aber mit zusammen über 46% der Stimmen die vorherrschende Richtung (USP: 20,4%, SPD: 18,8%, KPD: 7,2%); die Bayerische Volkspartei kam in München auf 31,7%, die deutschnationale Bayerische Mittelpartei erhielt nur 10% (Landtag) bzw. 11,3% (Reichstag)⁷⁹.

Unter der konservativen Regierung des Ministerpräsidenten Gustav von Kahr nach dem Kapp-Putsch wurde Bayern zur nationalen „Ordnungszelle“ des Reiches und damit zu einem Magnet für Rechtsradikale. Nun stießen auch neue Leute zur NSDAP. Einer der wichtigsten für die weitere Entwicklung der Partei war der

Eine quantitative Analyse der sozialen Zusammensetzung der frühen NSDAP aufgrund von ca. 13 000 Personenangaben ist von Jürgen Genuneit (Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg) zu erwarten, der an einer Dissertation über „Sozialgeschichtliche Probleme der Entstehung, Organisation und Ideologie der NSDAP 1919 bis 1923“ arbeitet.

⁷⁶ Maser, Sturm (s. Anm. 15), S. 255.

⁷⁷ Veröffentlicht in der parteioffiziösen Schrift „Vom 9. November 1918 zum 9. November 1923, Die Entstehung der deutschen Freiheitsbewegung“, von Albert Reich (Kunstmaler), Text von O. R. Achenbach, München 1933, S. 44.

⁷⁸ Vgl. dazu Hillmayr (s. Anm. 32), S. 158 ff. In den unteren Schichten der Münchener Bevölkerung war die Räterepublik nicht als so schrecklich empfunden worden; die Kämpfe bei ihrer Niederwerfung berührten auch nur einzelne Stadtviertel. Die Herrschaft der Militärs, die verschärften polizeilichen Maßnahmen und fortdauernden Ausnahmeverordnungen bedrückten sie stärker.

⁷⁹ Vgl. Münchner Neueste Nachrichten v. 9. Juni 1920 und Dietrich Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953, Historisch-soziologische Untersuchung zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems, Düsseldorf (Droste Vlg.) 1973, S. 173.

Deutschbalte Max Erwin von Scheubner-Richter⁸⁰; ab November 1920 in der NSDAP, wurde er bald einer der engsten politischen Mitarbeiter Hitlers. Der Berufsausbildung nach Ingenieur, während des Krieges im Hauptquartier tätig gewesen, danach in russischen Emigrantenkreisen, von Kapp als Chef seines Nachrichtendienstes vorgesehen, setzte er sich nach dem gescheiterten Putsch und vorübergehender Inhaftierung nach Bayern ab. Zur NSDAP stieß er über Alfred Rosenberg⁸¹ (den er von Riga her kannte). Scheubner-Richter und Rosenberg (als Mitarbeiter Dietrich Eckarts schon seit 1919 in der Partei), die ja beide die russische kommunistische Revolution aus eigenem Erleben kannten, waren in diesen Jahren die einflußreichsten außenpolitischen Berater Hitlers. Auf ihr Konto gehen die scharfe antikommunistische Ausrichtung der NSDAP (die bei Drexler noch nicht vorhanden war) und die unbedingte Gleichsetzung des Bolschewismus mit dem Judentum⁸². Rosenberg machte zudem Eckart und Hitler mit den sogenannten „Protokollen der Weisen von Zion“ bekannt, der fixen Idee von einer jüdischen Weltverschwörung⁸³. Durch Scheubner-Richter gewann die Partei Kontakte zu vermögenden russischen Emigrantenkreisen, die einer militant antikommunistischen Organisation gerne finanziell unter die Arme griffen.

Rosenberg und Scheubner-Richter gehörten schon 1920/21 zum engeren Kreis um Hitler – aber doch nicht zu der persönlichen Freundesclique, die ihn fast ständig begleitete und die in dieser Zeit einen regelmäßigen Stammtisch im Café Neumayr am Viktualienmarkt⁸⁴ bildete: Eine große Rolle spielte darin Hermann Esser⁸⁵, der als ganz junger Pressereferent des Hauptmanns Mayr zu Hitler gekommen war und nun seine journalistischen und propagandistischen Fähigkeiten für die NSDAP einsetzte – er war ein großes demagogisches Talent und ein arger Revolverjournalist; aber er verstand es, Hitler und die Partei zum Stadtgespräch zu machen. Die Kontrastfigur zu ihm in diesem Kreis bildete der eher gehemmte, aber sehr eifrige, idealistische und Hitler schwärmerisch ergebene Rudolf Heß, damals Student an der Münchener Universität und Assistent des Geopolitikers Karl

⁸⁰ Zu Scheubner-Richter u. seinen Einfluß auf Hitler vgl. vor allem Walter Laqueur, Deutschland und Rußland, Berlin (Propyläen Vlg.) 1965, S. 62 ff.

⁸¹ Zu Rosenberg ebenda und die Monographie von Robert Cecil, The Myth of the Master Race, Alfred Rosenberg and Nazi Ideology, London (B. T. Batsford) 1972.

⁸² Cecil weist (S. 79 ff.) nach, daß die von Nolte (s. Anm. 60), S. 404 ff., so hoch als Quelle für Hitlers Vorstellungen eingeschätzte Broschüre von Dietrich Eckart „Der Bolschewismus von Moses bis Lenin, Zwiegespräche zwischen Adolf Hitler und mir“ (München 1924) inhaltlich weitgehend mit den in den Jahren davor veröffentlichten Schriften Rosenbergs übereinstimmt. Zur Bewertung dieser Broschüre vgl. auch Plewnia (s. Anm. 42), S. 94 ff., und Tyrell (Anm. 5), S. 194, Anm. 70.

⁸³ Zur Entstehung und Wirkungsgeschichte dieser Grundschrift des neueren Antisemitismus siehe Norman Cohn, Die Protokolle der Weisen von Zion, Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1969; zur Rezeption im Nationalsozialismus bes. S. 228 ff.

⁸⁴ Dazu Ernst Hanfstaengl, Zwischen Weißem und Braunem Haus, Memoiren eines politischen Außenseiters, München (Piper Vlg.) 1970, S. 49 ff.

⁸⁵ Über ihn bes. Maser, Sturm (s. Anm. 15), S. 199 ff.

Haushofer. Auch Max Amann, während des Krieges Feldwebel in Hitlers Regiment, und Christian Weber, der urbayerisch derbe Pferdehändler und Hausknecht, gehörten zu dieser Runde – um nur einige Namen zu nennen, die später in der Partei noch Bedeutung gewannen. Für Hitler damals sehr viel wichtiger war wohl der bei der Reichsbahn tätige Regierungsrat Theodor Lauböck⁶⁶, im April 1920 Gründer der Ortsgruppe Rosenheim (der ersten außerhalb Münchens), 1922 nach München versetzt. Zusammen mit seiner Frau war Lauböck für Hitler in jener Anfangszeit ein gern gesehener und oft in Anspruch genommener Gastgeber. In der Lauböckschen Wohnung fanden viele Besprechungen der Parteiführung statt und unzählige Male bewirtete Frau Lauböck Hitler mit Kaffee und Bergen von Kuchen.

Hitler war in dieser Zeit überhaupt ein sehr häufiger Gast seiner besser situierten Parteifreunde und wurde von ihnen so gut wie ausgehalten. Durch Einladungen zu Kaffee und Kuchen zog ihn vor allem auch die Witwe eines Studiendirektors in ihr Sollner Haus, die deshalb in der Partei bald die „Hitler-Mutti“ genannt wurde⁶⁷. Die pekuniären Verhältnisse Hitlers in den Jahren 1919–1921 sind recht undurchsichtig geblieben. Nach eigenen Angaben lebte er von den Honoraren, die er als Redner bei anderen Organisationen bekam; sicher haben ihn aber Röhm, Eckart und andere Protektoren der Partei auch persönlich mit Geldmitteln ausgestattet. Für seinen eigenen Bedarf beanspruchte er auch nicht viel: er wohnte in einem sehr bieder eingerichteten Zimmer in Untermiete (in der Thierschstraße)⁶⁸, legte wenig Wert auf gutes Essen (von den Kuchenmengen abgesehen) und lief laut vielen Zeugenberichten fast zwei Jahre lang immer in demselben abgewetzten blauen Anzug und Trenchcoat herum.

Wenn keine Parteiversammlungen stattfanden, auf denen er reden mußte, saß er mit seinen Kumpanen nächtelang in Cafés. Er gefiel sich überhaupt in der Rolle eines unsteten Bohemiens, der zwar die Agitation für die Partei übernommen hatte, sonst sich aber nur wenig um organisatorische Fragen kümmerte, an den Parteiausschußsitzungen nur unregelmäßig teilnahm, meistens sehr unpünktlich war und oft auch wichtige Verabredungen nicht einhielt.

Das führte natürlich bald zu Spannungen mit dem sehr korrekten und eifrigen Parteivorsitzenden Drexler. Wenn dieser unstete Lebenswandel und die künstlerischen Allüren Hitlers von anderen Parteimitgliedern kritisiert wurden – und das geschah in den Jahren 1921 bis 1923 des öfteren –, reagierte er mit der gereizten Empfindlichkeit eines Stars. Und im Grunde war er ja auch der Star der Partei, der die Zuhörermassen anzog.

Als solcher Star-Redner entfaltete er damals den größten Ehrgeiz. Hitler ging es 1920/21 nicht um eine Funktion in der Parteiführung; er sah sich ausschließlich als Propagandist für eine „Erneuerung Deutschlands“ im völkisch-nationalen

⁶⁶ Siehe Hanfstaengl, S. 51, 56 u. ö.; Tyrell (Anm. 5), S. 227, Anm. 9.

⁶⁷ Carola Hoffmann; über sie bei Hanfstaengl, S. 64; Fest, S. 199.

⁶⁸ Siehe die Schilderung bei Hanfstaengl, S. 52.

Sinne. Seine Mission war nach seinen eigenen Worten die „Volksaufklärung in der breiten Masse“⁸⁹. Von seiner Weltanschauung überzeugt, ließ er seinem Fanatismus und Eifer in „rücksichtslosem Einsatz“ freien Lauf, die Massen ebenfalls dazu zu bekehren⁹⁰. Denn bevor die angestrebten Ziele einer Niederringung der inneren und äußeren Feinde und einer neuen deutschen Machtentfaltung erreicht werden könnten, müßten die Massen für die Bewegung gewonnen werden. Eine Organisation aufzubauen und zu leiten, sah Hitler damals nicht als seine Aufgabe an.

Aber als im Sommer 1921 andere, ebenfalls auf den völkischen Gedanken fixierte, bis dahin mit der NSDAP konkurrierende Gruppierungen wie die Deutschsozialistische Partei und die Augsburger Werkgemeinschaft das Ansinnen einer Fusion an die NSDAP stellten, wehrte sich Hitler mit allen Mitteln dagegen. Durch diese völlig anders strukturierten und organisierten Parteien, die in viele, aber meist sehr kleine Ortsgruppen zersplittert und sogar bereit waren, über das parlamentarische Prinzip ihren Erfolg zu suchen, sah Hitler seine Konzeption der Machteroberung durch Agitation der Massen gefährdet und verlangte kategorisch die Auflösung dieser Gruppen und die einzelne Aufnahme ihrer Mitglieder in die NSDAP. Darüber kam es zu einer großen Krise in der Partei⁹¹. Als der Führungsausschuß seinen Forderungen widerstrebte und mit den anderen Gruppen bei einem Treffen in Augsburg in Abwesenheit Hitlers verhandelte, geriet Hitler in solche Wut und Enttäuschung, daß er die ganze Sache hinwarf und aus der NSDAP austrat. Damit lief die Partei Gefahr, ihren wichtigsten Propagandisten und mit ihm sicher einen nicht unbeträchtlichen Teil der Anhänger zu verlieren. Nach Vermittlung Dietrich Eckarts kam deshalb der Ausschuß überein, Hitler nachzugeben und akzeptierte dessen Bedingungen für den Wiedereintritt. Um künftig solche seiner Auffassung widersprechende Entwicklungen zu vermeiden und seine Kontrahenten und etwaige Konkurrenten auszuschalten, hatte Hitler nun den Posten des Ersten Vorsitzenden verlangt, „mit diktatorischer Machtbefugnis zu sofortiger Zusammenstellung eines Aktionsausschusses, der die rücksichtslose Reinigung der Partei . . . durchzuführen hat“. Die neu ausgearbeitete Satzung betonte die Alleinverantwortlichkeit des Vorsitzenden für die Geschicke der NSDAP. Wie Albrecht Tyrell⁹² neuerdings plausibel dargelegt hat, entsprang dieses Vorgehen Hitlers aber nicht einer vorgeplanten Taktik zur Durchsetzung eines diktatorischen Füh-

⁸⁹ So z. B. in der Rede am 11. 6. 1920, vgl. Dokumentation Phelps 1963 (s. Anm. 49).

⁹⁰ Gleich im ersten Kapitel des zweiten Bandes von „Mein Kampf“ (Augs. 1927, S. 1, Ausg. 1953 ff., S. 409) schreibt Hitler über „Weltanschauung und Partei“: „Es war selbstverständlich, daß die neue Bewegung nur dann hoffen durfte, die notwendige Bedeutung und die erforderliche Stärke für diesen Riesenkampf zu erhalten, wenn es ihr vom ersten Tage an gelang, in den Herzen ihrer Anhänger die heilige Überzeugung zu erwecken, daß mit ihr dem politischen Leben nicht eine neue *Wahlparole* aufoktroiert, sondern eine neue *Weltanschauung* von prinzipieller Bedeutung vorangestellt werden sollte.“ (Hervorhebungen von Hitler). Vgl. dazu auch Schulz, *Aufstieg* (s. Anm. 5), S. 218 ff.

⁹¹ Zur Juli-Krise 1921 der NSDAP jetzt vor allem Tyrell (s. Anm. 5), S. 95 ff.

⁹² Ebenda, S. 106 ff.

rungsanspruchs über die Partei, sondern eher einer Affekthandlung angesichts des drohenden Schwindens der organisatorischen Basis seiner Agitationstätigkeit.

Denn darum ging es Hitler eben in erster Linie. Er wollte den ideologischen Kurs der Partei gemäß seiner Überzeugung bestimmen sowie die daraus zu folgernden Aktionen. Die Leitung der Partei war ihm Nebensache. Seinem Selbstverständnis entsprechend suchte er Autorität durch Überzeugung, durch Popularität. Je mehr Mitglieder er der Bewegung mit seiner Agitation zuführte, desto stärker wurde seine Stellung in dieser. Die Überzeugung schuf eine emotionale Bindung der Gefolgschaft an einen solchen „Führer“. Die „diktatorische Machtbefugnis“ Hitlers beschränkte sich aber damals auf die Durchsetzung seiner Vorstellungen vom politischen Kurs der Partei. An einer straffen Führung der Partei durch ihn selbst lag ihm offensichtlich auch jetzt nichts. Nachdem Hitler sich mit Hilfe der neuen Satzung (die am 29. Juli 1921 in einer Mitgliederversammlung mit 543 gegen eine Stimme angenommen wurde) innerhalb der Partei als Erster Vorsitzender eine sichere Position geschaffen hatte, die ihn künftig vor mißliebigen Auseinandersetzungen verschonte⁹³, kümmerte er sich weiterhin sehr wenig um die innerparteiliche Organisation und überließ diese Gehilfen seines Vertrauens. Der ehemalige Feldwebel Max Amann schien ihm dafür der geeignetste Mann. Ab September 1921 unterzeichnete Hitler zwar die Rundschreiben und Mitteilungsblätter der Parteileitung an die Ortsgruppen, aber im Herbst 1922 stellte er auch das wieder ein⁹⁴. Wenn nun, ab Sommer 1921, in der NSDAP häufiger der Begriff „Führer“ verwendet wurde, vor allem von Esser, Eckart und Heß, so war dies keine Besonderheit, denn auch in anderen Parteien und Gruppen, bei allen nationalen Verbänden sprach man von „Führern“⁹⁵. Soweit sich damals ein „Führer“-Bewußtsein herausbildete, geschah dies in erster Linie im Sinne eines Motors und Agitators und weniger eines Diktators der Partei, wie aus Rudolf Heß' Worten gegen Hitlers Kontrahenten in der Parteikrise deutlich wird: „Seid ihr wirklich blind dagegen, daß dieser Mann die Führerpersönlichkeit ist, die allein den Kampf

⁹³ Entsprechende institutionelle Vorkehrungen sollten es ihm ersparen, „sich auf die verhassten Auseinandersetzungen mit abweichenden Meinungen über den richtigen Kurs der Partei einlassen zu müssen, und es ihm stattdessen ermöglichen, solche und andere Differenzen autoritativ zu entscheiden. Nahezu alle wichtigen Bestimmungen trugen den Stempel seines persönlichen Dilemmas, und es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die in der Satzung grundlegende neue Leitungsstruktur der NSDAP ganz auf Hitlers persönlichen Arbeitsstil, ja auf seinen Lebensstil zugeschnitten war.“ Tyrell, ebenda, S. 133. Die Satzung ist abgedruckt in Albrecht Tyrell (Hrsg.), *Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP*, Dokumentation und Analyse, Düsseldorf (Droste Vlg.) 1969, S. 31 ff.

⁹⁴ Siehe Kuhn (Anm. 50), S. 60; das Rundschreiben Nr. 4 über Parteiorganisation abgedruckt bei Tyrell, *Führer befiehlt*, S. 29 ff.

⁹⁵ Siehe zum Problem der Führung im demokratischen Lager z. B. die Schrift von Curt Geyer, *Führer und Masse in der Demokratie*, Berlin 1927, auf dessen Äußerungen über die Glaubensbesessenheit und Suggestivkraft des wahren Führers (Geyer, S. 54 f.) auch Schulz (Anm. 5), S. 771, hinweist.

durchzuführen vermag? Glaubt ihr, daß ohne ihn die Massen sich im Zirkus Krone stauten?“⁹⁶

Vor allem die jungen Leute um Hitler – Heß, Rosenberg, Esser – waren Hitler mehr verpflichtet als der Partei. Sie begannen nun in der Parteizeitung und in Reden allmählich mit der Stilisierung Hitlers als dem „Führer“⁹⁷. Als ein Jahr später (Oktober 1922) der italienische Duce seinen großen Erfolg feiern konnte, propagierte man dann ganz bewußt Hitler als „unseren Duce“. Es hätte seiner Selbsteinschätzung widersprochen, wenn Hitler diese Rolle nicht angenommen hätte. Seine spätere Selbstdarstellung in „Mein Kampf“ und die Entwicklung der NSDAP nach 1924 haben nun vielfach dazu verleitet, den diktatorischen Führerbegriff auch auf die Frühzeit zu übertragen⁹⁸. Eine genaue Kenntnis der Geschichte der Partei und Hitlers vor 1924 läßt es aber nicht zu, diesem von Anfang an oder auch schon im Sommer 1921 einen zielstrebigsten „Willen zur Macht“ zuzuschreiben.

Im Kampf um die Massen hatte der Agitator inzwischen neue Erfolge erzielt. Einmal war mit Anfang des Jahres 1921 der „Völkische Beobachter“ zum Parteiblatt der NSDAP geworden. Die zum Ankauf notwendigen Gelder konnten durch eine Bürgschaft Dietrich Eckarts und des Augsburger Notars Dr. Gottfried Grandel aufgebracht werden. 60 000,- RM (die Hälfte der erforderlichen Barmittel) wurden nach Vermittlung Röhms und Mayrs von General von Epp aus einem Reichswehrfonds gestiftet!⁹⁹ Hitler begann nun für den VB Leitartikel zu schreiben; vom 1. Januar 1921 an erschienen seine Kommentare zu den Tagesereignissen in der Zeitung – aber Ende Mai, als die Auseinandersetzungen in der Partei begannen, hörte er damit ziemlich plötzlich wieder auf¹⁰⁰. Künftig wurden nur noch seine Reden abgedruckt.

Am 3. Februar 1921 hatte die NSDAP zu einer wirklich großen Massenversammlung in den größten Raum Münchens, den Zirkus Krone, aufgerufen¹⁰¹. Nachdem eine gemeinsame Kundgebung der nationalen Verbände Münchens gegen die

⁹⁶ Zit. bei Tyrell (Anm. 5), S. 124.

⁹⁷ Vgl. Horn (Anm. 5), S. 52 u. ö.

⁹⁸ So neben den älteren Arbeiten von Franz-Willing und Maser auch noch die neueren Studien zur Parteigeschichte von Joseph Nyomarkay, *Charisma and Factionalism in the Nazi Party*, Minneapolis (Univ. of Minnesota Press) 1967, Dietrich Orlow, *The History of the Nazi Party, 1919–1933*, Pittsburgh (Univ. Press) 1969, und Horn (s. Anm. 5). Auch Bracher (s. Anm. 67) geht m. E. zu weit, wenn er (S. 90) Hitlers „unferlosen Geltungstrieb“ mit einem „Anspruch auf unumschränkte Macht“ gleichsetzt; für die frühe Zeit gilt dies eben noch nicht.

⁹⁹ Zur Geschichte des VB-Erwerbs außer Maser, Sturm (Anm. 15), S. 258 ff., Plewnia (Anm. 42), S. 68 ff., der Exkurs bei Tyrell (Anm. 5), S. 175 ff.

¹⁰⁰ Vgl. Kuhn (Anm. 50), S. 60.

¹⁰¹ Der Geschäftsführer des Zirkus-Unternehmens soll NSDAP-Mitglied gewesen sein und der Partei die Arena zu einem relativ niedrigen Mietpreis überlassen haben (nach Toland [s. Anm. 3], S. 109).

Reparationsforderungen der Alliierten nicht zustande kam, nutzte Hitler die günstige Gelegenheit zu einem Alleingang, stellte sich an die Spitze des Volksprotestes und bekam an diesem Abend einen Zulauf von über 6000 Menschen¹⁰². Nach diesem Erfolg wählte er häufiger den Zirkusbau als Forum seiner Agitation; auch mitten in der Parteikrise im Juli 1921 demonstrierte er dort seine Zugkraft als „Aufklärer“ oder vielmehr Verführer der Massen. Es gibt eine ganze Reihe von Zeugenberichten darüber, welchen großen Eindruck seine Reden gerade auch auf das national eingestellte Bildungsbürgertum machten. Joachim Fest zitiert die geradezu enthusiastische Schilderung von Kurt Lüdecke¹⁰³. Ähnliches findet man in den Erinnerungen Ernst Hanfstaengl¹⁰⁴ und – mit nur geringer Distanzierung – bei Karl Alexander von Müller¹⁰⁵. Dieser berichtet beispielsweise auch, wie der Münchener Universitätsprofessor Karl Escherich, Forstzoologe, NSDAP-Mitglied und Bruder des Leiters der Wehr-Organisation Escherich, mit dem ganzen Stab seines Instituts begeistert Hitlers Versammlungen besucht habe¹⁰⁶. Hitlers Anziehungskraft beruhte ganz wesentlich darauf, daß er auf effektivere Weise und in der Sprache des kleinen Mannes das auszudrücken verstand, was alle nationalen Kreise fühlten und träumten. Der schon genannte alldeutsche Mediziner und Rassenhygieniker Prof. Dr. Max von Gruber erklärte 1927 rückblickend: „Man sah in den bürgerlichen Kreisen nur mit Freude, daß Hitler zustande bringe, was uns versagt ist, in den Kreisen der kleinen Leute Anhang zu finden, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben, übersah aber dabei die Gefahren des Erfolges seiner eigenen Demagogie. Man trieb den Teufel mit dem Beelzebub aus.“¹⁰⁷ Der württembergische Gesandte in München, Moser v. Filseck, berichtete 1922 an seine Regierung eine Äußerung des Ministerpräsidenten v. Knilling: „Das Bedauerliche sei, daß die National-Sozialisten in weiten Kreisen der Bürgerschaft die größten Sympathien genossen und daß diese von ihnen das Heil erwarteten.“¹⁰⁸

Diese „weiten Kreise der Bürgerschaft“ gehörten größtenteils dem alten oder dem neuen Mittelstand an¹⁰⁹. Schon durch die zunehmende Verschlechterung der

¹⁰² Siehe Franz-Willing (Anm. 37), S. 156, und Deuerlein, Hitler-Putsch (Anm. 7), S. 37.

¹⁰³ Vgl. Fest (Anm. 1), S. 223; Kurt G. W. Lüdecke, I knew Hitler, The Story of a Nazi Who Escaped The Blood Purge, London 1938, S. 22 f.

¹⁰⁴ Hanfstaengl (Anm. 84), S. 36 f.

¹⁰⁵ Müller, Im Wandel ... (Anm. 23), S. 144 f.; über K. A. v. Müllers Verhältnis zum Nationalsozialismus siehe jetzt Christoph Weisz, Geschichtsauffassung und politisches Denken Münchener Historiker der Weimarer Zeit (Beitr. z. e. histor. Strukturanalyse Bayerns ... , Bd. 5), Berlin (Duncker & Humblot) 1970, bes. S. 49 ff., 263 f., und die dort angegebene Literatur.

¹⁰⁶ Müller, Im Wandel ... , S. 153.

¹⁰⁷ Zit. bei Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 45, und Deuerlein, Hitler (s. Anm. 7), S. 167. Eine sprechende Illustration zu Brachers Hinweis auf die sich wiederholenden Mißverständnisse, man könne sich Hitler zunutze machen; vgl. Bracher (Anm. 67), S. 93.

¹⁰⁸ Siehe Politik in Bayern 1919–1933, Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck, hrsg. u. kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart (Dtsch. Verlags-Anst.) 1971, S. 113 f.

¹⁰⁹ Zum „alten“ Mittelstand gehörten nach damaliger Auffassung Handwerk, Kleinhandel und

sozialen Lage dieser Volksschichten während und nach dem Ersten Weltkrieg¹¹⁰ wuchs ihre Empfänglichkeit für radikale Parolen an. Von der in diesen bürgerlichen Kreisen vorherrschenden nationalkonservativen Haltung und latenten antisemitischen Stimmung war es oft nur ein kleiner Schritt bis ins völkische Lager. In der Reaktion auf die Revolutions- und Rätezeit war, wie schon erwähnt, gerade in Bayern der Mittelstand von der Furcht vor dem „Bolschewismus“ durchdrungen; Berliner sozialdemokratische Sozialisierungspläne in den Anfangsjahren der Republik trugen nicht zu dessen Abbau bei. „Für große Teile des gewerblichen Mittelstandes waren das Ende der Monarchie und die Machtübernahme der als Todfeinde empfundenen Sozialdemokraten in der Tat gleichbedeutend mit der Infragestellung ihrer Existenzgrundlage.“¹¹¹ Die Schicht der Kleingewerbetreibenden und Angestellten war es auch, die durch den Verlust ihrer Ersparnisse am meisten unter den Auswirkungen der Inflation litt. Sozialdarwinistische Parolen vom „Kampf um's Dasein“ wurden ernst genommen¹¹². Angesichts der immer mehr fortschreitenden Inflation entwickelten sich eine Katastrophenstimmung und Panik in diesen Kreisen, die sehr bald den Ruf nach autoritärer Führung erschallen ließen und radikalen Forderungen zunehmend den Boden bereiteten. Die Inflationsgewinne der Industrie sorgten dafür, daß auch massive antikapitalistische Töne nicht ausblieben¹¹³.

In dieser Situation fanden die Parolen der nationalsozialistischen „Mittelstands-ideologen“¹¹⁴ wie Feder, Dingfelder und Tafel in München offene Ohren. Sie

Bauerntum, zum „neuen“ Mittelstand Angestellte, Beamte und freie Berufe. Vgl. Die Verelendung des Mittelstandes, Beitr. z. Statistik Bayerns, Heft 106, hrsg. v. Bayer. Statistischen Landesamt, München 1925; dort detaillierte Angaben über Einkommens- und Vermögensverluste bes. des neuen Mittelstands durch die Inflation.

¹¹⁰ Zur beginnenden Verarmung großer Teile des Mittelstands schon während des Ersten Weltkriegs gerade in Bayern vgl. Karl-Ludwig Ay, Die Entstehung einer Revolution, Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges (Beitr. z. e. histor. Strukturanalyse Bayerns . . . , Bd. 1), Berlin (Duncker & Humblot) 1968, bes. S. 97 ff.

¹¹¹ Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1972, S. 65; über Sozialisierungspläne ebenda, S. 72. Damit parallel ging eine zumindest unterschwellige Protestreaktion des Mittelstandes gegen die Statuserhöhung der Arbeiterschaft; zudem „erhob sich eine breite Welle von sozialem Neid und Haß“ gegen reale oder vermeintliche Kriegsgewinnler und „jüdische Wucherer“; vgl. Martin Broszat, Soziale und psychologische Grundlagen des Nationalsozialismus, in: Deutschland – Wandel und Bestand, Eine Bilanz nach hundert Jahren, hrsg. v. E. J. Feuchtwanger, Frankfurt (Suhrkamp) 1976, S. 129–154, bes. S. 144 ff.

¹¹² Eine hinreichende Darstellung der Auswirkungen sozialdarwinistischer Vorstellungen auf die Politik in Deutschland fehlt noch; vgl. Hans-Günter Zmarzlik, Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem, in dieser Zeitschrift 11 (1963), S. 246–273; die dort angekündigte größere Untersuchung des Verfassers ist leider noch nicht erschienen.

¹¹³ Vgl. Winkler (Anm. 111), S. 76 ff., demzufolge kamen gerade aus München besonders „drastische Töne“ (ebenda, S. 76).

¹¹⁴ So Schulz (Anm. 5), S. 175 f.; alle drei genannten gehörten in den ersten Jahren der DAP/NSDAP zu den wichtigsten und attraktivsten Rednern bei Parteiversammlungen, da sie sehr

kämpften ja gegen den „Börsenkapitalismus“ und erklärten die Erhaltung und den Schutz des Mittelstands zur zentralen Aufgabe des Staates überhaupt¹¹⁵. Die wenigen gesellschaftspolitischen Forderungen des nationalsozialistischen Parteiprogramms sind eindeutig mittelständischer Natur. Auch Hitler selbst sprach bewußt in erster Linie den Mittelstand an: „Aus den Reihen des Mittelstandes müssen die Kämpfer kommen . . . Wir brauchen die Entwurzelten als Kämpfer zum Neubau des kommenden Deutschland.“¹¹⁶ Daß dieser Appell nicht erfolglos blieb, zeigen die Mitgliederlisten der frühen NSDAP und die Zusammensetzung der Zuhörerschaft ihrer Versammlungen¹¹⁷. Für das München der Jahre 1920 bis 1924 kann man sehr wohl von einem „Extremismus der Mitte“ im Sinne der These Lipsets sprechen¹¹⁸.

Trotz ihrer aktionistischen Haltung und revolutionären Parolen war die NSDAP der Jahre 1919–1923 aber keine revolutionäre Partei¹¹⁹, sondern viel mehr eine gegenrevolutionäre. Sie trat unter der nationalen Devise im Verein mit den Exponenten des Ordnungsstaatsgedankens und den Förderern einer starken Wehrkraft gegen das um demokratischen Fortschritt bemühte republikanische Berlin an. Unartikulierte Motivationen im Hintergrund oder Unterbewußtsein waren der Wunsch nach Verdrängung der äußeren wie inneren Niederlage und ein Aufbauen gegen die moderne westliche Welt. Appelle gegen den Klassenbegriff und für eine Volksgemeinschaft hatten unter diesen Umständen eher einen restaurativen und reaktionären Charakter. Jedenfalls wurden sie von der damaligen Anhängerschaft in diesem Sinne aufgefaßt. Die NSDAP fand ihren Anhang, weil sie diese Parolen am entschiedensten und radikalsten vertrat, nicht infolge eines revolutionären Auftretens.

Im gesamten nationalen Lager des damaligen München gab es niemanden, der

viel konkreter als etwa Hitler auf die wirtschaftlichen und sozialen Nöte der Zuhörerschaft eingingen – wenn auch mit verschrobenen und antiquierten Lösungsvorschlägen; vgl. Fenske (Anm. 5), S. 280 ff., der sie mit Recht als „geistige Führer“ der Bewegung bezeichnet.

¹¹⁵ Fenske, S. 290; vgl. auch die bei Tyrell (Anm. 5), S. 233, zit. Forderungen Hermann Essers zur Rettung des deutschen Handwerks und Gewerbes: den Großkapitalisten müßten „die Genossenschaften der kleinen Leute“ entgegengesetzt werden.

¹¹⁶ Zit. bei Horn (Anm. 5), S. 91, aus Völkischer Beobachter (VB) vom 30. 8. 1922.

¹¹⁷ Zur Mitgliederstruktur der Partei siehe oben S. 19 f.; „– auch in der Zuhörerschaft: überwiegend der herabgleitende Mittelstand, in allen seinen Schichten –,“ so K. A. v. Müller, Im Wandel . . . (Anm. 23), S. 144.

¹¹⁸ Für diese frühe Zeit scheint mir der Begriff noch besser anwendbar als für die spätere Entwicklung der NSDAP; vgl. den mehrfach gedruckten Aufsatz von Seymour Martin Lipset, Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: Theorien über den Faschismus, hrsg. von Ernst Nolte, Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1967, S. 449–491, und die kritische Stellungnahme von Heinrich August Winkler, Extremismus der Mitte?, Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 173 bis 191.

¹¹⁹ In diesem Sinne argumentiert z. B. Gordon (Anm. 71), der die Parolen der Bewegung allzu unkritisch wörtlich nimmt, und nach ihm K. L. Ay in: Ztschr. f. bayer. Landesgesch. 37 (1974), S. 663.

dem Bürgertum die völkische Heilsbotschaft mit solch monomanischer Besessenheit und missionarischem Eifer predigte wie Hitler. Er scheute sich nicht, seine Bewegung mit dem Wirken Jesus Christus zu vergleichen: „Wir sind zwar klein, aber einst stand auch ein Mann auf in Galiläa, und heute beherrscht seine Lehre die ganze Welt. Ich kann mir Christus nicht anders vorstellen als blond und mit blauen Augen, den Teufel aber nur in der jüdischen Fratze.“ So sprach er bei der Feier des einjährigen Bestehens der Ortsgruppe Rosenheim¹²⁰. Seine Agitationsmonologe waren ebenso ein Rausch der Selbstbeschwörung wie der Beschwörung der Massen.

Dabei war sich aber Hitler damals der Grenzen seiner Begabung durchaus bewußt. Gegenüber dem Hauptschriftleiter der alldeutschen „Deutschen Zeitung“, Max Maurenbrecher, betonte er im Mai 1921 in einem Interview, er sei nicht der Führer und Staatsmann, „der das im Chaos versinkende Vaterland zu retten vermöge. Er sei wohl der Agitator, der Massen zu sammeln verstehe. Aber er sei nicht der Baumeister, der Plan und Aufriß des neuen Gebäudes bildhaft klar vor seinen Augen sieht und mit ruhiger Festigkeit in schöpferischer Arbeit einen Stein auf den anderen zu legen vermag. Er brauche den Größeren hinter sich, an dessen Befehl er sich anlehnen dürfe.“¹²¹ Ähnlich äußerte er sich 1922 zu Moeller van den Bruck: „Ich bin nichts als ein Trommler und Sammler.“¹²² Zumindest bis zum Debakel von 1923 sah sich Hitler also als Propagandist, nicht als Diktator des kommenden Reiches. „Unsere Aufgabe ist, dem Diktator, wenn er kommt, ein Volk zu geben, das reif ist für ihn!“, erklärte er im Mai 1923¹²³ und noch im Prozeß vor dem Volksgericht im Februar 1924 betonte er: „Ich habe nie davon gesprochen, daß ich die erste Stelle wünsche, sondern daß den politischen Kampf ich führe...“¹²⁴ Er wollte in dieser Zeit lediglich ein Wegbereiter für einen nationalen Führer sein, doch die Führervorstellung und -sehnsucht weiter Kreise auf der Rechten wurde auf ihn, den am stärksten hervorragenden Kämpfer übertragen.

Das Wohlwollen gegenüber dem nationalen Trommler beschränkte sich nicht auf das städtische Bürgertum, sondern wurde auch amtlicherseits zum Ausdruck gebracht. Von Anbeginn an hatten der Münchener Polizeipräsident Ernst Pöhner und sein Ressortchef Oberamtmann Frick dem Treiben der NSDAP keine Hindernisse in den Weg gelegt, sondern auch bei lautstarken Auftritten, bewußten Störungen gegnerischer Versammlungen und noch heftigeren Ausschreitungen beide Augen zugedrückt und Anzeigen gegen die Partei wegen übler Hetze, Haus- oder

¹²⁰ VB vom 28. 4. 1921, S. 3: „Ein Jahr Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Rosenheim“.

¹²¹ Max Maurenbrecher, Adolf Hitler, in: Deutsche Zeitung vom 10. 11. 1923 (Abendausgabe), zit. bei Plewnia (s. Anm. 42), S. 85.

¹²² Zit. bei Rudolf Pechel, Deutscher Widerstand, Erlenbach-Zürich 1947, S. 280, und von dort vielfach in der Literatur übernommen.

¹²³ VB vom 6./7. 5. 1923, zit. bei Tyrell (Anm. 5), S. 157.

¹²⁴ Tyrell, S. 272, Anm. 125.

Landfriedensbruch einfach unterdrückt. Pöhner erklärte später im Hitlerprozeß ganz offen: „Wir hielten unsere schützende Hand über die Partei und Herrn Hitler, weil wir darin den Keim für Deutschlands Erneuerung sahen.“¹²⁵

Sozusagen die höheren politischen Weihen erhielt Hitler, als am 14. Mai 1921 der bayerische Ministerpräsident Gustav von Kahr eine NSDAP-Delegation (mit Drexler, Heß und Hitler) empfing und im Anschluß an das Informationsgespräch die Absicht äußerte, „Hitler vielleicht nochmals gelegentlich in kleinerem Kreise sprechen zu wollen“. Der eifrige Heß nahm dies zum Anlaß, in einem langen Schreiben an den Ministerpräsidenten ein ausführliches werbendes Porträt seines Meisters zu entwickeln.¹²⁶

Rudolf Heß war es auch, der ungefähr zur gleichen Zeit den ersten Kontakt zwischen Hitler und Ludendorff herstellte. Dieser hatte sich nach dem gescheiterten Kapp-Putsch ebenfalls nach Bayern zurückgezogen und wohnte nun in einer Villa im Süden von München. Über die Anknüpfung der Beziehungen zwischen ihm und Hitler kursieren in der Literatur die verschiedensten Versionen. Ludendorff selbst schreibt: „Auch kam – es war wohl in jenen Tagen [Mai 1921] – Herr Rudolf Heß, ein frischer, jugendlicher Mann zu mir. Er erzählte mir von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die seit kurzem gegründet worden sei, und von ihrem Freiheitswillen und bat mich, auch ihren Führer, Herrn Adolf Hitler, zu empfangen. Ich willigte ein und bald darauf lernte ich Herrn Adolf Hitler in meinem Hause mit seinem drängenden Willen kennen und habe ihn dann in weiten Kreisen empfohlen . . .“¹²⁷ Ludendorff war schon damals eine Symbolgestalt des nationalen Lagers und seine Empfehlung für Hitler natürlich ein großer Prestigegegewinn.

Mit einem anderen „Flüchtling“ des Kapp-Unternehmens in Bayern, der in den nationalen Wehrverbänden ebenfalls eine große Rolle spielte, hatte Hitler schon

¹²⁵ Zit. bei Plewnia (Anm. 42), S. 70; zu Pöhner vgl. Fenske (Anm. 5), S. 140 ff.

¹²⁶ Der Brief ist abgedruckt bei Deuerlein, Aufstieg der NSDAP (s. Anm. 7), S. 152 ff.

¹²⁷ General Ludendorff, Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter Deutscher Volksschöpfung, Meine Lebenserinnerungen von 1919 bis 1925, München 1940, S. 161; zum Verhältnis Ludendorffs zu Hitler vgl. Horn (Anm. 5), S. 118 f. Eine eingehende Untersuchung der politischen Aktivität Ludendorffs in den Zwanziger Jahren fehlt leider noch; vgl. auch die Dissertation von Gert Borst, Die Ludendorff-Bewegung 1919–1961, Eine Analyse monologischer Kommunikationsformen in der sozialen Zeitkommunikation, München, phil. Diss. 1969 (Diss.-druck).

Binion (s. Anm. 3) schätzt den Einfluß Ludendorffs auf Hitler sehr hoch ein. Kurz nach seinem ersten Besuch bei Ludendorff im Mai 1921 habe Hitler erstmals die Forderung nach mehr Land und Boden im Osten als Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes erhoben und diese Ansprüche hätten genau den Annexionsforderungen entsprochen, die Ludendorff anläßlich der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk vorgebracht hatte (vgl. Binion, S. 40 ff., 59 ff.). Bis Ende 1923 wurde Ludendorff unausgesprochen als der Führer der gesamten völkischen Oppositionsbewegung angesehen (vgl. etwa die Aufzeichnungen des ehem. Freikorps- u. SA-Führers Franz Pfeffer v. Salomon, Archiv Inst. f. Zeitgeschichte, ZS 177/I) und Hitler betrachtete ihn ebenso (Binion, S. 115 f.).

seit Dezember 1920 Kontakt: mit dem Kapitän Ehrhardt, Kommandeur der gleichnamigen Brigade. Vermittler war hier wahrscheinlich Röhm¹²⁸.

Hitlers und Eckarts Reise nach Berlin im Juni 1921 hatte wohl vor allem den Zweck, in der Hauptstadt neue Geldquellen aufzutun, um den drohenden Konkurs der Parteizeitung abzuwenden. Der mit Eckart befreundete und in der Industrie tätige Dr. Emil Ganßer war seit wenigen Monaten Parteimitglied und wurde nun als Finanzmakler in Anspruch genommen¹²⁹. Der Erfolg war damals aber noch nicht sehr groß. Erst mit der zunehmenden Aktivität der NSDAP im Rahmen der nationalen Kampfverbände und der damit verbundenen Anerkennung und offiziellen Aufwertung im Laufe des Jahres 1922 flossen auch die Geldmittel reichlicher. Die Partei profitierte mit von den finanziellen Zuwendungen, die Industriekreise und begüterte Einzelpersonen zur Bekämpfung der „roten Gefahr“ den nationalen Wehrverbänden und ihren Führern, vor allem Ludendorff, machten¹³⁰. Bemühungen von Scheubner-Richter brachten solche Mittel durch Sammlungen im bayerischen Industriellenverband¹³¹, Spenden von baltendeutscher Seite (besonders seitens einer Baronin Seidlitz) und des russischen Großfürsten Kyrill zusammen¹³². Ganßer gelang es im Mai 1922, Hitler zweimal im Berliner „Nationalen Klub von 1919“ sprechen zu lassen¹³³. Unter den ihm zu verdankenden Spendern befinden sich Namen wie Borsig, Siemens und der Malzkaffeeabrikant Richard Franck (Stifter der Weltkriegsbücherei in Stuttgart)¹³⁴. Der in nationalen Kreisen sehr berühmte Kapitänleutnant Hellmuth von Mücke, NSDAP-Mitglied seit 1921, spendete nach einer Vortragsreise durch die USA 1922 500 Dollar für die Unterstützung des VB¹³⁵. In der gegnerischen Presse, vor allem in der sozialdemokratischen „Münchener Post“ wurden ständig neue Gerüchte über die Geldgeber der NSDAP aufgetischt¹³⁶. Eine große Diskussion, die bis in die französische Deputier-

¹²⁸ Siehe Krüger (Anm. 73), S. 105.

¹²⁹ Zu Ganßer siehe Plewnia (Anm. 42), S. 70 f.; Tyrell (Anm. 5), S. 259.

¹³⁰ Vgl. Franz-Willing (Anm. 37), S. 191; die Behauptung Masers (Anm. 15), S. 396, Fritz Thyssen habe Hitler 100 000 Goldmark zukommen lassen, steht so weder bei Bullock noch sonstwo; auch in diesem Fall war Ludendorff der Empfänger; vgl. Fritz Thyssen, I paid Hitler, London 1941, S. 113 f.

¹³¹ Vgl. die Aussage des Kommerzienrats Aust bei Deuerlein, Hitler-Putsch (Anm. 7), S. 63.

¹³² Siehe Franz-Willing (Anm. 37), S. 191; Laqueur (Anm. 80), S. 72.

¹³³ Vgl. Tyrell (Anm. 5), S. 259; die Einladung zu Hitlers Vortrag abgedr. bei Tyrell, Führer befehl... (s. Anm. 93), S. 46.

¹³⁴ Vgl. Fest (Anm. 1), S. 241; Plewnia (Anm. 42), S. 70 f.; Franz-Willing, S. 192 f.

¹³⁵ Tyrell (Anm. 5), S. 143.

¹³⁶ Als Beispiel, auf welche oft sehr persönliche, aber doch indirekte Art Hitler mutmaßliche Sympathisanten für seine Zwecke zu gewinnen suchte, sei ein Brief an die schon erwähnte Frau Lauböck vom April 1922 zitiert: „Sehr geehrte Frau Lauböck! Heute kommt aus Berlin ein Herr Graf v. Baudissin in München an. Der Herr hat in Berlin für die Bewegung eventuell Bedeutung. Da mich derselbe bat, für Quartier zu sorgen, so läge mir daran, ihn so unterzubringen, daß er genügend bearbeitet wird. Also wenn möglich nicht im Hotel, sondern im Privatquartier bei besonders alten Parteigenossen. Wäre es Ihnen, gnädige Frau

tenkammer ihre Wellen schlug, rief der Verdacht hervor, auch französische Gelder seien den späteren Putschisten zugeflossen. In dem Hochverratsprozeß gegen die ehemaligen Redakteure Georg Fuchs und Hugo Machhaus im Juni 1923 kam jedenfalls heraus, daß durch ihre Vermittlung der schon bekannte Hauptmann Karl Mayr (die Figur im Hintergrund!) von dem französischen Agenten Colonel Richert mehr als 90 000 Goldmark erhalten habe, die er in die Kassen vaterländischer Verbände weiterleitete¹³⁷. Bei Mayrs Sympathien für die NSDAP ist es durchaus möglich, daß auch sie davon etwas bekommen hatte.

Durch polizeiliche Ermittlungen nachgewiesen ist jedenfalls, daß beträchtliche Summen aus der Schweiz in nationalsozialistische Hände gelangten. Allein Dr. Ganßer habe 1923 33 000,- Schweizer Franken herübergebracht¹³⁸. Angesichts der in Deutschland grassierenden Inflation waren solche stabilen Devisenbeträge besonders wertvoll. Der württembergische Gesandte in München bemerkte im November 1922 in seinen Berichten mehrmals, die NSDAP sei offensichtlich glänzend finanziert¹³⁹. Zu den nun reichlicher fließenden Geldmitteln kamen ja auch nicht unbedeutende Sachwerte in Form von Ausrüstungsgegenständen, Autos und Waffen, die Röhm der SA wie den anderen nationalen Wehrverbänden aus heimlichen Waffenlagern zukommen ließ¹⁴⁰. Röhm unterstand ab Januar 1923 die geheime Feldzeugmeisterei der Reichswehr, in der die Waffen und Ausrüstungsgegenstände der aufgelösten Einwohnerwehren gesammelt und unterhalten wurden¹⁴¹. Damit hatte er eine Schlüsselstellung inne, „die der aktivistischen Richtung der nationalen Bewegung im Laufe des Jahres sehr zustatten kam“¹⁴². Ohne seine Mitwirkung oder wenigstens Rückendeckung ließ sich nun in Bayern schwerlich noch ein Putsch machen.

Der durch sein lautstarkes Auftreten zu einem Star der politischen Bühne Münchens gewordene Hitler zog nun auch Leute in seinen Bann, die durch ihre Herkunft, Bildung und Weltgewandtheit aus seiner übrigen Umgebung stark hervor-

möglich, den Herrn mit Frau unterzubringen? Wenn ja, dann bitte um gütige Verständigung. Hochachtend A. Hitler.“ Zit. bei Tyrell (Anm. 5), S. 267 f.

¹³⁷ Über diesen Prozeß und die französischen Versuche, auf die Entwicklung in Bayern Einfluß zu nehmen, vgl. vor allem Fenske (Anm. 5), S. 134 ff.; Nußer (Anm. 5), S. 204 ff.; Georges Bonnin, *Le Putsch de Hitler à Munich en 1923, Les Sables-d'Olonne* (Ed. Bonnin) 1966, S. 195 ff., dort auch Auszug aus der Debatte in der *Chambre des Députés* am 30. 11. 1923, in dtsh. Übersetzung im Anhang zu Nußer, S. 33 ff. Eine genauere Untersuchung der französischen Einflüsse wird nur anhand einschlägiger französischer Akten möglich sein – gerade diese Teile sollen den Zweiten Weltkrieg aber nur bruchstückweise überstanden haben.

¹³⁸ Vgl. Franz-Willing (s. Anm. 37), S. 196.

¹³⁹ Siehe Benz, *Politik in Bayern* (Anm. 108), S. 113 f.

¹⁴⁰ Franz-Willing, S. 187.

¹⁴¹ Über die Feldzeugmeisterei siehe Nußer (Anm. 5), S. 250 ff.; Gordon (Anm. 71), S. 148 ff.; Fenske (Anm. 5), S. 186.

¹⁴² Fenske, S. 187.

stachen. Durch den völkischen Politiker Graf Reventlow¹⁴³ wurde im August 1922 der Kaufmann Kurt Lüdecke in die Partei eingeführt; ein weitgereister, vermögender junger Herr, der sich in der Partei durch seine gesellschaftlichen Verbindungen und finanziellen Zuwendungen nützlich zu machen suchte, bei der alten Garde aber auf Mißtrauen stieß. Im übrigen wurde er eine Art privater Außenminister Hitlers, knüpfte im Oktober 1922 erste Kontakte zu Mussolini (kurz vor dessen „Marsch auf Rom“) und reiste 1923 für Hitler durch Ungarn und Italien¹⁴⁴. Fast gleichzeitig mit Lüdecke stieß Ernst Hanfstaengl zur Partei, in den USA aufgewachsener und in Harvard graduierter Sproß einer angesehenen Münchener Kunsthändlerfamilie. Er schloß sich Hitler aus Begeisterung für die nationale Sache an, versuchte dabei aber, dessen politischen Horizont nach Westen hin zu erweitern und den seiner Meinung nach unheilvollen Einfluß Rosenbergs einzudämmen – was ihm aber kaum glückte¹⁴⁵. Noch wichtiger wurde Hanfstaengl für Hitler dadurch, daß er ihn in einige großbürgerliche Münchener Häuser einführte und damit sozusagen „salonfähig“ machte. Am Ende des Jahres 1922 verkehrte Hitler nun nicht nur im Hause des schon immer der nationalsozialistischen Sache zugetanen Verlegers Julius Lehmann oder bei Gottfried Feder, sondern trank auch bei Erna Hanfstaengl¹⁴⁶ Kaffee mit dem Ehepaar Karl Alexander von Müller und dem Benediktinerabt Alban Schachleitner (der dann einige Monate später öffentlich die Standarten der SA weihte)¹⁴⁷. Der Klavierfabrikant Bechstein und seine Frau, die im Winter regelmäßig in München wohnten, luden Hitler zum Souper in ihre Suite im Hotel „Bayerischer Hof“ oder in ihr Landhaus nach Berchtesgaden ein¹⁴⁸. Solche Einladungen trugen natürlich auch finanzielle Früchte für die Partei und für Hitler selbst; Frau Bechstein stiftete der Partei sogar ein Darlehen in Form von Schmuckgegenständen und fühlte sich bemüßigt, Hitler gesellschaftlichen Umgang beizubringen. Bei ihren Bemutterungsversuchen bekam sie bald eine Konkurrentin in Frau Elsa Bruckmann, der Gattin des alldeutsch-antisemitisch gesinnten Verlegers Hugo Bruckmann¹⁴⁹, in dessen Verlag die Bücher

¹⁴³ Die Verbindung des völkisch gesinnten Grafen Ernst zu Reventlow zu den Nationalsozialisten wurde lt. Maser, Sturm (Anm. 15), S. 191 f., durch Röhm hergestellt.

¹⁴⁴ Dazu die Memoiren von Kurt Lüdecke (s. Anm. 103); vgl. auch Schubert (s. Anm. 50), S. 158 ff.

¹⁴⁵ Vgl. dazu die Memoiren Ernst Hanfstaengls (s. Anm. 84).

¹⁴⁶ Nach einem Bericht von Erna Hanfstaengl selbst (Filmaufzeichnung von Frau Eva Hassenkamp für das Studienprogramm des Bayer. Fernsehens, gesendet am 27. 8. 1976) wurde sie von Kpt.lt. v. Mücke gebeten, arme SA-Leute zu unterstützen und kam so mit Hitler in Kontakt. Ernst Hanfstaengl schreibt, er habe Hitler mit seiner Schwester bekannt gemacht (ebendort, S. 43).

¹⁴⁷ Vgl. die Schilderung bei K. A. v. Müller, Im Wandel ... (Anm. 23) S. 129; zur Fahnenweihe Hanfstaengl, S. 109 f.

¹⁴⁸ Bei Bechsteins wurde Hitler durch Dietrich Eckart eingeführt, siehe Plewnia (Anm. 42), S. 69; vgl. auch Hanfstaengl, S. 48 f.; Franz-Willing (Anm. 57), S. 192.

¹⁴⁹ Zu Hugo Bruckmann vgl. Otto Frh. v. Taube, Stationen auf dem Wege, Heidelberg 1969, S. 435.

Houston Stewart Chamberlains erschienen, den Hitler übrigens im Oktober 1923 im Hause Wahnfried in Bayreuth besuchte (von Bechsteins dort eingeführt)¹⁵⁰ und der ihm daraufhin einen enthusiastischen Brief schrieb¹⁵¹. Frau Bruckmann, eine gebürtige Gräfin Cantacuzène, pflegte zu ihren Soirées alles zu laden, was in München einen Namen hatte und ihr interessant schien. Bei der politischen Einstellung des Hauses konnte da nun auch Hitler nicht fehlen, zumal sie sich auch in ihrer Wagner-Verehrung trafen. Frau Bruckmann lud Hitler bald regelmäßig ein, wenn sie Gäste hatte, die für ihn von Nutzen sein konnten, seien es Industrielle, Aristokraten, Militärs oder Wissenschaftler¹⁵². Einfluß und Bedeutung dieser privaten Kreise für die ersten Jahre von Hitlers Laufbahn werden oft unterschätzt.

So wurde Hitler, von dem ja jeder schon gehört hatte, mit wachsender Neugier in den Salons bestimmter national gesinnter Kreise des Großbürgertums herumgereicht. Man amüsierte sich über seinen komischen Aufzug mit Frack, Trenchcoat, Pistole und Hundepetische, sein linkisches Auftreten und seine Weltfremdheit. Er gab sich devot und subaltern, sobald er sich höheren militärischen Dienstgraden gegenüber sah. Seine Unsicherheit und Kontaktschwäche suchte er auch hier durch ständiges Monologisieren zu überspielen. „Fanatisch, aber trivial“ charakterisierte ihn ein Zuhörer in einem solchen häuslichen Kreis treffend¹⁵³. Sehr gut schildert auch der ehemalige Freikorpsführer Rossbach in seinen Erinnerungen den Hitler der frühen Zwanziger Jahre:

„Ich bin einer der wenigen noch Lebenden, die Adolf Hitler aus einer Zeit kannten, in der er noch nichts als nur ein Redner war . . . Ich kenne ihn aus dieser Zeit so: weich, mit dem Willen zur Härte, halbgebildet, mit dem Wunsche, universell zu sein, ein Bohémien, der Soldat werden mußte, wenn er wirklichen Soldaten

¹⁵⁰ Über die Beziehungen Hitlers zu Bayreuth und zum Haus Wahnfried siehe die Aussagen von Winifred Wagner bei Schüler, *Der Bayreuther Kreis* (Anm. 21), S. 85, und den Dokumentarfilm „Winifred Wagner . . . und die Geschichte des Hauses Wahnfried 1914–1975“ von Hans-Jürgen Syberberg (gesendet am 14. 8. 1976 im 2. Programm des Österreichischen Fernsehens), der das Verhältnis Hitlers zu Richard Wagner recht eindringlich wiedergibt. Hermann Rauschning gegenüber soll Hitler einmal erklärt haben, er erkenne nur Richard Wagner als Vorläufer seiner Bewegung an (ebendort zit.).

¹⁵¹ Der Brief ist veröffentlicht in: Houston Stewart Chamberlain, *Briefe 1882–1924* und Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm II., 2. Bd., München 1928, S. 124–126. In ihrem Filminterview mit Syberberg zitiert Winifred Wagner diesen Brief und erklärt ihn zur Grundlage ihres Verhältnisses zu Hitler.

¹⁵² So Fest (Anm. 1), S. 199; Hanfstaengl, S. 48; Franz-Willing (Anm. 37), S. 182; K. A. v. Müller, *Im Wandel . . .* (Anm. 23), S. 299 ff. Müller glaubt sich allerdings erinnern zu können, daß der Kontakt Hitlers zum Hause Bruckmann erst 1924 während seiner Festungshaft begann. Dem widersprechen andere Berichte und die Andeutungen in den Nachrufen auf Hugo Bruckmann im VB und den Münchner Neuesten Nachrichten vom 5. 9. 1941, denen zufolge er zu den „allerfrühesten Gefolgsleuten des Führers“ gehörte. Nach seiner Entlassung aus der Landsberger Festungshaft verbrachte Hitler die ersten Tage im Hause Bruckmann; die Beziehungen müssen also schon ziemlich eng gewesen sein.

¹⁵³ Vgl. die allgemeine Schilderung bei Fest, S. 197 ff.; Müller, *Im Wandel . . .*, S. 129, und die betr. Passagen bei Luedcke und Hanfstaengl.

imponieren wollte. Ein Mann, mißtrauisch gegen sich selbst und seine Möglichkeiten, deshalb voller Minderwertigkeitskomplexe all denen gegenüber, die schon etwas waren oder auf dem Wege waren, ihn zu überflügeln. Devot und unsicher, dabei oft grob, wo er ein Gefühl von Begrenzung hatte. Er war nie ein Herr. Auch später nicht im Frack.

Röhm zog diesem Intelligenzen, Weichen, aber Besessenen die hohen Stiefel der SA an und setzte ihn in Marsch . . . ¹⁵⁴.

Seit dem Jahre 1921 bekam die SA wachsende Bedeutung für die Partei und wurde ein wichtiger Faktor im Kräftespiel der nationalen Verbände. Hatte sie sich ursprünglich fast ausschließlich als Saalschutztruppe und Störkommando in gegnerischen Versammlungen hervorgetan, so bekam sie nun auf Betreiben Röhm's eine regelrechte militärische Ausbildung. Im August 1921 wurde der Leutnant Klitzsch von Kapitän Ehrhardt zur SA abgestellt mit dem Auftrag der Bildung einer SA-Kampftruppe¹⁵⁵. Seine Besoldung erhielt er weiter durch die Brigade Ehrhardt. Als im Frühjahr 1923 Hermann Göring zur NSDAP stieß, wurde ihm die Führung der SA übertragen. Hitler war begeistert über diese Neuerwerbung: „Glänzend! Ein berühmter Kampfflieger und sogar Pour-le-mérite-Träger! Hervorragende Propaganda! Außerdem hat er Geld und kostet mich keinen Pfennig! Das ist sehr wichtig.“¹⁵⁶ Ein guter SA-Führer und Nationalsozialist wurde Göring allerdings nicht. Er sah in der NSDAP hauptsächlich eine Chance, sein Geltungsbedürfnis und seine Vitalität auszuleben¹⁵⁷.

Hitler selbst behielt als Parteivorsitzender nur den Oberbefehl über die SA und überließ deren Aufbau und Ausbildung ganz bewußt den von Ehrhardt und Röhm zur Verfügung gestellten militärischen Fachkräften¹⁵⁸. Denn nur dadurch wurde die SA als nationaler Wehrverband anerkannt und konnte ebenbürtig auftreten neben dem aus dem gleichnamigen Freikorps entstandenen „Bund Oberland“ des Dr. Weber, dem Verband „Reichsflagge“ des Hauptmanns Heiß, den Vaterländischen Bezirksvereinen und anderen mehr oder weniger paramilitärischen Verbänden. Bei einer neuerlichen patriotischen Protestkundgebung im August 1922 auf dem Königsplatz in München trat die SA erstmals öffentlich als geschlossener Ver-

¹⁵⁴ Gerhard Rossbach, *Mein Weg durch die Zeit, Erinnerungen und Bekenntnisse*, Weilburg/Lahn 1950, S. 215.

¹⁵⁵ Siehe Fenske (Anm. 5), S. 158 f.; Bennecke (Anm. 59), S. 28 f.

¹⁵⁶ Franz-Willing (Anm. 37), S. 133, nach Luedcke (Anm. 103), S. 129.

¹⁵⁷ So Hanfstaengl (Anm. 84), S. 88 ff.; siehe auch Leonard Mosley, *Göring, Eine Biographie*, Mit ein. Einf. von Wolfgang Jacobmeyer, München (Desch Vlg.) 1975. Auf die Rivalität zwischen Röhm und Göring schon in den frühen Jahren weist Karl Mayr, *I was Hitler's Boss* (s. Anm. 66), hin.

¹⁵⁸ Die SA war keinesfalls eine „persönliche Schöpfung Hitlers“, wie es Franz-Willing (Anm. 37), S. 137 ff., darstellt. Zu den Anfängen der SA, die vorwiegend von ehemaligen Soldaten und Offizieren gebildet wurde, siehe generell Bennecke (Anm. 59), S. 25 ff. Ehrhardts und Röhm's Interesse war es, eine weitere Wehrorganisation auf die Beine zu stellen; Hitler bemühte sich um eine Eingliederung in die Partei, doch blieb die SA bis 1924 organisatorisch weitgehend selbständig; vgl. dazu Horn (Anm. 5), S. 72 ff., 137 ff.

band mit Hakenkreuzfahnen auf und Hitler sprach gleichberechtigt neben den anderen Verbandsführern¹⁵⁹. Das ganze nationale Lager war mit der gemäßigten, berlinfreundlichen Politik des Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld unzufrieden und verlangte eine Wiedereinsetzung Kahrs. Man war nicht abgeneigt, die bayerische Regierung durch einen Putsch zu stürzen¹⁶⁰. Der Gesandte Moser von Filseck berichtete über ein Gespräch mit Staatsrat Schmelzle: „Insbesondere hätten die Nationalsozialisten einen enormen Zulauf, und ihnen sei alles zuzutrauen. Die Sozialdemokratie habe viele ihrer Angehörigen an die Nationalsozialisten verloren, und der Führer Hitler müsse eine ganz faszinierende Persönlichkeit sein. So sei es gar nicht unmöglich, daß dieselben in der nächsten Zeit hier einen Putsch versuchen werden, wobei sie die steigende Teuerung als Vorwand benutzen würden.“¹⁶¹

Die NSDAP allein wäre allerdings für ein solches Unternehmen doch viel zu schwach gewesen. Sie konnte nur mit, aber nicht ohne oder gar gegen die anderen nationalen Wehrverbände operieren und hatte vor dem November 1923 auch keinerlei derartige Absichten. Um die Jahreswende 1922/23 dürfte die NSDAP etwa 20 000 Mitglieder gehabt haben¹⁶². Pittingers „Bund Bayern und Reich“ hatte – zum Vergleich – zur selben Zeit sicher mehr als 50 000 Mitglieder, davon über 30 000 wehrfähige¹⁶³. Die Zahl der SA-Männer, die Hitler Ende des Jahres 1922 aufbieten konnte, schätzt Bennecke auf rund 1000. Sie waren „weder eine Bürgerkriegsarmee noch für bayerische Verhältnisse ein wesentlicher Machtfaktor. Die Wehrverbände ‚Oberland‘ und ‚Reichsflagge‘ waren schon auf Grund ihrer Zusammensetzung – die gedienten Soldaten überwogen bei weitem – und ihrer Bewaffnung von ganz anderer Bedeutung für machtpolitische Erwägungen als die SA.“

¹⁵⁹ Protestkundgebung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns (VVVB) am 16. August 1922; siehe die enthusiastische Schilderung bei Luedecke (Anm. 103), S. 21 ff., der das Ereignis allerdings fälschlich auf den 11. August datiert.

¹⁶⁰ Das sogenannte Röhm-Pitinger-Komplott, das durch eine zweite Großdemonstration gegen die Regierung Lerchenfeld am 25. August ausgelöst werden sollte. Vgl. Deuerlein, Hitler-Putsch (Anm. 7), S. 42 f.; Fenske (Anm. 5), S. 182 ff. Da infolge Gegenmaßnahmen der Regierung die Wehrmannen von Pittingers „Bund Bayern und Reich“ und den anderen Verbänden aus dem Umland nicht nach München transportiert werden konnten, beherrschte die in München stärker konzentrierte SA die Aktion.

¹⁶¹ Zit. bei Benz, Politik in Bayern (s. Anm. 108), S. 108.

¹⁶² Eine genauere Entwicklung der Mitgliederbewegung ließ sich offensichtlich noch nicht feststellen; Ende Januar 1922 soll die NSDAP ca. 6000 Mitglieder gehabt haben, im November 1923 über 55 000, wovon ca. 35 000 zwischen Februar und November 1923 beigetreten sein sollen. In der Literatur wird vielfach von der bei Maser (Sturm, S. 463) genannten Endziffer 55 787 der Mitgliederliste im November 1923 ausgegangen, ohne Berücksichtigung des Umstands, daß die Zählung aus „optischen Gründen“ mit 501 begonnen worden war; vgl. Kater, Soziographie (Anm. 75), S. 128; Tyrell (Anm. 5), S. 199. Siehe auch die Angaben bei Hans Volz, Daten zur Geschichte der NSDAP, Berlin 1934 (u. zahlr. spät. Ausgaben), S. 4–8.

¹⁶³ Nach Gordon (Anm. 71), S. 106.

Die Bedeutung der SA sei im eigenen Lager wie in der Presse stark übertrieben worden¹⁶⁴.

An einer von Röhm organisierten gemeinsamen militärischen Übung der Kampfverbände am 25. März 1923 im Forstenrieder Park bei München nahmen insgesamt 2928 Mann teil, von denen 1300 zur SA gehörten¹⁶⁵. Daß aktive Reichswehroffiziere regelrechte Ausbildungskurse für die Angehörigen der Wehrverbände veranstalteten, war zu dieser Zeit in Bayern eine Selbstverständlichkeit. Der General Ritter von Epp schrieb im Dezember 1922 in einer Denkschrift: „Die unter der Regierung Kahrs in den bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen geweckten nationalen Kräfte haben durch die nationalsozialistische Bewegung Hitlers in den Arbeiterkreisen [!] starke Bundesgenossen gefunden. Vor allem aber war in Bayern die Reichswehr eine starke Stütze und Trägerin der nationalen Bewegung von Anfang an. Der Aufbau, die starke Organisation und Bewaffnung der bayerischen Einwohner ist nicht denkbar ohne die tatkräftige Unterstützung der bayerischen Reichswehr.“¹⁶⁶

Die NSDAP war natürlich bestrebt, bei allen Kundgebungen der nationalen Kreise beteiligt zu sein. Eine besonders günstige Gelegenheit, ihre zunehmende Stärke und Kampfkraft zu demonstrieren, boten die sogenannten „Deutschen Tage“, große Festveranstaltungen der vaterländischen Bewegung mit Aufmärschen, Reden und Feldgottesdiensten, die oft einen offiziösen Anstrich hatten, da an ihnen sowohl Vertreter des Hauses Wittelsbach und ehemalige hohe Offiziere der alten Armee wie Repräsentanten der lokalen Behörden und meist auch höhere Beamte und aktive Offiziere teilnahmen. Zum „Deutschen Tag“ in Coburg am 14./15. Oktober 1922 war Hitler vom Organisationskomitee des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes eingeladen worden, mit einer kleinen Abordnung teilzunehmen. Die NSDAP kratzte daraufhin ihre ganzen verfügbaren Mittel zusammen, mietete einen Sonderzug, fuhr mit über 800 Mann nach Coburg und zog in Marschformation mit klingendem Spiel durch die Straßen der Stadt¹⁶⁷. Sie provozierte damit eine regelrechte Straßenschlacht mit den aufgebrachten Linken. Ihren Zweck aber hatte sie erreicht: der erste Auftritt im bayerischen Norden wurde so zu einer Aufsehen erregenden Demonstration, für viele Völkische im fränkischen Raum auch zum Anlaß, zur NSDAP hinüberzuwechseln; so trat am 20. Oktober 1922 Julius Streicher mit den meisten Mitgliedern seiner „Deutschen Werkgemeinschaft“ in Nürnberg der NSDAP bei¹⁶⁸.

¹⁶⁴ Bennecke (Anm. 59), S. 45 f.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 57 f.

¹⁶⁶ Zit. bei Deuerlein, Hitler-Putsch (Anm. 7), S. 51, und bei Bennecke, S. 46. Zu Epp allgemein siehe Wiesemann (Anm. 22), S. 74 ff. Über die Einflußnahme der bayerischen Reichswehr auf die Innenpolitik in Bayern und im Reich zwischen 1919 und 1934 wird Bernd Steger/München demnächst eine Dissertation veröffentlichen.

¹⁶⁷ Vgl. Lohalm (Anm. 5), S. 264 f.; Maser, Sturm (Anm. 15), S. 357 ff., und den sehr lebendigen Augenzeugenbericht bei Luedecke (Anm. 103), S. 85 ff.

¹⁶⁸ Deuerlein, Hitler-Putsch (Anm. 7), S. 46.

Für die Inszenierung wirksamer Auftritte zeigten Hitler und seine Leute schon damals eine nicht zu unterschätzende Fertigkeit: Nachdem sich die meisten nationalen Organisationen in den „Vereinigten Vaterländischen Verbänden Bayerns“, VVVB, unter dem Ehrenvorsitz von Kahrs und der Leitung des Gymnasialprofessors Bauer aus der Thule-Gesellschaft zusammengeschlossen hatten, veranstaltete man am 9. November 1922 eine große gemeinsame Kundgebung der Verbände im Hofbräuhaus-Festsaal. „Als Hitler den Saal betrat, wurde er mit einem so lauten ‚Heil‘-Gebrüll begrüßt, daß sich alles erhob, in der Annahme, Ludendorff sei erschienen.“ So berichtete die „Münchener Post“¹⁶⁹.

Ludendorff galt als der große Führer der radikalen Rechten, soweit sie nicht betont bayerisch-monarchistisch gesinnt war. Aber selbst Röhm konnte mit ihm zusammenarbeiten und gleichzeitig den Wittelsbacher Rupprecht als seinen rechtmäßigen König betrachten. Röhm fungierte ständig als Ausgleichender und Koordinator im Hintergrund. Auf sein Betreiben hin kam es im Dezember 1922 zu einer engeren Kooperation zwischen NSDAP und Bund Oberland (dem Ludendorff damals am nächsten stand) und im Februar 1923 gelang ihm die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Kampfverbände“¹⁷⁰, in der sich die militantesten Wehrorganisationen verbündeten: NSDAP, Bund Oberland¹⁷¹, „Reichsflagge“¹⁷², „Wiking“¹⁷³ und der „Kampfverband Niederbayern“¹⁷⁴. Die militärische Führung übernahm der Oberstleutnant Kriebel, früher Stabsleiter der bayerischen Einwohnerwehren und der Selbstschutz-Organisation Escherich; die politische Leitung hatte Dr. Christian Roth, der als Deutschnationaler im Kabinett Kahr 1920/21 Justizminister gewesen war. Doch im wesentlichen aufgrund Hitlers Initiative versuchten die Kampfverbände am 1. Mai 1923 mit einer bewaffneten Demonstration auf dem Oberwiesenfeld die Regierung und die Arbeiterschaft bewußt zu provozieren – eine Art „Generalprobe“ für einen Putsch. Durch die energische Haltung des Ministerpräsidenten Knilling und die Bereitstellung von Reichswehreinheiten gelang es aber, größere Zusammenstöße mit den sozialistischen Maifeiern zu verhindern. Die Aktion mußte zur großen Enttäuschung Hitlers abgeblasen werden¹⁷⁵. Er zog sich für mehrere Wochen nach Berchtesgaden zu

¹⁶⁹ Zit. bei Franz-Willing (Anm. 37), S. 223; zu den VVVB vgl. auch Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 58 f. Zu Ludendorff vgl. oben, Anm. 127.

¹⁷⁰ Ebenda, S. 59 f.; Maser, Sturm, S. 377 ff.; Fenske (Anm. 5), S. 188 ff.

¹⁷¹ Zu „Oberland“ vgl. die schon erwähnte (Anm. 73) Diss. von Kuron und Gordon (Anm. 71), S. 93 ff.

¹⁷² Vgl. Gordon, S. 96 ff.; Fenske, S. 166 f.

¹⁷³ Laut Gordon, S. 100 ff., eine Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt.

¹⁷⁴ Auch als „Bund Unterland“ auftauchend, ein vom „Bund Bayern und Reich“ abgetrennter Verband; vgl. Gordon, S. 91 ff.

¹⁷⁵ Vgl. die Darstellungen bei Bennecke (Anm. 59), S. 60 ff. (danach waren höchstens 2000 Mann aus den Kampfverbänden auf dem Oberwiesenfeld versammelt); Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 56 ff.; Fenske, S. 191 ff.; ein Polizeibericht bei Deuerlein, Aufstieg der NSDAP (Anm. 7), S. 170 ff.

Eckart zurück, zumal auch ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruch gegen ihn eingeleitet wurde¹⁷⁶. Scheubner-Richter übernahm nun die Koordination mit den anderen Verbänden.

Einen gewissen Ausgleich für dieses als Blamage empfundene Unternehmen bot der „Deutsche Tag“ in Nürnberg am 1./2. September 1923 mit der Gelegenheit eines großen Auftritts: neben dem Prinzen Ludwig Ferdinand von Bayern und Ludendorff, der eine anfeuernde völkische Ansprache hielt, nahm Hitler den Vorbeimarsch der Wehrverbände ab¹⁷⁷. Doch sein Renommée in den Verbänden blieb weiterhin angekratzt. Sein im April auf Veranlassung Röhm als politisches Programm der Arbeitsgemeinschaft vorgelegtes „Völkisches Manifest“ war abgelehnt worden¹⁷⁸. Die Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Verbänden mehrten sich¹⁷⁹, die Arbeitsgemeinschaft erwies sich als zu lockere, wenig aktionsfähige Organisation. Deshalb betrieben Röhm und Scheubner-Richter den engeren Zusammenschluß von NSDAP, Bund Oberland und „Reichsflagge“ zu einem „Deutschen Kampfbund“. Er konstituierte sich anläßlich des „Deutschen Tages“ am 2. September; wieder übernahm Kriebel die militärische Führung, Scheubner-Richter wurde Geschäftsführer¹⁸⁰. Doch Röhm wollte Hitler an die Spitze der Organisation bringen und nach langem Drängen erreichte er auch am 25. September die Zustimmung der übrigen Verbandsführer zur Übertragung der politischen Leitung an Hitler (allerdings mußte er eine Spaltung des Verbands „Reichsflagge“ dabei in Kauf nehmen)¹⁸¹.

Damit war Hitler zum Führer der schlagkräftigsten und radikalsten nationalen Organisation in Bayern geworden. Aber er war damit keineswegs deren unumschränkter Diktator, so wie ihn die nationalsozialistische Propaganda hinstellte. Der Völkische Beobachter machte aus seiner Position eine Führerstellung der gesamten völkischen Bewegung, was Hitlers Selbstbewußtsein gegenüber den anderen Verbandsführern zwar sehr steigerte, aber nicht der Realität entsprach¹⁸² – trotz des großen Zulaufs, den die NSDAP in diesen Monaten hatte. Daß er seine neu errungene Stellung stark überschätzte, zeigte sich spätestens bei den Novemberereignissen.

Schon im Vorjahr, nach dem Umsturz in Rom, hatte Hermann Esser die Parole

¹⁷⁶ Wegen Sprengung einer Versammlung des Bayernbundes im Sept. 1921 saß Hitler schon vom 24. 6. – 27. 7. 1922 in der Strafanstalt Stadelheim; vgl. Deuerlein, Aufstieg der NSDAP, S. 145 ff.

¹⁷⁷ Vgl. dazu Maser, Sturm (Anm. 15), S. 419 f.; Deuerlein, Hitler-Putsch (Anm. 7), S. 67 f. u. 166 ff. (begeistert zustimmender Polizeibericht); Ludendorff (s. Anm. 127), S. 238 ff. (mit Text d. Ansprache); siehe auch die im Anhang zu Nußer (Anm. 5), S. 22 ff., abgedruckte Ansprache eines kathol. Geistlichen bei der Gefallenen-Ehrung anläßl. des Deutschen Tages als eindrucksvolles Beispiel der militanten völkischen Wehr-Ideologie der Verbände.

¹⁷⁸ Auszüge daraus bei Röhm (s. Anm. 59), S. 175 f.; vgl. auch Horn (Anm. 5), S. 111 f.

¹⁷⁹ Siehe Horn, S. 112 ff.

¹⁸⁰ Vgl. Bennecke (Anm. 59), S. 72 ff.

¹⁸¹ Ebenda, S. 79 f.; Horn, S. 124; Kuron (s. Anm. 73), S. 174 f.

¹⁸² Vgl. Horn, S. 119 ff.

ausgegeben: Der Mussolini Deutschlands heißt Adolf Hitler!¹⁸³ Inzwischen hatte er Gespräche mit so berühmten nationalen Männern wie General von Seeckt¹⁸⁴ und Admiral Tirpitz¹⁸⁵ gehabt (wenn auch ohne Ergebnisse) und fühlte sich als Motor der ganzen nationalen Bewegung.

Kaum an die Spitze des Kampfbundes gelangt, versuchte Hitler, die Stimmung anzuheizen, setzte schon für den übernächsten Tag vierzehn gleichzeitige Massenversammlungen an, machte seine SA-Verbände mobil und appellierte an die Kampfbereitschaft aller nationalen Verbände¹⁸⁶. Die Putschgerüchte in München überschlugen sich. Das ganze nationale Lager stand in der Erwartung eines Bürgerkrieges. Die bayerische Regierung reagierte darauf prompt mit der Proklamierung des Ausnahmezustands und bestellte Herrn von Kahr als Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten. Das habe sich sofort sehr günstig ausgewirkt, schrieb der württembergische Gesandte; alle Verbände mit Ausnahme des Kampfbundes hätten sich nun an die Seite Kahrs gestellt, während sie vorher im Begriff gewesen seien, „sämtlich in das Lager Hitlers überzugehen“¹⁸⁷. Mit der Ernennung Kahrs schien für Bayern der so lange ertönende Ruf nach der nationalen Diktatur erfüllt.

Kahr erklärte sich bereit, mit dem Kampfbund zusammenzuarbeiten. Die Verhandlungen zogen sich aber in die Länge¹⁸⁸. Die Auffassungen über die einzuschlagende Politik waren doch zu verschieden. Auf einem Treffen der vaterländischen Verbände am 6./7. Oktober in Bamberg kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem hinter Kahr stehenden Bund „Bayern und Reich“ und der NSDAP. Der enttäuschte Hitler machte Kahr den Vorwurf, er sei nicht der richtige Mann, eine nationale Revolution durchzuführen, er sei kein „Politiker“. Kahr „hätte das Volk aufpeitschen sollen, alle Linkspresse nicht nur verbieten sollen, sondern vernichten müssen, Landtag auseinanderjagen, Abgeordnete als Verant-

¹⁸³ VB vom 8. 11. 1922, zit. bei Wiesemann (s. Anm. 22), S. 18.

¹⁸⁴ Vgl. Hanfstaengl (Anm. 84), S. 117 f.; Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt a. M. 1967, S. 361.

¹⁸⁵ Vgl. Georg Franz-Willing, Krisenjahr der Hitlerbewegung 1923, Prenz. Oldendorf (Vlg. K. W. Schütz) 1975, S. 109.

¹⁸⁶ Siehe Fenske (Anm. 5), S. 206.

¹⁸⁷ Benz, Politik in Bayern (s. Anm. 108), S. 131. Zur Überreizung der politischen Stimmung und dem Anschwellen der radikalen Tendenzen hat auch die sich ständig verschlechternde wirtschaftliche Situation wesentlich beigetragen. Im Herbst 1923 erreichte die Inflation ihren Höhepunkt, auch die Preise für den täglichen Nahrungsmittelbedarf pro Person überschritten nun die Milliardengrenze. Der völlig konfus gewordene Geldmarkt machte für Handel und Gewerbe jede Finanzplanung unmöglich und ließ die Produktion stark zurückgehen. In München war beispielsweise während des ganzen Jahres 1923 die private und kommunale Bautätigkeit fast völlig zum Erliegen gekommen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in diesen Monaten rapide an – und damit auch der Zulauf zu radikalen Wehrverbänden und Parteien; vor allem NSDAP und SA profitierten davon.

¹⁸⁸ Vgl. Fenske, S. 207 ff.; Gordon (Anm. 71), S. 193 ff., und die einschlägigen Dokumente bei Deuerlein, Hitler-Putsch (s. Anm. 7).

wortliche am Unglück festnehmen, Marsch nach Berlin antreten“ müssen!¹⁸⁹ Für Hitler bestand Politik eben in Agitation und gewaltsamer Aktion, nicht in Verhandlungsführung.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß Kahr die Auffassung weitester nationaler Kreise in Bayern teilte, die Lösung der Probleme könne nur durch eine nationale Diktatur auch im Reich erfolgen; und wenn diese dort nicht aus eigener Kraft zu erreichen sei, müsse Bayern vorgehen und gegebenenfalls den „Marsch nach Berlin“ antreten. Darin war er sich mit Hitler einig. Er setzte aber seine Hoffnung auf den Chef der Reichswehr, General von Seeckt. Als er durch die Mission Seissers nach Berlin am 3./4. November erfuhr, daß mit dessen Unterstützung zumindest vorerst nicht zu rechnen sei, verhielt er sich abwartend. Bei den Besprechungen des von Kahr autorisierten bayerischen Landeskommandanten von Lossow über die Beteiligung der Wehrverbände und ihre Eingliederung in die bayerische Reichswehr im Falle eines „Marsches nach Berlin“ am 24. Oktober waren die Nationalsozialisten nicht vertreten¹⁹⁰.

Das Zögern Kahrs und Lossows führte zu der Drohung Hitlers, der Kampfbund werde selbständig vorgehen. Seine Führung beschloß, die nächste sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um die Bewegung ins Rollen zu bringen, Kahr zur Aktion zu veranlassen. Sie bot sich anläßlich der Kundgebung am 8. November 1923. Die Geschichte dieses sogenannten „Putsches“ kann hier nicht mehr behandelt werden¹⁹¹. Der abendliche Coup im Bürgerbräukeller hatte nach allen bekannten Schilderungen tatsächlich viel Ähnlichkeit mit einem Theaterauftritt¹⁹². Angesichts der unsicheren Haltung Kahrs und Lossows bei den Vorbesprechungen war es ein reines Hasardspiel Hitlers, der das Gewicht seiner SA und des Kampfbundes weit überschätzte. Der Propagandamarsch am Mittag des folgenden Tages war nur mehr eine Verzweiflungstat, doch auch ein gewisser Höhepunkt der politischen Karriere Hitlers: der ehemalige Gefreite marschierte nun Seite an Seite mit dem berühmten Feldherrn.

Der Prozeß vor dem Münchener Volksgericht im Februar und März 1924 bot Hitler noch einmal eine großartige Agitationsgelegenheit¹⁹³. Die öffentlichen Sit-

¹⁸⁹ Zit. bei Tyrell (s. Anm. 5), S. 159.

¹⁹⁰ Vgl. Fenske, S. 215 f.; Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 85 ff. u. 257 f. Zur Situation innerhalb der Reichswehr in Bayern kurz vor dem Putschversuch vgl. die Dokumentation von Thilo Vogelsang, Die Reichswehr in Bayern und der Münchner Putsch 1923, in dieser Ztschr. 5 (1957), S. 91–101.

¹⁹¹ Es sei auf die inzwischen recht zahlreiche Literatur verwiesen, vor allem auf Deuerlein, Hitler-Putsch (s. Anm. 7), Gordon (s. Anm. 71) und die durchaus noch nicht überholte Darstellung von Hanns Hubert Hofmann, Der Hitlerputsch, Krisenjahre deutscher Geschichte 1920–1924, München 1961. Die neue Darstellung der Vorgeschichte des Putsches von Franz-Willing (s. Anm. 185) ist ebenso unkritisch-apologetisch wie seine frühere Arbeit. Vgl. auch die Sammlung von Presseberichten: Hitler-Putsch im Spiegel der Presse, Berichte bayerischer, norddeutscher und ausländischer Zeitungen über die Vorgänge im November 1923 in Originalreproduktionen, hrsg. von Hellmut Schöner, München (Vlg. Karl Lipp) 1974.

¹⁹² Ein sehr lebendiger Augenzeugenbericht bei Müller, Im Wandel ... (Anm. 23), S. 160 ff.

¹⁹³ Vgl. die Dokumentation in Deuerlein, Aufstieg der NSDAP (s. Anm. 7), S. 203 ff.

zungen galten als gesellschaftliches Ereignis, an dem teilzunehmen man sich drängte. Die Reden der Angeklagten erschienen im Wortlaut in den großen Zeitungen. Die Urteilsverkündung wurde zu einer nationalen Feier. „Das Ganze sei eine Propaganda für die Deutsch-Völkische Bewegung“, äußerte sich Knilling zum württembergischen Gesandten¹⁹⁴. Ihre Wirkung konnte man einen Monat später an den Ergebnissen der bayerischen Landtagswahlen ablesen: Der Völkische Block war zur stärksten Partei in München geworden, er errang im Stadtgebiet fast 35 % der Stimmen; die gesamten Linksparteien erreichten nur noch 33 % (VSP: 17 %, KPD: 16 %), die Bayerische Volkspartei 20 % und die gemäßigte Rechte (DVP: 1,3 %, DNVP: 4,2 %) zusammen 5,5 %. Bei den Reichstagswahlen am 4. Mai sah das Verhältnis nicht viel besser aus (fast 29 % für den Völkischen Block)¹⁹⁵.

Der Mann, dem dieses Wahlergebnis zu einem beträchtlichen Teil mit zu verdanken war, saß inzwischen in Landsberg in Festungshaft. Daß er der radikalen völkisch-nationalistischen Richtung einen solchen Erfolg einbrachte, ist seinem missionarischen Eifer, seiner Rednergabe und Überzeugungskraft zuzuschreiben. Durch seine fanatische Entschlossenheit und alle anderen übertreffende Agitation kam er – teils geschoben, teils aus eigenem Geltungstrieb – binnen weniger Jahre an die Spitze einer Bewegung, die in diesen Jahren in zahlreichen Organisationsformen und ideologischen Spielarten auftrat – die NSDAP war lediglich ihre kompakteste Form. Es war eine ihrem Wesen nach bürgerliche, mittelständische Bewegung.

Eine betont nationale Einstellung war in weiten Kreisen des deutschen Bürgertums, auch des bayerischen, schon vor dem Ersten Weltkrieg eine Selbstverständlichkeit. Dieser Nationalismus erfuhr seine Erhöhung und Erfüllung bei Ausbruch und während des Krieges. Angesichts der „nationalen Schmach“ der Niederlage und ihrer Folgen steigerte er sich zu Emotionen, die sich nun gegen den vermeintlichen inneren Feind wandten und – in der Reaktion gegen die revolutionären Versuche der Linken – gerade in Bayern in besonders hohem Maße antimarxistische und antisemitische Züge bekamen. Weit verbreitet war die Auffassung, die Juden seien „unser Unglück“ und die Sozialdemokraten alle „Vaterlandsverräter“, denn sie denken ja „internationalistisch“ und decken in ihrer Presse Dinge auf, die den „Feinden“ verborgen bleiben sollen.

Diese Grundstimmung in der bürgerlichen städtischen und ländlichen Bevölkerung Bayerns trug sehr dazu bei, daß die Exponenten der nationalen Richtung, Wehrverbände und NSDAP, „wie die Fische im Wasser“ leben und gedeihen konnten und daß auch ihre extremen Erscheinungsformen eher Beachtung als Ver-

¹⁹⁴ Benz, *Politik in Bayern* (Anm. 108), S. 155.

¹⁹⁵ Prozentzahlen errechnet nach den in den *Münchner Neuesten Nachrichten* vom 7. 4. 24 (Landtagswahlen) und 5. 5. 24 (Reichstagswahlen) veröffentlichten amtl. Ergebnissen. Siehe auch Thranhardt (Anm. 79), S. 128 ff., 172 f.

dämmung erfahren. Ein beredtes Beispiel für diese auch in als gemäßigt geltenden politischen Kreisen verbreitete Haltung bietet die Antwort auf eine Interpellation, die die SPD wegen nationalsozialistischer Übergriffe im November 1922 im Bayerischen Landtag einbrachte. Seitens der Regierungspartei, der Bayerischen Volkspartei, entgegnete ihr der Abgeordnete Fritz Schäffer mit einer Rede, die einem Verteidigungsplädoyer für die Nationalsozialisten schon sehr nahekam. Ihres paradigmatischen Ausdrucks dieser Haltung wegen soll sie hier ausführlicher referiert werden:

„Die Einwohnerwehr ist tot. Nicht tot ist aber Gott sei Dank der Gedanke, der sie geboren hat, nicht tot ist Gott sei Dank der Selbstschutzgedanke, das einmütige Zusammenstehen der Bevölkerung, das heute noch in unserm Volke lebt und das sich ausprägt auch in den Verbänden oder in den Organisationen, die den Gedanken des Vaterlandes hochhalten wollen ... Wir begrüßen den vaterländischen Geist, der an die vaterländische Arbeit geht.“ Schäffer äußerte im weiteren Verlauf seiner Rede, er und seine Partei hätten „gewiß auch unsere Bedenken gegen die nationalsozialistische Bewegung“. Er habe solche vor allem wegen der sozialistischen und unitaristischen Züge in ihrem Programm, auch vermisse er in ihr etwas die „sittliche Weltanschauung“, den „sittlichen Gedanken“. Eine antisemitische Bewegung dagegen hätten wir „in unserem deutschen Vaterlande schon immer gehabt“. Gegen diese könne man nicht mit Polizeigewalt ankommen. Dem Judentum werde ja vorgeworfen, „ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt“, daß es den internationalen Marxismus geboren habe. Angesichts des Friedensvertrages von Versailles keime aber im ganzen deutschen Volke der Gedanke, „daß der Irrglaube an die Internationale, an den internationalen Marxismus ein Verrat am deutschen vaterländischen Gedanken gewesen ist und daß aus diesem Verrat eine furchtbare Saat aufgegangen ist für das deutsche Volk. Wer will es nicht verstehen, daß infolgedessen die Bewegung gegen diesen internationalen Marxismus eine so überströmende im deutschen Volke wird und daß diese Bewegung sich nicht mehr eindämmen läßt? Wer will es da nicht verstehen, daß gerade hieraus eine junge neue Bewegung erstet, die als besonderes Charakteristikum die antimarxistische Note hat? ... Wir gehen in diesem Punkte mit dieser Bewegung vollkommen einig ...“¹⁹⁶

Die hier wiedergegebene Auffassung unterschied sich nur graduell von der eines Universitätsprofessors Max v. Gruber, eines Schulrats Rohmeder, eines Fabrikanten Bechstein oder eines Generals Ritter v. Epp, um nur einige besonders honorierte Leute zu nennen, die es nicht ungern sahen, mit welcher Vehemenz dieser Hitler die nationale Sache vertrat, und ihm den Weg ebnen halfen.

Der kleine berufslose Soldat war fast zufällig in die politische Laufbahn hineingeraten, eher geschickt worden. Dank seiner aus Wien mitgebrachten und in der Revolutionszeit bestärkten völkisch-nationalistischen Grundhaltung fügte er sich

¹⁹⁶ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, III. Tagung 1922/23, Stenograph. Berichte, VII. Bd., S. 177–181. Die Rede wird teilw. auch zit. von Wiesemann (s. Anm. 22), S. 19.

nahtlos in die Münchener Bewegung ein. Das nationale Trauma der Niederlage von 1918 war zugleich Hitlers persönliches Trauma und so konnte er sich als die Inkarnation des nationalen Schicksals fühlen. Sein Fanatismus, seine Energie, sein virtuosos Agitationstalent und eine Woge der Zustimmung machten ihn populär. Mit dem Propagandaerfolg wuchs auch sein Führungsanspruch.

Aber ohne die massive Unterstützung seiner Gönner wäre er wohl ein Parteidredner, ein „Werbeobmann“ geblieben. Die Ideologen wie Eckart und Feder freuten sich, in ihm einen potenten Propagandisten ihrer Weltanschauung gefunden zu haben, die Offiziere wie Mayr und Röhm lernten die Stoßkraft und Werbewirkung seiner Agitation schätzen. Möglicherweise sahen sie bis zum November 1923 in Hitler nur ein „Werkzeug“, einen Motor für die nationale Bewegung. Sie förderten diesen Mann aus eigenem nationalem Impetus und fanden dazu finanziellen Rückhalt bei potenten Geschäftsleuten und Industriellen – aber nicht, weil sie in deren Auftrag handelten oder von ihnen abhängig waren, sondern infolge einer eindeutigen, starken Interessenkonformität hinsichtlich „Deutschlands Erneuerung“, der Wiederaufrichtung eines mächtigen Reiches. Sie erkannten, daß dieser Hitler ihre Interessen und Parolen wirkungsvoller an die Massen des Kleinbürgertums und des abgesunkenen Mittelstands heranbringen konnte, da er selbst aus dieser Schicht kam. Die in der Inflationszeit rasch wachsende wirtschaftliche Existenzangst dieser Kreise machte sie für die Parolen eines solchen nationalistischen Radikalismus erst recht zugänglich.

Hitler war aber nicht der große geniale Mann, der sich selbst an die Spitze der nationalen Bewegung setzte. Wie viele andere sah er Ludendorff in dieser Rolle und trat in dessen Fußstapfen, betrachtete diesen als sein Vorbild, sich selbst als den „Trommler“. Die starke ideologische Fixierung gab seiner Agitation die große Durchschlagskraft und brachte ihm angesichts der günstigen Zeitumstände den Zulauf der Massen. Potente Kräfte trugen ihn empor und machten ihn schließlich zum Führer der militantesten Kampfverbände.

Erst als mit dem gescheiterten Putschversuch sein Vertrauen zu Ludendorff zusammengebrochen war, entwickelte er den Ehrgeiz, diesen auszusteichen und zu übertreffen¹⁹⁷. Nun dachte Hitler ernstlich daran, selbst die nationale Führung zu übernehmen und sich eine von den anderen Verbänden ganz unabhängige Organisation aufzubauen, in der er diktatorisch bestimmen konnte. In Landsberg hatte er Muße, die Konsequenzen aus seinen politischen Lehrjahren zu ziehen und sein Glaubensbekenntnis und künftiges Programm zu Papier zu bringen.

Die Umstände des Aufstiegs Hitlers liegen heute klar zutage, auch die seiner späteren Erfolge sind gut erforscht. Da ihnen zum größeren Teil äußere Faktoren zugrunde liegen, die der Entfaltung seiner recht einseitigen persönlichen Anlagen zugute kamen, sollte man mit Epitheta wie historische Größe, Genialität oder auch Dämonenhaftigkeit gerade in Bezug auf Hitler sehr vorsichtig sein. Auch kann

¹⁹⁷ Diese These wird sehr plausibel von Binion (s. Anm. 3), S. 114 ff., ausgeführt.

man ihn nicht so ausschließlich mit dem Nationalsozialismus gleichsetzen wie vielfach geschehen.

Der Nationalsozialismus ist keineswegs erst durch Hitler geschaffen worden, er existierte schon vor ihm und hätte auch ohne ihn weitergelebt – als eine rechts-extreme Gruppierung unter anderen. Hitlers Fanatismus verhalf ihm zu seiner radikalen Durchschlagskraft und erfüllte ihn mit einem weltanschaulichen und politischen Ausschließlichkeitsanspruch, der eine große Gefolgschaft fand. Hitlers Auftreten und Erfolg waren also kein „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte, sondern die beklagenswerte Realisierung ihrer extremsten Entwicklungsmöglichkeit nach 1918. Daß dies heute deutlicher gesehen wird als in den ersten Jahrzehnten nach 1945, ist das Verdienst einer in nüchternen Erkenntnissen fortschreitenden Geschichtswissenschaft.

PETER WULF

DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE
SOZIALISIERUNG DER KOHLE IN DEUTSCHLAND
1920/1921

1. Der Begriff der Sozialisierung und die Entwicklung bis zum Jahre 1919

Die Sozialisierung¹ – ursprünglich die Vergesellschaftung der Produktionsmittel genannt – gehörte zu den wichtigsten Bestandteilen der sozialistischen Theorie. Ihr Ziel war es, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen und an deren Stelle ein sozialistisches System zu setzen. Mit dem kapitalistischen Prinzip selbst sollten zugleich auch die Fehler und Auswüchse dieses Prinzips beseitigt werden. Sozialisierung in ihrer theoretisch reinen Form bedeutete so die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zugunsten der Allgemeinheit. Die Sozialisierung zielte auf die Gesamtheit der Wirtschaft oder eines Wirtschaftszweiges und ist zu unterscheiden von der Syndikalisierung, in deren Rahmen die Betriebe den jeweiligen Beschäftigten übereignet wurden, von der Kommunalisierung, in deren Rahmen kleinere Bereiche vorzugsweise der Energiewirtschaft von den Kommunen und Kreisen übernommen wurden, und von der Gemeinwirtschaft², die bei prinzipieller Beibehaltung des Privateigentums zugleich dessen Sozialbindung erreichen wollte.

In den Diskussionen um die Sozialisierung bestimmter Wirtschaftszweige spielte der Kohlenbergbau eine hervorragende Rolle. Begründet war dies durch seine besondere Organisationsform und durch die grundlegende ökonomische Bedeutung der Kohle für die Grundstoff- und Energiewirtschaft. Bereits während des 1. Weltkrieges hatte sich der Kohlenbergbau unter dem Druck möglicher staatlicher Zwangsmaßnahmen zu umfassenden, leistungsstarken Syndikaten zusammengeschlossen, die eine nahezu monopolartige Stellung einnahmen. Diese Syndikate

¹ Gegenstand dieses Aufsatzes sind nur die Vorgänge im Rahmen der sogenannten 2. Sozialisierungskommission, die vom März 1920 bis Februar 1921 bestand. Die Entwicklung während der sogenannten 1. Sozialisierungsphase vom November 1918 bis März 1919 bleibt hier ganz außer Betracht.

Zu den Vorgängen in der 1. Sozialisierungskommission siehe Hans Schieck, Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918, masch. Diss., Heidelberg 1958, S. 46–74 und 91–99; ferner Kurt Trüschler, Die Sozialisierungspolitik in der Weimarer Republik, Diss., Marburg 1968, S. 19–67, und Gerhard Brehme, Die sogenannte Sozialisierungsgesetzgebung der Weimarer Republik, Berlin 1960, S. 20 ff.

² Zum Begriff und Aufbau der Gemeinwirtschaft siehe: Der Aufbau der Gemeinwirtschaft, Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 9. 5. 1919, in: Deutsche Gemeinwirtschaft, Heft 9, Jena 1919, und Wissell/Moellendorff, Wirtschaftliche Selbstverwaltung, 2 Kundgebunden des Reichswirtschaftsministeriums, in: Deutsche Gemeinwirtschaft, Heft 10, Jena 1919. Siehe dazu auch W. v. Moellendorff, Konservativer Sozialismus, Hamburg 1932.

hatten zwar ein Mitwirkungsrecht des Staates bei der Beschlußfassung und bei der Preisgestaltung hinnehmen müssen, doch gelang es ihnen immer wieder, ihre Sonderwünsche in der Förderungs-, Absatz- und Preispolitik durchzusetzen³. In der Öffentlichkeit entstand so der Eindruck, daß hier ein einzelner privatkapitalistischer organisierter Wirtschaftszweig extrem hohe Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit zu erzielen wußte.

Mit der Revolution und mit der Übernahme der politischen Macht in Deutschland setzten daher in Teilen der Arbeiterschaft zugleich Bestrebungen ein, zentrale Wirtschaftszweige wie etwa den Kohlenbergbau zu sozialisieren⁴. Diese Forderungen wurden aufgenommen von der USPD, die zwar das wirtschaftliche Risiko eines solch tiefgreifenden Eingriffs nicht verkannte, die darin aber eine Präventivmaßnahme sah, um das Wiedererstarken der Macht und des Einflusses von Industrie und Finanzkapital zu verhindern.

Von der MSPD wurden diese Forderungen dagegen ablehnend behandelt. Die sozialdemokratische Parteiführung verzichtete auf Grund aktueller und prinzipieller Erwägungen auf eine sofortige Sozialisierung und setzte an ihre Stelle zunächst den stufenweisen Umbau der kapitalistischen Ordnung durch sozial- und steuerpolitische Maßnahmen. Zwar wurde der Begriff der „Sozialisierung“ weiter verwendet, doch diente er nur als taktisches Mittel, um die Basis bei den radikalen Massen nicht zu verlieren. Ähnlich wie im politischen verfolgte die MSPD auch im wirtschaftlichen Bereich nur begrenzte Ziele und stellte den revolutionären Umschlag zugunsten einer evolutionär-legalistischen Umwandlung zurück.

In der anschließend geführten Auseinandersetzung um die Sozialisierung setzte sich die MSPD durch. Insbesondere nach dem Ausscheiden der Unabhängigen aus dem Rat der Volksbeauftragten gelang es der Mehrheitssozialdemokratie, durch eine geschickte Verschleppungstaktik und durch die einfache Ignorierung der inzwischen gebildeten Sozialisierungskommission die Sozialisierungsbewegung ins Leere laufen zu lassen. Mit der Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 scheiterte die Sozialisierung dann zunächst vorläufig. Die dort herrschenden Mehrheitsverhältnisse boten die Gewähr, daß jede grundlegende Änderung der Eigentums- und Verfügungsverhältnisse im wirtschaftlichen Bereich unterblieb. Der Wirtschaftsliberalismus hatte ungeschmälert seine Positionen gewahrt, von denen aus er dann in den nächsten Jahren seinen erfolgreichen Gegenstoß führen konnte.

³ Siehe dazu Helmuth Lüthgen, *Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat in der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit und seine Hauptprobleme*, Leipzig-Erlangen 1926, sowie Walter Thoenes, *Die Zwangssyndikate im Kohlenbergbau und ihre Vorgeschichte*, Jena 1921.

⁴ Siehe zum folg. H. Schieck, a. a. O., S. 46–74, und K. Trüschler, a. a. O., S. 23 ff., ferner Gerhard Brehme, a. a. O., S. 20 ff.

2. Die Organisation des deutschen Kohlenbergbaues nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz des Jahres 1919

Nach dem Scheitern dieser Bestrebungen im Frühjahr 1919 verstummten die Forderungen nach einer Sozialisierung wichtiger Wirtschaftszweige zwar nicht, doch setzten sich in der Folge andere wirtschaftspolitische Ideen durch. An die Stelle der Sozialisierung als Vergesellschaftung der Produktionsmittel trat die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsorganisation, die bestimmte Elemente der zentral geleiteten Kriegswirtschaft übernahm, sie aber gleichzeitig mit einer neuen Wirtschaftsgesinnung zu verbinden suchte. Im März 1919 kam es im Zuge dieser wirtschaftspolitischen Umorientierung auf Grund einer Initiative der Koalitionsparteien SPD, DDP und Zentrum zu einem Gesetz, das zwar „Sozialisierungsgesetz“ überschrieben war, das aber lediglich die Überführung bestimmter Unternehmungen in die Gemeinwirtschaft vorsah⁵. Das gleichzeitig verabschiedete Kohlenwirtschaftsgesetz bestimmte den Kohlenbergbau als den ersten in die Gemeinwirtschaft zu überführenden Wirtschaftszweig⁶, und im August 1919 folgten die dazugehörigen Ausführungsvorschriften, die die näheren Einzelheiten festlegten⁷.

Im Kohlenwirtschaftsgesetz und in seinen Ausführungsbestimmungen waren die Grundelemente der Gemeinwirtschaft, wie sie von Rathenau, Moellendorff und Wissell entwickelt worden waren, verwirklicht. Prinzipiell wurde das Privateigentum im Kohlenbergbau beibehalten, doch suchte man durch organisatorische und rechtliche Regelungen eine Sozialbindung der privatkapitalistischen Wirtschaft zu erreichen. Dabei ging man von dem Grundsatz der einheitlichen Leitung aus, um durch Rationalisierung und Zentralisation ineffektive Konkurrenzkämpfe auszuschalten. Die Leitungsbefugnis der Kohlenwirtschaft sollte nicht vom Staat, sondern durch Selbstleitungs- und Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft ausgeübt werden. Diese sollten so zusammengesetzt sein, daß die Teilnahme aller mittelbar oder unmittelbar an der Kohlenwirtschaft beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewährleistet wurde. Der Staat führte lediglich die Oberaufsicht über die Kohlenwirtschaft und hatte an gewissen zentralen Punkten Einspruchsmöglichkeiten.

Diese Regelung sollte Modellcharakter für den zukünftigen Aufbau der Gesamtwirtschaft haben: es war die Vorstellung, daß ein bestimmter Wirtschaftszweig der Gesamtheit der an diesem Wirtschaftszweig Beteiligten übergeben würde mit der Auflage, ihn im Sinne gesellschaftlicher Verpflichtung zu führen.

Im einzelnen sahen das Kohlenwirtschaftsgesetz und die Ausführungsbestimmungen für alle Bergbaugebiete die Bildung von Syndikaten vor, die zum Teil zwar schon bestanden, nunmehr aber Zwangscharakter erhielten. Diese Syndikate wurden zum Reichskohlenverband (RKV) zusammengefaßt, der rechtlich die Form einer Aktiengesellschaft erhielt. Daneben bestand als das eigentlich gemeinwirt-

⁵ Sozialisierungsgesetz, vom 23. März 1919, Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1919, S. 541.

⁶ Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft, vom 23. März 1919, RGBl. 1919, S. 542 ff.

⁷ Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1919, vom 21. August 1919, RGBl. 1919, S. 1449 ff.

schaftliche Organ der Reichskohlenrat (RKR), eine öffentlich-rechtliche Institution, in der die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bergbaues, die Vertreter des Handels und der Verbraucher sowie Sachverständige zusammengefaßt waren. Dem RKR stand die Leitung der Kohlenwirtschaft zu, insbesondere konnte er allgemeine Richtlinien erlassen. Die Oberaufsicht und insbesondere ein Vetorecht in Preisfragen hatte sich das Reich vorbehalten, das die Ausübung dieser Rechte an den Reichswirtschaftsminister delegiert hatte.

Damit war die Gemeinwirtschaft in der rechtlichen Theorie zwar gewährleistet, doch zeigte sich in der Praxis bald, daß das ökonomische Schwergewicht nicht beim RKR, sondern beim RKV lag. Der RKV hatte das für die Gesamtwirtschaft zentrale Recht der Preisfestsetzung, die damit in die Hände der Interessenten selbst gelegt war. Zwar hatte der Reichswirtschaftsminister ein Vetorecht gegenüber Preiserhöhungen, doch erwies sich immer wieder, daß die Syndikate gegenüber dem Staatseinfluß in der stärkeren Position waren. Der RKV entwickelte sich mehr und mehr zu einem reinen Dachsyndikat, das im wesentlichen die Funktion einer Clearing-Stelle für die Preiswünsche der Syndikate übernahm⁸.

Bei der rechtlichen Konstruktion des RKV als einer Aktiengesellschaft kam natürlich dem Stimmrecht der einzelnen Syndikate eine entscheidende Bedeutung zu. Hier ging man von dem Grundsatz aus, daß die wirtschaftliche Stärke das Gewicht der einzelnen Syndikate innerhalb des RKV bestimmen sollte. Maßgebend für die Stimmenzahl der Syndikate war dabei die Höhe der Verkaufs- und Verbrauchsbeteiligung, die das betreffende Syndikat in den RKV einbrachte. Die Folge dieser Bestimmung war, daß einzelne oder gar ein einziges Syndikat die Entscheidungen des RKV bestimmen konnte. So hatte etwa das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat im Geschäftsjahr 1920/21 84 von insgesamt 156 Stimmen und im Geschäftsjahr 1921/22 88 von insgesamt 168 Stimmen. In beiden Fällen hatte es damit die absolute Mehrheit und vermochte alle anderen Syndikate zu majorisieren⁹. Zwar besaßen die einzelnen Syndikate gegenüber Entscheidungen des RKV ein Appellationsrecht an den RKR, doch gelang es den beteiligten Parteien immer wieder, mögliche offene Auseinandersetzungen noch im Rahmen des RKV zu schlichten.

Angesichts der beherrschenden Stellung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats im RKV kam den inneren Machtverhältnissen dieses Syndikats ebenfalls eine zentrale Bedeutung zu; bedeutete doch die Vorherrschaft im Syndikat gleichzeitig die Vorherrschaft im RKV. Das Stimmrecht innerhalb des Syndikats war der Regelung im RKV entsprechend und richtete sich nach der Höhe der Verbrauchs- und Verkaufsbeteiligung. Die Beschlüsse – also auch die Preisvorschläge des Syndikats für den RKV – wurden nach den Bestimmungen des Syndikatsver-

⁸ Vgl. dazu die Niederschrift über die Sitzung der Preiskommission des RKV vom 7. 2. 1920, Bundesarchiv Koblenz (zitiert als: BAK), Nachlaß (künftig: NL) Silverberg, Nr. 182, Bl. 78–85.

⁹ Jahresbericht der Aktiengesellschaft RKV für das Geschäftsjahr 1920/21, S. 28 und G. Brehme, a. a. O., S. 137.

trages vom 26. 9. 1919¹⁰ mit einfacher Mehrheit gefaßt. Besaßen also einzelne Werke oder Werksverbände die einfache Stimmenmehrheit im Syndikat, so waren sie in der Lage, die Preispolitik des Syndikats und damit zugleich des RKV wesentlich zu bestimmen.

Betrachtet man das Syndikat, das im April 1920 insgesamt 106 Mitglieder zählte¹¹, unter diesem Gesichtspunkt, so läßt sich feststellen, daß tatsächlich einzelne Werke und Werksverbände innerhalb des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats dominierten¹². So umfaßte die Kohlebeitragsleistung des Syndikats insgesamt 84 Zechen, von denen 14 mehr als die Hälfte lieferten. Bei der Koksbeitragsleistung waren es insgesamt 55 Zechen, von denen 11 mehr als die Hälfte lieferten und bei der Preßkohlenbeitragsleistung waren es 31 Zechen, von denen 7 mehr als die Hälfte lieferten. Bei der Verbrauchsbeitragsleistung der Hüttenzechen lag ein ähnliches Verhältnis (19:5) vor. Schlüsselt man die jeweils stärksten Zechen nun namentlich auf, so ergibt sich, daß einzelne Werke doppelt oder gar dreifach vertreten waren. Dreimal etwa die Gelsenkirchner Bergwerks AG, die Harpener Bergbau AG, die Dt.-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten AG und die Zeche Constantin der Große; doppelt etwa die Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, die Arenbergsche AG für Bergbau und Hüttenbetrieb sowie die Essener Steinkohlenbergwerke AG. Rechnet man diese Dreifach- und Doppelzählungen von der Gesamtzahl der beteiligungsmäßig stärksten Zechen ab, so läßt sich zeigen, daß insgesamt 22 Zechen und Hüttenzechen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats die Preisbildung im deutschen Kohlenbergbau bestimmt haben. Bedenkt man schließlich, daß im Juli 1920 die Gelsenkirchner Bergwerks AG mit der Dt.-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG zur Rhein-Elbe-Union zusammengefaßt wurde und daß sich im Oktober 1920 der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation der Union anschloß¹³, so daß sich die Zahl der wirtschaftlich stärksten Zechen noch einmal verringerte, so erhält man einen Eindruck von dem Maß der Konzentration und der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger. Innerhalb der gemeinwirtschaftlichen Organisation der Kohlenwirtschaft kam es mit dieser Entwicklung zu einer Vorherrschaft des partikularen Interesses gegenüber dem ursprünglich intendierten gesamtwirtschaftlichen Interesse, die in der Öffentlichkeit und vor allem in der Arbeiterschaft auf heftige Kritik stieß.

Besonders die Entwicklung der Kohlenpreise in der ersten Hälfte des Jahres 1920 schien die Vermutung zu rechtfertigen, daß der Kohlenbergbau unter dem Deck-

¹⁰ Die Syndikatsverträge des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats 1893–1925, o. O., o. J., S. 103 ff.

¹¹ Glückauf, Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift, 56. Jg. (1920), Nr. 21, v. 22. 5. 1920.

¹² Siehe zum folgenden die Aufstellung über die Kohle-, Koks-, Preßkohlen- und Verbrauchsbeitragsleistung der größten Zechen- und Hüttenzechen im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, ebenda.

¹³ Zu diesen Vorgängen siehe Gerhard Gebhardt, Ruhrbergbau, Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, Essen 1957, S. 222–223; Richard Lewinsohn, Die Umschichtung der europäischen Vermögen, Berlin 1926, S. 72 f., und Kurt Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole und Staat, Berlin 1971, S. 131 f.

mantel angeblicher Kostensteigerungen und wirtschaftlicher Zwangsläufigkeiten hohe Gewinne zu erzielen wußte. So stiegen etwa die Preise des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats von Januar bis Mai 1920 für gew. Mager-Nußkohle um 121 %, für Fettförderkohle um 85 %, für Koks-kohle um 87 % und für Hochofenkoks um 86 %¹⁴. Eine ganze Reihe weiterer Preiserhöhungen war vom Reichskohlenverband zwar beantragt worden, doch wurden sie vom Reichswirtschaftsminister mit Rücksicht auf die Gesamtpreisentwicklung abgelehnt¹⁵. Bereits hier wurde deutlich, daß die durch das Kohlenwirtschaftsgesetz geschaffene Organisationsform des Kohlenbergbaues den hohen Anspruch der Gemeinwirtschaft nicht zu erfüllen vermochte und daß zur Erreichung dieses Zieles eine Einschränkung des bisher offenbar überzogenen Gewinnstrebens notwendig war.

Eine Möglichkeit zum Eingriff bot sich, als um die Jahreswende 1919/1920 der Kohlenbergbau die Forderung einer besonderen Kohlenpreiserhöhung für Investitionen erhob, die der Erneuerung und Ergänzung der bestehenden Anlagen dienen sollten. Zunächst wurde diese Preiserhöhung mit 11 Mark angesetzt, später wurde sie auf 18 Mark je Tonne erhöht¹⁶. Sowohl im RKR wie auch bei den zuständigen Stellen des Reichswirtschaftsministeriums stieß diese Forderung jedoch sehr bald auf Widerstand; beide Institutionen waren nicht bereit, dem Kohlenbergbau die alleinige Verfügungsgewalt über die möglichen Mehrerlöse zu überlassen. Die jeweiligen Vorstellungen über die Art und den Umfang eines Kontroll- und Eingriffsrechtes waren jedoch bei beiden unterschiedlich. Während die RKR lediglich eine Überwachung der Verwendung der Mittel durch die Organe der Kohlewirtschaft verlangte¹⁷, forderte das Reichswirtschaftsministerium unter Hinweis auf die finanzielle Belastung der Allgemeinheit¹⁸ auch deren entsprechende Beteiligung. Im Ministerium wurden daraufhin eine Reihe von Leitsätzen erarbeitet, die eine mögliche Beteiligung der Allgemeinheit am neugeschaffenen Produktivvermögen regeln sollten und die am 3. Februar 1920 der Öffentlichkeit vorgelegt wurden¹⁹.

Nach diesen Leitsätzen sollten die Mittel für die Erneuerungs- und Ergänzungs-

¹⁴ Theodor Transfeldt, *Die Preisentwicklung der Ruhrkohle 1893–1925*, Leipzig 1926, S. 198.

¹⁵ Jahresbericht der Aktienges. RKV für das Geschäftsjahr 1920/1921, S. 27–28; Unterstaatssekretär (UStSchr.) Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium (künftig: RWM) in der Vorbesprechung der Sozialisierungskommission am 15. 4. 1920, Verhandlungen der Sozialisierungskommission über den Kohlenbergbau im Jahre 1920, Bd. 1, Berlin 1920, S. 1–3 (zitiert als: Verh. d. Sozialisierungskommission).

¹⁶ Berichte über die Zechenbesitzerversammlungen des Rhein.-Westf. Kohlensyndikats (RWK) am 22. 12. 1919 und 24. 1. 1920, in: Glückauf, 56. Jg. (1920) Nr. 1 v. 3. 1. 1920, S. 14 und Nr. 5 v. 31. 1. 1920, S. 99. UStSchr. Hirsch auf der Vollversammlung des RKR am 14. 1. 1920, BAK, NL Silverberg, Nr. 145, Bl. 162.

¹⁷ Bericht über die Verhandlungen des RKR am 14. 1. 1920, in: Dt. Bergwerkszeitung Nr. 13 v. 16. 1. 1920.

¹⁸ UStSchr. Hirsch auf der Vollversammlung des RKR am 14. 1. 1920, BAK, NL Silverberg Nr. 145, Bl. 162.

¹⁹ Der Text dieser Leitsätze findet sich in den Verh. d. Sozialisierungskommission, Bd. 1, S. 5–6.

bauten über den Kohlenpreis aufgebracht werden. Sie sollten jedoch nicht den Kohlenbergwerken direkt zukommen, sondern in einen gemeinsamen Fonds eingebracht werden, der der Kontrolle der Organisationen der Kohlewirtschaft unterstand. Die Gelder sollten auf Antrag an die Kohlenbergwerke ausgegeben werden, aber nur bei Gewährung eines entsprechenden Miteigentums der Allgemeinheit an den Unternehmen unter Beteiligung am Gewinn oder bei bestimmter Verzinsung und Tilgung. Gleichzeitig sollte den Kohlenbergwerken die Inanspruchnahme des freien Kreditmarktes für die Aufnahme von Mitteln untersagt werden. Diese Leitsätze stellten den Versuch dar, die Allgemeinheit nun zwangsweise am Kohlenbergbau zu beteiligen.

Die in den Leitsätzen enthaltenen Pläne wurden von den Unternehmern des Bergbaues entschieden abgelehnt. Man sprach von einer „Sozialisierung auf Umwegen“ und kritisierte den beabsichtigten Eingriff des Staates in die Wirtschaft, ohne jedoch Gegenvorschläge in dieser gesamtwirtschaftlich wichtigen Frage zu unterbreiten²⁰. Sehr bald schlossen sich auch die Banken dieser Kritik an, da ihnen durch das in den Leitsätzen ausgesprochene Kreditaufnahmeverbot eine wesentliche Möglichkeit der Industriefinanzierung genommen wurde. So schrieb etwa der Direktor der Deutschen Bank, Oskar Schlitter, am 19. Februar 1920 an Paul Silverberg, den Generaldirektor der Rheinischen AG für Braunkohlenbergbau und Brikkettfabrikation, in deren Aufsichtsrat Schlitter saß: „... Mit Ihnen bin auch ich der Meinung, daß die Leitsätze so ziemlich das Ungeheuerlichste enthalten, was bis jetzt auf dem Gebiet der Zwangswirtschaft geboten worden ist, und daß es in der Tat die höchste Zeit ist, daß die Herren Schmidt und Hirsch entfernt werden, falls Deutschland nicht ganz ruiniert werden soll.“²¹ Schlitter sagte Silverberg die Unterstützung der Banken im Kampf gegen das Ministerium zu und lieferte damit ein Beispiel für das enge Zusammenwirken zwischen Industrie und Großfinanz in der Auseinandersetzung mit einem ihnen nicht genehmen politischen System.

Ende Februar begannen im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen über die Leitsätze; dabei ergab sich keine Annäherung der Standpunkte. Zwar erkannte Unterstaatssekretär Hirsch an, daß höhere Abschreibungen für Neuanlagen gerechtfertigt seien, lehnte aber eine Kohlepreiserhöhung mit dieser Zweckbestimmung entschieden ab. Im Laufe des Gesprächs rückte der Unterstaatssekretär dann von den Leitsätzen ab und erklärte, daß er sich Schritte in anderer Richtung und vor anderen Instanzen vorbehalte²². Hirsch hatte inzwischen offenbar selbst erkannt, daß diese Vorschläge wenig praktikabel waren und von der Gegenseite wirksam unterlaufen werden konnten. Das Problem war damit jedoch nur aufge-

²⁰ Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, hrsg. vom Bergbauverein Essen, Essen 1920, S. 7; Kölnische Zeitung Nr. 158 v. 17. 2. 1920; Dt. Bergwerkszeitung Nr. 40/41 vom 27. 2. 1920.

²¹ BAK, NL Silverberg, Nr. 139, Bl. 114–115.

²² Direktor Janus am 28. 2. 1920 vor der Mitgliederversammlung des RKV, BAK, NL Silverberg, Nr. 182, Bl. 99–99 R; Schreiben des RKR an seine Mitglieder am 2. 3. 1920, BAK, NL Silverberg Nr. 145, Bl. 165, und Vossische Zeitung Nr. 112 vom 1. 3. 1920.

schoben; eine neue Auseinandersetzung zwischen Kohlenwirtschaft und Staat schien unausweichlich.

3. Der Kapp-Putsch und die Bildung der 2. Sozialisierungskommission im Frühjahr 1920

Die weitere Entwicklung der Sozialisierungsfrage wurde durch die Ereignisse des Kapp-Putsches im März 1920 überholt. In einer kurzen schnellen Bewegung brachen alte Vorstellungen wieder auf, und in mancher Beziehung schien die grundlegend neue Situation des Jahres 1918 wiedergekehrt zu sein. Vom 12. auf den 13. März 1920 versuchte der Generallandschaftsdirektor Kapp, im Verein mit aufrührerischen Truppenverbänden unter General v. Lüttwitz und Kapitän Ehrhardt die Regierungsgewalt an sich zu reißen, um die politische Entwicklung seit 1918 wieder rückgängig zu machen. Der ADGB unter Carl Legien rief daraufhin den Generalstreik aus, dem sich nach einigem Zögern auch die Hirsch-Dunckerschen und die Christlichen Gewerkschaften anschlossen. Bereits am 17. März war klar, daß der Putsch gescheitert war, und am 18. März begannen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften einerseits und den Mitgliedern der Reichsregierung, der Preußischen Regierung sowie den Parteien andererseits über die zukünftige politische Entwicklung in Deutschland²³.

Die Gewerkschaften hatten in diesen Verhandlungen eine taktisch starke Stellung, da sie entscheidend zur Beendigung des Putsches beigetragen hatten. Sie waren in diesen Märztagen die Träger der Macht im Reich und schickten sich nun an, ihre Position zu nutzen. Es zeigte sich, daß in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft eine ganze Reihe von Forderungen lebendig geblieben war, deren Durchsetzung bisher an den politischen Verhältnissen gescheitert war. Die eben überstandene Gefahr einer Restauration der alten Ordnung hatte den Blick geschärft für die Versäumnisse, die die Weimarer Parteien nach gewerkschaftlicher Ansicht verschuldet hatten und die nun Anlaß für eine „Neuordnung des Systems“ mit weitreichenden Garantien sein sollten²⁴. Da die Gewerkschaften jedoch skeptisch waren gegenüber der Durchsetzungskraft der Regierung, versuchten sie, in ultimativer Form Zugeständnisse im politischen und wirtschaftlichen Bereich zu erzwingen. So verlangten sie etwa maßgebenden Einfluß auf die wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzgebung des Reiches, die nun endgültig die volle Gleichbe-

²³ Siehe dazu H. J. Varain, *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat, Die Politik der Generalkommission der Gewerkschaften unter der Führung Carl Legiens (1890–1920)*, Düsseldorf 1956. Einen sehr guten Überblick über die Politik der Gewerkschaften gibt die unveröffentlichte Kieler Staatsexamensarbeit von W. Schulz, *Die Haltung der Gewerkschaften zur Frage der Mitbestimmung und der Sozialisierung 1918–1920*, Kiel 1972, S. 118 ff.

²⁴ So der Vorsitzende des AfA-Bundes, Siegfried Aufhäuser, in den Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Reichsregierung und der Preußischen Regierung am 18. 3. 1920, BAK, NL Südekum, Nr. 121, Bl. 6–7.

rechti gung der Arbeitnehmer gewährleis ten sollte. Hier wurden Folgerungen aus der Entwicklung seit 1918 gezogen, die den Einfluß der Arbeiterschaft auf den weiteren Verlauf nun auch politisch absichern sollten²⁵.

Unter den Einzelforderungen der Gewerkschaften tauchte auch schon bald die Sozialisierung des Kohlenbergbaues wieder auf. Die Gewerkschaften nahmen damit Rücksicht auf die breite Sozialisierungsbewegung in der Bergarbeiterschaft vor allem des Ruhrbezirks, die im November 1918 entstanden war und seitdem nichts an Aktualität eingebüßt hatte. Vor allem in den großen Streiks um die Jahreswende 1918/19 und im Frühjahr 1919 war die Sozialisierung des Kohlenbergbaues von der Arbeiterschaft immer wieder verlangt worden – eine Forderung, die in den Massen breite Unterstützung gefunden hatte. Die Gewerkschaften taktierten demgegenüber hinhaltend, wenn sie nicht gar eine Sozialisierung für unmöglich hielten²⁶. Die Folge war eine Radikalisierung der Bergarbeiter, die sich in den Gewerkschaften nicht mehr vertreten fühlten und die nun nach links abwanderten. Die Aufnahme der Sozialisierung in den Katalog der Gewerkschaftsforderungen beim Ende des Kapp-Putsches war auch ein Versuch, diese Radikalisierung aufzufangen und die Bergarbeiter für die Gewerkschaften zurückzugewinnen. Zugleich setzte sich jedoch auch jene theoretische Unsicherheit fort, die schon die Sozialisierungsdebatte der Jahre 1918 und 1919 bestimmt hatte: Zwar wurde die Sozialisierung des Kohlenbergbaues während der Verhandlungen mehrfach ausdrücklich erwähnt, doch wurden deren Art und Umfang niemals präzisiert²⁷. Die Sozialisierung blieb auch jetzt mehr Vision, als daß sie durchdachte und rational geplante Forderung gewesen wäre.

Deutlich wurde diese Unsicherheit auch in dem Abkommen, das die Gewerkschaften und die in Berlin anwesenden Regierungsvertreter am 20. März 1920 abschlossen. Nachdem ursprünglich die Sozialisierung des Kohlenbergbaues gefordert worden war, begnügte man sich, da sich Widerstände zeigten²⁸, mit der neutraleren Formulierung einer „sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige“, doch sollten die Beschlüsse der 1. Sozialisierungskommission zugrunde gelegt werden. Wegen ihrer Unbestimmtheit unverbindlich blieb auch die

²⁵ Zu den Verhandlungen am 18. und 19. 3. 1920 vgl. insges. die Aufzeichnungen Südekums, BAK, NL Südekum, Nr. 121.

²⁶ Siehe dazu Peter v. Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 231–262; Hans Mommsen, Einleitung und Textteil zum Katalog der Ausstellung „Bergarbeiter“ des Bergbau-Museums Bochum zur Geschichte der organisierten Bergarbeiterbewegung in Deutschland, Bochum 1969, und ders., Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918–1933 in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974, S. 275–314.

²⁷ Siehe dazu die Ausführungen Kuczyńskis, Werners und Hilferdings in der Sozialisierungskommission am 30. 4. 1920, Verh. d. Sozialisierungskommission, Bd. 1, S. 191, 193–194 und 199.

²⁸ Rudolf Hilferding in der Sitzung der Sozialisierungskommission am 30. 4. 1920, a. a. O., Bd. 1, S. 199. Zu dem Wortlaut des Abkommens vom 20. 3. 1920 siehe Vorwärts Nr. 180 vom 8. 4. 1920; Correspondenzblatt 1920, S. 150 und BAK, NL Koch-Weser, Nr. 25, Bl. 117.

Forderung, daß die Kohlen- und Kalisyndikate durch das Reich übernommen werden sollten; beide Formulierungen waren zu weitgefaßt und zu vage, als daß daraus eine entschlossene Sozialisierungspolitik hätte abgeleitet werden können²⁹.

Entsprechend der ebenfalls in dem Abkommen vom 20. 3. 1920 gemachten Zusage, die Sozialisierungskommission sofort einzuberufen, begann die am 28. 3. gebildete Regierung Müller unverzüglich mit den vorbereitenden Arbeiten. Ressortmäßig zuständig war für die Sozialisierung das Reichswirtschaftsministerium, das unter seinem Leiter, dem aus der Gewerkschaftsbewegung kommenden Robert Schmidt, in den folgenden Monaten eine weitgesteckte Aktivität entfaltete. Schmidt nahm sogleich Verbindung mit den früheren Mitgliedern der Sozialisierungskommission auf und suchte sie für eine erneute Mitarbeit zu gewinnen. Nach längeren Verhandlungen kam man überein, die Sozialisierungskommission zahlenmäßig zu erweitern und sie gemäß den an der Sozialisierung beteiligten Interessen zu gliedern. So sollte die Kommission aus Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber bestehen, zu denen als dritte Gruppe noch eine Reihe von sachverständigen Wissenschaftlern treten sollte. Offenbar glaubte man, mit dieser Zusammensetzung die Lösung gefunden zu haben, durch die Interesse und Sachverstand verbunden werden konnten, doch wurde sehr bald klar, daß die Sozialisierung eine Frage der politisch-ökonomischen Wertentscheidung und nicht der Wissenschaft war.

Bereits bei der Berufung der Kommission gab es Schwierigkeiten. Die erste Sozialisierungskommission war durch ein starkes USPD-Element geprägt gewesen³⁰, das, da die alte Kommission insgesamt wieder zur Mitarbeit aufgerufen worden war, sich nun auch in die zweite Sozialisierungskommission fortzusetzen schien. Schon bald setzten daher Versuche der Arbeitgeberseite ein, Einfluß auf die Zusammensetzung der Kommission zu gewinnen und allzu radikale Beschlüsse bereits im Vorbereitungsstadium zu verhindern. Da die Zusammensetzung der Kommission eine Frage war, die auf höchster politischer Ebene entschieden werden mußte, war der erste Ansatzpunkt der Einflußnahme naturgemäß das Kabinett selbst. Die Vertretung der Arbeitgeberinteressen im Kabinett erfolgte durch die DDP und hier insbesondere durch Reichsinnenminister Koch und Reichsjustizminister Blunck. Am 19. 4. 1920 übersandte das Spezialbüro des Reichsinnenministers dem Reichsjustizminister eine Eingabe der Arbeitgeberseite mit der Bitte, sie bei den Beratungen im Kabinett zu verwenden. Ziel dieses Vorstoßes der Arbeitgeber war es, dahin zu wirken, daß bei der Ernennung der Kommissionsmitglieder alle im Kabinett vertretenen Richtungen beteiligt sein sollten, und das Reichswirtschaftsministerium anzuhalten, in der Sozialisierungsfrage bis zu den Wahlen³¹ nichts zu prä-

²⁹ Entsprechende Forderungen wurden auch in das Bielefelder Abkommen vom 24. 3. 1920 aufgenommen. Siehe dazu E. R. Huber, *Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, Stuttgart 1966, Dok. Nr. 217.

³⁰ Zur Zusammensetzung der 1. Sozialisierungskommission siehe K. Trüschler, a. a. O., S. 20.

³¹ Bereits am 1. 4. 1920 hatte sich das neue Kabinett geeinigt, für den 6. Juni Reichstagswahlen anzusetzen. Die Neuwahlen entsprachen einer Forderung, die während des Kapp-Putsches erhoben worden war. Siehe dazu die *Edition Akten der Reichskanzlei*, Das Kabinett Müller I, bearb. von M. Vogt, Boppard 1971, Einl., S. LXII und Dok. Nr. 8, P. 3.

judizieren. Es bestanden bei den Arbeitgebern sogar Überlegungen, dem Reichswirtschaftsminister vorläufig einen der DDP angehörenden parlamentarischen Unterstaatssekretär beizugeben, der die Einhaltung möglicher Absprachen des Kabinetts überwachen sollte³².

Bereits am nächsten Tage kam die Zusammensetzung der Kommission und ihre rechtliche Stellung im Kabinett zur Sprache. Dabei wurde von verschiedenen Seiten die politisch einseitige Orientierung der Kommissionsmitglieder bemängelt, doch verblieb die Diskussion im Allgemeinen, und die Angelegenheit wurde vertagt³³. Erneut wurde die Frage der Mitgliedschaft in der Kommission am 30. 4. im Kabinett behandelt, und hier unternahm nun Reichsjustizminister Blunck einen direkten Vorstoß gegen die der USPD angehörenden oder ihr nahestehenden Mitglieder der geplanten Kommission. Art und Argumentation des Vorgehens von Blunck wiesen dabei eindeutig auf die Eingabe der Arbeitgeber vom 19. 4. hin. Unterstaatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium und Reichskanzler Müller unterliefen diesen Vorstoß jedoch sofort, indem sie darauf hinwiesen, daß das Vorgehen dem Abkommen mit den Gewerkschaften entspreche und daß eine Kommission ohne die Unabhängigen bei den Arbeitern kein Vertrauen finden würde. Am Schluß der Sitzung stimmte das Kabinett einem vom Reichswirtschaftsminister vorgelegten Erlaß über die Einberufung und Befugnisse der Sozialisierungskommission zu³⁴, und am 15. 5. wurde der Erlaß durch den Reichspräsidenten veröffentlicht³⁵. Zusammensetzung und Stellung der Kommission blieben unverändert³⁶.

Inzwischen war die Kommission selbst bestrebt gewesen, ihre Stellung und ihre Kompetenzen gegenüber dem Kabinett und den anderen Reichsbehörden abzugrenzen. Dabei war der Gedanke bestimmend gewesen, eine Wiederholung des wenig glücklichen Schicksals der ersten Sozialisierungskommission zu vermeiden und sich selbst das Instrumentarium und die geeigneten Bedingungen für die kommende Arbeit zu schaffen. Nach einer vorbereitenden Besprechung zwischen einzelnen Mitgliedern der Kommission und dem Reichskanzler sowie dem zuständigen Reichswirtschaftsminister³⁷ wurden die Stellung und die Befugnisse der Kommis-

³² Deutsches Zentral-Archiv (DZA) Potsdam, Reichsjustizministerium (künftig: RJM), Nr. 7926, Bl. 191–193.

³³ Edition Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett Müller I, Dok. Nr. 56, P. 6.

³⁴ Protokoll der Kabinettsitzung vom 30. 4. 1920, ebenda, Dok. Nr. 75, P. 3.

³⁵ Erlaß des Reichspräsidenten vom 15. 5. 1920, RGBl. 1920, S. 981.

³⁶ Die Kommission zählte insgesamt 23 Mitglieder. Ihr gehörten an: Prof. Karl Ballod, Friedrich Baltrusch, Adolf v. Batocki, Adolf Braun, Adolf Cohen, Rudolf Hilferding, Otto Hué, Heinrich Kaufmann, Karl Kautsky, Hans Kraemer, Robert Kuczynski, Prof. Emil Lederer, Prof. Hugo Lindemann, Carl Melchior, Franz Neustedt, Walther Rathenau, CarlFriedrich von Siemens, Prof. Joseph Schumpeter, Paul Umbreit, Theodor Vogelstein, Prof. Alfred Weber, Georg Werner und Rudolf Wissell; Verh. d. Sozialisierungskommission, Bd. 1, S. VII. Hilferding und Kautsky waren Mitglieder der USPD, während die Professoren Ballod, Lederer und Schumpeter sowie Robert Kuczynski als der USPD nahestehend galten.

³⁷ Besprechung des Reichskanzlers und des Reichswirtschaftsministers mit Mitgliedern der Sozialisierungskommission, Ed. Akten d. Reichskanzlei, Das Kabinett Müller I, Dok. Nr. 73.

sion Anfang Mai endgültig festgelegt³⁸. So hatte die Kommission das Recht, Vorschläge zu machen, wie auch das Recht, diese Vorschläge und seine Verhandlungen zu veröffentlichen. Ferner besaß die Kommission das Auskunftsrecht gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium und seinen Behörden sowie – auf dessen Vermittlung hin – auch bei anderen Ministerien. Schließlich wurde der Kommission die Priorität bei der Ausarbeitung gemeinwirtschaftlicher Maßnahmen zugesichert und die Kommissionsmitglieder selbst als Beauftragte der Reichsregierung eingesetzt. Die Auswahl und die rechtliche Weite dieser Bestimmungen waren ganz offensichtlich darauf abgestellt, der Reichsregierung ein Übergehen der Kommission und ihrer Vorschläge unmöglich zu machen.

4. Die Verhandlungen der Sozialisierungskommission und ihre Vorschläge zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues

Die Kommission wurde teils erwartungsvoll begrüßt³⁹, teils wegen ihrer Zusammensetzung entschieden abgelehnt⁴⁰. Schon vor Beginn der eigentlichen Arbeit wurde damit offenbar, daß die Kommission weniger als ein sachverständiges als vielmehr als politisch bestimmtes Gremium angesehen wurde. Am 16. April trat sie zu ihrer ersten Sitzung zusammen und bildete sogleich vier Unterausschüsse, die sich mit der Organisation der Kohle-, Eisen- und Kaliindustrie, der Energiewirtschaft, der Kommunalisierung und mit allgemeinen Wirtschaftsproblemen beschäftigen sollten⁴¹. Ziel der Kommission war es offenbar, an erster Stelle die Grundstoff- und Energiewirtschaft zu behandeln, da hier die Notwendigkeit einer Änderung der Besitzverhältnisse am augenfälligsten schien.

Der Kohlenausschuß trat am 22. April zu seiner ersten Sitzung zusammen. Schon bald wurde klar, daß die Mehrheit des Ausschusses die geltende Regelung der Kohlewirtschaft für ganz und gar unbefriedigend hielt und eine grundlegende Neuordnung dieses Wirtschaftszweiges für notwendig erachtete. Kritisiert wurde von den Arbeitnehmervertretern vor allem das Verhalten der Syndikate und des RKV, denen man vorwarf, unter dem Deckmantel der Gemeinwirtschaft lediglich ihr Eigeninteresse zu verfolgen. Man klagte über die einseitige und undurchsichtige Preisfestsetzung, über die unzureichende Belieferung mit Kohlen, die nur nach Preiserhöhungen befriedigend sei, und über die zu geringe Berücksichtigung der

³⁸ Schreiben des RWM an das Büro des Reichspräsidenten am 4. 5. 1920, BAK R 43 I/2111, Bl. 177–179.

³⁹ Beschluß des Alten Bergarbeiterverbandes vom 14. 5. 1920 zur Errichtung der Sozialisierungskommission, in: Dt. Bergwerkszeitung, Nr. 115 v. 15. 5. 1920.

⁴⁰ Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, hrsg. vom Bergbauverein Essen, Selbstverlag, Essen 1920, S. 8. Siehe auch: Der Ruhrbergbau im Wandel der Zeiten, Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des Vereins für die bergbaulichen Interessen, Essen 1933, S. 138/139.

⁴¹ Schultheß' Europ. Geschichtskalender 1920, I, S. 135; K. Trüschler, a. a. O., S. 71, sowie die Ausführungen von Berg Ass. v. Loewenstein auf der 62. ordentl. Generalversammlung des Bergbauvereins in Essen am 28. 6. 1920, Essen 1920, S. 14.

Belange der Verbraucher⁴². Die Frage war nur, ob sich die verschiedenen Gruppen innerhalb des Kohlenausschusses zu einem gemeinsamen Lösungsvorschlag zusammenfinden würden.

Zunächst unternahm das Reichswirtschaftsministerium einen Versuch, die Mängel der geltenden Kohlegesetzgebung zu beseitigen. Ende April legte es dem Kohlenausschuß einen Änderungsentwurf zum Kohlewirtschaftsgesetz und zu den Ausführungsbestimmungen vor, der die Organisation der Kohlenwirtschaft straffte und das Verbraucherelement in den Entscheidungsgremien stärkte. So sollte der RKV als Zentralorgan der Syndikate beseitigt werden und seine Rechte auf den RKR übergehen. Schließlich war vorgesehen, daß die Aufsichtsrechte des RKR gegenüber den Syndikaten noch strenger werden sollten und daß deren Geschäftsabschlüsse vom RKR zu genehmigen waren⁴³. Insgesamt war das ein Versuch, durch Machtstärkung der Verbraucher und Machtbeschränkung der Produzenten die Gemeinwirtschaft in ihrer ursprünglich angestrebten Form wiederherzustellen.

Im Kohlenausschuß stießen diese Pläne des Reichswirtschaftsministeriums jedoch auf Widerspruch. Die Sachverständigen äußerten Zweifel an der Wirksamkeit dieser rein organisatorischen Umbildung, während die sozialistischen Mitglieder vor allem kritisierten, daß der Entwurf nicht die von den Gewerkschaften geforderte Änderung der Eigentumsverhältnisse einschloß⁴⁴. Besonders ausführlich äußerte sich Walter Rathenau, der innerhalb des Ausschusses der pragmatisch-sachverständigen Gruppe zuzurechnen war. Rathenau gehörte zu den neu bestellten Mitgliedern der Kommission, doch gelang es ihm bald, sich aufgrund seiner reichen Erfahrungen als Wirtschaftspraktiker und seiner hohen theoretischen Fähigkeiten eine bedeutende Stellung innerhalb der Kommission zu schaffen. Rathenau hielt die Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums lediglich für eine Umorganisation der Verteilungsebene, während er selbst eine Kontrolle der Produktionsebene für unabdingbar hielt⁴⁵. Ausgehend von diesen prinzipiellen Überlegungen und im Auftrage der Mitglieder des Kohlenausschusses entwarf Rathenau eine Reihe von Grundsätzen für die Geschäftsführung der Kohlenherzeuger, die er in der Sitzung vom 4. Mai vortrug. Ziel dieser Grundsätze war es, das Verhalten der Kohleproduzenten für die Öffentlichkeit durchsichtig zu machen und sie zu einer angemessenen Preisgestaltung nach den Selbstkosten anzuhalten⁴⁶. Schon in dieser ersten,

⁴² Verh. d. Sozialisierungskommission, Bd. I, S. 1–4, 9, 15, 34, 37, 162, 191.

⁴³ Der „Entwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. 3. 1919 und der Ausführungsbestimmungen vom 21. 8. 1919“ findet sich im BAK, NL Silverberg, Nr. 134, Bl. 274–280. Der Entwurf wurde am 11. und am 14. Mai auch im Kabinett beraten und angenommen. Siehe dazu Ed. Akten d. Reichskanzlei, Das Kabinett Müller I, Dok. Nr. 92, P. 4 und Dok. Nr. 97, P. 2, und Bericht der Kölnischen Zeitung Nr. 441 v. 14. 5. 1920.

⁴⁴ So die Ausschußmitglieder Hilferding und Umbreit auf der Sitzung vom 30. 4. 1920, Verh. d. Sozialisierungskommission, Bd. I, S. 199 und 201–202.

⁴⁵ Ebenda, S. 154 f. und 186 f.

⁴⁶ Der Wortlaut der Grundsätze und die Erläuterungen Rathenaus finden sich ebenda, S. 214 ff.

noch etwas spröden Fassung der Grundsätze wurde offenbar, daß es sich im Prinzip um gemeinwirtschaftliche Vorstellungen handelte, die Rathenau hier formuliert hatte. Es war von seiner Seite aus mehr der Versuch einer Beschränkung und der Kontrolle des Kohlenbergbaues, nicht eigentlich der Sozialisierung, die ihm im Grunde ganz fern lag⁴⁷. Zwar sahen auch seine Grundsätze einen allmählichen Übergang des Kohlenbergbaues in den Besitz der Allgemeinheit vor, doch war dies mehr ein Zugeständnis an die radikalen Mitglieder des Ausschusses, die immer wieder eine Änderung der Eigentumsverhältnisse verlangten⁴⁸.

Von ihrer Seite kam denn auch der Gegenvorschlag, der von dem Mehrheitsbericht der 1. Sozialisierungskommission ausging. Er wurde besonders vertreten durch Lederer, Hilferding, Kuczynski und Kautsky, die im Gegensatz zu Rathenaus Vorstellungen eine sofortige Vollsozialisierung verlangten. Auch in diesem Vorschlag war jedoch eine Entschädigung vorgesehen, die nach dem Buchwert und dem Ertragswert der Kohlenbergwerke berechnet werden sollte. Zur Erläuterung ihres Vorschlages wiesen die Kommissionsmitglieder darauf hin, daß nur diese Form der Eigentumsänderung die volle Erfüllung des Punktes 6 der Gewerkschaftsforderungen bedeute⁴⁹. Als sich nach längeren Beratungen während der Monate Mai und Juni die Unvereinbarkeit der Auffassungen der beiden Gruppen erwies, kam man Ende Juni überein, der Kommission zwei Berichte mit den gegensätzlichen Standpunkten vorzulegen⁵⁰. Als Termin für die Vorlage dieser Berichte wurde der 31. Juli 1920 vorgesehen.

Trotz dieser prinzipiellen Verschiedenheiten gab es in beiden Vorschlägen jedoch auch übereinstimmende Regelungen, die vor allem die rechtliche Form der zu schaffenden Kohlenorganisation betrafen. Hier mußte ein Weg gefunden werden, um die zukünftige Rechtsform mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages in Einklang zu bringen. Dabei ging es vor allem um den Art. 248, nach dem das Reich und die Länder mit ihrem gesamten Besitz und allen Einnahmequellen an erster Stelle für die Bezahlung der Kosten der Wiedergutmachung haften sollten. Es galt also zu prüfen, ob ein sozialisierter Kohlenbergbau in dieser Hinsicht dem Zugriffsrecht der Alliierten unterlag.

Der Kohlenausschuß hatte deswegen das Auswärtige Amt um ein Rechtsgutachten gebeten, das dieses unter dem Datum des 28. April 1920 erstattete. Darin kam das Auswärtige Amt zu dem allgemeinen Ergebnis, daß der Friedensvertrag

⁴⁷ Siehe dazu die – allerdings nachträglichen – Briefe Walther Rathenaus an Dr. Keck, Oberweiler, am 6. 12. 1920, an Robert Friedlaender, Berlin, am 20. 12. 1920 und vor allem an Friedrich Calebow, Düsseldorf, am 9. 12. 1920; W. Rathenau, Briefe, Dresden 1927, 2. Bd., S. 278–79, 283 und 281–82.

⁴⁸ Siehe dazu die Äußerungen Hilferdings in der Sitzung des Kohlenausschusses am 4. 5. 1920, Verh. d. Sozialisierungskommission, Bd. I, S. 227–29 und 233–34. Auch Otto Hué äußerte sich gegen die Grundsätze Rathenaus, ebenda, S. 377 und 379–80.

⁴⁹ Siehe dazu oben S. 54.

⁵⁰ Schreiben des stv. Reichskommissars für die Kohlenverteilung, Brecht, an Gen.dir. Silverberg am 6. 7. 1920, BAK, NL Silverberg, Nr. 154, Bl. 299–304.

keine ausdrücklichen Bestimmungen enthalte, „durch welche für absehbare Zeit Sozialisierungsmaßnahmen der deutschen Reichsgewalt verhindert oder eingeengt werden könnten“. Insbesondere beschäftigte sich das Gutachten auch mit dem Art. 248 des Friedensvertrages und erklärte dazu, daß diese Haftpflicht lediglich auf dem Umweg über die §§ 17 und 18 der Anlage II zu Teil VIII des Friedensvertrages geltend gemacht werden könnten (Sanktionsklausel). Sowohl die Einleitung wie auch die Gesamttendenz des Gutachtens ließen jedoch keinen Zweifel daran, daß diese Möglichkeit als gering angesehen wurde⁵¹. Beide Vorschläge sahen daher die Ausgestaltung des Trägers der zukünftigen Kohleorganisation als einer Körperschaft des öffentlichen Rechts vor, in der alle an der Kohlewirtschaft Beteiligten anteilmäßig vertreten sein sollten. In beiden Fällen war es die Verbindung von gemeinwirtschaftlichen Organisationsvorstellungen mit sozialistischen Eigentumsvorstellungen, wobei sich die beiden Vorschläge lediglich durch den Zeitpunkt der Eigentumsübertragung unterschieden.

Inzwischen gab es innerhalb der Organe der Kohlenwirtschaft selbst Versuche, das ausschließliche Recht des RKV bei der Preisgestaltung einzuschränken und den RKR daran zu beteiligen. Durch diese Änderung wollte man der immer lauter gewordenen Kritik, daß die Interessenten selbst über die Höhe des Kohlenpreises abstimmen, entgegenreten. Auf Anregung auch des RKV beschloß der RKR am 12. Mai 1920, daß der sogenannte große Ausschuß des RKR⁵² gleichberechtigt an der Preisgestaltung mitwirken sollte. Am 28. Mai stimmte auch der RKV diesem Beschluß zu und am 1. Juni trat diese Regelung in Kraft⁵³. Die Hoffnungen, die man vor allem auf der Seite der Arbeiterschaft an diese Neuordnung geknüpft hatte, erfüllten sich jedoch nicht. Die völlig undurchsichtigen Kostenberechnungen und der stetige Hinweis der Unternehmer auf die hohen Löhne ließen eine Stabilisierung des Kohlenpreises auch durch dieses Gremium nicht zu⁵⁴.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß der Ausgangspunkt der Sozialisierungsbewegung die allgemeine Kritik an der Praxis des Kohlenbergbaues war. Es herrschte die Vorstellung, daß hier die nationalen Bodenschätze durch eine kleine Gruppe auf Kosten der Allgemeinheit ausgebeutet wurden. Die Umsetzung dieser Kritik in politische Aktion erfolgte in Reaktion auf den Kapp-Putsch, doch bedingte

⁵¹ Das Gutachten des Auswärtigen Amtes vom 28. 4. 1920 findet sich im BAK, NL Silverberg, Nr. 137, Bl. 139–141. Siehe dazu auch Verh. d. Sozialisierungskommission, Bd. I, S. 229 und 233.

⁵² Der Große Ausschuß des RKR bestand aus 5 Vertretern der Bergbauunternehmer, 5 Vertretern der Arbeiter und Angestellten des Bergbaues, 8 Vertretern der kohleverbrauchenden Industrie, zwei Vertretern des Handels und einem Vertreter der Wissenschaft. Siehe dazu G. Brehme, a. a. O., S. 138.

⁵³ Reichsanzeiger Nr. 120 v. 1. 6. 1920. Siehe dazu auch den Jahresbericht der AG RKV für das Geschäftsjahr 1920/1921, S. 27–30.

⁵⁴ Siehe dazu die Anträge auf Erhöhung der Kohlenpreise vom Juli 1920, Oktober 1920, Januar 1921 und März 1921. Ed. Akten d. Reichskanzlei, Das Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 37, P. 1; Dok. Nr. 97, P. 2; Dok. Nr. 161, P. 6 und Dok. Nr. 214, P. 3.

die allgemeine wirtschaftstheoretische Unsicherheit innerhalb der Arbeiterbewegung, daß über Art und Umfang der Sozialisierung keine Vorstellungen bestanden. Dennoch war der von diesem Ereignis ausgehende Druck so stark, daß weder die Regierung noch die Sozialisierungskommission sich ihm entziehen konnten. Beide wurden daher gleichsam zu Interpreten und Vollstreckern des Sozialisierungsverlangens. In der Sozialisierungskommission selbst gab es eine mehr pragmatisch bestimmte und eine mehr ideologisch bestimmte Richtung. Beide Richtungen wollten zwar die Eigentumsveränderung, sie unterschieden sich aber in der Einschätzung des ökonomisch Tragbaren. Entscheidend für die weitere Entwicklung der Sozialisierungsfrage war jedoch die Haltung der Reichsregierung, die nun aufgefordert war, die von der Sozialisierungskommission erarbeiteten Vorschläge in Gesetzesform einzubringen.

5. Die Bildung der Regierung Fehrenbach und die Entwicklung der Sozialisierungsfrage bis Oktober 1920

Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 bedeuteten eine tiefgreifende Änderung der politischen Szene in Deutschland. Die Parteien der Weimarer Koalition verloren ihre Mehrheit im Parlament, und an ihre Stelle traten drei rivalisierende Parteigruppen der Linken, der Rechten und der Mitte, die wegen der zwischen ihnen bestehenden prinzipiellen Gegensätze nicht oder nur sehr selten zur Mehrheitsbildung fähig waren. Nach langen schwierigen Verhandlungen kam es am 25. Juni zur Bildung des bürgerlichen Minderheitenkabinetts Fehrenbach, das sich auf das Zentrum, die DDP und die DVP stützte, das zu seiner Amtsführung aber auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen war. Wichtige außen- und innenpolitische Entscheidungen waren nur mit Rücksicht auf die SPD zu treffen und nur mit ihr im Parlament durchzusetzen⁵⁵. In seiner Regierungserklärung betonte der neue Reichskanzler daher ausdrücklich, daß man die SPD zur Regierungsbeteiligung aufgefordert habe, daß sich diese aber einer Mitarbeit versagt habe; und gleichsam programmatisch fügte er hinzu, daß das neugebildete Kabinett nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern mit ihr und für sie regieren wolle⁵⁶. Es war damit ein Versprechen gegeben, das im folgenden durch die Reichsregierung eingelöst werden mußte.

Ganz im Rahmen dieser programmatischen Ausrichtung hatte sich der Reichskanzler offenbar bemüht, auch die Arbeiten der Sozialisierungskommission in die offizielle Regierungserklärung mitaufzunehmen. Er stieß dabei auf den Widerstand der DVP, die die Sozialisierung in jeglicher Form ablehnte⁵⁷. Schließlich ge-

⁵⁵ Siehe dazu die Analyse des Wahlergebnisses und der Regierungsbildung, ebenda, S. I–XX.

⁵⁶ Verhandlungen des Dt. Reichstages, Bd. 344, S. 15.

⁵⁷ Siehe dazu K. Trüschler, a. a. O., S. 266 ff. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung über die Sitzung des Fraktionsausschusses der DVP für Handel und Industrie am 26. 6. 1920, BAK, NL Stresemann, Serie 6930, H. 139 248–249 (Film).

lang es ihm offensichtlich, sich innerhalb der Koalition durchzusetzen⁵⁸, und am 28. Juni erklärte er im Reichstag, daß die Arbeiten der Sozialisierungskommission fortgesetzt und von der Reichsregierung gefördert werden sollten. Zweck jeder Sozialisierung, so schränkte der Kanzler jedoch ein, müsse die Steigerung der Produktion sein⁵⁹. Dies war zwar eine Zustimmung zur Sozialisierungsbewegung in ihrer weitesten Form, doch war die Aussage zu allgemein und zu unverbindlich, als daß sie Einzelheiten eines zukünftigen Programms hätte verraten können.

Bereits wenige Wochen nach der Regierungsbildung gewann die Sozialisierungsfrage im Rahmen der außenpolitischen Entwicklung erneut höchste Aktualität. Von dieser Entwicklung gingen Impulse aus, die nun die Diskussionen um die Berechtigung der Sozialisierung auf breiter Ebene wieder entfachten. Es handelte sich dabei um das Kohleabkommen von Spa, das am 16. Juli 1920 abgeschlossen worden war und das Deutschland für die Dauer eines halben Jahres zu einer Lieferung von 2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich an die Alliierten verpflichtete⁶⁰. In der wirtschaftlich angespannten Situation des Reiches bedeutete die Mehrförderung dieser Kohlenmenge eine ungeheure Belastung für die Bergarbeiter, die sich schon im Frühjahr 1920 zum Verfahren einer wöchentlichen Überschicht hereiterklärt hatten⁶¹. Es war daher erklärlich, daß mit der zu erwartenden Mehrarbeit für die Bergleute auch die Eigentumsfrage im Kohlenbergbau wieder in den Vordergrund rücken würde und daß hier ein Grund mehr vorlag, die Sozialisierung nachdrücklich voranzutreiben.

Zunächst äußerte sich der Vorläufige Reichswirtschaftsrat zu dieser Frage⁶². In seiner Sitzung vom 24. Juli 1920 befaßte er sich mit dem Kohleabkommen von Spa und verabschiedete eine Entschliebung, in der er auch auf die Voraussetzungen zur Erfüllung des Abkommens einging. So wurde darauf hingewiesen, daß die Steigerung der Arbeitsleistung für die Bergarbeiter nicht nur ein Problem der körperlichen Leistungsfähigkeit, sondern auch der geistig fundierten Leistungsbereitschaft sei, die nur in einer durchschaubaren und gerechten Wirtschaftsordnung möglich sein würde. Abschließend hieß es dann: „... Der Reichswirtschaftsrat wird zur Art und Form der Sozialisierung des Kohlenbergbaues umgehend Stel-

⁵⁸ Reichsinnenminister Koch notierte am 26. 6. 1920 in seinen „Aufzeichnungen“: „... Programmrede wird lang, aber nicht schlecht. ... Die Volkspartei muß vieles anboten (Betriebsrätegesetz, Sozialisierungskommission, Durchführung des Friedens), was sie bisher verbannt hat.“ BAK, NL Koch-Weser, Nr. 27, Bl. 155.

⁵⁹ Verh. d. Dt. Reichstages, Bd. 344, S. 14.

⁶⁰ Zu den Einzelheiten des Kohleabkommens von Spa siehe Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 28, und Verh. d. Dt. Reichstages, Bd. 363, Drucks. Nr. 187, Anl. 21.

⁶¹ Im Februar 1920 war für den Ruhrbezirk ein Übersichtenabkommen abgeschlossen worden; seitdem wurden dort wöchentlich zwei halbe Übersichten verfahren (Reichsarbeitsminister Brauns am 23. 2. 1921 im Reichstag, Verh. d. Dt. Reichstages, Bd. 347, S. 2440).

⁶² Der „Vorläufige Reichswirtschaftsrat“ wird im folgenden nur als „Reichswirtschaftsrat“ bezeichnet.

lung nehmen, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission ... vorliegt.“⁶² Damit hatte auch der Reichswirtschaftsrat auf die enge Verbindung zwischen arbeitsmäßiger Belastung und entscheidungsmäßiger Beteiligung im Kohlenbergbau hingewiesen, doch war die Entschliebung sehr vorsichtig formuliert und ging über die geltende Regelung nicht hinaus⁶³. Es war daher zu erwarten, daß die eigentlich Betroffenen das Problem sehr viel schärfer formulieren würden.

Die Stellungnahme der Bergarbeiter erfolgte bereits einen Tag später. Am 25. Juli fand in Bochum eine Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands statt, die sich auch mit den Folgen des Kohleabkommens von Spa befaßte. In einem auf der Konferenz gefaßten Beschluß protestierten die Bergarbeiter gegen die Sanktionsdrohungen der Alliierten, erklärten sich aber prinzipiell bereit, an der Förderung der von den Alliierten verlangten Kohlenmenge mitzuwirken. Voraussetzung sei allerdings eine Verbesserung der Ernährungslage, der technischen Ausstattung der Bergwerke und des Transportwesens sowie eine Steigerung des Wohnungsbaues. Abschließend hieß es dann in dem Konferenzbeschluß: „... Die gegenwärtige Situation macht es aber auch notwendig, daß wir an den Reichstag die dringliche Forderung richten, nun die Sozialisierung des Bergbaues ungesäumt in Angriff zu nehmen. Von der Förderung und Verwertung gerade der Kohle hängt nun das Schicksal Deutschlands ab, wie die Verhandlungen in Spa aller Welt gezeigt haben. Daher ist es ein für unsere Volksgemeinschaft unerträglicher Zustand, den Kohlenbergbau weiter in privatkapitalistischer Bewirtschaftung zu belassen.“⁶⁴ Dieser Beschluß war sehr viel deutlicher und klarer. Da taktische Rücksichten wie im Falle des Reichswirtschaftsrates keine Rolle spielten, konnte das Hauptproblem, die Eigentumsfrage, sehr viel schärfer aufgezeigt werden. Es war ein Schritt in Richtung einer öffentlich-wirtschaftlichen Regelung des Kohlenbergbaues, doch war in diesem Beschluß über die Form im einzelnen noch nichts gesagt⁶⁵.

Die Reichsregierung, die sich bisher fast ausschließlich mit den Ereignissen und Folgen der Konferenz von Spa befaßt hatte, wurde durch diese Stellungnahmen überrascht. Hier deutete sich eine Entwicklung an, die im politischen Vorfeld aus-

⁶² Zum vollständigen Text der Entschliebung siehe W. Hauschild, Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920–1926, Berlin 1926, S. 12.

⁶³ So notierte Reichsinnenminister Koch etwa am 23. 7. 1920 in seinen „Aufzeichnungen“: „[Der] Reichswirtschaftsrat hat interessanten Versuch neugestalteten Parlamentarismus gemacht. Alle haben sich auf eine Resolution geeinigt, die so vielerlei und unklare enthält, daß sie nach dem Grundsatz: ‚wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen‘, von Deutschen, Nationalen und Kommunisten unterschrieben werden kann.“ BAK, NL Koch-Weser, Nr. 27, Bl. 269–271.

⁶⁴ Beschluß der Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands vom 25. 7. 1920 in Bochum, Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 32.

⁶⁵ Der Beschluß wurde am 31. 7. 1920 neben einigen anderen Beschlüssen auch dem Reichskanzler mitgeteilt, ebda, Anm. 1 und 5.

getragen wurde und die dem Kabinett leicht entgleiten konnte. Man beschloß daher in einer Kabinettsitzung am 3. August, die Initiative nicht aus der Hand zu geben und sich zu der Sozialisierungsfrage zu äußern, doch sollte die Stellungnahme nur „formell“ sein, d. h. geschäftsmäßig und ohne eigene Lösungsvorschläge. Eine Kommission, bestehend aus den Reichsministern Scholz, Wirth, v. Raumer, Brauns, den Staatssekretären Albert und Müller sowie dem Pressechef Heilbron, wurde beauftragt, einen Kabinettsbeschluß vorzulegen, der über den Stand der Beratungen innerhalb der Regierung Auskunft geben sollte⁶⁶.

Bereits in der Kabinettsitzung am folgenden Tage legte die Kommission den Entwurf für einen solchen Kabinettsbeschluß vor. Einleitend erklärte Reichsarbeitsminister Brauns, daß die Kommission vorschlage, keine formelle Erklärung abzugeben, sondern eher im Rahmen der laufenden Debatten im Reichstag zur Sozialisierung Stellung zu nehmen. Der Entwurf selbst schloß sich in seinen materiellen Einzelheiten eng an die Entschliebung des Reichswirtschaftsrates an, vermied es aber ebenso, näher auf Art und Form der Sozialisierung einzugehen; zunächst sollte der Bericht der Sozialisierungskommission abgewartet werden⁶⁷. Das Kabinett stimmte dem Entwurf zu, und am 5. August gab Reichsarbeitsminister Brauns den Beschluß in Form einer Erklärung im Reichstag bekannt⁶⁸. Festzuhalten bleibt, daß es sich bei der Stellungnahme der Reichsregierung um eine rein taktische Maßnahme handelte und daß eine allen Koalitionsparteien gemeinsame Überzeugung, das Sozialisierungsproblem als dringend aufzugreifen, hier nicht vorlag.

Diese rein reaktive Haltung der Reichsregierung setzte sich auch in den folgenden Wochen fort. Politischer Auftrag und politische Bedeutung der Sozialisierungsfrage erforderten an sich von der Regierung eine eindeutige Stellungnahme, doch wurde diese durch die innerhalb der Koalition bestehenden Spannungen immer wieder verhindert. Die Folge war ein hinhaltendes Taktieren des Kabinetts, das bald als Führungslosigkeit und Schwäche ausgelegt werden sollte.

Der Bericht der Sozialisierungskommission setzte jedoch die Reichsregierung bald darauf erneut in Aktionszwang. Der Bericht, der auf den 31. Juli datiert war, wurde am 3. September veröffentlicht⁶⁹ und war sogleich Gegenstand einer breiten Diskussion. Er bestand aus einer allgemeinen Einleitung und zwei Vorschlägen, in denen in verschiedener Form Prinzipien für den Aufbau der zukünftigen Kohlenwirtschaft aufgestellt wurden⁷⁰. In der Einleitung erklärten die Mitglieder der Kommission übereinstimmend zunächst, daß sie eine Ausschaltung kapitalistischer

⁶⁶ Ebenda, Dok. Nr. 42, P. 7.

⁶⁷ Ebenda, Dok. Nr. 43, P. 1.

⁶⁸ Verh. d. Dt. Reichstages, Bd. 345, S. 716.

⁶⁹ Schultheß 1920, I, S. 248.

⁷⁰ Der gesamte Bericht der Sozialisierungskommission findet sich im BAK, R 43 I/2114, Bl. 108 ff.; ferner im DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 1455, Bl. 6 ff.

Gewinne⁷¹ im Kohlenbergbau für notwendig hielten. Darüber hinaus war jedoch die überwiegende Mehrzahl auch der Meinung, daß eine Überführung des Bergbaues in die Gemeinwirtschaft unter Ausschaltung des Privateigentums erforderlich sei. Das bedeutete die Enteignung, doch bestand innerhalb dieser Gruppe auch Einstimmigkeit darüber, daß die Bergwerksunternehmer entschädigt werden sollten. Unterschiede gab es lediglich in der Bestimmung des Zeitpunktes, zu dem die Sozialisierung ohne Gefährdung der wirtschaftlichen Gesamtlage durchgeführt werden sollte.

In dieser Hinsicht standen sich zwei Vorschläge gegenüber, von denen jeder in der Kommission etwa gleich viele Anhänger gefunden hatte. Der Vorschlag I, für den Prof. Lederer verantwortlich zeichnete, empfahl die sofortige Vollsozialisierung des gesamten deutschen Kohlenbergbaues und seine Übertragung auf eine öffentlich-rechtliche Reichskohlegemeinschaft. Dies war nicht lediglich als Reform des bestehenden Zustandes gedacht, sondern stand im größeren Zusammenhang eines grundsätzlichen Wirtschaftsumbaus, in dessen Rahmen das privatkapitalistische System durch ein sozialistisches System abgelöst werden sollte. Dem im Kapitalismus ausgebildeten Wirtschaftskörper sollte eine neue Wirtschaftsmentalität eingepflanzt werden, die nicht durch Eigennutz, sondern durch gemeinwirtschaftliche Gedanken bestimmt war. Einen breiten Raum nahm die Auseinandersetzung mit der während des Krieges geschaffenen Zwangswirtschaft ein, die vielfach in der Öffentlichkeit mit der Sozialisierung identifiziert wurde. Die Verfasser des Vorschlages I wiesen darauf hin, daß die Zwangswirtschaft während des Krieges und unmittelbar nach dem Kriege eine unabdingbare Notwendigkeit gewesen sei, daß sie inzwischen aber zu einer Reglementierung des Wirtschaftsprozesses und einer Bürokratisierung der Verteilung ausgewachsen sei, die die Ausbildung einer eigenen, sozial bestimmten Initiative nicht zuließ. Gerade um die Entwicklung dieser Initiative auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage aber ging es diesen Kommissionsmitgliedern⁷².

Der Vorschlag II, der aus den von Walther Rathenau vorgetragenen Grundsätzen entwickelt worden war⁷³ und der auch seinen Namen trug, sah demgegenüber eine allmähliche Überführung des Kohlenbergbaues in Gemeineigentum vor, deren Dauer auf höchstens dreißig Jahre bemessen war. Während dieser Übergangszeit sollten bestimmte Elemente der kapitalistischen Wirtschaftsform und Wirtschaftsgesinnung erhalten bleiben, auf die man in der angespannten wirtschaftlichen Lage nicht verzichten zu können glaubte. Dazu gehörte vor allem die weitere Bindung des technischen und kommerziellen Spitzenpersonals an die Kohlenwirtschaft, die nach Ansicht dieser Kommissionsmitglieder nur durch die Momente des möglichen Erfolges und der entsprechenden materiellen Entlohnung von einer Abwanderung

⁷¹ Das Mitglied v. Siemens der Kommission legte abweichend dar, daß er darunter „unberechtigte kapitalistische Gewinne“ verstand. Bericht der Sozialisierungskommission, S. 4.

⁷² Bericht der Sozialisierungskommission, S. 6–10.

⁷³ Siehe dazu S. 58.

in andere nichtsozialisierte Wirtschaftsbereiche abgehalten werden konnten. Ziel war die sozial gebundene Unternehmerschaft, deren persönliche Motivation zwar erhalten bleiben sollte, deren Einflußmöglichkeit im gesamtwirtschaftlichen Bereich aber eingeschränkt werden sollte. Auch dieser Vorschlag endete jedoch mit der Überführung des Kohlenbergbaues in Gemeineigentum und der Schaffung einer neuen Wirtschaftsgesinnung, in deren Rahmen „die Triebkräfte des Erfolges durch die Triebkräfte des Gemeinnsinns in einer Periode sozialer Arbeit“ abgelöst werden sollten⁷⁴. In beiden Vorschlägen wurde so das hochgespannte Ziel deutlich, mit einem organisatorischen Umbau und einer Eigentumsänderung zugleich auch die Grundlage einer neuen Wirtschaftsmentalität zu legen, die den bisher gegangenen Weg des reinen Privatkapitalismus als Irrtum ansah und die neben den politischen Neubeginn auch einen wirtschaftlichen und sozialen Neuanfang setzen wollte.

Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Vorschläge der Sozialisierungskommission war je nach Position ganz verschieden. Die industriellen und bergbaulichen Spitzenverbände bezeichneten die Vorschläge als undurchführbar und wiesen auf das Risiko eines so weitgehenden Umbaus gerade des Kohlenbergbaues hin, der als das Grundfundament der deutschen Wirtschaft bezeichnet wurde⁷⁵. Eine Sozialisierung zog ihrer Ansicht nach zugleich auch eine Bürokratisierung größten Ausmaßes nach sich, durch die jede Rentabilität endgültig verloren gehen würde. Ziel einer Neuordnung der Kohlewirtschaft müsse aber die Steigerung der Produktion und die Herabsetzung der Kosten sein, und gerade dies würde durch eine Sozialisierung nicht erreicht werden können⁷⁶. Insgesamt waren die Verbände bemüht, wirtschaftlich streng sachbezogen zu argumentieren und die dahinterstehenden grundsätzlichen politischen Differenzen nicht durchscheinen zu lassen.

Die Argumentation der Gewerkschaften ging von den gleichen Bezugspunkten aus, suchte sie jedoch in ihrem Sinne umzudeuten. Zunächst wies man darauf hin, daß die Frage der Sozialisierung durch das Kohlewirtschaftsgesetz und die Zusagen der Reichsregierung im März 1920 grundsätzlich bereits entschieden sei und daß lediglich noch die Einzelheiten und der Zeitpunkt der Sozialisierung bestimmt werden müßten. Die Arbeitnehmerorganisationen plädierten für eine schnelle Sozialisierung und führten zur Begründung an, daß die Kohlewirtschaft eine Zentralstellung einnehme, die ein Beispiel für den gemeinwirtschaftlichen Umbau auch der anderen Wirtschaftszweige sein würde. Dem Einwand der sinkenden Förderleistung begegnete man mit dem Hinweis, daß gerade die Arbeiter und Angestell-

⁷⁴ Bericht der Sozialisierungskommission, S. 15–19. Daneben hatten einige Unterzeichner des Vorschlages II (v. Batocki, v. Siemens, Vogelstein, Weber und Kraemer) Sondervoten abgegeben, in denen die Änderung bestimmter Vorschlagseinzelheiten oder ganzer Vorschlagsteile verlangt wurde. Siehe dazu Bericht der Sozialisierungskommission, S. 23–28.

⁷⁵ Deutsche Industrie, hrsg. vom Reichsverband der deutschen Industrie (RdI), Nr. 30 v. 30. 10. 1920.

⁷⁶ Deutsche Bergwerkszeitung, Nr. 209 v. 5. 9. 1920; Kölnische Zeitung, Nr. 781 vom 12. 9. 1920.

ten des Bergbaues die Sozialisierung verlangten und daß die Erfüllung dieses Wunsches ein Ansporn für höhere Leistungen sein würde. Auch die Gewerkschaften erkannten das Risiko, das in einem solch weitgehenden Eingriff in einen primären Wirtschaftsbereich lag, doch waren sie überzeugt, daß eine solche Änderung menschliche Fähigkeiten und Verhaltensweisen freisetzen würde, die die auftretenden Schwierigkeiten bewältigen könnten⁷⁷.

Eigentliche Bestimmung des Berichtes der Sozialisierungskommission war es jedoch, dem Kabinett als Entscheidungshilfe in dieser so schwierigen Frage zu dienen. Hier hatte ein Gremium von Fachleuten ein Votum abgegeben, an das die Reichsregierung zwar formell nicht gebunden war, durch das aber doch der Rahmen abgesteckt war, innerhalb dessen die Regierung sich bewegen sollte. Bezeichnend war indes, daß das Kabinett sich nie formell mit dem Bericht der Kommission befaßte, sondern daß dieser stets auf Umwegen Gegenstand der Kabinettsberatungen wurde. Der Grund dafür war eine Frontbildung innerhalb des Kabinetts, die nach außen bisher nicht in Erscheinung getreten war, die aber für die weitere Politik der Regierung bestimmend werden sollte. Hier hatten sich zwei Gruppen gebildet, deren eine unter der Führung von Reichsfinanzminister Wirth und Reichsarbeitsminister Brauns aus sozialen Gründen und aus Gründen der politischen Glaubwürdigkeit des Kabinetts die Sozialisierung voranzutreiben suchte, während die andere Gruppe um die volksparteilichen Minister Scholz und von Raumer eben diese Entwicklung unter dem bestimmenden Einfluß ihrer Partei⁷⁸ aufzuhalten trachtete. Es kam zu einem politischen Patt im Kabinett, da wegen der Gefahr des Auseinanderbrechens der Koalition keine der beiden Gruppen in der Lage war, der anderen ihren Willen aufzuzwingen. Hinzu kam noch ein weiterer Streitpunkt, der die Frage der Priorität der Stellungnahme zu den Vorschlägen betraf. Während die Gruppe um Wirth und Brauns dem Kabinett nicht die Initiative nehmen lassen wollte, waren Scholz und v. Raumer – wiederum unter dem Einfluß ihrer Partei – bemüht, dem Reichswirtschaftsrat den Vorrang der ersten Stellungnahme zu verschaffen. Offenbar stand dahinter der Gedanke, daß der unternehmerische und industrielle Flügel im Reichswirtschaftsrat freier und wirkungsvoller agitieren könne als das quasi gebundene Kabinett.

Der erste Versuch, eine Entscheidung des Kabinetts in der Sozialisierungsfrage herbeizuführen, wurde von Reichsfinanzminister Wirth unternommen. Im Rahmen einer großen Ministerratssitzung⁷⁹ über die Finanzlage des Reiches am 22. September 1920 brachte er den Vorschlag ein, Kohle und Elektrizität zu sozialisieren, um dann aus den allgemein zur Verfügung stehenden Gewinnen die erforderlichen Reparationen zu zahlen. Wirth unternahm damit den Versuch einer Um-

⁷⁷ Korrespondenzblatt des ADGB, Nr. 41 v. 9. 10. 1920; Nr. 42 vom 16. 10. 1920 und Nr. 43 vom 23. 10. 1920.

⁷⁸ Siehe dazu S. 61.

⁷⁹ Dies waren Sitzungen der Reichsregierung, die unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfanden.

verteilung der Kriegsfolgelasten, die sonst den breiten Massen hätten aufgebürdet werden müssen, die nun aber durch eine Eigentumsänderung in der Kohle- und Elektrizitätswirtschaft erbracht werden sollten.

Das Kabinett stimmte weiteren Schritten in der Sozialisierungsfrage zwar grundsätzlich zu, erhob aber gegen die Koppelung mit dem Reparationsproblem innen- und außenpolitische Bedenken. Lediglich Reichswirtschaftsminister Scholz widersprach prinzipiell einem solchen Vorgehen und drang darauf, dem Reichswirtschaftsrat in der Stellungnahme den Vortritt zu lassen. Scholz konnte sich mit dieser Absicht jedoch nicht durchsetzen und mußte sich der Mehrheit des Kabinetts schließlich beugen. Ebert selbst griff sogar in die Diskussion mit ein und unterstützte die Gruppe der Sozialisierungsanhänger wirkungsvoll, indem er für den Fall einer positiven Stellungnahme des Kabinetts eine Erweiterung der Koalition um die SPD als möglich andeutete. Die Äußerungen des Reichspräsidenten blieben jedoch lediglich Andeutungen und wurden nicht konkretisiert⁸⁰. Schließlich wurde Reichswirtschaftsminister Scholz beauftragt, einen Gesetzentwurf zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues auszuarbeiten, der die Vorschläge der Kommission zur Grundlage haben sollte⁸¹. Damit war Scholz zwar immer noch die Möglichkeit gegeben, den Zeitpunkt der Vorlage des Gesetzentwurfes nach dem von ihm gewünschten Gang der Dinge zu bestimmen, doch war der Minister in der Sache zunächst an den Auftrag der Kabinettsmehrheit gebunden. Seine besondere Bedeutung erhielt der Beschluß jedoch dadurch, daß er am 23. 9. durch das WTB als offizieller Standpunkt der Reichsregierung in der Sozialisierungsfrage veröffentlicht wurde⁸². Damit hatte das Kabinett eine Position bezogen, hinter die es kein Zurück mehr zu geben schien.

Die DVP war mit diesem Beschluß gegenüber ihren Anhängern und der politischen Öffentlichkeit in eine schwierige Lage geraten. Hatte sie bisher jeden Plan einer Sozialisierung nachdrücklich zurückgewiesen, so schien sie jetzt mit ihren drei Ministern im Kabinett an einem Beschluß beteiligt zu sein, der eben diese Sozialisierung zum Ziel hatte. Die untere Parteiorganisation reagierte verstört⁸³, und bei den politischen Gegnern gab es kritisch-schadenfrohe Kommentare⁸⁴. Unter diesen Umständen wurde die Haltung der Partei zur Sozialisierung das beherrschende Thema einer Fraktionssitzung, die am 30. 9. und 1. 10., fernab des Ber-

⁸⁰ Diese Einzelheiten gehen aus einem Schreiben hervor, das StSchr. Albert am 23. 9. an den bei der Ministerratssitzung nicht anwesenden Reichskanzler sandte; BAK, R 43 I/1513, Bl. 44-45.

⁸¹ Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 73, P. 2.

⁸² Schultheß 1920, I, S. 253-254.

⁸³ Siehe dazu das Schreiben Stresemanns an den Provinzialverband Hessen der DVP am 27. 9. 1920, BAK, NL Stresemann, Serie 6933, H 139 688-89 (Film); ferner das Rundschreiben des Vorsitzenden des Landesverbandes Hessen der DVP an die Mitglieder am 18. 10. 1920, ebenda, H 139 789-90 (Film).

⁸⁴ Vor allem bei der SPD und der DNVP.

liner politischen Getriebes, in Weimar stattfinden sollte. Als Fachreferenten für die Sozialisierungsfrage waren Bergrat Herbig vom Rheinisch-Westfälischen Kohlen-syndikat und Generaldirektor Berckemeyer von den Kokswerken und Chemischen Fabriken AG, Berlin vorgesehen; Stinnes und Vögler hatten abgesagt⁸⁵. Aufgabe dieser Fraktionssitzung war es offenbar, die Einheitlichkeit der Partei nach innen und außen wiederherzustellen.

Die Sitzung in Weimar bot in der Tat der DVP Gelegenheit, ihre innere Geschlossenheit und programmatische Konstanz zu demonstrieren. Nach zweitägigen Beratungen, bei denen die politische Gesamtlage behandelt wurde, faßte die Fraktion auch einen Beschluß zur Sozialisierung, in dem nun jede grundsätzliche Umgestaltung des Wirtschaftssystems oder einzelner Wirtschaftszweige abgelehnt wurde, solange nicht der Nachweis einer Steigerung der Produktion und der Verminderung der Unkosten erbracht sei. Die Fraktion bekannte sich grundsätzlich zum Unternehmertum in Industrie, Handel und Gewerbe und erklärte, dessen Bestand auch weiterhin sichern zu wollen. Ausdrücklich wurden die Vorschläge der Sozialisierungskommission zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues zurückgewiesen, auf deren Boden sich das Kabinett unter Zustimmung der der DVP angehörenden Minister gerade eine Woche vorher gestellt hatte⁸⁶. Damit war der Gegensatz zwischen der DVP-Fraktion und dem übrigen Kabinett in der Sozialisierungsfrage auf die Spitze getrieben; es blieb abzuwarten, wie das Kabinett und insbesondere die anderen Koalitionsparteien diese Herausforderung beantworten würden.

Zunächst unternahm Reichsschatzminister von Raumer jedoch noch den Versuch, das Protokoll der Ministerratssitzung vom 22. 9. mit seinem die DVP bindenden Wortlaut zu neutralisieren. Am 6. 10. richtete er einen Brief an den Staatssekretär in der Reichskanzlei, Albert, in dem er die Richtigkeit des Protokolls grundsätzlich bestritt. Von Raumer erklärte, daß der Reichswirtschaftsminister lediglich beauftragt worden sei, einen Sozialisierungsgesetzesentwurf vorzulegen. Unrichtig sei es jedoch, daß er dies auf der Grundlage der vorliegenden Berichte der Sozialisierungskommission tun solle. Diese Formulierung bedeutete nach Ansicht von Raumer eine unzulässige Verengung der Gesetzesmöglichkeiten, die nicht beschlossen worden sei. Von Raumer beantragte, den Wortlaut des Protokolls entsprechend richtigzustellen⁸⁷.

Obwohl von Raumer mit dieser Darstellung den Gang der Ministerratssitzung und den materiellen Gehalt des Protokollbeschlusses falsch wiedergab, hatte er tatsächlich mit seinem Vorstoß Erfolg. Bereits am 6. oder 7. 10. kam es zwischen v. Raumer und Staatssekretär Albert zu einer Unterredung, in der Albert praktisch

⁸⁵ Stresemann an Generaldirektor Berckemeyer am 28. 9. 1920, ebenda, H 159 696–97 (Film).

⁸⁶ Deutsche Volkspartei und Sozialisierung, in: Frankfurter Zeitung Nr. 743 v. 7. 10. 1920. Am 5. 10. stimmte auch der Zentralvorstand der DVP auf einer Sitzung in Hannover den Beschlüssen der Fraktion von Weimar zu; Frankfurter Zeitung, ebda.

⁸⁷ Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 82.

auf die Linie v. Raumers umschwenkte. Keinesfalls, so erklärte er wenig später in einem Brief an v. Raumer, sei an eine materielle Übernahme der Vorschläge der Sozialisierungskommission gedacht gewesen, sondern diese Vorschläge hätten lediglich den formalen Ausgangspunkt der weiteren Bearbeitung bilden sollen⁸⁸. Im folgenden wurde der Wortlaut des Protokolls zwar nicht geändert, doch gab der Reichsschatzminister am 8. 10. im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates eine Erklärung der Reichsregierung ab, in der die rein formale Auffassung nun zum Standpunkt des Gesamtkabinetts erklärt wurde⁸⁹. Damit waren die Vorschläge der Sozialisierungskommission relativiert und die Sozialisierungsfrage selbst wieder grundsätzlich offen; die DVP hatte sich auf der ganzen Linie durchgesetzt.

Der Reichskanzler und die übrigen Kabinettsmitglieder nahmen diese parteipolitisch bestimmte Aufweichung eines wesentlichen Kabinettsbeschlusses ohne jeden Widerstand hin. Selbst Brauns und Wirth, beide nachdrückliche Anhänger der Sozialisierung, scheinen keinen Einspruch erhoben zu haben. Die DVP trieb ganz offenbar eine Politik der Stärke, die nur aufgrund ihrer Schlüsselstellung innerhalb dieser Koalition verständlich war. Die Partei hatte deutlich gemacht, daß bestimmte Sozialisierungsvorstellungen gegen sie nicht durchzusetzen waren und daß weitergehender Druck ihr Ausscheiden und damit das Ende der Koalition bedeutet hätte. Ein Eintritt der Sozialdemokraten in die Koalition nach einem möglichen Ausscheiden der DVP war dagegen nach den Erfahrungen der Regierungsbildung⁹⁰ trotz der Andeutungen Eberts in der Ministerratssitzung vom 22. September⁹¹ nicht zu erwarten. Die SPD schien nach den großen Stimmverlusten bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 unter allen Umständen in der Opposition bleiben zu wollen. So blieb als Fazit, daß der Bestand jeder möglichen Regierung im Herbst 1920 an

⁸⁸ Staatssekretär Albert an Reichsschatzminister v. Raumes am 7. 10. 1920, BAK, R 43 I/1359, Bl. 371–372.

⁸⁹ Zu der Erklärung des Reichsschatzministers im Reichswirtschaftsrat siehe Korrespondenzblatt des ADGB Nr. 44 v. 30. 10. 1920, und Vorwärts Nr. 500 v. 9. 10. 1920.

⁹⁰ Siehe dazu Ed. Akten Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Einleitung S. XI ff.

⁹¹ Siehe oben S. 67 f.

⁹² So hatte im August 1920 die westdeutsche Schwerindustrie über Reinhold Quaatz versucht, größeren Einfluß in der Fraktion zu gewinnen, doch war dieser Vorstoß gescheitert. Siehe dazu BAK, NL Stresemann, Serie 6929, H 139 093–100 u. H 139 113–115 (Film).

⁹³ So übersandte Erich Königter, Geschäftsführer des RKR, am 4. 6. 1920 Paul Silverberg einen Bericht über den Stand der Diskussion in der Sozialisierungskommission Anfang Juni 1920 (BAK, NL Silverberg, Nr. 134, Bl. 291–293). Anfang Juli 1920 erhielt Silverberg dann einen Bericht von Gustav Brecht, dem stellvertretenden Reichskommissar für die Kohlenverteilung, über den Stand der Diskussion Ende Juni/Anfang Juli (ebenda, Bl. 299–304).

⁹⁴ Rathenau hatte auf einer Hauptversammlung der AEG das Wort von der „schwerindustriellen Diktatur“ geprägt. Er war deshalb von einigen der Schwerindustrie nahestehenden Blättern heftig angegriffen worden; so etwa Deutsche Bergwerkszeitung, Nr. 113 v. 15. 5. 1920; Kölnische Zeitung, Nr. 518 v. 11. 6. 1920, u. Im- und Export, Nr. 127 v. 17. 6. 1920.

die Mitarbeit der DVP gebunden war und daß auch die Politik dieser Regierung wesentlich von der DVP mitbestimmt wurde.

Unter diesen Umständen kam der Partei im Abwehrkonzept der bergbaulichen Unternehmer gegen die Sozialisierung eine zentrale Bedeutung zu. Sie bildete das Bindeglied zwischen dem Kohlenbergbau und der politischen Zentralinstanz; durch sie fanden die Absichten und Ziele der Unternehmer Eingang in das Kabinett. Die Mitgliedschaft von Stinnes, Vögler und auch Quaat in der Reichstagsfraktion der DVP sicherte eine Politik des direkten Einflusses, wie sie nur in der engen persönlichen Verschränkung zwischen Interessengruppe und Partei möglich war. So gespannt mitunter das Verhältnis zwischen der westdeutschen Schwerindustrie und der DVP war⁹², in der Sozialisierungsfrage identifizierte sich die Partei gleichsam mit der Haltung der Bergbauunternehmer und übernahm deren Programm als ihr eigenes.

Überraschenderweise fand sich der Kohlenbergbau erst sehr spät zu einer einheitlichen Aktion gegen die Pläne der Sozialisierungskommission zusammen. Zwar erhielten die maßgebenden Bergbauindustriellen stets Berichte über den Stand der an sich vertraulichen Verhandlungen der Sozialisierungskommission⁹³, doch blieb es zunächst nur bei einigen publizistischen Angriffen gegen Walther Rathenau, in dem man vor allem den Gegner der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie sah⁹⁴. Erst Ende August 1920 ergriff der Ruhrbergbau auf das Drängen von Otto Wiedfeldt, Mitglied des Direktoriums der Friedrich Krupp AG, die Initiative. Der Bergbauverein⁹⁵, der Interessenverband des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues, bildete eine Kommission, die Maßnahmen gegen die Pläne der Sozialisierungskommission vorbereiten sollte, und am 3. September trat diese Kommission zu ihrer ersten Sitzung in Essen zusammen. Beschlüsse wurden hier noch nicht gefaßt, doch wurden offenbar bereits erste Lösungsvorschläge erörtert⁹⁶. Zugleich nahm man Kontakt mit der Reichstagsfraktion der DVP auf und suchte sie an das eigene Konzept zu binden und die einzelnen Schritte mit ihr abzusprechen. So richtete Albert Vögler, Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG, am 28. August ein Schreiben an Stresemann, in dem er ihn bat, jede Stellungnahme der Partei und der Parteipresse zu unterbinden, bevor nicht gemeinsam mit der Industrie Gegenvorschläge ausgearbeitet worden seien. Zugleich regte er an, Gegenvorschläge nicht durch eine wirtschaftliche Organisation, sondern nur mit Zustimmung und im Namen der volksparteilichen Gesamtfraktion an das Kabinett gelangen zu lassen. Ziel dieses Vorschlages war es offenbar, der zu erwartenden Stellungnahme der Industrie das Odium der Interessenbedingtheit zu nehmen und sie gleichsam im höheren Interesse der Gesamtpartei aufzuheben⁹⁷. Stresemann

⁹² Der volle Name dieses Interessenverbandes lautete: Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Er wurde allgemein nur „Bergbauverein“ genannt.

⁹³ Einladungsschreiben des Bergbauvereins an Paul Silverberg am 26. 8. 1920, BAK, NL Silverberg, Nr. 135, Bl. 34–35.

⁹⁴ Schreiben Vöglers an Stresemann am 28. 8. 1920, BAK, NL Stresemann, Serie 6924, H 138 193–194 (Film).

sagte zu und gab damit auch für die DVP zu erkennen, daß die Partei die Interessenidentität anerkannte⁹⁸.

Die erst sehr spät vom Kohlenbergbau und der Schwerindustrie eingeleitete Diskussion zur Sozialisierungsfrage brachte es aber auch mit sich, daß Gegenvorstellungen zunächst nur sehr zufällig und unkoordiniert entwickelt wurden. Es begann ein Klärungsprozeß, bei dem nicht nur die technische Praktikabilität und die politische Durchsetzbarkeit dieser Vorschläge eine Rolle spielten, sondern dessen Verlauf auch davon abhängig war, welchen Rang der Vorschlagende innerhalb der ökonomischen Hierarchie des Ruhrbergbaues einnahm. So trug offenbar Paul Silverberg auf der bereits genannten Kommissionssitzung des Bergbauvereins am 3. September in Essen den Vorschlag vor, die Arbeiter und Angestellten des Bergbaues am Aktienkapital der Bergbaugesellschaften zu beteiligen. Obwohl Silverberg offenbar nähere Einzelheiten über die Art und die Höhe der Beteiligung nicht mitgeteilt hatte, riefen seine Ausführungen nur Erstaunen und Widerspruch im Kohlenbergbau hervor⁹⁹. Diese ablehnende Haltung legte sich erst, als Stinnes und Vögler wenig später die Ideen Silverbergs aufgriffen und sie in ihr Gegenkonzept mitaufnahmen¹⁰⁰ – ein Vorgang, der Silverberg Anlaß zu einigen ironischen Bemerkungen über die Machtverhältnisse im Steinkohlenbergbau an der Ruhr gab¹⁰¹.

Ein anderer Vorschlag kam aus dem Umkreis von Hugo Stinnes. Publizistisch vertreten wurde er von August Heinrichsbauer, dem damaligen Herausgeber und Schriftleiter des „Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienstes“. Anfang September veröffentlichte Heinrichsbauer in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ einen großen Artikel, in dem er die von der Sozialisierungskommission gemachten Vorschläge als zu zentralistisch und bürokratisch ablehnte. Stattdessen schlug Heinrichsbauer ein industrielles Modell vor, das Hugo Stinnes in der Zusammenarbeit zwischen der Roddergrube und dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) sowie in der im Juli 1920 gebildeten Rhein-Elbe-Union¹⁰² vorgeprägt hatte. Das Prinzip dieses Modells war die Schaffung eines engen Verbundes zwischen Kohleerzeugern und Kohleverbrauchern, in dem die Probleme des Kohleabsatzes und des Kohlebezuges zugleich gelöst waren. Insgesamt ging dieser Vor-

⁹⁸ Schreiben Stresemanns an Vögler am 31. 8. 1920, ebenda, H 138 212 (Film).

⁹⁹ Schreiben Silverbergs an E. Herbig, Direktor des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, am 12. 9. 1920; BAK, NL Silverberg, Nr. 136, Bl. 9–10.

¹⁰⁰ Schreiben von Generaldirektor Kruse vom Rheinischen Braunkohlensyndikat am 13. 9. 1920 an Silverberg, ebenda, Bl. 2.

¹⁰¹ Am 17. 9. schrieb Silverberg an Generaldirektor Kruse vom Rheinischen Braunkohlensyndikat: „... Ihre Mitteilung über die Stellung des Ruhrkohlenbergbaues, insbesondere der Herren Stinnes und Vögler, zu meiner Auffassung über die weitere Behandlung der Sozialisierungsfrage hat mich sehr gefreut. Man sieht aber doch, wie einfältig die Ruhrleute sind, daß sie aus Eigenem nicht zu einer Entschließung oder klaren Stellungnahme kommen. Sie äußern sich selbst nicht eher, bevor sie nicht den Segen von Stinnes oder Vögler eingeholt haben ...“ (ebenda, Bl. 4–5).

¹⁰² Zur Rhein-Elbe-Union siehe die in Anmerkung 13 angegebene Literatur.

schlag dahin, neben die bestehende horizontale Gliederung der Wirtschaft, die jeweils nur eine Fachgruppe umfaßte, die vertikale Gliederung zu setzen, die nun mehrere ökonomisch zusammenhängende Fachgruppen untereinander verband¹⁰³.

Dieser Vorschlag war nur zu verstehen vor dem Hintergrund der Konzentrationsbewegung, wie sie sich in verstärktem Maße nach dem Ersten Weltkrieg in der deutschen Montan-, Schwer- und Verarbeitungsindustrie vollzog. Hier ging es vor allem um die Bildung von Interessengemeinschaften zwischen Kohlenzechen und Eisen- und Stahlhütten, die aus Gründen der internationalen Konkurrenzfähigkeit und der Sicherung der Rohstoffbasis abgeschlossen wurden. So entstanden im Laufe der Jahre 1920 und 1921 große schwerindustrielle Mischkonzerne, die ausgehend vom Rohstoff über die Rohstoffveredelung, die Verarbeitungsindustrien, den Handel und das Transportwesen alle Wirtschaftszweige in sich vereinigten und die aufgrund ihrer weitgespannten Interessen und ihrer Kapitalkraft große wirtschaftliche Macht ausübten¹⁰⁴. Es war ganz offensichtlich, daß Hugo Stinnes, der Protagonist dieser Bewegung, den von Heinrichsbauer vorgetragenen Vorschlag dazu benutzen wollte, um mit dem „trojanischen Pferd“ der Sozialisierung seine eigenen Pläne zur Vertikalkonzentration der deutschen Industrie voranzutreiben¹⁰⁵.

Nachdem im Laufe des September teils in Berlin, teils in Essen eine ganze Reihe von Beratungen der maßgebenden Kohleindustriellen und der zuständigen Fachkommissionen stattgefunden hatten, kam die Diskussion Ende September zu einem gewissen Abschluß. Grundsätzlich war man zu der Überzeugung gekommen, daß man sich nicht nur ablehnend verhalten könne, sondern daß ein klares Gegenkonzept entwickelt werden müsse¹⁰⁶. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung dieses Gegenkonzepts setzten sich Stinnes und Silverberg mit ihren Vorstellungen durch. Von Stinnes wurde der Vorschlag übernommen, großwirtschaftliche Zusammenschlüsse zu schaffen, in denen die Kohleverbraucher und die Kohleproduzenten einander zugeordnet werden sollten. Diese Gebilde sollten marktwirtschaftlich geführt werden, so daß die unternehmerische Initiative erhalten blieb. Das gemeinwirtschaftliche Prinzip bestand nach diesem Konzept nicht in einer Änderung der Eigentumsverhältnisse, sondern darin, daß alle Verbraucher entsprechend ihren Bedürfnissen mit Kohle versorgt werden sollten. Ungeklärt blieb lediglich die Frage der ökonomischen Machtverteilung in diesen Großgebilden, doch kam gerade ihr nach den

¹⁰³ Deutsche Bergwerkszeitung Nr. 209 v. 5. 9. 1920.

¹⁰⁴ Siehe dazu meinen Aufsatz: Regierung, Parteien, Wirtschaftsverbände und die Sozialisierung des Kohlenbergbaues 1920–1921, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. v. H. Mommsen u. a., Düsseldorf 1974, S. 647–657.

¹⁰⁵ Vgl. Gaston Raphael, Hugo Stinnes, Berlin 1925, S. 42, 44 und 54–56, und die Stellungnahmen der Frankfurter Zeitung Nr. 846 vom 14. 11. 1920 und Nr. 853 v. 17. 11. 1920.

¹⁰⁶ So bereits A. Vögler an Stresemann am 28. 8. 1920, BAK, NL Stresemann, Serie 6924, H 138 193–194 (Film); in der gleichen Weise äußerte sich auch Reichswirtschaftsminister Scholz auf einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der DVP am 13. 9. 1920, ebenda, Serie 6925, H 138 468–469 (Film).

Erfahrungen des Kohlewirtschaftsgesetzes eine besondere Bedeutung zu. Von Silverberg wurde die Idee der Kapitalbeteiligung der Arbeiter und Angestellten des Kohlenbergbaues übernommen, ohne daß jedoch nähere Angaben über die Art und die Quote der Beteiligung gemacht wurden. Insgesamt entsprach dieser Gegen-vorschlag nur zu deutlich dem unternehmerischen Konzept von Hugo Stinnes, wie dieser es im Rahmen des RWE und der Rhein-Elbe-Union bereits praktiziert hatte¹⁰⁷.

Waren dies Gedanken, die vertraulich erörtert wurden und die erst später öffentlich diskutiert werden sollten¹⁰⁸, so lief daneben eine ausgedehnte publizistische Auseinandersetzung. Das wichtigste Ereignis in diesem Zusammenhang war eine gemeinsame Tagung der deutschen Bergbauvereine, die Ende September in Berlin stattfand. Die Tagung befaßte sich vor allem mit den Vorschlägen der Sozialisierungskommission und verabschiedete zum Schluß eine EntschlieÙung, in der nun in konziser Form die Gegenargumente der Bergbauunternehmer gegen die Sozialisierung zusammengefaßt waren. Sie bezeichneten die Vorschläge der Kommission als eine Ausschaltung des Unternehmertums und als Schaffung einer bürokratischen Zwangsorganisation, die dem Direktionsprinzip des 19. Jahrhunderts gleichkam. Man bekannte sich nachdrücklich zum Prinzip der unternehmerischen Wirtschaft, die durch die Elemente des Privateigentums, der Rationalität und der Rentabilität gekennzeichnet sei. Die Hoffnungen, die man auf die Sozialisierung setzte, würden dagegen in einem wirtschaftlichen Fiasko enden und den ökonomischen Wiederaufstieg Deutschlands unmöglich machen. Es fehlten in der EntschlieÙung allerdings Gegenvorschläge, die offenbar aus verhandlungstaktischen Gründen noch zurückgehalten wurden. Ausführungen darüber wurden für die Beratungen im Reichswirtschaftsrat und RKR in Aussicht gestellt¹⁰⁹.

Neben dem Kohlenbergbau waren es vor allem die kohleverarbeitenden Industrien, die ebenfalls öffentlich Stellung gegen die Vorschläge bezogen. So hatte sich bereits am 21. 9. der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gegen die Sozialisierung ausgesprochen¹¹⁰, und am 25. 9. folgte der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie¹¹¹. Einen gewissen Abschluß in dieser Reihe bildete die Stellungnahme des RdI vom 6. 10. 1920, die zwar auch ablehnend, im

¹⁰⁷ Eine ausführliche Darlegung des Konzepts der Bergbauunternehmer findet sich in einer Ausarbeitung Vöglers vom September 1920 unter dem Titel „Die Sozialisierung des Bergbaues“, BAK, NL Silverberg, Nr. 135, Bl. 58–62.

¹⁰⁸ Als Zeitpunkt für die Veröffentlichung der Gegenvorschläge war der Beginn der Beratungen im Reichswirtschaftsrat vorgesehen. Dies äußerte Reichswirtschaftsminister Scholz auf einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der DVP am 13. 9. 1920, BAK, NL Stresemann, Serie 6925, H 138 468–469 (Film).

¹⁰⁹ EntschlieÙung der deutschen Bergbauvereine vom 29. 9. 1920; Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 79; die EntschlieÙung wurde am 2. 10. 1920 auch der Reichsregierung übersandt.

¹¹⁰ Dt. Bergwerkszeitung, Nr. 226 v. 25. 9. 1920.

¹¹¹ DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 1455, Bl. 50–54.

einzelnen aber weniger scharf und polemisch war¹¹². Daneben versuchte man jedoch vor allem, die der Industrie nahestehende Presse im Kampf gegen die Sozialisierung einzusetzen. Dabei kam es der Person und dem Thema nach zu ganz gezielten Aktionen, indem etwa August Thyssen Ende September Paul Silverberg bat, in einem Artikel in der „Kölnischen Zeitung“ den Sozialisierungsvorschlägen Walther Rathenaus entgegenzutreten. Es war bezeichnend für die inneren Spannungen in der deutschen Großindustrie, daß der Ruhrbergbau Rathenau nicht selbst antwortete, sondern daß er sich des Mediums Silverberg bediente, der wirtschaftlich und auch seiner geistigen Haltung nach nicht zum westdeutschen Steinkohlenbergbau zu rechnen war¹¹³. Silverberg nahm dieses Angebot¹¹⁴ an, und Ende November erschien seine Entgegnung in der „Kölnischen Zeitung“¹¹⁵.

So war Anfang Oktober 1920 die Debatte über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues keineswegs ausgetragen. Allein die Sozialisierungskommission hatte mit zwei Vorschlägen, in denen die Einzelheiten der Überführung, der Entschädigung und der zukünftigen Organisation klar umrissen waren, entschieden Stellung bezogen. Die Bergbauunternehmer hatten ihrerseits zwar keinen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Vorschläge ablehnten, doch waren ihre Gegenvorschläge bisher noch ausgeblieben. Daß sie sich dem weithin verbreiteten Mißtrauen und der Sorge über das unverhältnismäßige Ausmaß ihrer ökonomischen Macht stellen mußten, schien allen klar zu sein; fraglich war nur, welche Lösungsalternativen sie bieten würden. Ganz und gar unklar war zu diesem Zeitpunkt jedoch die Haltung der Reichsregierung. Zwar hatte das Kabinett in der Ministerratssitzung am 22. September einen weitgehenden Sozialisierungsbeschluß gefaßt, doch war dieser inzwischen durch die ablehnende Haltung der DVP wieder relativiert worden. Die Führungsschwäche des Reichskanzlers und die innerhalb des Kabinetts bestehenden Spannungen ließen auch weiterhin eine schnelle Entscheidung in dieser Frage nicht möglich erscheinen. In dieser Situation eines vorläufigen Stillstandes richtete sich die ganze Aufmerksamkeit daher auf den Reichswirtschaftsrat, der

¹¹² Dt. Bergwerkszeitung, Nr. 236 v. 7. 10. 1920.

¹¹³ Handschriftliches Schreiben August Thyssens an Paul Silverberg vom 28. 9. 1920, BAK, NL Silverberg, Nr. 136, Bl. 12–13. Vorausgegangen war diesem Schreiben Thyssens ein Brief Albert Vöglers vom 25. 9. 1920 an Thyssen, in dem Vögler den Auftrag an Paul Silverberg vorgeschlagen hatte. In dem Schreiben Vöglers hieß es u. a.: „... Mit Ihnen bin ich der Meinung, daß es vor allem erforderlich ist, den Rathenauschen Vorschlägen entgegenzutreten. ... Nun glaube ich, daß eine Erwiderung aus unserer westlichen Schwerindustrie sofort als persönlicher Angriff gegen Rathenau aufgefaßt wird, der ja seinerseits diese Industrie mit einem ganz unverständlichen Hasse verfolgt. Dagegen würde ich es sehr begrüßen, wenn etwa Herr Dr. Silverberg sich bereit erklären könnte, R. entgegenzutreten. Silverberg verfügt über eine sehr gute Feder, ist ein ausgezeichnete Kenner des Bergbaues und hat in der Fachwelt ein dementsprechendes Ansehen. Ein Aufsatz von ihm in der „Kölnischen Zeitung“ würde sicherlich nicht unbeachtet bleiben und seine Wirkung nicht verfehlen.“ Ebenda, Bl. 14–15.

¹¹⁴ Schreiben Silverbergs an Thyssen am 30. 9. 1920, ebenda, Bl. 16.

¹¹⁵ Kölnische Zeitung, Nr. 992 und 993 vom 26. u. 27. 11. 1920.

seiner Zusammensetzung und seiner Aufgabenstellung nach noch am ehesten befähigt schien, ein sachverständiges Urteil abzugeben.

6. Die Beratungen der Sozialisierungsvorschläge im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat

Bereits vor dem eigentlichen Beginn der öffentlichen Beratungen der Sozialisierungsvorschläge hatte es ein Tauziehen um den Vorrang in der Behandlung gegeben. Während die politische Öffentlichkeit im Reichswirtschaftsrat das berufene Organ für diese Aufgabe sah, neigten die Bergbauunternehmer mehr dem RKR zu, da sie hier offenbar eine primär sachbezogene Behandlung erwarteten¹¹⁶. Die Entscheidung fiel dann Anfang Oktober zugunsten des Reichswirtschaftsrates, während der RKR sich erst eine Woche später mit den Vorschlägen befassen sollte.

Die Beratungen über die Vorschläge der Sozialisierungskommission begannen am 8. Oktober 1920 im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates¹¹⁷. Zunächst erhielt Reichsschatzminister von Raumer das Wort zu einer Erklärung der Reichsregierung über ihre Haltung zur Sozialisierungsfrage. Von Raumer wiederholte noch einmal kurz die Stellungnahmen der Reichsregierung und behandelte dann in längeren Ausführungen die Unstimmigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Beschluß der Ministerratssitzung vom 22. September 1920 aufgetreten waren¹¹⁸. Nachdrücklich bestritt von Raumer in der Sozialisierungsfrage jede Frontenbildung innerhalb des Kabinetts und verneinte auch einen solchen Gegensatz zwischen der DVP und der Gesamtkoalition. Er schloß mit der Erklärung, daß die Reichsregierung gemäß ihrem Beschluß vom 22. September durchaus nicht an die Vorschläge der Sozialisierungskommission gebunden sei, sondern daß sie eine durchaus selbständige Vorlage bringen könne. Es war erstaunlich, daß die Ausführungen von Raumer nach all den Widersprüchlichkeiten, offen zutage getretenen Gegensätzen und unzulänglichen Verschleierungsversuchen vom Ausschuß ohne weitere Diskussion hingenommen wurden.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß trat dann in eine ausführliche Diskussion der Sozialisierungsvorschläge ein und gab zunächst Rudolf Hilferding Gelegenheit, den Vorschlag I der Kommission zu erläutern und zu begründen¹¹⁹. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte Hilferding die Erwartung, daß die vor-

¹¹⁶ Paul Silverberg an Generaldirektor Herbig vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat am 12. 9. 1920, BAK, NL Silverberg, Nr. 136, Bl. 9–10. Herbig antwortete am 14. 9. 1920, ebenda, Bl. 11–11 R.

¹¹⁷ Ein Wortprotokoll dieser Sitzung findet sich im DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 386, Bl. 1–48. Presseberichte dazu finden sich in der Kölnischen Volkszeitung, Nr. 785/86 v. 9. 10. 1920 und Vorwärts, Nr. 500 v. 9. 10. 1920.

¹¹⁸ Siehe dazu oben S. 67 ff.

¹¹⁹ Zu den Einzelheiten der Vorschläge I und II siehe oben S. 65.

geschlagene Eigentumsänderung eine neue Wirtschaftsgesinnung der Arbeiterschaft bewirken würde, die in der Folge zu erhöhter Arbeitsleistung und zur Steigerung der Produktion führen würde. Hilferding wandte sich dann Fragen der Organisation zu und betonte, daß nur eine konsequent durchgebildete, gleichberechtigte Selbstverwaltung der Kohlenwirtschaft den Forderungen der Arbeiterschaft genügen würde.

Der Vorschlag II der Sozialisierungskommission wurde von Walther Rathenau vertreten. Rathenau widersprach zunächst der einfachen Gleichsetzung von Sozialisierung und Ökonomisierung¹²⁰ des Kohlenbergbaues und wies darauf hin, daß vor allem auch die psychologischen Bedingungen und Auswirkungen eines solchen Umbaues zu beachten seien. Rathenau erläuterte die verschiedenen Bedingungen, die die Spannweite der Lösungsversuche durch die Sozialisierungskommission eingeengt hätten und die einen Rückschritt hinter bestimmte Positionen im Aufbau und in der Eigentumsordnung des Kohlenbergbaues nicht zugelassen hätten. Er bekannte sich jedoch nachdrücklich als Anhänger eines geistigen und ökonomischen Umbaues der Wirtschaft, der den Veränderungen, wie sie sich im politischen Bereich nach dem Kriege vollzogen hatten, entsprechen sollte.

Die Erwartungen der Öffentlichkeit auf eine ausführliche Darstellung des Unternehmerstandpunktes wurden dagegen in der Ausschußsitzung enttäuscht. Nach den Ausführungen Hilferdings meldete sich Stinnes zwar zu Wort, erklärte aber lediglich in dürren Worten, daß die Frage der Kohlesozialisierung nicht isoliert gelöst werden könne, sondern daß sie einen Umbau der gesamten Wirtschaft bedinge. Er beantragte daher die Einsetzung eines Ausschusses, der sich mit diesem Problem befassen sollte. Erst als aus der Mitte des Ausschusses mehrfach Kritik am Schweigen der Unternehmer geübt worden war, äußerte sich Stinnes erneut in längeren Ausführungen zu seinem Vorschlag. Nun trat der Sozialisierungsgedanke ganz hinter dem Plan eines großangelegten Umbaues der deutschen Wirtschaft zurück. Geschickt verknüpfte er die Frage der wirtschaftlichen Neuorganisation mit dem Reparationsproblem, indem er erklärte, daß die Leistungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit nur auf der Grundlage einer vollständig neugestalteten Wirtschaft wiederzugewinnen sei. Er wiederholte seinen Vorschlag, eine Kommission zur Beratung dieser Fragen einzusetzen, und warnte davor, die Gegensätze bereits jetzt unüberbrückbar werden zu lassen. Der Ausschuß stimmte kurz darauf dem Vorschlag von Stinnes zu und überwies die Sozialisierungsvorschläge einem Unterausschuß von 15 Mitgliedern, der sich mit einem gleich großen Unterausschuß der RKR zu gemeinsamer Beratung zusammenschließen sollte¹²¹. Damit war die Behandlung der Sozialisierungsfrage im Reichswirtschaftsrat zunächst einmal abgeschlossen¹²².

¹²⁰ Darunter verstand Rathenau eine reine Steigerung und Verbilligung der Produktion.

¹²¹ W. Hauschild, *Der vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920–1926*, Berlin 1926, S. 247.

¹²² Mitglieder dieses Unterausschusses waren, für die Arbeitgeber: v. Braun, Stinnes, Cuno, Duisberg, Irl; für die Arbeitnehmer: Baltrusch, Cohen, Neustedt, Umbreit, Werner; für den Handel und die Verbraucher: Rathenau, Kaufmann, Bernhard, Berthold und Vögelé;

Bereits in dieser ersten Sitzung waren einzelne Elemente des taktischen Vorgehens der Unternehmer deutlich geworden. So war zwar der Vorschlag von Stinnes, die Beratung der Vorschläge an eine Kommission zu delegieren, durchaus vernünftig und praktikabel und wurde auch mit Zustimmung der Arbeitnehmer-Vertreter angenommen, doch wurde bereits während der Sitzung der Verdacht laut, daß dieser Vorschlag und besonders seine Aufgabenstellung auf Zeitgewinn abziele¹²³. Tatsächlich bedeutete dieser Vorschlag eine Verringerung der Öffentlichkeit und zugleich eine Ausweitung des Gegenstandes, da nun nicht mehr das begrenzte Gebiet des Kohlenbergbaues, sondern die Gesamtwirtschaft und ihr organisatorischer Neubau im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen sollten. Es bestand die Gefahr, daß das eigentliche Ziel, die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, unter dem Eindruck des Umfangs und der Schwierigkeit des neuen Diskussionsgegenstandes verloren gehen würde.

Etwa eine Woche später wurden die Vorschläge der Sozialisierungskommission dann auch im RKR beraten¹²⁴. Dieser hatte zwar nur Gutachterbefugnisse, doch war hier ein Gremium versammelt, dessen Mitglieder in verschiedenen Funktionen unmittelbar dem Kohlenbergbau angehörten. Entsprechend schärfer war die Frontenbildung zwischen den Unternehmer- und den Arbeitervertretern, während die Vertreter der Verbraucher sich jeweils nach der Haltung ihrer Verbände auf die eine oder andere Seite schlugen¹²⁵. Die Argumentation beider Seiten war dabei dieselbe wie im Reichswirtschaftsrat, was darauf schließen ließ, daß man sich in großem Rahmen einheitlich abgestimmt hatte. Die Arbeitnehmervertreter verlangten mit Hinweis auf die soziale Gerechtigkeit und den damit möglichen größeren Ansporn die Sozialisierung des Kohlenbergbaues, während die Vertreter der Unternehmer eben dies mit dem Hinweis auf die ihrer Ansicht nach eintretende Bürokratisierung und Unwirtschaftlichkeit ablehnten. Auch hier wurden von der Unternehmenseite keine Gegenvorschläge vorgelegt, sondern man erklärte sich lediglich generell zur Mitarbeit bereit und bezog im übrigen den Standpunkt, den Stinnes bereits im Reichswirtschaftsrat geäußert hatte, daß nämlich eine Änderung der Verhältnisse im Kohlenbergbau nur im Rahmen eines Umbaus der Gesamtwirt-

DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 14. Der Unterausschuß konstituierte sich am 11. 10. 1920; DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 12–13.

¹²³ So erklärte etwa Adolf Cohen: „Es könnte nach außen der Anschein erweckt werden, als wenn vielleicht hier und da, indem man dem Antrage zustimmt, der Gedanke vorhanden ist, als ob damit Zeit für die Wirtschaftskreise gewonnen wäre, die gegen jede Art und Form der Sozialisierung sind. Wenn die Herren glauben, mit diesem Beschluß Zeit und damit alles gewonnen zu haben, dann erkläre ich ihnen, diese Galgenfrist nützt ihnen wirklich nicht viel.“ DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 386, Bl. 30.

¹²⁴ Sitzung des RKR am 14. 10. 1920; das Protokoll findet sich im DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 454, Bl. 160–177 Rs.

¹²⁵ So sprach sich etwa der Vertreter des Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues aus, während der Vertreter der Konsumgenossenschaft für die Sozialisierung war.

schaft möglich sei. Schließlich wurde auch im RKR ein 15köpfiger Unterausschuß gebildet, der gemeinsam mit dem vom Reichswirtschaftsrat gebildeten Ausschuß die Frage der Sozialisierung weiter beraten sollte¹²⁶.

Am 25. Oktober begannen die Beratungen des gemeinsamen Unterausschusses von Reichswirtschaftsrat und RKR. Am Morgen dieses Tages traten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sowie die Vertreter der Verbraucher zu gesonderten Sitzungen zusammen, um das taktische Vorgehen für die am Nachmittag beginnenden Verhandlungen zu besprechen¹²⁷. Dabei beschlossen die Arbeitnehmervertreter – offenbar unter dem Eindruck der Ausführungen von Stinnes im Reichswirtschaftsrat –, sich keinesfalls auf eine Diskussion über die Sozialisierung im Prinzip einzulassen. Diese Frage war für sie entschieden; jetzt galt es lediglich, über die Art der Sozialisierung zu verhandeln¹²⁸.

In der am Nachmittag stattfindenden ersten Vollsitzung des Unterausschusses trug der Steiger Werner zunächst eine Erklärung vor, in der die am Vormittag beschlossene grundsätzliche Haltung der Arbeitnehmervertreter zur weiteren Behandlung der Sozialisierungsfrage dargelegt wurde¹²⁹. Die Arbeitnehmer konnten sich mit ihrem Versuch, den Verhandlungsgegenstand einzuengen und die weitere Diskussion zu bestimmen, jedoch nicht durchsetzen; von der Mehrheit der Mitglieder wurde eine solche Bindung des Ausschusses bestritten¹³⁰. Demgegenüber taktierte die Arbeitgeberseite wesentlich geschickter. Nachdem man sich zunächst sehr zurückgehalten hatte, sprach sich Paul Silverberg für die Bildung großer, leistungsstarker Zusammenschlüsse im Kohlenbergbau aus, die erst die Grundlage für die Sozialisierung abgeben könnten¹³¹. Weiter plädierte er für eine Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Unternehmen und empfahl, eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer vorzusehen¹³².

Unmittelbar anschließend sprach Hugo Stinnes. Waren die Ausführungen Silverbergs eher Andeutungen und Hinweise gewesen, so enthielt die Rede von Stin-

¹²⁶ Mitglieder dieses Ausschusses waren: Für die Arbeitgeber: Bergrat Kleine, Bergrat Herbig, Paul Silverberg, Geheimrat Hilger und Generaldirektor Tittler; für die Arbeitnehmer: Imbusch, Steger, Wagner, Langhorst, Löffler; für die Verbraucher: Wiesinger, von Bredow, Riepert, Girbig und Heckmann. DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 454, Bl. 177 Rs.

¹²⁷ DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 15.

¹²⁸ Handschriftliches Protokoll der Vorbesprechung der Arbeitnehmervertreter am 25. 10. 1920, ebenda, Bl. 32.

¹²⁹ Der Text der Erklärung findet sich im DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Bd. 484, Bl. 4.

¹³⁰ Ein ausführliches Protokoll der Sitzung vom 25. 10. 1920 findet sich im DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 35–47 Rs.

¹³¹ So notierte das Protokoll als Aussage Silverbergs, „der Trust sei der Vorläufer der Sozialisierung“; ebenda, Bl. 38.

¹³² Obwohl Silverberg in dieser Sitzung nach dem Wortlaut des Protokolls ausdrücklich von „Gewinnbeteiligung“ gesprochen hatte, bezeichnete er dies später als nicht zutreffend und erklärte, daß er „Kapitalbeteiligung“ gesagt habe. Siehe dazu Paul Silverberg, Reden und Schriften, hrsg. von Franz Mariaux, Köln 1956, S. 17–23, bes. S. 18.

nes die lang erwarteten, voll ausgestalteten Gegenvorschläge der Unternehmer. Seine Ausführungen waren der Höhepunkt dieser ersten Ausschußsitzung. Nach einigen einleitenden Bemerkungen zur schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands nach dem Kriege schlug Stinnes unter Hinweis auf die von ihm durchgesetzte Zusammenarbeit zwischen Kohlenzechen und verarbeitenden Industrien¹³³ eine enge Verbindung zwischen Kohleförderern und Kohleverbrauchern vor. Er empfahl, großwirtschaftliche Organisationen aus Industrie, Energiewirtschaft und Verkehrswirtschaft zu bilden, die regional gegliedert sein sollten und die sich ihre Rohstoff- und Energiebasis selbst sichern sollten. Nur dadurch, so meinte er, würden auf lange Sicht die Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen, die der Bergbau erfordere. Nur eine räumlich und organisatorisch großangelegte Wirtschaft habe die nötige Leistungsfähigkeit und Flexibilität, um unter den Bedingungen der Nachkriegszeit bestehen zu können.

Dieser Vorschlag von Hugo Stinnes war nur auf dem Hintergrund der Entwicklung in der deutschen Schwerindustrie seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu verstehen. Es war die bereits beschriebene Tendenz zur „Vertikalkonzentration“¹³⁴, die von der Rohstoffgewinnung bis zum Handel mit dem Endprodukt alle Zweige bestimmter Wirtschaftsgruppen umfaßte. Dieser Vorgang hatte nach dem Kriege verstärkt eingesetzt und erreichte Ende 1920/Anfang 1921 einen gewissen Höhepunkt¹³⁵. Für die von Stinnes im Rahmen der Sozialisierungsdebatte gemachten Vorschläge sprachen die technischen Gesichtspunkte der Produktionsverbilligung und -verbesserung. Unter diesem Blickwinkel war der von Stinnes vorgeschlagene Umbau der deutschen Wirtschaft, der die gleichmäßige Zuordnung sicherer, günstig gelegener Rohstoff- und Energiequellen vorsah, richtig und ökonomisch sinnvoll. Andererseits waren die Vorschläge von Stinnes jedoch kaum verhüllte Versuche, den Angliederungsprozeß der Schwerindustrie mit Hilfe der staatlichen Wirtschaftsgesetzgebung auf den gesamten deutschen Kohlenbergbau auszuweiten. Bei einer völligen Freigabe der Konzentrationsbewegung – und nur für eine solche wäre die Industrie vermutlich zu gewinnen gewesen – war zu erwarten, daß die bestehenden großindustriellen Verbände sich gegenüber den neu zu bildenden Verbänden der Verkehrs- und Energiewirtschaft aufgrund ihrer Finanzkraft und ihres organisatorischen Vorteils durchsetzen würden. Es drohte eine Beschleunigung des umfassenden Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft, die nun mit staatlicher Billigung die Ungleichgewichtigkeit in der Rohstoffverfügung und Rohstoffversorgung verewigt hätte¹³⁶.

¹³³ Stinnes nannte ausdrücklich die Zusammenarbeit zwischen der Roddergrube und den RWE sowie zwischen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG und der Gelsenkirchener Bergwerks AG; DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 46.

¹³⁴ Siehe dazu S. 73.

¹³⁵ Vgl. meinen in Anm. 104 genannten Aufsatz.

¹³⁶ Siehe dazu die Stellungnahmen des Berliner Tageblatts, Nr. 517 v. 11. 11. 1920, und der Frankfurter Zeitung, Nr. 846 v. 14. 11. 1920.

Am 26. und 27. Oktober wurden die Beratungen des Unterausschusses fortgesetzt, ohne daß es jedoch zu einer Annäherung kam¹³⁷. Beide Seiten beharrten auf ihrem Standpunkt und schienen nicht bereit, ihre prinzipiellen Positionen räumen zu wollen. Die Gegensätze verschärfen sich eher noch¹³⁸, so daß man zu der Überzeugung kam, daß weitere Verhandlungen aussichtslos seien. Es wurde beschlossen, zur Fortsetzung der Beratungen einen kleinen gemischten Ausschuß zu bilden, der die zwischen den beiden Parteien bestehenden Gegensätze ausräumen sollte. So wurde in der Ausschußsitzung am 27. Oktober eine 7köpfige Kommission gebildet, die den Namen „Verständigungskommission“ erhielt und die paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie einem unparteiischen Verbrauchervertreter zusammengesetzt war¹³⁹. Der Name dieser Kommission trog jedoch. Die Motive, die beide Seiten zur Zustimmung bewogen, waren grundverschieden und ließen bereits jetzt eine Verständigung als aussichtslos erscheinen. War es bei den Arbeitnehmern die Hoffnung, die Unternehmer im kleinen Rahmen doch noch umstimmen zu können, oder wenigstens Zugeständnisse zu erlangen, so war es bei den Arbeitgebern Teil eines wohldurchdachten taktischen Planes, mit dem man die Entscheidung wiederum weiter hinauszuzögern gedachte.

Die Verständigungskommission konstituierte sich am 31. Oktober¹⁴⁰ und tagte zunächst vom 4.–6. November in Essen und am 9. und 10. November in Berlin¹⁴¹. Auch in diesen Verhandlungen konnte jedoch keine Annäherung erzielt werden, so daß man beschloß, die gegensätzlichen Stellungnahmen dem Unterausschuß zur Beratung zuzuleiten. Die Ergebnisse wurden in zwei verschiedenen Berichten niedergelegt, deren einer von sechs Mitgliedern¹⁴² unterzeichnet wurde, während der Steiger Werner ein Sondervotum abgab. Dieser Mehrheitsbericht, für den Paul Silverberg verantwortlich zeichnete, war eine lediglich im Wortlaut veränderte Version der Vorschläge von Stinnes und Silverberg aus dem Unterausschuß¹⁴³. Auch hier wurde die Bildung von großwirtschaftlichen Interessengemeinschaften zwischen dem Kohlenbergbau und der weiterverarbeitenden Industrie vorgeschlagen, und auch hier sollte die Arbeiterschaft durch die Ausgabe von Kleinaktien am Kapital beteiligt werden. Es fehlte jedoch jede Angabe über die Höhe dieser Kapital-

¹³⁷ Protokolle dieser Sitzungen finden sich im DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 50–57 Rs.

¹³⁸ Bericht des RKR an seine Mitglieder am 16. 11. 1920, BAK, NL Silverberg, Nr. 146, Bl. 177.

¹³⁹ Mitglieder dieser Kommission waren: Für die Arbeitgeber: Stinnes, Vögler, Silverberg; für die Arbeitnehmer: Imbusch, Werner, Wagner und als Unparteiischer Bürgermeister Berthold. DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 57 Rs.

¹⁴⁰ Ebenda, Bl. 58–59.

¹⁴¹ Schreiben des RKR an seine Mitglieder am 16. 11. 1920, BAK, NL Silverberg, Nr. 146, Bl. 177.

¹⁴² Silverberg, Stinnes, Vögler, Imbusch und Wagner; Wagner und Imbusch jedoch mit Vorbehalten und Zusätzen.

¹⁴³ Der Mehrheitsbericht findet sich im BAK, R 43 I/Nr. 2114, Bl. 198–202.

beteiligung, und auch die grundsätzliche Frage der Änderung der Eigentumsverhältnisse wurde einfach übergangen.

Der Vorschlag Werner schloß sich in der äußeren Form der Wirtschaftsorganisation eng an den Mehrheitsbericht der Verständigungskommission an, wich jedoch in der eigentumsrechtlichen Ausgestaltung entscheidend von ihm ab. Er forderte die Überführung des Kohlenbergbaues in die Gemeinwirtschaft auf genossenschaftlicher Basis und die Entschädigung der Unternehmer durch Obligationen. Die Preisbildung sollte nach kaufmännischen Gesichtspunkten erfolgen, während der Gewinn aufgeteilt werden sollte¹⁴⁴. Hier waren die Organisationsvorstellungen der Unternehmer mit den Eigentumsvorstellungen der Arbeiter verbunden worden, doch ergab sich nun die Frage, ob auch die Unternehmer diesem Vorschlag zustimmen würden.

Der Unterausschuß tagte am 10. November, ohne zu einer Einigung zu gelangen¹⁴⁵. Für den Grad der Übereinstimmung innerhalb der Gruppen war es bezeichnend, daß die Arbeitnehmer eine gesonderte Beratung verlangten, während die Arbeitgeber dies nicht mehr für notwendig hielten¹⁴⁶. Bei ihnen bestand vielmehr eine einheitliche Auffassung, als deren anerkannte Sprecher Stinnes und Silverberg auftraten.

Die Arbeitnehmerseite war demgegenüber durch das Votum von Wagner und Imbusch für den Vorschlag Silverberg in eine schwierige Situation geraten. Beide hatten mit ihrer Entscheidung der Arbeitgeberseite das Argument geliefert, daß die Vorschläge von Stinnes und Silverberg nun auch die Zustimmung von Arbeitnehmern gefunden hätten. Der Vorschlag von Umbreit zu gesonderter Beratung der Abteilungen hatte daher offenbar zum Ziel, die Einheitlichkeit der Arbeitnehmerseite wiederherzustellen. Die Beratungen, die am Nachmittag des 11. November stattfanden, zeigten jedoch, daß eine solche einheitliche Haltung nicht zu erreichen war. Man einigte sich lediglich darauf, den Vorschlägen der Arbeitgeberseite möglichst kritisch gegenüberzutreten¹⁴⁷.

Die Verhandlungen im Unterausschuß wurden am 12. November fortgesetzt. Es war auffällig, daß weder Imbusch noch Wagner das Wort ergriffen, sondern daß die Stellungnahme der Arbeitnehmer durch Umbreit vorgetragen wurde¹⁴⁸. Umbreit lehnte den Vorschlag Silverberg ab, da er nicht dem Prinzip der Sozialisierung entspreche, und kritisierte insbesondere die geplante Ausgabe von Kleinaktien, die zu einer Zersplitterung des Kapitals führen würde. Von anderer Seite wurden bestimmte ökonomisch-organisatorische Vorstellungen des Mehrheitsvorschlages ge-

¹⁴⁴ Vorschlag Werner vom 9. 11. 1920, BAK, R 43 I/2114, Bl. 203–207.

¹⁴⁵ Protokoll der Sitzung des Unterausschusses vom 10. 11. 1920, DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 78–82 Rs.

¹⁴⁶ Ebenda, Bl. 82 Rs.

¹⁴⁷ Protokoll der Sitzung der Arbeitnehmervertreter des Unterausschusses am 11. 11. 1920, ebenda, Bl. 98–98 Rs.

¹⁴⁸ Protokoll der Sitzung des Unterausschusses vom 12. 11. 1920, ebenda, Bl. 102–105 Rs.

lobt, während man jedoch zugleich der Befürchtung Ausdruck gab, daß der Vorschlag zu einer weitgehenden Konzentrationsbewegung innerhalb der Wirtschaft führen würde. Georg Bernhard erklärte etwa, daß nach den Plänen von Stinnes und Silverberg die gesamte weiterverarbeitende Industrie in die Abhängigkeit einiger großer Industriekonzerne gelangen werde, während Walther Rathenau von der Bildung einiger „industrieller Herzogtümer“ sprach, deren Aufbau und innere Abhängigkeit nicht mehr zu übersehen sei. Vögler und Silverberg verteidigten demgegenüber den Mehrheitsvorschlag und bezeichneten ihn als eine brauchbare Möglichkeit, die Allgemeinheit am Kapital zu beteiligen. Schließlich kam der Ausschuß zu der Überzeugung, daß auch diese Verhandlungen als gescheitert betrachtet werden müßten. Georg Kaufmann, der Vertreter der Konsumgenossenschaften schlug daher vor, die Vorlagen an die Verständigungskommission zurückzuverweisen und die Kommission zugleich um weitere Mitglieder zu verstärken. Dieser Vorschlag fand die Zustimmung des gesamten Unterausschusses, und es wurde beschlossen, die Verständigungskommission von 7 auf 14 Mitglieder zu erweitern. Die Kommission sollte ihre weiteren Beratungen selbstverantwortlich führen¹⁴⁹.

Im Rahmen dieser Verhandlungen war das taktische Vorgehen der Unternehmerseite nun noch deutlicher und klarer geworden. War es in der ersten Phase die Darlegung eigener Gegenvorschläge gewesen, so war es in der zweiten Phase die mehrfache Variation dieser Vorschläge, die in der Substanz jedoch überhaupt nicht oder nur geringfügig verändert wurden. Sehr bald wurde offenbar, daß hinter diesen Vorschlägen allein das Ziel einer ausgedehnten Konzentrationsbewegung stand, die weite Bereiche der deutschen Wirtschaft bereits erfaßt hatte. Da zu erwarten war, daß ein solches Ziel zumal im Rahmen der Sozialisierungsbewegung nicht zu erreichen war, konnte das Verhalten der Unternehmer nur als eine souverän gehandhabte Hinhalte- und Verschleppungstaktik gelten, die die Frage der Sozialisierung einfach übergang und die sich statt dessen in weitausgreifenden Plänen einer zukünftigen Wirtschaftsorganisation verlor. Dabei trat die Unternehmerseite in sich geschlossen und taktisch klug operierend auf und verstand es, eine Schwächung ihrer Stellung durch abweichende Meinungen der eigenen Seite zu verhindern¹⁵⁰.

Das Verhalten der Arbeitnehmer war demgegenüber taktisch ungeschickt und ohne einheitliche, von allen getragene Konzeption. Während die sozialistischen Vertreter die sofortige Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues verlangten, neigten

¹⁴⁹ Mitglieder der erweiterten Kommission waren: Für die Arbeitgeberseite: Stinnes, Vögler, Silverberg, Rathenau, Kraemer, Kleine; für die Arbeitnehmer: Imbusch, Löffler (für Wagner), Werner, Klingen, Müller, Beckmann und als Unparteiische Berthold und Bernhard; DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 61.

¹⁵⁰ In einem Schreiben vom 12. 11. 1920 an den Bergbauverein lehnte der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein die Vorschläge von Stinnes „ausdrücklich und vorbehaltlos“ ab. Die Stellungnahme des ober-schlesischen Bergbaues wurde jedoch nicht bekannt; BAK, NL Silverberg, Nr. 135, Bl. 279–281.

die Vertreter der christlichen Gewerkschaften einer Mittellösung zu, die bei weitgehenden Eingriffsrechten des Staates die Beibehaltung des Privateigentums vorsah. Einzelne Vertreter setzten sich sogar in direkten Gegensatz zu den Beschlüssen ihrer Verbände und verstärkten damit noch den Eindruck fehlender Geschlossenheit auf der Arbeitnehmerseite¹⁵¹. Statt die Beratungen in einem bestimmten Gremium festzuhalten und notfalls einen Abbruch der Verhandlungen zu riskieren, schlugen sie selbst immer wieder die Bildung von neuen Ausschüssen und Kommissionen vor und erleichterten so die hinhaltende Taktik der Unternehmer. Verhandlungsbereitschaft und guter Wille schlugen um in Schwäche.

Die Vorschläge von Stinnes und Silverberg im Unterausschuß und in der Verständigungskommission riefen bei den Bergarbeitern große Erregung hervor. Besonders die Ausgabe von Kleinaktien wurde als eine Pervertierung des Sozialisierungsgedankens betrachtet, die nur einem wirtschaftlichen Egoismus Vorschub leisten würde. Im Ruhrgebiet war sogar die Weiterführung der Übersichten¹⁵² gefährdet, die die Erfüllung des Kohleabkommens von Spa gewährleisteten, doch gelang es Otto Hué, die Bergarbeiter zur Aufrechterhaltung der Förderung zu bewegen¹⁵³. Unter dem Eindruck der wachsenden Ungeduld und der Unruhe unter seinen Mitgliedern richtete wenig später auch der Verband der Bergarbeiter Deutschlands einen offenen Brief an den Reichskanzler, in dem er eine klare Auskunft über die Haltung der Regierung in der Sozialisierungsfrage verlangte¹⁵⁴. Der Verband erhielt jedoch nur eine hinhaltende Antwort, die auf die laufenden Verhandlungen in den Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates verwies und die dies als Anlaß nutzte, um eine eigene Stellungnahme weiter hinauszuzögern¹⁵⁵. Selbst diese Situation konnte also die Reichsregierung nicht bewegen, ihre Lähmung zu überwinden und die von der Öffentlichkeit geforderte Führung in die Hand zu nehmen¹⁵⁶.

Unter dem Eindruck der ergebnislosen Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat und aus Enttäuschung über die Untätigkeit des Kabinetts kam es Anfang November dann zu einer deutlichen Politisierung der Sozialisierungsbewegung. Zwar war be-

¹⁵¹ Es handelte sich hier um den Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“ Wagner, der den Plan Stinnes-Silverberg zustimmte und der deswegen vom Bergarbeiterverband abgelöst wurde; siehe oben S. 81 f. und Kölnische Zeitung, Nr. 967 v. 17. 11. 1920.

¹⁵² Das Übersichtenabkommen im Ruhrbezirk war im Februar 1920 abgeschlossen und im Sommer im Anschluß an die Konferenz von Spa erneuert worden. Seitdem wurden dort wöchentlich zwei halbe Übersichten gefahren. An diesen Übersichten hatten sich zuletzt 80 % der Belegschaft beteiligt. (Reichsarbeitsminister Brauns am 23. 2. 1921 im Reichstag, Verh. d. Dt. Reichstages, Bd. 347, S. 2440).

¹⁵³ Telegramm Otto Hués an das Auswärtige Amt am 12. 11. 1920, Abschrift in den Akten der Reichskanzlei, BAK, R 43 I/2114, Bl. 226.

¹⁵⁴ Offener Brief des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands an den Reichskanzler vom 15. 11. 1920, Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 112.

¹⁵⁵ Schreiben des Reichskanzlers an den Gesamtverband des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands am 24. 11. 1920, ebenda, Dok. Nr. 120.

¹⁵⁶ Siehe dazu Frankfurter Zeitung, Nr. 846 vom 14. 11. 1920 und Nr. 853 v. 17. 11. 1920.

reits die Einsetzung der Sozialisierungskommission im Frühjahr 1920 eine rein politische Entscheidung gewesen, doch hatte sich in der Folgezeit in der Arbeiterschaft die Ansicht durchgesetzt, daß damit das Gebiet der Politik verlassen sei und daß die Frage nun in den Bereich der unabhängigen Wissenschaft überführt sei. Es war die alte Auffassung der Arbeiterschaft, daß politisch-ökonomische Fragen in wissenschaftlicher Unabhängigkeit gelöst werden könnten; sie erkannte nicht, daß hier Werturteile vorgegeben waren, die eine solche allgemein verbindliche Lösung unmöglich machten. Der weitere Gang der Verhandlungen hatte in der Arbeiterschaft zwar nicht zu einer Aufgabe dieses prinzipiellen Standpunktes geführt, doch setzte sich die Überzeugung durch, daß ein erneuter politischer Impuls notwendig sei, um die Sozialisierungsbewegung voranzutreiben¹⁵⁷. Hier setzte nun auch die SPD ein, die diese Gelegenheit nutzen wollte, um den bei den Juniwahlen 1920 verlorengegangenen Rückhalt in der Gesamtarbeiterschaft wiederzugewinnen.

Am 5. November brachte die SPD-Fraktion eine Interpellation im Reichstag ein, in der die Reichsregierung aufgefordert wurde zu erklären, wann sie den bereits mehrfach zugesagten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorlegen werde. Die Fragestellung der Interpellation verschärfend wurde hinzugefügt, daß der Entwurf sich nicht auf eine Kapital- oder Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft beschränken dürfe, sondern daß er die Vollsozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung vorsehen müsse¹⁵⁸. Damit war das Kabinett erneut zur Stellungnahme aufgefordert, doch war bereits jetzt abzusehen, daß die Antwort mit Rücksicht auf die anstehenden Verhandlungen der erweiterten Verständigungskommission nur ausweichend sein würde.

Zunächst befaßte sich der wirtschaftliche Ausschuß des Kabinetts¹⁵⁹ mit dieser Frage. In seiner Sitzung vom 15. November beschloß der Ausschuß, die Interpellation zwar sofort, aber nur formal, d. h. unter Darlegung des Verhandlungsstandes, zu beantworten¹⁶⁰. Am 16. November erklärte sich das Kabinett mit diesem Vorgehen einverstanden, doch kam man überein, daß auch die Fraktionen der Regierungskoalition ihre Zustimmung geben sollten. Offenbar wollte man sich hier rückversichern, um alle Koalitionsparteien fest an die Erklärung zu binden. Ein ursprünglich im Protokoll vorhandener Satz, daß das Kabinett bald endgültig die Sozialisierungsfrage entscheiden müsse, wurde einige Tage später auf Verlangen

¹⁵⁷ So schrieb die Frankfurter Zeitung Mitte November 1920: „... Die Entscheidung ist eine politische Entscheidung und auf politischem Felde, im Reichstage, wird sie zu fallen haben.“ *FZ*, Nr. 853 v. 17. 11. 1920.

¹⁵⁸ *Verh. d. Deutschen Reichstages*, Bd. 364, Drucks. Nr. 816.

¹⁵⁹ Zum Wirtschaftlichen Ausschuß des Kabinetts siehe *Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach*, Dok. Nr. 89, P. 5.

¹⁶⁰ Protokoll der Sitzung des Wirtschaftlichen Ausschusses des Kabinetts vom 15. 11. 1920, *BAK*, R 43 I/2111, Bl. 212. Siehe dazu auch *Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach*, Dok. Nr. 113, Anm. 8.

des Reichswirtschaftsministers gestrichen¹⁶¹. Ein solcher Satz paßte schlecht in das Konzept der DVP, die die hinhaltende Taktik der Unternehmer im Kabinett zu vertreten hatte und die daher jeden definitiven Beschluß in dieser Frage zu verhindern wußte.

Die Behandlung der Interpellation im Reichstag erfolgte am 20. November 1920. Begründet wurde sie durch den Abgeordneten Löffler, der selbst Direktor im RKR war und der sich daher in den Verhältnissen auskannte. Löffler erinnerte zunächst an die mehrfachen Zusagen der Reichsregierung, ein Sozialisierungsgesetz vorzulegen, doch sei das Kabinett in dieser Frage vollkommen untätig geblieben. Löffler gab dann einen historischen Überblick über die Versuche, eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung des Kohlenbergbaues durchzusetzen, und ging anschließend auf die Vorschläge ein, die im Rahmen der laufenden Sozialisierungsverhandlungen gemacht worden waren. Scharf wandte er sich gegen die Ausgabe von Kleinaktien, die er als eine „privatkapitalistische Infizierung“ bezeichnete und der er die Überführung des Kohlenbergbaues in den Besitz der Volksgesamtheit gegenüberstellte. Abschließend präziserte Löffler den Standpunkt der SPD dahin, daß eine Sozialisierung nur im Rahmen eines organischen Aufbaues erfolgen könne und daß keine Produktionsrückgänge auftreten dürften; zugleich forderte er die Regierung nachdrücklich auf, endlich die Initiative zu ergreifen¹⁶².

Die Stellungnahme der Reichsregierung gab Reichswirtschaftsminister Scholz ab. Gemäß dem Beschluß des Kabinetts vermied er jede Festlegung und gab lediglich eine Situationsbeschreibung. Scholz erklärte die grundsätzliche Bereitschaft der Regierung, einen Gesetzentwurf zur gemeinwirtschaftlichen Regelung des Kohlenbergbaues vorzulegen, verwies aber auf die noch andauernden Verhandlungen der Verständigungskommission, deren Ergebnis abgewartet werden müsse. Vorher könne die Reichsregierung weder über den Inhalt noch über die Richtlinien dieses Gesetzes irgendwelche Auskünfte geben. Damit war das Problem wiederum aufgeschoben und die Entscheidung von den Verhandlungen eines Gremiums abhängig gemacht, das schon bisher zu Genüge gezeigt hatte, daß es zu einer allgemeinen Übereinkunft in dieser Frage nicht fähig war¹⁶³.

Anschließend nahmen die anderen Parteien jeweils gemäß ihrer politisch prinzipiellen Einstellung zur Sozialisierungsgesetzgebung Stellung. Während das Zentrum sich eng an die Regierungserklärung angeschlossen und jede Andeutung über die materielle Ausführung des kommenden Gesetzentwurfes vermied¹⁶⁴, äußerten sich die beiden anderen Koalitionsparteien mehr oder weniger deutlich ablehnend. Die DDP erklärte zwar, daß die Arbeiterschaft an der Gestaltung und an den Erträgen

¹⁶¹ Protokoll der Kabinettsitzung vom 16. 11. 1920, ebenda, Dok. Nr. 113, P. 8. Zu dem gestrichenen Satz siehe besonders Anm. 9.

¹⁶² Rede Löfflers am 20. 9. 1920 siehe Verh. d. Dt. Reichstages, Bd. 345, S. 1133–1137.

¹⁶³ Rede von Reichswirtschaftsminister Scholz, ebenda, S. 1137–1138.

¹⁶⁴ Rede des Abgeordneten Bolz, ebenda, S. 1138.

der Wirtschaft mehr als bisher beteiligt werden sollte, doch glaubte sie ebensowenig auf das „kraftvolle“ Unternehmertum verzichten zu können¹⁶⁵. Die DVP gar ließ durchblicken, daß sie überhaupt keine Änderung im Aufbau und in der Eigentumsordnung des Kohlenbergbaues wünsche und jeder Sozialisierung ablehnend gegenüberstehe¹⁶⁶. Eine ähnliche Stellungnahme gab auch die DNVP¹⁶⁷ ab, während sich die BVP wieder mehr neutral entsprechend dem Regierungsstandpunkt verhielt¹⁶⁸. Die USPD und die USPD-Linke erklärten sich zwar beide für die sofortige Vollsozialisierung, doch benutzten sie ihre breit ausgeführten Reden mehr, um sich allgemein politisch voneinander abzugrenzen¹⁶⁹. Ein unmittelbares Ergebnis hatte die Aussprache nicht. Die Reichsregierung verharrte weiter in Untätigkeit, indem sie auf die schwebenden Verhandlungen der Verständigungskommission hinwies, während diese ihrerseits nun wieder durch die Unvereinbarkeit der Standpunkte gelähmt war. Währenddessen wuchs die Unruhe in der Arbeiterschaft der Kohlenreviere und drohte ständig in Aktionen auszuarten, die nicht mehr zu kontrollieren waren¹⁷⁰.

Die Stellungnahmen der Parteien zur Sozialisierung im Reichstag machten deutlich, daß sich bei manchen von ihnen innerparteiliche Klärungsprozesse vollzogen hatten, die erst jetzt eine endgültige Entscheidung in dieser Frage zuließen. Durchgängig eindeutig war dabei die Haltung der DVP und DNVP gewesen, die beide die Sozialisierung in jeder Form ablehnten. Unzweifelhaft war auch die Haltung der USPD und der USPD-Linken¹⁷¹ sowie der KPD, die eine sofortige Vollsozialisierung immer befürwortet hatten. Interessant war vor allem die Einstellung der SPD, der DDP und des Zentrums, von denen sich besonders das Zentrum starken innerparteilichen Spannungen ausgesetzt sah. In allen Parteien scheint es erst Mitte Oktober 1920 zu einer endgültigen Entscheidung in der Sozialisierungsfrage gekommen zu sein.

Die DDP hatte sich vor allem nach den für sie enttäuschenden Reichstagswahlen im Juni 1920 mehr zur bürgerlichen Mitte hin orientiert. Hier hoffte sie die Wähler wiederzugewinnen, die sie auf Grund ihrer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten an die DVP und an die DNVP verloren hatte. Entsprechend hatte sie ihr wirtschaftspolitisches Programm ausgerichtet, das sich von dem der DVP

¹⁶⁵ Erklärung des Abgeordneten Schiffer, ebenda, S. 1150.

¹⁶⁶ Rede des Abgeordneten Curtius, ebenda, S. 1142–1144.

¹⁶⁷ Rede des Abgeordneten Leopold, ebenda, S. 1138–1142.

¹⁶⁸ Erklärung des Abgeordneten Leicht, ebenda, S. 1144.

¹⁶⁹ Reden der Abgeordneten Henke (USPD) und Koenen (USPD-Linke), ebenda, S. 1144–1150 und 1150–1157.

¹⁷⁰ Korrespondenzblatt des ADGB, Nr. 48 vom 27. 11. 1920, S. 643 und Frankfurter Zeitung, Nr. 925 v. 14. 12. 1920.

¹⁷¹ Die USPD hatte sich auf dem Hallenser Parteitag im Oktober 1920 gespalten. Seitdem gab es eine USPD und eine USPD-Linke; vgl. Werner T. Angress, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923*, Düsseldorf 1973, S. 104 ff., und Robert F. Wheeler, *Die „21 Bedingungen“ und die Spaltung der USPD im Herbst 1920*, in dieser Zeitschrift 23 (1975), S. 117–154.

nur unwesentlich unterschied¹⁷². Die DDP war gegen die Sozialisierung, wenn ihre Haltung auch im Vergleich mit der DVP im einzelnen differenzierter und mehr den politischen Erfordernissen angepaßt war. Die Einberufung der Sozialisierungskommission war ihrer Ansicht nach überstürzt und nur auf politischen Druck hin erfolgt, ohne daß man die Funktionsfähigkeit und die Ergebnisse des Kohlewirtschaftsgesetzes im einzelnen abgewartet hätte. Die Sozialisierung selbst war für die führenden Männer der DDP weniger eine wirtschaftliche als vielmehr eine politisch-psychologische Frage, nämlich die, auf welche Weise den Forderungen der Arbeiterschaft nach einer Beteiligung an der Wirtschaft nachgegeben werden sollte. Ganz allgemein herrschte die Überzeugung, daß die politische Lage eine nur negative oder dilatorische Haltung unmöglich mache und positive Vorschläge erfordere¹⁷³. Offenbar wollte man mit diesen Vorschlägen jedoch erst vor die Öffentlichkeit treten, wenn sich auch der Reichswirtschaftsrat geäußert hatte.

Die Lage des Zentrums in dieser Frage war sehr viel schwieriger. Das Zentrum hatte einen starken linken Flügel, dessen Vertretung im Reichstag allerdings nach den Juniwahlen 1920 zahlenmäßig erheblich zurückgegangen war. Dieser linke Flügel war personell eng mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung verflochten und geriet nun in der Sozialisierungsfrage unter den Druck der Basis. Im Kabinett wurde dieser linke Flügel vor allem durch Reichsfinanzminister Wirth und Reichsarbeitsminister Brauns repräsentiert, die immer wieder versuchten, den Entscheidungsgang zu beschleunigen und die Reichsregierung auf die Sozialisierung festzulegen. Sozialisierung bedeutete für diesen Teil der Partei mehr eine sozialetische Forderung, die über die rein technische Durchführung hinausging und die die Bildung einer neuen sozial bestimmten Sittlichkeit auf christlicher Grundlage zum Ziele hatte. Auf der anderen Seite stand der Industrie Flügel des Zentrums, der zwar in seinen industrieorganisatorischen Planungen nicht mit Stinnes und den ihm nahestehenden Kreisen zu vergleichen war, der sich aber ebenso hartnäckig jeder Änderung der Eigentumsordnung widersetzte. Nach einem schwierigen innerparteilichen Klärungsprozeß scheint es Mitte Oktober 1920 zu einer vorläufigen Einigung gekommen zu sein, nach der das Zentrum radikale Lösungen ablehnte, nach der aber gleichzeitig der Weg zu prinzipiellen Änderungen der Wirtschaftsstruktur nicht verbaut werden sollte¹⁷⁴. Auf diesem Hintergrund ist die vorsichtige

¹⁷² Siehe dazu Lothar Albertin, *Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1972, S. 400 ff.

¹⁷³ Dies geht aus einer vertraulichen Stellungnahme der Fachgruppe Bergbau des RdI hervor, die dieser am 18. 10. 1920 an Silverberg sandte und in der über die Haltung der DDP und des Zentrums zur Sozialisierungsfrage berichtet wurde; BAK, NL Silverberg, Nr. 135, Bl. 75–80.

¹⁷⁴ Nach der in Anm. 173 genannten Stellungnahme der Fachgruppe Bergbau des RdI soll der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Trimborn, am Abend des 14. 10. 1920 dem Reichskanzler mitgeteilt haben, daß das Zentrum die Vorschläge der Sozialisierungskommission ablehne. Es sei dann der Vorschlag des Landrats v. Dewitz diskutiert worden, der von dem Gedanken der Kleinaktie ausgehe. Nach Ansicht des Reichskanzlers und der ihm nahestehenden

Stellungnahme des Zentrums in der Sozialisierungsdebatte des Reichstages zu verstehen, die nicht generell ablehnend war, die aber auch positiv nichts präjudizierte¹⁷⁵.

Besonders tiefgreifend hatte sich die Haltung der Sozialdemokratie gewandelt. Zwar blieb die Sozialisierung auf lange Sicht oberstes Ziel der SPD, doch änderten sich Weg und Zwischenstufen, auf denen man diese erreichen zu können glaubte. Dieser Vorgang hatte sich über den Zeitraum eines Jahres erstreckt und war eng mit dem Abschneiden der SPD bei den Wahlen im Laufe des Jahres 1920 verbunden. Noch auf dem Parteitag von Weimar im Juni 1919 hatte sich die SPD zu Wissells Konzept der Gemeinwirtschaft als einer vorläufigen Lösung der Sozialisierungsfrage bekannt, in deren Rahmen das Privateigentum zunächst erhalten bleiben sollte, bei der aber jede wirtschaftliche Betätigung geplant und gesellschaftlich kontrolliert werden sollte. Bedingt durch die innerparteiliche Kritik vor allem des Gewerkschaftsflügels (R. Schmidt), bedingt auch durch die Einsicht, daß dieses Wirtschaftskonzept nicht gegen die Unternehmerschaft durchzusetzen war, bedingt aber vor allem durch die hohen Stimmverluste der Sozialdemokratie bei den Wahlen des Jahres 1920, kam es innerhalb der Partei zu einem Meinungsumschwung. Deutlich wurde dies auf dem Parteitag von Kassel im Oktober 1920, auf dem die SPD nun die Wendung von der Gemeinwirtschaft zur vollsozialisierten Wirtschaft vollzog. Zwar sollte die Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf weiten Gebieten der Wirtschaft auch jetzt nur schrittweise vor sich gehen, doch war für die Grundstoffindustrie, vor allem für den Kohlenbergbau und die Eisen- und Stahlindustrie, die sofortige Vollsozialisierung vorgesehen. Die tatsächliche Gültigkeit dieser programmatischen Wendung ist ungewiß. Es muß offen gelassen werden, ob diese Sozialisierungspläne verbindliches Programm der Gesamtpartei waren, die bei entsprechenden Möglichkeiten auch durchgesetzt worden wären, oder ob es lediglich eine politisch-taktische Haltung war, um die Radikalisierungstendenzen innerhalb der Bergarbeiterschaft aufzufangen und die nach den Juniwahlen 1920 zur USPD und KPD abgewanderten Wähler wiederzugewinnen¹⁷⁶.

henden Kreise, so wurde in der Stellungnahme weiter berichtet, sei der Vorschlag Dewitz geeignet, als Programm des Zentrums die drohende Spaltung der Partei zu verhindern. BAK, NL Silverberg, Nr. 135, Bl. 80. Zur Haltung des Zentrums in der Sozialisierungsfrage siehe auch Rudolf Morsey, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Düsseldorf 1966, S. 324 und 350–351.

¹⁷⁵ Siehe oben Anm. 164.

¹⁷⁶ Siehe dazu A. Wernitz, *Sozialdemokratische und kommunistische Sozialisierungskonzeptionen, Eine Untersuchung zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Diss. rer. pol., Erlangen 1966, S. 170–177.

7. Die Beratungen des erweiterten Verständigungsausschusses im Dezember 1920 und Januar 1921

Die am 12. November gebildete erweiterte Verständigungskommission¹⁷⁶ nahm ihre Verhandlungen am 1. Dezember in Essen auf. Nachdem in der Sozialisierungsdebatte des Reichstages mehrere Parteien ihr weiteres Vorgehen direkt von der Stellungnahme dieser Kommission abhängig gemacht hatten, kam den Beratungen in Essen eine erhöhte Bedeutung zu. Offenbar rechnete man mit einer kurzen Verhandlungsdauer, denn es war beabsichtigt, bereits für den 10. Dezember das Plenum des Reichswirtschaftsrates einzuberufen, das dann abschließend über die Sozialisierungsfrage beraten sollte¹⁷⁷.

Die Verhandlungen in Essen erwiesen sich dann jedoch komplizierter als angenommen. Aus der Mitte der Kommission wurde nämlich ein grundsätzlich neuer Vorschlag gemacht, der die Eigentumsfrage im Bergbau nun auf eine ganz neue Basis stellte. Hans Kraemer, Präsidialmitglied des RDI und führender Vertreter der Papier- und Druckindustrie, schlug vor, in der Frage der Eigentumsordnung für Bodenschätze und Naturkräfte den Gedanken des Lehens einzuführen. Danach waren Bodenschätze und Naturkräfte Eigentum der Allgemeinheit, die als Lehen an einzelne Personen oder an Gruppen vergeben werden konnten. Die Ausbeutung der Kohle wurde den bisherigen Förderern überlassen, doch mußten sie die Allgemeinheit am wirtschaftlichen Ertrag beteiligen. Der Gedanke der Kleinaktie wurde aufgegeben; statt dessen sollten die Bergarbeiter durch Kohlezuteilung im Verhältnis zu ihrer Arbeitsleistung beteiligt werden¹⁷⁸. Kraemer versuchte mit diesem Vorschlag, die Prinzipien einer gemeinwirtschaftlichen Eigentumsordnung und einer privatwirtschaftlichen Nutzungsordnung miteinander zu verbinden, um auf diese Weise den Forderungen beider Seiten gerecht zu werden. Nachdem sich die Kommission am 2. und 3. Dezember mit diesem Vorschlag beschäftigt hatte, kam man zu dem Ergebnis, daß eine längere Beratung notwendig sei, um die wirtschaftlichen und organisatorischen Auswirkungen des Vorschlages zu prüfen. Die Verhandlungen wurden daher abgebrochen und sollten Anfang Januar 1921 wieder aufgenommen werden¹⁷⁹.

Diese erneute Vertagung der Sozialisierungsfrage ließ die Unruhe und die Spannungen innerhalb der Bergarbeiterschaft weiter anwachsen. Hier schien eine böse Ahnung zur Gewißheit geworden zu sein, daß die fortwährende Bildung von Kommissionen und Unterkommissionen und deren unstetige Beratungen nur darauf an-

¹⁷⁶ Siehe oben S. 83 und Anm. 149.

¹⁷⁷ Schreiben des Reichskohlenrates an seine Mitglieder vom 1. 12. 1920, DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 118.

¹⁷⁸ Siehe dazu Hans Kraemer, Sozialismus und Kohlesozialisierung, Berlin 1921, sowie K. Trüschler, a. a. O., S. 122–123.

¹⁷⁹ Pressemitteilung der erweiterten Verständigungskommission vom 3. 12. 1920, BAK, NL Silverberg, Nr. 137, Bl. 107. Schreiben des Vorsitzenden der erweiterten Verständigungskommission, Berthold, an den Vorsitzenden des Unterausschusses, v. Braun, am 3. 12. 1920, DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 120.

gelegt seien, die Sozialisierung zu verschleppen. Besonders die sozialistischen Gewerkschaften und Fachverbände radikalisierten sich rasch und drohten, ihre Teilnahme an den weiteren Verhandlungen aufzukündigen¹⁸⁰. Mitte Dezember war es dann so weit. Am 13. Dezember teilte Georg Werner, Vertreter des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, dem Vorsitzenden des Unterausschusses, v. Braun, in einem knappen Schreiben mit, daß er seine Mitgliedschaft in der Verständigungskommission niederlege. Als Grund gab er an, daß er eine auch für ihn annehmbare Verständigung für aussichtslos halte¹⁸¹. Mit diesem Schritt Werners war ein deutliches Zeichen gesetzt; die Möglichkeit eines sozialen Kompromisses und Ausgleiches im Bergbau schien endgültig vorbei zu sein.

Gerade die Unruhe und die Spannungen innerhalb der Bergarbeiterschaft waren es aber auch, die nun auch die Reichsregierung zu einer neuen Initiative veranlaßten. Offenbar fürchtete das Kabinett, das Gesicht zu verlieren, wenn es in der Sozialisierungsfrage weiterhin untätiger Zuschauer bleiben würde. Ganz selbständig war die Entscheidung jedoch auch jetzt noch nicht gefallen, sondern es hatte der Einwirkung des Reichspräsidenten bedurft, ehe das Kabinett aktiv wurde. Nachdem Ebert Anfang Dezember die Regierung hatte wissen lassen, daß er eine klare Stellungnahme zur Sozialisierungsfrage und zum Reichsnotopfer¹⁸² wünsche, hatte das Kabinett in seiner Sitzung vom 7. Dezember beschlossen, den Gesetzentwurf zur Sozialisierung noch im Laufe des Januar 1921 vorzulegen. Allerdings sollten die Beratungen der Verständigungskommission zunächst noch abgewartet werden¹⁸³.

Erst im Anschluß an diese Kabinettsitzung scheinen im Reichswirtschaftsministerium die Arbeiten an einem Sozialisierungsgesetzentwurf aufgenommen worden zu sein. Dieser späte Beginn war bezeichnend für die von Reichswirtschaftsminister Scholz geübte Hinhalteteknik, die dieser im Gesamtkonzept der Sozialisierungsgegner zu verfolgen hatte. Vorschläge für den Gesetzentwurf wurden dann im Laufe des Dezember von den einzelnen Abteilungen des Reichswirtschaftsministeriums erarbeitet und am 21. und 22. Dezember in zwei Referentenbesprechungen aufeinander abgestimmt¹⁸⁴. Danach sollte das Gesetz ein Rahmengesetz sein, dessen nähere Bestimmungen vom RKR zusammen mit dem Reichswirtschaftsrat erarbeitet werden sollten. Die Differentialrente¹⁸⁵ sollte abgeschafft und durch eine

¹⁸⁰ So erklärte etwa Otto Hué anschließend für den Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, daß er eine weitere Teilnahme an den Verhandlungen der Verständigungskommission für zwecklos halte; vgl. Frankfurter Zeitung, Nr. 914 v. 10. 12. 1920.

¹⁸¹ Das Schreiben findet sich im DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Bd. 483, Bl. 129. Der Text des Schreibens wurde auch in der Presse veröffentlicht; Frankfurter Zeitung, Nr. 928 v. 15. 12. 1920.

¹⁸² Zum Reichsnotopfer siehe Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 103, Anm. 1.

¹⁸³ Kabinettsprotokoll der Sitzung vom 7. 12. 1920; Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 130, P. 9.

¹⁸⁴ Der Gesetzentwurf kann hier nur im Planungsstadium erläutert werden. Es ist mir leider nicht gelungen, weitere Einzelheiten zu dem Gesetzentwurf ausfindig zu machen.

¹⁸⁵ Differentialrente ist der Sondergewinn einer Unternehmung, die zu gleichem Preis bei nied-

nach dem Ertrag abgestufte Kohlensteuer ersetzt werden. Der eigentliche Sozialisierungsgedanke bestand darin, daß offenbar geplant war, den Staat zwangsweise durch Übernahme alten Kapitals oder Einschließen neuen Kapitals am Bergbau zu beteiligen. Alles in allem handelte es sich jedoch nur um Vorschläge und Planungen, die erst Ende Dezember in eine festere Form gebracht werden sollten¹⁸⁶.

In den Wochen um die Jahreswende 1920/21 entwickelte der Reichswirtschaftsminister in der Sozialisierungsfrage dann eine ganz ungewohnte Aktivität. Offenbar übte das Kabinett den nötigen Druck aus, um diese die Regierungspolitik belastende Frage nun endlich zu einem Ende zu bringen. Noch im Dezember 1920 drängte Scholz den Reichswirtschaftsrat, die für Mitte Januar 1921 angesetzten Verhandlungen der erweiterten Verständigungskommission vorzuverlegen¹⁸⁷, und Anfang Januar forderte er den Reichsjustizminister auf, sich wegen der auftretenden Rechtsfragen an den Vorarbeiten für den Gesetzentwurf zu beteiligen¹⁸⁸. Auch die Bergbauunternehmer gewannen den Eindruck, daß die Vorlage eines Gesetzentwurfes unmittelbar bevorstehe, und suchten sich bereits jetzt auf diese neue Situation einzustellen¹⁸⁹.

Bevor die interministeriellen Beratungen jedoch erst begannen, wurden von dritter Seite Bedenken geäußert, die nun die Vereinbarkeit einer möglichen Sozialisierung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages erneut in Frage stellten. Bereits im April 1920 war das Problem auf Veranlassung der Sozialisierungskommission von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes untersucht worden, doch hatte man damals nach eingehender Prüfung einen Zugriff der Alliierten auf einen sozialisierten Bergbau als wenig wahrscheinlich angenommen¹⁹⁰. Am 11. Januar 1921 richtete nun der Geschäftsführer des RKR, Köngeter, ein Schreiben an den Generaldirektor der Harpener Bergbau A. G., Eugen Kleine, in dem er dieses Rechtsproblem behandelte, dabei jedoch zu ganz anderen Schlußfolgerungen kam. Köngeter erklärte in seiner Stellungnahme, daß die rechtlichen Bestimmungen des Friedensvertrages eine Sozialisierung zwar nicht untersagten, daß aber eine Vollziehung dieser Sozialisierung den Alliierten weitgehende Eingriffsrechte zur Befriedigung ihrer Reparationsansprüche gewähren würde. Köngeter fürchtete, daß die Alliierten aus den Bestimmungen des Friedensvertrages ein Pfandrecht ableiten

rigen Kosten als ihre Konkurrenten anbieten kann. Die Differentialrente im Bergbau entstand durch die verschieden günstige oder ungünstige Lage der Kohlenflöze und die entsprechend unterschiedlichen Kosten für den Abbau der Kohle.

¹⁸⁶ Vermerke über die Referentenbesprechungen im Reichswirtschaftsministerium vom 21. und 22. 12. 1920, DZA Potsdam, Sozialisierungskommission, Bd. 5, Bl. 37–41.

¹⁸⁷ Schreiben des Reichswirtschaftsministers an den Vorsitzenden des Unterausschusses, v. Braun, am 24. 12. 1920, Abschrift in BAK, R 43 I/2114, Bl. 335–336.

¹⁸⁸ Schreiben des Reichswirtschaftsministers an den Reichsjustizminister am 4. 1. 1921, DZA Potsdam, RJM, Bd. 7937, Bl. 37–37 Rs. Der Reichsjustizminister sagte am 10. 1. 1921 zu; DZA Potsdam, RJM, Bd. 7937, Bl. 38–38 Rs.

¹⁸⁹ Schreiben von Eugen Kleine, Generaldirektor der Harpener Bergbau AG, an Paul Silverberg am 6. 1. 1921, BAK, NL Silverberg, Bd. 137, Bl. 178–182.

¹⁹⁰ Zu dem Gutachten des Auswärtigen Amtes siehe S. 59 f.

würden, das zur Zwangsverwaltung oder gar zur Zwangsversteigerung führen könnte. Die Übertragung der Kohlenwirtschaft an besondere Rechtskörperschaften hielt Köngeter in diesem Zusammenhang für einen unzureichenden Schutz, da die Alliierten in jedem Falle das deutsche Volk als Eigentümer der Kohlengruben ansehen würden. Insgesamt war die Stellungnahme Köngeters gegenüber dem Rechtsgutachten des Auswärtigen Amts sehr viel pessimistischer, da sie die mögliche Haltung der Alliierten sehr viel negativer beurteilte und daher in den Folgen auch zu einem anderen Ergebnis kam¹⁹¹.

Politische Bedeutung gewann dieses an sich private Schreiben Köngeters dadurch, daß er es in einer Abschrift auch dem Auswärtigen Amt zusandte und hinzufügte, daß diese Frage demnächst Gegenstand der Verhandlungen der erweiterten Verständigungskommission sein sollte. Zwar folgte das Auswärtige Amt der rechtlichen Argumentation Köngeters nicht, doch hielt man das von ihm angesprochene Problem der Vereinbarkeit von Friedensvertrag und Sozialisierung für so bedeutsam, daß für den 15. Januar eine interministerielle Referentenbesprechung angesetzt wurde, die diese Frage grundsätzlich klären sollte¹⁹². Die Besprechung fand wie vorgesehen statt, doch schienen die Beteiligten die Zugriffsmöglichkeiten der Alliierten auf einen sozialisierten Bergbau nur gering einzuschätzen. Noch am gleichen Tage notierte Ministerialrat Richter, der Vertreter des Reichsjustizministeriums, als Ergebnis dieser Sitzung: „An der Besprechung habe ich teilgenommen. Es bestand Einverständnis darüber, daß die aus dem Friedensvertrag herzuleitenden Bedenken umso geringer seien, je weniger das Reich selbst Privat[rechte] an den Bergwerken erwerbe. Die überwiegende Meinung ging dahin, daß bei Durchführung des I. Vorschlages der Sozialisierungskommission die der Kohलगemeinschaft des Deutschen Volkes übertragenen Bergwerke nicht als Eigentum des Reiches im Sinne des [Friedensvertrages] angesehen werden können und daß aus Art. 248 höchstens ein Konkursprivileg, nicht aber ein hypothekarisches Recht und damit keine Befugnis der Feinde zum unmittelbaren Zugriff auf Staatsgüter hergeleitet werden könne.“¹⁹³ Diese Stellungnahme entsprach in etwa dem Gutachten des Auswärtigen Amts vom April 1920; das Problem schien damit gelöst zu sein.

Die für den Beginn des neuen Jahres vorgesehene Sitzung der erweiterten Verständigungskommission fand vom 17. bis 21. Januar in Essen statt¹⁹⁴. Man tagte jedoch nur noch als Rumpfkommision, denn der alte Bergarbeiterverband, die Organisation der sozialdemokratischen Bergleute, hatte jede weitere Mitarbeit in der

¹⁹¹ Schreiben E. Köngeters an Eugen Kleine vom 11. 1. 1921, Abschrift, DZA Potsdam, RJM, Nr. 7937, Bl. 44–51 a.

¹⁹² Einladungsschreiben des Auswärtigen Amts an das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsfinanzministerium, das Reichsschatzministerium und das Reichsjustizministerium vom 15. 1. 1921, ebenda, Bl. 43–43 Rs.

¹⁹³ Handschriftlicher Vermerk Ministerialrat Richters vom 15. 1. 1921, ebenda.

¹⁹⁴ W. Hauschild, *Der vorläufige Reichswirtschaftsrat 1920–1926*, S. 247.

Kommission abgelehnt. Der eine seiner Vertreter, der Steiger Werner, war bereits im Dezember 1920 aus der Kommission ausgetreten¹⁹⁵, während der andere, der Direktor im RKR Löffler, auf Grund eines Verbandsbeschlusses den weiteren Verhandlungen fernbleiben mußte. Auch Rathenau und Georg Bernhard blieben der Sitzung fern¹⁹⁶. Unter diesen Umständen kam allen zukünftigen Beschlüssen der Kommission keine allgemeine Geltung mehr zu, da die sozialdemokratisch bestimmte Bergarbeiterschaft an ihrem Zustandekommen nicht mehr beteiligt war. Zwar wurde auf dieser Tagung noch ein großes Gutachten zum künftigen Aufbau der Kohlenwirtschaft verabschiedet, doch war dies mehr eine Pflichtübung, der keine weitere Bedeutung zukam¹⁹⁷. Im Vordergrund der Beratungen scheint vielmehr die Frage der rechtlichen Auswirkungen des Friedensvertrages auf einen sozialisierten Kohlenbergbau gestanden zu haben, ohne daß diese Angelegenheit jedoch geklärt wurde. Auch zwei weitere Sitzungen der Kommission am 25. Januar und 3. Februar, an denen nun auch die Minister Simons und Scholz sowie der Leiter des Reichsministeriums für Wiederaufbau, Staatssekretär Müller, teilnahmen, brachten keine Entscheidung¹⁹⁸. Schließlich wurden die Professoren Eckert (Köln), Radbruch (Kiel) und Schücking (Berlin) damit beauftragt, ein Rechtsgutachten zu dieser Frage zu erstellen¹⁹⁹, während die Reichsregierung beschloß, ein entsprechendes Gutachten vom Auswärtigen Amt und vom Reichsjustizministerium anzufordern²⁰⁰. Als Termin für die Fertigstellung dieser Gutachten wurde der 17. Februar angesetzt, da an diesem Tage die erweiterte Verständigungskommission erneut zu einer Sitzung zusammentreten sollte²⁰¹.

Die Befürchtungen hinsichtlich der Eingriffsmöglichkeiten der Alliierten auf Grund des Friedensvertrages wurden durch die außen- und reparationspolitische Entwicklung zu Beginn des Jahres 1921 noch verstärkt. Ende Januar hatten sich die alliierten Mächte auf einer Konferenz in Paris auch mit den Reparationszahlungen und etwa notwendigen Sicherheiten befaßt und hatten dabei den Grundsatz des Art. 248 des Friedensvertrages noch einmal bekräftigt. Allerdings wurden zunächst nur die Zölle als Sicherheit für die Zahlungen genannt, während der übrige

¹⁹⁵ Zum Austritt Werners aus der Kommission siehe S. 91.

¹⁹⁶ Bericht der Frankfurter Zeitung, Nr. 58 vom 23. 1. 1921 und der Rheinischen Zeitung, Nr. 19 vom 24. 1. 1921.

¹⁹⁷ Das auf den 21. 1. 1921 datierte Gutachten findet sich im BAK, NL Silverberg, Bd. 154, Bl. 14–19.

¹⁹⁸ Einladungsschreiben des Reichswirtschaftsrates vom 22. 1. und 25. 1. 1921, DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 483, Bl. 140 und 144–144 Rs.

¹⁹⁹ Einladungsschreiben des Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrates an die Professoren Eckert, Radbruch und Schücking vom 26. 1. 1921, ebenda, Bl. 148–148 Rs. Ursprünglich war auch der Staats- und Verfassungsrechtler Prof. Anschütz eingeladen worden, doch sagte dieser später wieder ab. (Ebenda, Bl. 152.)

²⁰⁰ Siehe dazu die Kabinettsitzung vom 2. 2. 1921, Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 168, P. 1.

²⁰¹ Schreiben des Reichswirtschaftsrates an den Reichsjustizminister vom 12. 2. 1921, DZA Potsdam, RJM, Nr. 7937, Bl. 74.

Staatsbesitz mit keinem Wort erwähnt wurde²⁰². Besonders die Sozialisierungsgegner, die vorher vielleicht noch zu kleineren Zugeständnissen bereit gewesen wären, glaubten unter diesen Umständen, jede Veränderung zurückweisen zu müssen. So etwa Reichswirtschaftsminister Scholz, der zuvor für eine Gewinnbeteiligung oder Gewinnbeschränkung plädiert hatte, der nun aber die Angelegenheit gänzlich fallen lassen wollte²⁰³.

Die außenpolitische Entwicklung bestimmte natürlich auch das vom Kabinett angeforderte gemeinsame Gutachten des Auswärtigen Amts und des Reichsjustizministeriums. Das Gutachten wurde am 17. Februar dem Reichskanzler übersandt und fiel für die Sozialisierung negativ aus. Zwar wurde zunächst festgestellt, daß der Friedensvertrag eine Sozialisierung nicht verbiete, doch wiesen die beiden Ministerien darauf hin, daß nach Art. 248 das Reich und die Länder mit ihrem gesamten Besitz und ihren Einnahmequellen für die Bezahlung der Wiedergutmachung haften sollten. Unter diese Bestimmung würden nach der bisher von den Alliierten geäußerten Rechtsauffassung auch die staatlichen und privaten Kohlenbergwerke nach ihrer Sozialisierung fallen. Zwar seien die als Rechtsträger der Kohlewirtschaft in Aussicht genommenen Verbände selbständige juristische Personen mit eigener Organisation und eigenem Vermögen, doch könne diese auf formalrechtlichen Überlegungen beruhende Auffassung den Alliierten gegenüber kaum mit Erfolg vertreten werden. Die alliierte Note vom 29. Januar 1921 habe dies erneut gezeigt. Die beiden Ministerien kamen zu dem Ergebnis, daß bei allen bisher gemachten Sozialisierungsvorschlägen, unabhängig von der rechtlichen Konstruktion im einzelnen, staatlicher Besitz geschaffen würde, den die Alliierten zur Deckung der Reparationen heranziehen würden²⁰⁴.

Daß es sich bei diesem Gutachten nicht um ein politisches Gefälligkeitsgutachten handelte, sondern um eine realistische Einschätzung der außen- und machtpoliti-

²⁰² Art. 5 der alliierten Reparationsnote vom 29. 1. 1921, Verh. d. Dt. Reichstages, Bd. 366, Drucks. Nr. 1640, S. 21.

²⁰³ Dazu notierte Reichsinnenminister Koch in seinen Tagebuchaufzeichnungen: „... Herr Scholz, der sich in der Sozialisierungsfrage bisher durch die besondere Gabe seiner Dickfelligkeit als besonders geeignet erwiesen hat, saugt jetzt aus der Blüte der Entente-Note seinen Honig. Nachdem er bisher nicht nur die Vollsozialisierung, sondern jede Eigentumsverschiebung mit Recht abgelehnt und versucht hat, Gewinnbeteiligung, Gewinnbeschränkung usw. in den Vordergrund zu stellen, erklärt er jetzt jede wirkliche Sozialisierung für gefährlich, da sie der Entente ein Pfand ermögliche, und glaubt, daß man durch jede kleinere Maßnahme ‚dem Fluch der Lächerlichkeit‘ verfallt. Er will deshalb die Akte schließen. Brauns und ich wehren uns, indem wir sagen, daß gerade jetzt die Möglichkeit ist, wegen der außenpolitischen Bedenken die kleineren Maßnahmen zu allgemeiner Befriedigung durchzusetzen. Scholz streckt sich zuletzt einigermaßen, aber schließlich bleibt die Sache in seinem Ressort, und er wird sie schon, wie der bekannte Landrat, durch langes Liegenlassen zu erledigen suchen. Fragt sich nur, was die Bergarbeiter dabei machen.“ BAK, NL Koch-Weser, Nr. 27, Bl. 381.

²⁰⁴ Das gemeinsame Gutachten des Auswärtigen Amts und des Reichsjustizministeriums findet sich im BAK, R 43 I/2111, Bl. 246–254.

schen Lage, zeigte das wesentlich später erstattete Gutachten der Sachverständigen Eckert, Radbruch und Schücking²⁰⁵. Auch die Sachverständigen erklärten nach längeren prinzipiellen Ausführungen, daß die Bestimmung des Art. 248 des Friedensvertrages rein rechtlich gesehen für eine Sozialisierung in privatrechtlichen Formen keine Gefahr bedeute. Da es sich ihrer Meinung nach hier jedoch nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine Machtfrage handele, sei zu befürchten, daß die Alliierten unter Berufung auf die Pariser Beschlüsse auch die privatrechtlich aufgebauten sozialisierten Unternehmen für die Bezahlung der Reparationen haftbar machen würden.

Gedankengang und rechtliche Begründung lauteten damit in beiden Gutachten fast gleich. Hier wurde die Sozialisierungsdebatte von der formalrechtlichen Ebene, die im wesentlichen eindeutige Entscheidungen zuließ, auf die machtpolitische Ebene verschoben, die nun durch ein in vielen Variationen mögliches Verhalten der Alliierten bestimmt wurde. Die Schwierigkeit der deutschen Position bestand darin, daß die Alliierten für den Friedensvertrag rechtsetzende, rechtinterpretierende und rechtempfangende Instanz zugleich waren und daß sie ihre Haltung bei der Ausführung des Vertrages in jeder Situation grundsätzlich offen halten konnten. Die Entwicklung seit Januar 1920 hatte die deutsche Politik eine eindringliche Lektion gelehrt. Die Skala der alliierten Verhaltensweisen reichte von einer widerstrebenden Zustimmung zu deutschen Vorschlägen bis zur Besetzung weiteren deutschen Gebiets, und niemand zweifelte daran, daß die Alliierten den Friedensvertrag weiterhin extensiv auslegen würden. Die Sozialisierung scheiterte damit auch an einer möglichen politischen Zwangslage, deren Verhütung Anhängern und Gegnern der Sozialisierung gleichermaßen notwendig schien.

Unmittelbar nach diesen Gutachten endete daher die Diskussion über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ebenso abrupt wie vollständig. Weder der Sozialisierungsausschuß noch die erweiterte Verständigungskommission traten in dieser Frage erneut zusammen. Zwar wurde den beiden Gremien Mitte April 1921 auf deren Wunsch hin das gemeinsame Gutachten des Auswärtigen Amtes und des Reichsjustizministeriums übersandt²⁰⁶, doch erfolgte dies lediglich zur Kenntnisnahme ohne eigene Stellungnahme. Zwischen Regierung und Parteien, Gewerkschaften und Verbänden schien allgemeine Übereinstimmung zu bestehen, daß eine Vollsozialisierung des Kohlenbergbaues unter den bestehenden außenpolitischen Verhältnissen nicht durchzuführen war.

²⁰⁵ Eine undatierte Durchschrift des Gutachtens der juristischen Sachverständigen findet sich im BAK, NL Silverberg, Nr. 138, Bl. 165–166. Diese Durchschrift hatte der Vorsitzende der erweiterten Verständigungskommission, Bürgermeister Berthold, am 27. 7. 1921 Paul Silverberg übersandt (BAK, NL Silverberg, Nr. 138, Bl. 164).

²⁰⁶ Siehe dazu das Protokoll der Kabinettsitzung vom 6. 4. 1921, Ed. Akten d. Reichskanzlei, Kabinett Fehrenbach, Dok. Nr. 229, P. 1. Das Gutachten wurde am 22. 4. 1921 dem Sozialisierungsausschuß und der Verständigungskommission übersandt; DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 1455, Bl. 222.

Schlußbemerkung

Das Ringen um die Sozialisierung gehört in den Rahmen der großen Umbruchsbewegung, die sich – vielfach vorbereitet – nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland vollzog. Die Sozialisierung mag als Episode erscheinen, gehört jedoch zu den Ereignissen, die die spannungsreiche Unfertigkeit der deutschen Entwicklung nach dem Kriege kennzeichnen. Sie kann als der Versuch betrachtet werden, nach der politischen Umwälzung, die sich 1918 vollzogen hatte, nun auch eine wirtschaftliche und soziale Umwälzung vorzunehmen; das Wirtschaftssystem sollte dem politischen System angeglichen werden.

Es zeigte sich bald, daß dieser Versuch auf eine Reihe von Schwierigkeiten und Widerständen stieß, die teils von den Beteiligten selbst ausgingen, die teils aber auch durch die politische Zwangslage Deutschlands bedingt waren. Die Arbeiterschaft hatte trotz theoretischer Zielsetzung kein praktisches Programm, nach dem die Sozialisierung hätte durchgeführt werden können. Jeder derartige Versuch war unter diesen Umständen ein Experiment, das die Gefahr des Scheiterns und damit auch des wirtschaftlichen Zusammenbruches in sich trug. Zudem war die Arbeiterschaft in sich gespalten und bezog in der Frage der Sozialisierung verschiedene Positionen. Die Bergbauunternehmer waren demgegenüber blind für die Notwendigkeit eines Ausgleichs der sozialen Spannungen, die sich im Laufe des Krieges eher noch verschärft hatten. Ihr Verhalten in der Sozialisierungsfrage war die erste Aktion, die nach dem vorläufigen Sozialfrieden der Arbeitsgemeinschaft wieder in die umgekehrte Richtung verlief und die die Wiedergewinnung der im November 1918 preisgegebenen Positionen zum Ziele hatte. Überschattet wurde alles noch durch die schwierige außenpolitische Lage, die durch eine Reihe von Unwägbarkeiten bestimmt wurde und an der die Sozialisierung auch mit scheiterte.

Die Sozialisierung ist in ihren wirtschaftlichen Aussichten und ihren politischen Möglichkeiten zu Recht umstritten gewesen. Nicht der Verzicht auf eine in ihrem Ausgang unsichere Vollsozialisierung ist daher rückschauend den Handelnden von damals zum Vorwurf zu machen, sondern vielmehr dies, daß in der Frage der größeren sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit überhaupt nichts unternommen wurde. Die Sozialisierungsforderung bezeichnete nämlich vor allem ein psychologisches Problem: es war notwendig, der Arbeiterschaft zu zeigen, daß es sich beim Weimarer Staat nicht nur um eine „formale“, sondern auch um eine „soziale Demokratie“ (W. Abendroth) handelte. Diese Möglichkeit wurde hier vertan. Es blieben ungelöste soziale Spannungen, die ein volles Bekenntnis der Arbeiterschaft zu dem von ihr begründeten Staat ausschlossen und die für die ganze Weimarer Republik bis zu ihrem Untergang hin bestimmend sein sollten. Walther Rathenau, der wie kein zweiter mit den wirtschaftlichen, organisatorischen und sozialen Fragen der Sozialisierung vertraut war, hat bereits damals erkannt, daß die Entwicklung im politischen Bereich notwendig auch im ökonomischen Bereich nachvollzogen werden mußte. In der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates am 8. Oktober 1920 sagte er: „Ich stehe nicht auf dem Standpunkt

des Marxismus, nicht auf dem Standpunkt des offiziellen Sozialismus. Aber das ist mir unverbrüchlich, daß nach den unerhörten Umgestaltungen, die unser Land erfahren hat, die seine Geistigkeit und seine Wirtschaft erfahren hat, die Formen der Wirtschaft diesen Grundgesetzgebungen nachzukommen haben werden und daß auch unser persönliches, unser menschliches und unser soziales Empfinden sich diesen Grundgestaltungen anzupassen hat. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen; es wird nötig sein, daß die Kräfte kontrovers miteinander, aber auch gegeneinander arbeiten, und ich wünsche, daß dieses Miteinander- und Gegeneinanderarbeiten unter Ausschaltung der Leidenschaften, des Hasses und der Verdächtigung geschehe. Ich glaube, nur dann werden wir zu einem fruchtbaren Arbeiten kommen, wenn jeder sich bemüht, nach Kräften dazu beizutragen, daß ein Gleichgewicht entsteht; denn nur ein neues Gleichgewicht kann unsere produktiven Kräfte retten.“²⁸⁷

²⁸⁷ DZA Potsdam, Reichswirtschaftsrat, Nr. 386. Bl. 28–29.

UDO WENGST

UNTERNEHMERVERBÄNDE UND GEWERKSCHAFTEN IN DEUTSCHLAND IM JAHRE 1930

Die Beziehungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften in der Weimarer Republik bewegten sich in einem Spannungsverhältnis zwischen bedingter Kooperation und grundsätzlicher Konfrontation. Am Anfang stand die Zusammenarbeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft, die durch das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918 geschaffen wurde¹. Tragfähig war dieses Abkommen jedoch nur kurze Zeit. In den harten sozialen Auseinandersetzungen der Inflationsjahre verlor es mehr und mehr an Bedeutung, und nach dem Austritt der einzelnen Gewerkschaften im Herbst und Winter 1923/24 erfolgte im Frühjahr 1924 die Selbstauflösung der Zentralarbeitsgemeinschaft. Der Industrielle Paul Silverberg machte 1926 in einer Rede vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) den Vorschlag, die Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften zu erneuern, ohne sich allerdings hiermit durchsetzen zu können². Die Mehrheit der Unternehmer, vor allem der Langnamverein und die Nordwestliche Gruppe des Verbandes der Deutschen Eisen- und Stahlindustriellen, verfochten eine entgegengesetzte andere Linie in den sozial- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen³. Ihre Bestrebungen hatten die Schwächung, wenn nicht gar Zerschlagung, der Gewerkschaften und schließlich die autoritäre Umwandlung des Weimarer Parlamentarismus zum Ziel⁴. In der Endphase der Republik besaßen diese Kräfte im

¹ Siehe hierzu Gerald D. Feldman, *German Business between War and Revolution, The Origins of the Stinnes-Legien-Agreement*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft*, Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Berlin 1970. Neueste Darstellung: Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus, Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914-1918* (Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 3), Düsseldorf 1974, S. 172 ff.

² Die Rede Silverbergs ist abgedruckt in: Paul Silverberg, *Reden und Schriften*, hrsg. von Franz Mariaux, Köln 1951, besonders wichtig S. 72. Hierzu Dirk Stegmann, *Die Silverberg-Kontroverse 1926, Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration*, in: *Sozialgeschichte heute*, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler (Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 11), Göttingen 1974, S. 594-610.

³ Vgl. den Überblick von Gerald D. Feldmann, *The Social and Economic Policies of German Big Business, 1918-1929*, in: *The American Historical Review*, LXXV (1969), S. 47-55. Hierzu jetzt auch einige Arbeiten in dem wichtigen Sammelband: Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weishrod (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Verhandlungen des internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973*, Düsseldorf 1974.

⁴ In diesem Zusammenhang ist besonders auf den Bund zur Erneuerung des Reiches (Luther-Bund) hinzuweisen, der durch Spenden der genannten Industriegruppen finanziert wurde, personell mit ihnen verbunden war und mit etlichen Arbeiten teilweise namhafter Wissenschaftler zur Reichs-, Verfassungs- und Verwaltungsreform an die Öffentlichkeit trat. Eine

Unternehmerlager meistens das Übergewicht und konnten ihre politischen Vorstellungen in den Verbänden der Industrie durchsetzen. Doch gelang ihnen dies nicht unangefochten; und im Jahr 1930 gewannen vorübergehend noch einmal die Gruppen die Oberhand, die für eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise eintraten. Die Verhandlungsbereitschaft der Industrieverbände wurde von der Gewerkschaftsführung erwidert, und beide Seiten kamen zu intensiven Beratungen zusammen.

Im Jahr 1930 gab es zwei voneinander unabhängige Versuche, eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaften herbeizuführen. Eine nicht allzu bedeutende und ohne jedes Ergebnis bleibende Initiative ging von einem der einflußreichsten Männer der Chemieindustrie, Carl Bosch, aus. In dessen Auftrag trat im Laufe des Jahres 1930 – ein genaues Datum ist nicht überliefert – das Direktoriumsmitglied der AEG, Hermann Bücher, an Theodor Leipart, den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), und an Fritz Tarnow, den Vorsitzenden der Holzarbeitergewerkschaft, heran und lud sie zu vertraulichen Besprechungen ein. Leipart und Tarnow nahmen die Einladung an und diskutierten einen ganzen Tag lang mit Bosch und Bücher. Im Verlauf dieser Aussprache erklärte Bosch, „die liberale Wirtschaft existiere nicht mehr, und es sei notwendig, neue Formen zu entwickeln“. Bosch sprach sich für die „Kontrolle und Demokratisierung der Kartelle“ und für die Errichtung eines gemeinsamen wirtschaftlichen Forschungsinstitutes von Industrie und Gewerkschaften aus, als dessen Leiter er Wichard von Moellendorff vorschlug, der während des Krieges und in der Nachkriegszeit als entschiedenster Vertreter von Gemeinwirtschaftsideen hervorgetreten war⁵. Tarnow und Leipart lehnten diese Vorschläge aber ab, da sie glaubten, daß eine Zusammenarbeit von Gewerkschaftsführung und Unternehmern von den Arbeitern nicht gebilligt werde⁶.

Im Unterschied zum eben geschilderten Ereignis hatte ein zweiter Anlauf, eine Zusammenarbeit herbeizuführen, eine größere Bedeutung und Wirkung und führte zu ausgiebigen Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Den bisher in der Literatur vorliegenden Informationen zufolge ersuchte die Gewerkschaftsführung Anfang 1930 den Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918 und ehemaligen Reichsminister Hans von Raumer, Besprechungen zwischen Gewerkschaften und den Industrieführern zu vermitteln, „um nach gemeinsamen Wegen zur Behebung der Not zu suchen“⁷. Diese Besprechungen ließen sich nach übereinstimmendem Zeugnis zunächst so hoffnungsvoll an,

gründliche Untersuchung dieses Bundes, die auch die Akten der Industriearchive heranziehen müßte, steht bisher noch aus.

⁵ Zu Wichard von Moellendorff siehe Friedrich Zunkel, *Industrie ...*, passim.

⁶ Kurt Stechert, *Wie war das möglich? Der Ursprung des Dritten Reiches in historischer und soziologischer Beleuchtung*, Stockholm 1945, S. 349 f.; Karl Holdermann, *Im Banne der Chemie*, Carl Bosch, Leben und Werk, Düsseldorf 1953, S. 251.

⁷ Hans von Raumer, *Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Republik*, in: *Deutsche Rundschau* 80 (1954), S. 434.

daß Anfang Juni eine Einigung über eine gemeinsame Erklärung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik unmittelbar bevorstand, zu der es dann aber schließlich doch nicht gekommen ist. Über die Gründe für das Scheitern der angestrebten Kooperation werden verschiedene Meinungen geäußert. Hans von Raumer führt es darauf zurück, daß „ungeachtet des besten Willens beider Parteien“ der „Druck der sich täglich verschärfenden Krise“ eine Einigung unmöglich gemacht habe⁸. Im Gegensatz hierzu stehen die dezidierten Wertungen des ehemaligen Reichskanzlers Heinrich Brüning, der in seinen Memoiren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie vorwirft, „wild und planlos“ alle Versuche zerschlagen zu haben, „wieder wie 1918/19 zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Industrie zu kommen“⁹. Lothar Döhn hat schon vor dem Erscheinen der Brüning-Memoiren ein ähnliches Urteil abgegeben¹⁰, und auch Michael Schneider gelangt in seinen 1975 vorgelegten Monografien, in denen erstmals auf die Fortsetzung der Verhandlungen im Herbst 1930 eingegangen wird, zu der Überzeugung, daß eine Zusammenarbeit der Interessenverbände an der mangelnden Kompromißbereitschaft der Unternehmer scheiterte¹¹. Ursula Hüllbüsch weiß dagegen stärker zu differenzieren. Zwar macht auch sie einige Unternehmergruppen dafür verantwortlich, daß Anfang Juni 1930 eine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen von Unternehmern und Gewerkschaften nicht zustande kam, doch weist sie gleichzeitig darauf hin, daß die Verhandlungen Ende Juni wieder aufgenommen wurden. Die Gewerkschaftsführung habe sie aber bald darauf mit dem Hinweis auf die „Forderungen der DVP im Reichstag nach Lohnabbau sowie ... [die] Massenkündigungen in wichtigen Betrieben“ abgebrochen¹². Unbefriedigend bleibt jedoch bei Hüllbüsch, daß sie als Quellengrundlage lediglich die Deutsche Gewerkschaftszeitung heranzieht und ihre Ausführungen zu unserem Thema im Juni 1930 abbrechen.

Für alle genannten Arbeiten gilt die Feststellung, daß die Informationen über die Motive der Verhandlungspartner, den materiellen Inhalt und den Verlauf der Besprechungen nicht genügen, um darüber ein begründetes Urteil zu fällen. Eine zusammenhängende Darstellung dieses Kapitels aus den Beziehungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften in der Weimarer Republik ist daher

⁸ Ebenda.

⁹ Heinrich Brüning, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 176 f.

¹⁰ Lothar Döhn, *Politik und Interesse, Zur Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei (Marburger Abhandlungen zur Politikwissenschaft)*, Meisenheim am Glan 1970, S. 158.

¹¹ Michael Schneider, *Unternehmer und Demokratie, Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918–1933* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung), Bd. 116, Bonn 1975, S. 126 ff.; ders., *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik* (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 120), Bonn 1975, S. 56 f.

¹² Ursula Hüllbüsch, *Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise*, in: *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33*, hrsg. von Werner Conze und Hans Raupach, Stuttgart 1967, S. 146 f.

ein Desiderat der Forschung. Das gilt umso mehr, als eine Einordnung dieser Vorgänge in die Politik des Kabinetts Brüning noch aussteht.

Im Februar 1930 schrieb der Zentrumsolitiker Adam Stegerwald einen Artikel, in dem er sich für die „Wiederaufrichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft“ aussprach, um mit den Problemen der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise fertig zu werden¹³. Diese Forderung wurde zu einer Zeit erhoben, in der die große Koalition, die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik, schon deutliche Auflösungserscheinungen erkennen ließ und ihr baldiges Ende für eingeweihte Kreise abzusehen war¹⁴. Neben Reichspräsident Hindenburg und seinem Beraterkreis sowie der Reichswehrführung arbeiteten besonders Teile der DVP, der Partei, die am stärksten die industriellen Interessen vertrat¹⁵, und die Unternehmerverbände darauf hin, die SPD aus der Regierung hinauszudrängen, da sie glaubten, nur gegen diese Partei ihre wirtschafts-, sozial- und verfassungspolitischen Vorstellungen durchsetzen zu können. Schienen unter diesen Umständen keine Chancen für eine Verwirklichung von Stegerwalds Vorschlag zu bestehen, so bewiesen die Ereignisse der nächsten Wochen und Monate das Gegenteil. Denn parallel zu dem Vorgehen gegen die SPD lief der Versuch führender Industrieller, eine Verständigung mit den Gewerkschaften herbeizuführen. Dabei ließen sie sich von der Überlegung leiten, „daß die Gewerkschaften augenblicklich relativ vernünftig sind und daß mit ihnen schon etwas zu erreichen sei, wohingegen die sozialdemokratischen Minister scheinbar unbelehrbar seien“¹⁶.

In den letzten Tagen der Reichskanzlerschaft Hermann Müllers trat Ludwig Kastl, das Geschäftsführende Präsidialmitglied des RDI, an den 2. Vorsitzenden des ADGB, Peter Graßmann, heran, um die Möglichkeit einer „Entgiftung der Situation“ zu erörtern. Diese Fühlungnahme erbrachte keine greifbaren Ergebnisse, da weitere Besprechungen „durch rein zufällige äußere Umstände zunächst nicht zustande kamen“¹⁷. Hans von Raumer nahm einige Wochen nach der Bildung des Präsidialkabinetts Brüning den Kontakt zu Graßmann wieder auf, und beide Seiten erörterten in einer Vorbesprechung „im kleinsten Kreise“ die jeweiligen Positionen. Im Anschluß hieran informierten die Unternehmer die Reichsregierung, die an den Gesprächen sofort lebhaftes Interesse bekundete, das in erster Linie durch die schlechte Wirtschaftslage begründet war. Entgegen den Erwartungen führender Experten hatte sich die Konjunktur im Laufe des Frühjahrs 1930

¹³ Stegerwald-Archiv Köln, Nachlaß Stegerwald, Bd. 1930 I, Nr. 720.

¹⁴ Siehe die Darstellung von Ilse Maurer, Reichsfinanzen und große Koalition, Zur Geschichte des Kabinetts Müller (1928–1930) (Moderne Geschichte und Politik, Bd. 1), Bern-Frankfurt/M 1973, S. 108 ff.

¹⁵ Zur Verflechtung von Industrie und DVP siehe Lothar Döhn, Politik . . . , passim.

¹⁶ So äußerte sich das Vorstandsmitglied des RDI, Hans Kraemer, in einer Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaft am 1. 3. 1930, siehe Niederschrift Blanks über diese Besprechung, Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte Oberhausen (HA/GHH), 40010124/2.

¹⁷ Gradinger an Otto Braun vom 14. 6. 1930, Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlaß Otto Braun, Nr. 567.

nicht belebt. Die Steuereingänge blieben hinter den Schätzungen vom April, die der Aufstellung des Etats zugrunde lagen, weit zurück. Die Deckung des Haushaltes war infolgedessen nicht mehr gewährleistet. Die Reichsregierung faßte daher notgedrungen den Entschluß, umgehend ein neues Deckungsprogramm auszuarbeiten, das für die Bevölkerung neue Belastungen bringen mußte. In der angestrebten Einigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften über einige zentrale Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sah das Kabinett Brüning nun aber die Möglichkeit, bei den Verbänden Unterstützung für seine Vorstellungen zu finden und damit mögliche Widerstände in der Bevölkerung und innerhalb der Parteien gegen die ins Auge gefaßten Maßnahmen zu überwinden. Reichskanzler Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald nahmen deshalb die Einladung zu einer Unterredung mit den führenden Männern des RDI und der Vereinigten Deutschen Arbeitgeberverbände (VDA) an und besprachen mit ihnen das weitere Vorgehen gegenüber den Gewerkschaften¹⁸.

In der zweiten Hälfte des Monats Mai trafen in der Wohnung von Raumers Verhandlungsdelegationen des ADGB sowie des RDI und der VDA zu einer ausführlichen Diskussion zusammen¹⁹. Beide Seiten legten Entwürfe für eine öffentliche Erklärung zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor, die ein hohes Maß an Übereinstimmung aufwiesen. Sowohl Unternehmer als auch Gewerkschaften sprachen sich für ein Notopfer aller Festbesoldeten zugunsten der Erwerbslosen aus, befürworteten eine gemeinsame Prüfung und Behebung der Arbeitslosigkeit und traten für eine Sanierung der öffentlichen Haushalte ein. Auch in den umstrittenen Fragen der Senkung der Selbstkosten der Produktion und der Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen konnten die Standpunkte stark angenähert werden. Die Gewerkschaftsvertreter erkannten die Notwendigkeit einer Senkung der Produktionskosten und damit auch der Löhne an, verlangten aber eine fühlbare Herabsetzung der Preise. Die Preissenkung war auch das Ziel der Arbeitgeber; offen blieb jedoch die Frage, welche Seite die Vorbelastungen der Senkungsmaßnahmen tragen sollte, die Arbeitnehmer bezüglich der Löhne oder die Arbeitgeber bezüglich der Preise. Was das Versicherungswesen anbetraf, so erkannten die Unternehmer „ausdrücklich die Notwendigkeit und den Nutzen der Sozialversicherung in allen Zweigen an“, verlangten aber Reformen, was Abbau der Leistungen bedeutete. Auch in diesem Punkt lag noch eine Menge Konfliktstoff, da die Gewerkschaften ihrerseits unbedingt an der Höhe der Versicherungssätze festhalten wollten. Trotz unterschiedlicher Auffassungen zu diesen wichtigen Fragen faßten die Verhandlungspartner am Ende der Aussprache den Entschluß, den Reichspräsidenten um eine Audienz zu ersuchen, um ihm die beiden Erklärungen zu überreichen.

¹⁸ Niederschrift Meynens vom 3. 6. 1930 über die gemeinsame Besprechung des Präsidiums des RDI und des Vorstandes der VDA über einen gemeinsamen Schritt mit den Gewerkschaften beim Reichspräsidenten, Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Silverberg 457.

¹⁹ Vgl. zum folgenden die in den Anmerkungen 17 und 18 genannten Dokumente sowie die Anlage (Aufzeichnung Raumers) zum Brief Pünders an Raumer vom 31. 5. 1930, BA, R 45 I/1157.

Hindenburg sollte gebeten werden, diesen Anlaß zu nutzen, um seinerseits einen Appell an das deutsche Volk zu richten, einer „finanziellen Kraftanstrengung“ zugunsten der Erwerbslosen und einem allgemeinen Preisabbau zuzustimmen. Die Audienz wurde für den Nachmittag des 3. Juni 1930 anberaumt.

Am Morgen des 3. Juni traten das Präsidium des RDI und der Vorstand der VDA zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um das mit den Gewerkschaften ausgehandelte Ergebnis zu diskutieren²⁰. Dabei stellte sich heraus, daß die von der Unternehmerdelegation ausgearbeitete Erklärung bei einer größeren Gruppe von Industriellen teils auf vorsichtige Kritik, teils auf heftige Abwehr stieß. Während sich der Vorsitzende der VDA, Ernst von Borsig, und das Präsidiumsmitglied des RDI, Fritz Thyssen, grundsätzlich gegen jede Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aussprachen, erachteten Waldemar Braun und Georg Blohm, ebenfalls Mitglieder der Spitzengremien des RDI, die Zugeständnisse der Unternehmer als zu weitgehend und forderten als Äquivalent für ihr Entgegenkommen die Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen und eine stärkere Betonung der Notwendigkeit von Lohnsenkungen. Der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Industrieller, Wilhelm Wittke, erhob Bedenken gegen das Tempo des Vorgehens, und Bücher verlangte schließlich als Voraussetzung für eine Fortsetzung der Aktion die Zustimmung der Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Erklärung, „in der festgestellt wird, daß die Rückkehr zum kapitalistischen System unumgänglich sei, um die Gesamtwirtschaft zu retten“. Da eine Einigung auf den vorliegenden Text nicht möglich war, schlug Paul Silverberg vor, die Audienz beim Reichspräsidenten zu verschieben und mit den Gewerkschaften erneut zu verhandeln. Die Anwesenden stimmten diesem Vorschlag einstimmig zu²¹ und beauftragten ein Redaktionskomitee unter der Leitung von Hermann Bücher, die Erklärung zu überarbeiten und sie dann den Gewerkschaften zur Stellungnahme vorzulegen.

Das Scheitern der Audienz beim Reichspräsidenten am 3. Juni brachte die Reichsregierung in eine schwierige Lage. Das schon von Anbeginn an gezeigte Interesse an den Bemühungen der Unternehmer und Gewerkschaften, zu einer Einigung zu gelangen, hatte sich inzwischen noch verstärkt. Besonders Reichskanzler Brüning maß den Verhandlungen großes Gewicht bei. Am 3. Juni erklärte er im Kabinett, daß die Verständigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften „nach seiner Überzeugung . . . die unbedingte Voraussetzung für einen Erfolg der Reichspolitik“ sei²². Als die Aktion in den ersten Junitagen dann nicht wie erwartet zum Abschluß gelangte, glaubte die Regierung, mit ihrem Deckungsprogramm aber nicht mehr länger warten zu können, und gab es am 5. Juni der Öffentlichkeit

²⁰ Vgl. Niederschrift Meynens vom 3. 6. 1930 (Anm. 18).

²¹ Nach der Absage vom 3. 6. hielt sich Hindenburg noch bis zum Nachmittag des 5. 6. für eine Audienz bereit. Am Abend des 5. 6. reiste Hindenburg aus Berlin ab, schrieb aber vorher noch eine Erklärung nieder, die veröffentlicht werden sollte, wenn sich Unternehmer und Gewerkschaften doch noch einigen sollten; siehe Notiz Blanks über eine Mitteilung Kastls vom 5. 6. 1930, HA/GHH, 400101293/10b.

²² Niederschrift über die Sitzung des Reichsministeriums vom 3. 6. 1930, BA, R 43 I/1444.

bekannt. Die Presse reagierte darauf mit einem Sturm der Entrüstung; und auch innerhalb der DVP, einer der Regierungsparteien, erhob sich heftiger Widerspruch, der sich hauptsächlich gegen das Notopfer der Festbesoldeten richtete²³.

Die scharfe Kritik blieb jedoch nicht nur auf einzelne Punkte des Regierungsprogramms beschränkt. In einigen Gruppierungen im Unternehmerlager und den ihnen nahestehenden Parteien gewann in diesen Tagen die Überzeugung an Boden, daß das Kabinett Brüning doch nicht die Männer habe, um „der außerordentlich schwierigen Lage der Wirtschaft und Reichsfinanzen . . . mit ebenso außerordentlichen Maßnahmen“ zu begegnen²⁴. Hinter den Kulissen kursierten bereits Namen von möglichen Nachfolgern Brünings. Genannt wurden der Reichsbankpräsident Hans Luther, dessen Vorgänger Hjalmar Schacht und der Oberbürgermeister von Essen, Franz Bracht²⁵. Vor allem die Kandidatur Luthers, der schon im Winter 1929/30 vom rheinisch-westfälischen Arbeitskreis der DVP und auch von Parteiführer Scholz als Kanzler eines Präsidialkabinetts ins Auge gefaßt worden war²⁶, fand eine Reihe von Fürsprechern²⁷. Luther, der selbst durchaus Ambitionen auf die Reichskanzlerschaft hatte²⁸, hielt sich jedoch zurück, da er und die ihn stützenden Kreise der Wirtschaft „seine Zeit für noch nicht gekommen“ hielten²⁹. Wenn aus diesen und anderen Gründen die Pläne, Brüning als Reichskanzler durch einen neuen Mann zu ersetzen, vorerst keine Aussicht auf Verwirklichung hatten, so gelang es der DVP aber immerhin, das Kabinett Brüning in eine erste Krise zu stürzen, indem sie Finanzminister Moldenhauer, selbst Mitglied der DVP, zum Rücktritt zwang³⁰. Brüning mußte sein Kabinett umbilden; und er sah sich darüber hinaus gezwungen, das vorliegende Deckungsprogramm zurückzuziehen und Moldenhauers Nachfolger, den DDP-Politiker Hermann Dietrich, zu beauftragen, ein neues Programm auszuarbeiten.

Währenddessen liefen die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften weiter. Das Redaktionskomitee, das in der Sitzung vom 3. Juni von den Vorständen des RDI und der VDA eingesetzt worden war, arbeitete einen Tag später einen Text für eine gemeinsame Erklärung von Unternehmern und Gewerk-

²³ Vgl. die Schilderung Moldenhauers in seinen unveröffentlichten Erinnerungen, BA, Nachlaß Moldenhauer 3. Ebenfalls Pünder an Dietrich vom 10. 6. 1930, BA, Nachlaß Pünder 131.

²⁴ Vertraulicher Bericht (von Gattineau?) für Carl Duisberg vom 6. 6. 1930, BA, Werksarchiv Bayer-Werke Leverkusen (BA/BL), RDI, 62/10.3b.

²⁵ Gattineau an Duisberg vom 18. 6. 1930, BA/BL, RDI, 62/10.b.

²⁶ Gilsa an Reusch vom 25. 1. 1930 und vom 29. 1. 1930, HA/GHH, 400101293/4a. Vgl. auch die Niederschrift Walther Jänecke über eine Unterredung mit Luther vom 9. 3. 1930, BA, Nachlaß Luther 365. Niederschrift ausführlich besprochen von Tilman P. Koops, Heinrich Brünings „Politische Erfahrungen“, Zum ersten Teil der Memoiren, in: *Gesch. in Wiss. u. Unterr.* 24 (1973), S. 211 ff. Hierzu auch Gerhard Schulz, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Berlin 1975, S. 533 f.

²⁷ Blank an Reusch vom 5. 7. 1930, HA/GHH, 4001012024/7.

²⁸ Siehe Niederschrift Jänecke vom 9. 3. 1930 (Anm. 26).

²⁹ Reusch an Blank vom 7. 8. 1930, HA/GHH, 4001012024/7.

³⁰ Hierzu ausführlich die Darstellung Moldenhauers in seinen Erinnerungen, BA, Nachlaß Moldenhauer 3.

schaften aus³¹. Am 5. Juni diskutierten die Führungen des RDI und der VDA die Ausarbeitung und erteilten ihre Zustimmung. Ernst von Borsig versuchte im Verlauf der Aussprache, seine Kollegen dafür zu gewinnen, in die Erklärung auch die Forderung nach der Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen aufzunehmen. Das lehnten die anderen Industriellen übereinstimmend ab. Sie ließen sich aber zu dem schriftlichen Versprechen überreden, in den weiteren Verhandlungen für die Aufhebung der Verbindlichkeitserklärung zu kämpfen³².

Am 6. Juni legte die Verhandlungsdelegation der Industrieverbände den Gewerkschaftsführern den neu erarbeiteten Entwurf vor. Gewisse Passagen, die die Forderung nach Senkung der öffentlichen Belastungen der Produktionskosten und die Feststellung enthielten, daß den Arbeitgebern an einer Lohnsenkung nichts gelegen sei, „wenn nicht gleichzeitig die Kaufkraft der großen Masse erhalten und für die Folge noch weiter gesteigert wird“, fanden durchaus die Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter. Dennoch waren Chancen für eine Einigung kaum gegeben. Einmal verstörten die Unternehmer ihre Gesprächspartner, als sie, entsprechend der Zusage an Borsig, im Verlauf der Diskussion „die Frage der Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen in den Vordergrund“ stellten³³; zum anderen mußten die Gewerkschaftsvertreter darauf hinweisen, daß sich ihre Verhandlungsposition durch die starke Kampagne in der Presse, die aufgrund von Indiskretionen hervorgerufen worden war, und durch die Veröffentlichung des Regierungsprogramms verschlechtert habe und sie mit starken Widerständen im eigenen Lager zu rechnen hätten³⁴.

Am Morgen des 13. Juni kamen beide Parteien zu einer neuen Besprechung zusammen, in der die Gewerkschaftsvertreter nun ihrerseits einen Entwurf für eine gemeinsame Erklärung vorlegten. Es stellte sich jedoch schnell heraus, daß eine Zustimmung der Unternehmer zu diesem Text nicht zu erreichen war, da die Gewerkschaften hierin u. a. eine Ausdehnung des Notopfers auf alle Personen forderten, die von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßt wurden, und eine forcierte Aufnahme ausländischen Kapitals durch die öffentlichen Körperschaften verlangten. Dazu kamen noch unterschiedliche Auffassungen über die Reform des Versicherungswesens sowie über die Frage, ob der Preisabbau oder der Lohnabbau vorrangig betrieben werden müsse. Eine Einigung über diese Punkte erwies sich als unmöglich, und beide Parteien hielten unbeirrt an ihrem jeweiligen letzten Entwurf als äußerstes Zugeständnis an die andere Seite fest. Sowohl bei den Unternehmern als auch bei den Gewerkschaftsführern bestand jedoch die Bereitschaft, weiterhin nach gemeinsamen Wegen zur „Überwindung der Schwierigkeiten“ zu suchen. So wurde abschließend eine Pressenotiz ausgearbeitet, in der es hieß, daß in

³¹ Herle an Duisberg vom 4. 6. 1930 mit Anlage, BA/BL, RDI, 62/10.3b.

³² Notiz Blanks über eine Mitteilung Kastls vom 5. 6. 1930, HA/GHH, 400101293/10b.

³³ Gradinger an Otto Braun vom 14. 6. 1930 (Anm. 17).

³⁴ Stenografische Niederschrift der Sitzung der Vorstände des RDI und der VDA vom 13. 6. 1930, BA/BL, RDI, 62/10.3b; ebenfalls Aufzeichnung Blanks über die gemeinsame Vorstandssitzung des RDI und der VDA vom 13. 6. 1930, HA/GHH, 400101293/10b.

den wochenlangen Beratungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften zwar von beiden Seiten verschiedene Auffassungen über die Ursachen und Auswege aus der Krise zutage getreten seien, daß aber „weitere Besprechungen der einzelnen praktischen Fragen zu einer Verständigung über positive Maßnahmen zu nützlichen Ergebnissen“ führen könnten und daher die Verhandlungen fortgesetzt würden³⁵.

Am Nachmittag des 13. Juni diskutierten die Vorstände des RDI und der VDA den bisherigen Verlauf und das vorliegende Ergebnis der Verhandlungen³⁶. Die stenografische Niederschrift über die Besprechung zeigt die unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Positionen, Meinungen und Absichten im Unternehmerlager auf. Nach dem einleitenden Bericht über die Verhandlungen des Vormittags strich Raumer als erstes Ziel der zunächst beabsichtigten Aktion die Pressuren auf die Reichsregierung heraus, die öffentlichen Lasten zu senken. Auf diesem Gebiet sei eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften unbedingt erforderlich, „um eine Stoßkraft zu erzielen, die in der Lage ist, die Regierung zu wirklich entscheidenden Schritten zu veranlassen“. Hans von Raumer bedauerte daher lebhaft, daß eine Einigung über die zuerst vorliegenden Erklärungen gescheitert war. Diese Auffassung wurde von Ernst von Borsig, Georg Blohm u. a. nicht geteilt. Sie äußerten ihre Befriedigung über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen und sahen darin, daß sich eine Einigung mit den Gewerkschaften zunächst einmal zerschlagen hatte, einen großen Vorteil für die Unternehmer. In welche Richtung die Hoffnung dieser Männer ging, machte unverhohlen der schlesische Industrielle Konrad Piatscheck klar. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß die Stellung der Gewerkschaften im gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu stark sei, um mit ihnen zu verhandeln. Zunächst müsse überall im Lande ein harter Konfrontationskurs in den Tarifauseinandersetzungen gesteuert und bis zum äußersten durchgehalten werden. Man müsse eine Lage schaffen, in der die Arbeiterschaft an der Gewerkschaftsführung irre werde. Piatscheck rechnete damit, daß die Arbeiter dann von den Gewerkschaften abwandern und sich in ihrer Mehrzahl den wirtschaftsfriedlichen Gruppen anschließen würden. Damit rief er jedoch heftigen Widerspruch hervor. Der Direktor des Tiefdrucksyndikats und stellvertretende Vorsitzende des RDI, Hans Kraemer, und Raumer befürchteten bei einem solchen Vorgehen sowohl eine Radikalisierung der Gewerkschaften als auch ein Abwandern der Arbeiter zu den Kommunisten. Der größte Teil der Anwesenden stimmte offensichtlich mit dieser Meinung überein, denn die Mehrzahl der Diskussionsredner sprach sich für eine Fortsetzung der Verhandlungen aus. Als Themen hierfür wurden neben der Senkung der öffentlichen Lasten die Reform des gesamten Versicherungswesens, die Arbeitszeitfrage und der Zusammenhang von Lohn- und Preissenkung genannt. Was den letzten Punkt anbetraf, so ergaben sich einige Meinungsverschiedenheiten über die von den Unternehmern einzunehmende Haltung. Während eine Gruppe jede Diskus-

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ebenda.

sion über eine Preissenkung für verhängnisvoll hielt, betonte vor allem Ernst Poensgen von den Vereinigten Stahlwerken, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Lohnsenkung ohne Preissenkung nicht durchgesetzt werden könne. Das Geschäftsführende Präsidialmitglied der VDA, Brauweiler, wies auf die fehlende Möglichkeit für die Produktionsbetriebe hin, die Preisgestaltung der Konsumartikel zu beeinflussen. Er schlug daher vor, in einem zweiten Schritt Vertreter des Handels an den Besprechungen zu beteiligen, um dann die Preisgestaltung des Einzelhandels „auf Herz und Nieren“ zu prüfen. Brauweiler glaubte, daß die Handelsspannen in vielen Fällen zu hoch angesetzt seien, und er hoffte, mit Hilfe der Gewerkschaften Druck auf den Handel ausüben zu können, die Preise herabzusetzen. Schließlich vertrat Brauweiler, unterstützt von Hans von Raumer, noch die Ansicht, daß außerdem der Versuch gemacht werden sollte, zusammen mit den Gewerkschaften auch Einfluß auf die Preisgestaltung der Landwirtschaft auszuüben.

Die im Verlauf der Diskussion hervorgehobenen gemeinsamen Interessen gegenüber Regierung, Handel und Landwirtschaft, die als Grundlage einer Zusammenarbeit von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften durchaus tragfähig zu sein schienen, hielten jedoch selbst einen Mann wie Hans von Raumer nicht davon ab zu fordern, in den kommenden Tarifaueinandersetzungen keine Rücksicht auf die weiteren Verhandlungen zu nehmen, die Tarife zum jeweiligen Termin zu kündigen und Lohnsenkungen durchzusetzen. Eine radikale Richtung verlangte gar, gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, „Tarifverträge auch während der Laufzeit zu kündigen und in Lohnsenkungsverhandlungen einzutreten“. Sie konnte sich allerdings nicht durchsetzen. Denn ein solcher Schritt beschwor nicht nur die Gefahr „allergrößter Beunruhigung“ herauf, wie die Mehrheit der Unternehmer betonte³⁷, sondern hätte außerdem jegliche weitere Verhandlungen mit den Gewerkschaften von vornherein torpediert. Die Aussichten auf eine Einigung mit den Gewerkschaften waren jedoch auch nach Ablehnung der radikalen Forderung nicht gerade günstig, da sich die Unternehmer grundsätzlich auf ein zweigleisiges Vorgehen einigten: einerseits Konfrontation in den anstehenden Tarifaueinandersetzungen, andererseits Kooperation in allgemeinen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen. Diese Haltung mußte das Verhältnis zu den Gewerkschaften zunehmend belasten und die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit verschlechtern³⁸.

Das vorläufige Ende der Kooperationsversuche von Unternehmern und Gewerkschaften kam unter diesen Voraussetzungen sehr schnell. Als die Delegationen beider Seiten am 24. Juni zu einer erneuten Besprechung zusammenkamen, erklärten

³⁷ Blank an Reusch vom 17. 6. 1930, HA/GHH, 4001012024/7; Gilsa an Reusch vom 17. 6. 1930, HA/GHH, 400101293/4a. Prominentester Vertreter dieser Richtung war der ehemalige Staatssekretär und Mitglied der DVP-Reichstagsfraktion Schmid.

³⁸ Von den Meinungsverschiedenheiten und Kontroversen, die im Verlauf der eben geschilderten Diskussion auftraten, ist in der Darstellung Schneiders, *Unternehmer ...*, S. 126, nicht mehr viel zu finden. Er versucht vielmehr den Anschein zu erwecken, als ob innerhalb der Unternehmerschaft eine nahezu einheitliche Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bestanden habe.

die Gewerkschaftsvertreter, daß sie eine Fortsetzung der Verhandlungen nicht für zweckmäßig hielten, „weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben“ seien. Die Gewerkschaftler wiesen in diesem Zusammenhang besonders auf den Schiedsspruch von Oeynhausen³⁹, die Anträge der DVP im Reichstag auf Lohnabbau und die „Massenkündigungen in der Nordwestlichen Gruppe“ hin⁴⁰. Am 26. Juni veröffentlichte der ADGB im „Vorwärts“ eine ausführliche Stellungnahme zum Verlauf der Verhandlungen, in der er vor allem der Schwerindustrie vorwarf, durch ihre intransigente Haltung in Fragen des Lohnabbaus eine Einigung verhindert und eine Fortsetzung der Verhandlungen sinnlos gemacht zu haben⁴¹. Auf diese Veröffentlichung antwortete der RDI mit einer eigenen Erklärung, in der die Darstellung der Gewerkschaften über die Ursachen des Scheiterns der Verhandlungen zwar entschieden zurückgewiesen, die Tür zu weiteren Verhandlungen aber bewußt offengehalten wurde. Die Unternehmer würden sich, so hieß es in der Erklärung, „angesichts des so tiefen Ernstes der Lage, über den sie sich völlig klar sind, einer Anregung der Gewerkschaften, die unmittelbaren Verhandlungen wieder aufzunehmen, nicht versagen“⁴².

Diese Anregung blieb allerdings aus. Die innenpolitischen Vorgänge der nächsten Wochen, die zur Auflösung des Reichstags führten, ließen das Interesse beider Seiten an einer Fortführung der Aussprache in den Hintergrund treten. Gewerkschaften und Unternehmerverbände konzentrierten sich nun ganz auf den Reichstagswahlkampf, und beide Seiten versuchten durch Unterstützung der ihnen nahestehenden Parteien die eigene Position zu verbessern. Erst als das Ergebnis der Septemberwahl vorlag, die zwar eine große Verschiebung der parteipolitischen Konstellation gebracht, aber die Möglichkeit, durch Mehrheitsbeschluß im Parlament notwendige politische Entscheidungen zu fällen, vermindert hatte, wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Die Initiative ging diesmal von Reichsarbeitsminister Stegerwald aus, der zunächst führende Persönlichkeiten aus dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlager zu getrennten Besprechungen in seinem Ministerium empfing, um dann beide Seiten unter seinem Vorsitz zu gemeinsamen Aussprachen zu bitten⁴³.

Die erste Zusammenkunft, über die Aufzeichnungen vorliegen, fand am 12. November 1930 im Reichsarbeitsministerium statt⁴⁴. Stegerwald, der in Begleitung

³⁹ Der Schiedsspruch von Oeynhausen leitete den Lohnabbau ein. Am 10. 6. 1930 wurde er von Reichsarbeitsminister Stegerwald für verbindlich erklärt.

⁴⁰ „Vorwärts“ vom 25. 6. 1930.

⁴¹ „Vorwärts“ vom 26. 6. 1930.

⁴² Rundschreiben Herles vom 27. 6. 1930, BA/BL, RDI, 62/10.3c.

⁴³ Protokoll der 9. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 12. und 13. 10. 1930: Ausführungen Graßmanns, Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften Düsseldorf (WwIG).

⁴⁴ Aufzeichnung über eine Besprechung im Reichsarbeitsministerium vom 12. 11. 1930, Nachlaß Silverberg 248 und BA/BL, RDI, 62/10.8; Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (GCGD) vom 13. 11. 1930,

der Staatssekretäre Trendelenburg und Geib erschienen war, wies darauf hin, daß sich die Reichsregierung eingehend mit der Preisfrage beschäftige. Auf diesem Gebiet strebe das Kabinett eine Vereinbarung von Unternehmern und Gewerkschaften an, damit gesetzliche Eingriffe vermieden werden könnten. Die Einigung müsse allerdings schnell erfolgen, da die prekäre Kreditlage, die infolge des Ausganges der Reichstagswahl entstanden sei, umgehend Maßnahmen erfordere. Die Ausführungen der anwesenden Industrievertreter zu dem von Stegerwald angeschnittenen Problem waren insofern übereinstimmend, als sie die Preissenkung mit dem Lohnabbau verknüpften. Ihre Vorstellungen über die zu treffenden Maßnahmen wiesen indessen erhebliche Unterschiede auf. So betonte Silverberg als Voraussetzung für eine Beseitigung der wirtschaftlichen Depression nachdrücklich die Notwendigkeit einer Senkung der Selbstkosten der Produktion, insbesondere der Löhne. Das Lohnniveau könne jedoch nur gesenkt werden, wenn die „Artikel des täglichen Bedarfs“ billiger würden. Das erschien Silverberg durch eine Reduzierung der Handelsspannen aber durchaus möglich. Auch Müller-Oerlinghausen, erster stellvertretender Vorsitzender der VDA und Vorstandsmitglied des RDI, wies auf das Problem der Selbstkosten hin, erklärte aber, daß einer Senkung der öffentlichen Lasten vor der Lohnsenkung Priorität eingeräumt werden müsse. Mit Silverberg stimmte er darin überein, daß ein Lohnabbau nur dann möglich sei, wenn zur gleichen Zeit die Preise heruntergingen. Lohnabbau forderte auch Borsig; doch gingen seine Vorstellungen über die seiner Kollegen hinaus. Er verlangte ein Abgehen „von dem starren System der staatlich beeinflussten Löhne“, was die Beseitigung der Unabdingbarkeit von Tarifverträgen und das Ende der Verbindlichkeitserklärung bedeutete. Die anwesenden Gewerkschaftler – im Gegensatz zum Frühjahr waren diesmal von Beginn an auch Vertreter der Christlichen und der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften an den Besprechungen beteiligt – hielten sich in der Diskussion zurück, betonten die Vordringlichkeit von Maßnahmen zur Minderung der Arbeitslosigkeit wie Arbeitsstreckung, Einführung des neunten Schuljahres sowie Arbeitsdienstpflicht und versuchten darüber hinaus – allerdings ohne Erfolg – von den Arbeitgebern eine Zusicherung zu erhalten, daß in den Tarifausschließungen zunächst ein weiterer Lohnabbau zurückgestellt werde. Zum Abschluß der Aussprache wurde beschlossen, wenige Tage später mit Sachverständigen der Konsumvereine und Warenhäuser Fragen der Preisgestaltung zu erörtern, um Ende des Monats November die Diskussion zwischen Unternehmern und Gewerkschaften fortzusetzen.

Vergleicht man den Verlauf dieser Aussprache mit den Verhandlungen im Frühsommer des Jahres, so stellt man fest, daß sich die Themen und die Positionen der Teilnehmer kaum geändert haben. Die Reichsregierung versuchte nach wie vor, eine Basis für ihre Vorhaben bei Unternehmern und Gewerkschaften zu finden, um damit ihre Stellung gegenüber der Öffentlichkeit und den Parteien zu stärken, die

BA, Kleine Erwerbungen 461–2, Handakten Otte. Vgl. auch Michael Schneider, Unternehmer ..., S. 127.

sich infolge des Ausganges der Septemberwahl im Vergleich zum Frühsommer noch verschlechtert hatte. Die Haltung der Industrievertreter spiegelt die unterschiedlichen Auffassungen im Unternehmerlager wieder, wie sie auch schon im Juni bestanden hatten. Da waren auf der einen Seite Silverberg und Müller-Oerlinghausen, die versuchten, die Gewerkschaften für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, indem sie auf gemeinsame Interessen gegenüber dem Staat (Senkung der öffentlichen Lasten) und dem Handel (Senkung des Preisniveaus für Konsumartikel) hinwiesen und den Lohnabbau nur im Zusammenhang mit dem Preisabbau in Angriff nehmen wollten. Auf der anderen Seite stand Borsig, der an für die Gewerkschaften nicht akzeptablen Forderungen festhielt. Die Gewerkschaftsführer erklärten wie zuvor, daß für sie das Verhalten der Arbeitgeber in den Tarifaueinandersetzungen im Vordergrund des Interesses stehe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erzielten Unternehmer und Gewerkschaftler schnell eine Einigung über einen Preisabbau und setzten ihn im Zusammenwirken mit der Reichsregierung – wenn auch in bescheidenem Ausmaß – gegenüber dem Handel durch⁴⁵. Dagegen tauchten bei der Diskussion über die Arbeitsstreckung, die Lohnfrage und die Einführung des 9. Schuljahres einige Schwierigkeiten auf⁴⁶, die aber überwunden wurden, so daß sich die beiden Verhandlungsdelegationen am 9. Dezember 1930 auf eine gemeinsame Erklärung einigen konnten⁴⁷, die sich vor allem mit Fragen des weiteren Preis- und Lohnabbaus sowie der Arbeitszeitregelung befaßte. Hierin gestanden die Gewerkschaften den Arbeitgebern zu, freiwillig die Notwendigkeit von Lohnsenkungen in den jeweiligen Branchen prüfen zu wollen (Punkt 4). Die Unternehmer kamen den Gewerkschaften dafür auf anderen Gebieten entgegen. So machten sie sich die Forderung zu eigen, daß die Preissenkung bei industriellen Produkten forciert sowie auf die landwirtschaftlichen Güter und handwerklichen Leistungen ausgedehnt werden müsse. Sie erkannten die Notwendigkeit der Erhaltung von Tarifverträgen an und stellten eine „vorübergehende Kürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich . . . als Notmaßnahme zur Entlastung des Arbeitsmarktes“ in Aussicht. Ferner wurde von den Unternehmern anerkannt, daß vor der Durchführung von Entlassungen die Einführung von Kurzarbeit angestrebt und die Ableistung von Überstunden soweit nur irgendmöglich eingeschränkt werden solle. Schließlich stimmten die Arbeitgeber noch der Meldepflicht in der Arbeitsvermittlung zu⁴⁸.

Bei einem Vergleich mit den verschiedenen Entwürfen, die im Juni 1930 ausge-

⁴⁵ Schultheß: *Europäischer Geschichtskalender* 1930, S. 228.

⁴⁶ Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle des GCGD vom 4. 12. 1930, BA, Kleine Erwerbungen 461-2, Handakten Otte.

⁴⁷ Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle des GCGD vom 10. 12. 1930, BA, Kleine Erwerbungen 461-2, Handakten Otte.

⁴⁸ Protokoll der 10. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 14. und 15. 12. 1930, WwIG. Ein unfertiger Entwurf der gemeinsamen Erklärung liegt im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam (ZStA), RWM, 10329/Bl. 92-97.

arbeitet wurden, fällt auf, daß die oben beschriebene Erklärung erheblich konkreter gefaßt ist, aber auch eine andere Verteilung der Gewichte aufweist. Die Senkung der öffentlichen Lasten, im Juni noch einer der Kernpunkte, wird nur als eine von mehreren Maßnahmen zum Preisabbau genannt. Dafür spielt nun die Lohnsenkung, die im Frühsommer noch deutlich hinter der Belastung der Produktion durch die öffentlichen Abgaben zurückstand, eine zentrale Rolle. Ein wichtiger Punkt in allen Entwürfen vom Juni, die Anerkennung der Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen, fehlt in den Ausführungen vom Dezember völlig. An ihrer Stelle stehen die Zugeständnisse der Arbeitgeber in der Arbeitszeitfrage, die positive Stellungnahme zu den Tarifverträgen und die Anerkennung der Meldepflicht in der Arbeitsvermittlung. Obwohl diese Punkte für die Gewerkschaften einen hohen Stellenwert besaßen, ist die Ausklammerung des Problems der Aufrechterhaltung der Sozialversicherungen für die Gewerkschaften ein deutlicher Rückschritt gegenüber den Erklärungsentwürfen vom Frühsommer. Diese Entwicklung darf als Indiz für die inzwischen eingetretene Machtverschiebung zugunsten der Unternehmer gewertet werden.

Über die Vorgänge, die sich nach der Bekanntgabe der von beiden Seiten streng vertraulich behandelten Erklärung in den Vorständen des RDI und der VDA abspielten, besitzen wir keine näheren Informationen. Es kann lediglich festgestellt werden, daß das Ergebnis der Beratungen mit den Gewerkschaften sehr umstritten gewesen sein muß, denn der Vorstand der VDA verhandelte zwei Tage lang, ehe er eine Stellungnahme abgeben konnte⁴⁹. Er wie auch der Vorstand des RDI stimmten der Erklärung grundsätzlich zu, verlangten aber einige Änderungen im Text, die jedoch vom Bundesvorstand des ADGB zurückgewiesen wurden⁵⁰. Die Verhandlungsdelegationen von Unternehmern und Gewerkschaften vereinbarten daraufhin, das Ergebnis der Beratungen innerhalb der Gewerkschaften abzuwarten und am 15. Dezember 1930 zu einer erneuten Aussprache zusammenzukommen⁵¹.

Die Vorstände der Christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften billigten die vorliegende Erklärung. Auch der Bundesvorstand des ADGB erteilte ihr mit acht gegen drei Stimmen seine Zustimmung. Sie lag alsdann dem Bundesausschuß des ADGB am 14. und 15. Dezember zur Beratung und Beschlußfassung vor⁵².

⁴⁹ Brauweiler an die Mitglieder des Vorstandes der VDA vom 15. 12. 1930, Nachlaß Silberberg 457. Von den Widerständen gegen die Annahme der Erklärung innerhalb der Arbeitgeberverbände erfuhr auch Otte Ende Dezember. Am 29. 12. 1930 teilte er in einem Rundschreiben mit: „Ich weiß aus absolut zuverlässiger Quelle, daß ein erheblicher Teil im Arbeitgeberlager gegen die Vereinbarung war und daß es nicht leicht gewesen ist, eine Mehrheit dafür zu gewinnen.“ BA, Kleine Erwerbungen 461–2, Handakten Otte. Siehe auch Michael Schneider, Unternehmer, S. 129.

⁵⁰ Protokoll der 10. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 14. und 15. 12. 1930, WwIG.

⁵¹ Kastl an Reusch vom 15. 12. 1930, HA/GHH, 400101220/10a.

⁵² Zum folgenden: Protokoll der 10. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 14. und 15. 12. 1930, WwIG.

Die Besprechung in diesem Gremium begann mit allgemeinen Ausführungen Leiparts zur politischen und wirtschaftlichen Lage. Daraufhin gab Franz Spliedt, Sachbearbeiter im Vorstand des ADGB, eine Darstellung des Verlaufs der Verhandlungen mit den Unternehmern, die er mit den bemerkenswerten Sätzen abschloß: „Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint . . . zu zeigen, daß einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind. Immerhin ist eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums nicht zu verkennen und verdient sorgfältige Prüfung.“ Dieser positiven Beurteilung der Verhandlungen schloß sich Leipart an, der noch einmal alle Zugeständnisse der Unternehmer aufzählte, nachdrücklich die Annahme der Erklärung empfahl und dann die Diskussion freigab.

Im Verlauf dieser Diskussion stellte sich schnell heraus, daß nahezu alle Vertreter der Fachverbände der Empfehlung Leiparts nicht folgen wollten und die Vereinbarung entschieden ablehnten. Diese Haltung wurde hauptsächlich bestimmt durch das tiefe Mißtrauen, das die Abgesandten der einzelnen Verbände den Arbeitgebern entgegenbrachten. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß das Vorgehen der Arbeitgeber in den Tarifaufinandersetzungen mit den Bestrebungen nicht übereinstimme, für die die Unternehmer in der Erklärung eintreten würden. Auch die Feststellung Leiparts, er habe von Kastl die Zusicherung erhalten, „daß eine Vereinbarung zwischen beiden Spitzenorganisationen auch die Unternehmerverbände in der Arbeitgebervereinigung binde“, blieb auf die Einstellung der Anwesenden ohne Wirkung. In dieser Situation zeigten sich die Folgen der Entscheidung der Unternehmer vom Juni 1930, gegenüber den Gewerkschaften mit einer Doppelstrategie vorzugehen: einerseits Konfrontation in den Tarifaufinandersetzungen, andererseits Kooperation in allgemeinen wirtschaftlichen Fragen.

Zu dem ganz allgemein vorhandenen Mißtrauen gegenüber den Unternehmern kam noch die massive Kritik an dem Punkt der Erklärung, der den Gewerkschaften die freiwillige Prüfung der Notwendigkeit von Lohnsenkungen auferlegte. Von verschiedenen Seiten wurde behauptet, daß dieses Entgegenkommen von den Arbeitern nicht verstanden werden und dadurch die Gewerkschaftsführung bei den Massen an Vertrauen verlieren würde. Der Stimmung der Vertreter der Fachverbände gaben der Delegierte der Baugewerkschaft, Scheibel, und der Abgesandte der Textilgewerkschaft, Feinhals, wohl am besten Ausdruck, als der eine sagte: „Wir wollen keine neue Arbeitsgemeinschaft“, und der andere vor einem „Burgfrieden“ warnte, der für die Gewerkschaften „sehr gefährlich“ werden könne.

Gegen diese Haltung kämpfte der Bundesvorstand einen verzweifelten Kampf. Eggert und Tarnow betonten nachdrücklich, daß das Angebot der Unternehmer zum „Burgfrieden“ in der augenblicklichen Situation, in der die Waffe des gewerkschaftlichen Kampfes stumpf geworden sei und die Unternehmer alle wirtschaftliche Macht in Händen hielten, angenommen werden müsse. Die Vertreter der Fachverbände wurden darauf hingewiesen, daß die Sicherung des Tarifwesens durch die Vereinbarung einen großen Erfolg für die Gewerkschaften bedeute und daß freiwillige Konzessionen von Gewerkschaftsseite in den Lohnverhandlungen

den Gewerkschaften mehr Einfluß auf die Lohngestaltung bewahrten, als wenn die Löhne durch staatliches Dekret gesenkt würden. Außerdem habe in den letzten Wochen bei den Lebensmitteln ein beträchtlicher Preisabbau stattgefunden. Diese Tatsache müsse sich auf die Lohnhöhe auswirken. Schließlich äußerten Leipart, Eggert und Tarnow, daß der Bundesvorstand in den Verhandlungen auch „die allgemeinen wirtschaftlichen und staatspolitischen Zustände“ habe berücksichtigen müssen. Zur Konkretisierung dieser Aussage erklärten Tarnow und Wels, daß das weitere Schicksal des Kabinetts Brüning ungewiß erscheine und es sich auf die Dauer auf der gegenwärtigen Basis wohl nicht werde halten können. Was aber nach Ansicht der Gewerkschaftsführung nach dem Sturz Brünings zu erwarten stand, beschrieb Graßmann mit nahezu prophetischen Worten: „Geht die Regierung Brüning, dann wird ein Beamtenkabinett folgen und schließlich eine Diktaturregierung gegen uns.“ In der anstehenden Entscheidung gehe es daher „um den Bestand . . . [der gewerkschaftlichen] Mitwirkung auf allen Gebieten der Sozialpolitik“. Deshalb sei es notwendig, einen großen „Block zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern“ zu schaffen, der politisch eine „außerordentliche Bedeutung“ erlangen würde.

Diese Ausführungen blieben nicht ohne Eindruck auf die Abgesandten der Fachverbände, konnten aber keinen entscheidenden Stimmungsumschwung herbeiführen. Die Mehrheit stand auch weiterhin auf dem Standpunkt, den Bernhard, ein Vertreter der Baugewerkschaft, so formulierte: „Die Annahme der Vereinbarung bedeutet die Preisgabe aller bisherigen gewerkschaftlichen Errungenschaften . . . Viel zu oft haben die Gewerkschaften ihre besonderen beruflichen Interessen hinter die allgemeinen staatspolitischen Interessen gestellt . . . Unsere Verantwortung muß da enden, wo das Interesse unserer Organisationen auf dem Spiele steht.“

Mit ihrem leidenschaftlichen Plädoyer für die Annahme der Vereinbarung und ihrer nachdrücklichen Beschwörung der heraufziehenden politischen Gefahren erreichte die Gewerkschaftsführung lediglich, daß der Bundesausschuß eine Entscheidung vertagte und die Erklärung an die einzelnen Gewerkschaftsvorstände verwies, die um ihre baldige Stellungnahme gebeten wurden. Das Ergebnis der Aussprache kleidete Eggert in die resignierende Feststellung: „In der Regel entscheiden wir uns, wenn es zu spät ist.“⁵³

⁵³ Es ist ein Mangel an Schneiders Arbeiten, daß er auf diese wichtige und hochinteressante Aussprache nicht näher eingeht, sondern sich damit begnügt, die Feststellung Spliedts über „eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmertums“ zu zitieren und im Anschluß daran folgenden Satz niederzuschreiben: „Zeigt sich in dieser Formulierung einerseits die Hoffnung, die Situation trotz der Absage der Gewerkschaften offenzuhalten [– als Spliedt seine Feststellung machte, lag die Absage noch nicht vor, U. W. –], so mutet die Einschätzung der unternehmerischen Verhandlungs- bzw. Kompromißbereitschaft nicht eben realistisch an“; Unternehmer . . ., S. 128 f. An dieser wie auch an anderen Stellen ist immer wieder festzustellen, daß Schneider von der Überzeugung ausgeht, daß ein Entgegenkommen der Unternehmer gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften undenkbar ist. Ergibt sich bei unvoreingenommener Lektüre der Quellen das Gegenteil, so wird das entweder durch einen Satz wie dem

Durch den Verlauf der Diskussion im Bundesausschuß des ADGB war eine Einigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften zunächst einmal blockiert. Die für den 15. Dezember vorgesehene Besprechung der beiden Verhandlungsdelegationen mußte abgesagt werden⁵⁴. Nur wenige Tage danach waren alle Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen endgültig dahin. Nahezu alle Vorstände der Fachverbände meldeten dem Bundesvorstand, daß sie der Vereinbarung nicht zustimmen könnten⁵⁵. Stegerwald, der Ende Januar 1931 Gewerkschaften und Unternehmer zu einer Aussprache in das Arbeitsministerium einlud, konnte von den Vertretern des ADGB bei dieser Gelegenheit nur mitgeteilt werden, „daß der ADGB bei aller Anerkennung der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen keine Möglichkeit sieht, den ehemaligen Entwurf einer gemeinsamen Erklärung anzunehmen“⁵⁶.

Die Motive und Ziele, die die Gewerkschaftsführung in den Verhandlungen mit den Unternehmern leiteten, sind in der ausführlichen Darstellung der Diskussion im Bundesausschuß klar zu Tage getreten. Diese Feststellung kann, was die Gegenseite anbelangt, nicht getroffen werden, da über den Verlauf der Aussprachen in

obigen als „nicht realistisch“ bezeichnet oder die Quelle wird so „zurechtgebogen“, daß sie die eigene Anschauung stützt (s. Anm. 38). Dieser Vorwurf soll durch ein weiteres Beispiel, der Behandlung der beiden Rundschreiben Ottos vom 10. 12. und 15. 12. 1930, erhärtet werden. Im zuerst genannten Rundschreiben gibt Otto einen Überblick über die mit den Unternehmern ausgehandelte Vereinbarung und bezeichnet sie als „eine große Sache“. In den Rundschreiben vom 15. 12. 1930 drückt er seine Enttäuschung über die Ablehnung der Vereinbarung durch den Bundesausschuß des ADGB mit den Worten aus: „Diese Wendung der Dinge kann von unserem Standpunkt aus nur bedauert werden. Denn wenn man sich auch von der Vereinbarung nicht allzu große praktische Wirkung versprechen konnte, so bedeutet sie, abgesehen von unserer grundsätzlichen Stellung, doch auch praktisch einen Vorteil für die Gewerkschaften. Es ist in solchen Zeiten für den Schwächeren immer vorteilhafter, sich mit einzuschalten. Ferner darf man die stimmungsgemäßen und psychologischen Wirkungen solcher Vereinbarung, die ohne Zweifel gerade in dieser Zeit im In- und Auslande günstig gewesen wären und den Kredit der deutschen Wirtschaft gestärkt hätten, nicht außer acht lassen.“ BA, Kleine Erwerbungen 461-2, Handakten Otto. Wer sich über diese beiden Schreiben bei Schneider, Unternehmer . . . , S. 128, informiert, erfährt kein Wort darüber, daß Otto das Scheitern der Einigungsbemühungen bedauerte und auch noch am 15. 12. 1930 die mit den Unternehmern erzielte Übereinkunft positiv beurteilte, sondern gewinnt vielmehr den Eindruck, daß auch Otto am 15. 12. 1930 nicht mehr allzu viel von der Vereinbarung hielt. Denn Schneider faßt die beiden Rundschreiben in dem schlichten Satz zusammen: „Auch Otto, der noch am 10. 12. die erwartete Übereinkunft als eine ‚große Sache‘ bezeichnet hatte, räumte am 15. 12. 1930 ein, daß ‚man sich von der Vereinbarung nicht allzu große praktische Wirkung versprechen konnte‘.“ Das Vorgehen Schneiders in diesem Fall ist besonders deshalb anfechtbar, weil er den Leser über den Inhalt der Vereinbarung nicht unterrichtet, aber bei diesem unterschwellig ein negatives Urteil über die Vereinbarung erzeugt.

⁵⁴ Kastl an Reusch vom 15. 12. 1930, HA/GHH, 400101220/10a.

⁵⁵ Protokoll der 11. Sitzung des Bundesausschusses des ADGB vom 10. 3. 1931: Erklärung Leiparts, WwIG.

⁵⁶ Brauweiler an die Mitglieder des Vorstandes der VDA vom 3. 2. 1931, Nachlaß Silverberg 458.

den Vorständen des RDI und der VDA keine Protokolle gefunden wurden. Zur Aufhellung der Frage, warum die Unternehmer in einer für sie machtpolitisch günstigen Situation an einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften interessiert waren und diesen alles in allem beträchtliche Zugeständnisse machten, bleibt daher nur der Versuch übrig, nach Hinweisen zu suchen, aus denen womöglich eine Erklärung für das Verhalten der Industrieverbände gegeben werden kann.

Da ist einmal das Verhältnis zwischen „Industrie“ und „Landwirtschaft“ zu berücksichtigen, das sich gerade in diesen Wochen auf einem Tiefpunkt befand, so daß es Reichspräsident von Hindenburg für notwendig erachtete, zwischen beiden Seiten zu vermitteln⁵⁷. Ursache des Konfliktes war das Bestreben der landwirtschaftlichen Organisationen, mit allen Mitteln weitere Zollerhöhungen durchzusetzen, die den industriellen Spitzenverbänden unannehmbar erschienen, da sie das Handelsvertragssystem des Deutschen Reiches und damit die Exportaussichten zahlreicher Wirtschaftszweige auf das Nachhaltigste bedrohten⁵⁸. Die Zollwünsche der „Landwirtschaft“ stießen auch bei den Gewerkschaften auf scharfe Kritik, da sie zu Recht eine Verteuerung vieler Lebensmittel und ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit befürchteten. An einigen Stellen der Vereinbarung zwischen Gewerkschaftsführung und Unternehmern kommt klar zum Ausdruck, daß sie u. a. gegen die Landwirtschaft gerichtet war. So vor allem in der Forderung, daß die „berechtigten Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft“ dem Preisabbau nicht entgegenwirken dürften und nur unter Berücksichtigung der handelspolitischen Erfordernisse getroffen werden könnten. Die Tatsache eines tiefgreifenden Konfliktes mit den agrarischen Verbänden allein ist allerdings noch keine hinreichende Erklärung für das Verhalten der Unternehmer; wichtigere Überlegungen, die mit dem Ausgang der Reichstagswahl vom September 1930 zusammenhingen, kamen hinzu.

Im Gegensatz zu den Erwartungen führender Industrieller endete diese Reichstagswahl mit dem ersten großen Erfolg der NSDAP und mit einer vernichtenden Niederlage der die Regierung Brüning unterstützenden Parteien, denen der größte Teil der finanziellen Wahlhilfen der Großindustrie zugute gekommen war⁵⁹. Trotz der Wahlniederlage für die Reichsregierung vertraten der gesamte Vorstand des RDI und auch einflußreiche Mitglieder der Ruhrlade⁶⁰ übereinstimmend die Auffassung, daß die Regierung im Amt bleiben, ihr Reformprogramm durchführen und dabei die Unterstützung der Unternehmerorganisationen erhalten müsse⁶¹.

⁵⁷ Aufzeichnung Meissners über eine Besprechung Hindenburgs mit Vertretern des RDI vom 12. 12. 1930, ZStA, Präsi 331/Bl. 180–182; Aufzeichnung Meissners über eine Besprechung Hindenburgs mit Vertretern der Grünen Front vom 17. 12. 1930, ebenda Bl. 185–188.

⁵⁸ Rundschreiben des RDI vom 10. 12. 1930, Nachlaß Silverberg 365.

⁵⁹ Zur Parteifinanzierung im Wahlkampf 1930: Blank an Reusch vom 23. 7. 1930 und Blank an Springorum vom 29. 7. 1930, HA/GHH, 4001012024/7.

⁶⁰ Über die Ruhrlade informiert Henry Ashby Turner jr., *Die „Ruhrlade“, Geheimes Kabinett der Schwerindustrie in der Weimarer Republik*, in: ders., *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland*, Göttingen 1972, S. 114–156.

⁶¹ Zur Haltung des RDI: Vermerk Pünders über ein Telefongespräch mit Kastl vom 15. 9. 1930, BA, R 43 I/1308. In diesem Telefongespräch teilte Kastl Pünder mit, daß Duisberg, Fro-

Zwei Beispiele sollen illustrieren, daß das Kabinett Brüning in den folgenden Wochen auch tatsächlich Hilfestellung von Unternehmerseite erhielt. So faßten die Mitglieder des Kohlsyndikats am 16. Oktober den Beschluß, in eine vorzeitige Senkung der Kohlenpreise einzuwilligen, um damit die Position Brünings für die in diesen Tagen stattfindende Reichstagssitzung zu stärken⁶². Kurz darauf erfolgte ein Vorstoß Albert Vöglers, Vorstandsvorsitzender des Stahlvereins und Mitglied der Ruhrlade, sowie einiger seiner Kollegen, der zur Verbreiterung der politischen Basis der Reichsregierung dienen sollte. In einer Besprechung mit dem Vorsitzenden der DNVP, Alfred Hugenberg, legten sie diesem „die Wirtschaftslage Deutschlands in ihrer ganzen Bedrohlichkeit für die ersten Wirtschaftskonzerne und Banken“ dar und forderten ihn – allerdings vergeblich – auf, „sich der Regierung Brüning ohne politische Bedingungen zur Verfügung zu stellen“⁶³.

Daß selbst an der Entscheidung der großen Mehrzahl der Schwerindustriellen, die mit ihrer politischen Einstellung am rechten Flügel im Unternehmerlager angesiedelt waren, für das Kabinett Brüning vorerst nicht zu rütteln war, erfuhr auch Hitler, als er im Herbst 1930 Fühlung mit verschiedenen Vertretern der Ruhrindustrie suchte. Der Führer der NSDAP hinterließ zwar bei einigen Gesprächspartnern einen starken Eindruck, der ihm auch erste Einflußmöglichkeiten innerhalb des Bergbaulichen Vereins eröffnete⁶⁴; es gelang ihm jedoch nicht, die gegenüber seiner Partei im großen und ganzen vorherrschende Skepsis zu überwinden⁶⁵.

weil, Kraemer, Müller-Oerlinghausen, Max Warburg und Silverberg übereinstimmend der Auffassung seien, daß die Regierung ihr Reformprogramm im Reichstag verankern müsse. Zum Abschluß des Gesprächs wandte sich Kastl gegen die Auffassung, daß die politischen Geschäfte auch in Zusammenarbeit mit der radikalen Rechten geführt werden könnten. Wenige Tage später führte Kastl vor dem Vorstand des RDI – ohne daß sich dagegen Widerspruch erhob – folgendes aus: „Wenn nun eine koalitionsmäßige Grundlage für die Weiterarbeit im Reichstag oder für einen Neuaufbau der Regierung nicht gegeben ist, so bleibt an sich gar keine andere Möglichkeit, als mit der gegenwärtigen Regierung, die durch die Wahlen in eine hoffnungslose Minorität geraten ist, einen weiteren Versuch zu machen.“ BA/BL, RDI, 62/10.4d. – Zur Haltung der Ruhrlade siehe Anm. 62.

⁶² Während der Sitzung vom 15. 10. 1930 hatten sich innerhalb der Ruhrlade nur Silverberg und Fickler dafür ausgesprochen, der Regierung Brüning aus politischen Gründen mit der vorgezogenen Preissenkung entgegenzukommen. Einen Tag später schloß sich auch Klöckner nach einer Aussprache mit anderen Industriellen dieser Auffassung an; Haniel an Reusch vom 15. 10. 1930, HA/GHH, 4001012000/3a; Lübsen an Reusch vom 16. 10. 1930, HA/GHH, 4001012003/24.

⁶³ Vermerk Pünders vom 26. 11. 1930, BA, R 43 I/1021.

⁶⁴ Der Bergbauliche Verein erklärte im Herbst 1930 seinen Austritt aus dem RDI. Vorliegenden Informationen zufolge ging dieser Entschluß u. a. auf die Einwirkung Hitlers zurück: Reichert an Schlenker vom 4. 12. 1930, BA, R 13 I/602. Vgl. auch Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte XIII (1973), S. 417 f.

⁶⁵ Nur wenig Ruhrindustrielle schlossen sich schon in dieser Zeit der NSDAP an, siehe Dirk Stegmann, Großindustrie ..., S. 417 f. Dagegen liefen nun allerdings schon die Versuche an, langfristig eine Annäherung von „Industrie“ und NSDAP herbeizuführen; Haniel an Reusch vom 15. 10. 1930, HA/GHH, 4001012000/3; siehe auch Dirk Stegmann, Großindustrie ..., S. 417 ff.

Auf einer Versammlung, die Ende November 1930 „die führenden Herren“ des Ruhrreviers mit Hitler zusammenführte, äußerte sich Ernst Poensgen, selbst Mitglied der Ruhrlade, „sehr deutlich gegen Adolf“ und ließ an der Unterstützung der Regierung Brüning durch die „Industrie“ keinen Zweifel⁶⁶.

Angesichts der hier skizzierten Einstellung der führenden Unternehmer zum Kabinett Brüning und zur NSDAP am Ende des Jahres 1930 und der tatsächlich in den Verhandlungen mit den Gewerkschaften gezeigten Kompromißbereitschaft gewinnen die Aussagen einer schon länger bekannten Aufzeichnung, die Brüning am 15. 12. 1930 in den Geschäftsgang der Reichskanzlei gab, an Bedeutung⁶⁷. In ihr heißt es: „Es faßt . . . der Gedanke Wurzel, daß der Sturz der Regierung Brüning oder die Bildung einer Regierung mit Einschluß der Nationalsozialisten Staat und Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruches führen werden, an dessen Aufrechterhaltung die SPD (als politische Partei für die Arbeitnehmer) in diesem Augenblick ebenso interessiert ist, wie die Industrie und die Finanz. Auch diese Kreise wissen mit wenigen Ausnahmen, daß einer Regierung mit Einschluß der Nationalsozialisten der ausländische Kredit gesperrt wird, daß die Auftragseingänge sich vermindern werden, die Vermögenssubstanz gefährdet und uneinbringliche Verluste herbeigeführt werden würden. . . . Das Kapital, das bisher nur von einem Gedanken – dem Kampf gegen den Sozialismus – beherrscht war, sieht im gegenwärtigen Augenblick die Sicherheit seines Besitzes in der Zusammenarbeit mit der SPD“ und, wie man ergänzen darf, den Gewerkschaften⁶⁸ „mehr gewährleistet als in einer nationalsozialistischen Regierung.“

Die durch diese Ausführungen ins Licht gerückten Motive auf Unternehmerseite zeigen, daß die Verhandlungen zwischen Unternehmervverbänden und Gewerkschaften, jedenfalls in ihrer zweiten Phase, auch die Frage nach dem Verhältnis von „Industrie“ und Nationalsozialismus vor der Machtergreifung berühren, ein Thema, das in letzter Zeit von verschiedenen Seiten behandelt worden ist⁶⁹.

⁶⁶ Reichert an Schlenker vom 4. 12. 1930, BA, R 13 I/602.

⁶⁷ BA, R 43 I/2663. Aufzeichnung veröffentlicht in: Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 203. Hier auch weitere Erläuterungen über das Schriftstück.

⁶⁸ Als Beleg sei hier die Äußerung Graßmanns vor dem Bundesausschuß des ADGB am 15. 12. 1930 genannt, mit der er auf den Zusammenhang von Verhandlungsbereitschaft und Zugeständnissen der Unternehmer und die Schädigung der Wirtschaft durch den Wahlausgang vom September hinwies, WwIG (Anm. 52).

⁶⁹ Aus marxistischer Sicht z. B. von Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 3. Aufl., Köln 1972. Aus nichtmarxistischer Sicht z. B. von Henry Ashby Turner jr., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972. Beide Autoren haben interessantes neues Quellenmaterial erschlossen, ihre Interpretationen können indessen kaum befriedigen. Czichon bleibt letztlich der Agententheorie verhaftet, und Turner schätzt die Verantwortung der deutschen Großindustrie für die Machtergreifung zu gering ein. Bisher beste Darstellung, wenn auch nicht in jeder Beziehung überzeugend: Dirk Stegmann, Großindustrie . . . , passim. Ähnlich positiv über die Arbeit von Stegmann äußert sich auch Gerhard Schulz, Aufstieg . . . , S. 879, wäh-

Aus unserer Darstellung können wir zu diesem Problem folgern, daß die Mehrheit der führenden Unternehmer am Ende des Jahres 1930 noch nicht auf die nationalsozialistische Karte setzte, sondern in Anbetracht der bedrohlichen Wirtschaftslage in Deutschland um die Erhaltung des Kabinetts Brüning bemüht und bereit war, zu seiner Stützung mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Allerdings steht dahin, ob die Vereinbarung vom Dezember 1930, die die Grundlage einer Zusammenarbeit von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften abgegeben hätte, nach Annahme durch den ADGB über längere Zeit tragfähig gewesen wäre. Die weitere Entwicklung in den Jahren 1931 und 1932, in denen immer größere Teile der Unternehmerschaft eine kritische und schließlich ablehnende Haltung gegenüber der Regierung Brüning einnahmen, eine Annäherung an die nationale Opposition vollzogen und einen antigewerkschaftlichen Kurs steuerten, läßt hieran zweifeln. Dessenungeachtet zeigen die hier geschilderten Verhandlungen, daß einer differenzierten Erfassung der Rolle der „Industrie“ beim Übergang der Weimarer Demokratie zur nationalsozialistischen Diktatur nicht mit allgemeinen Aussagen vereinfachender und bisweilen grobschlächtiger Faschismustheorien, sondern nur mit einer detaillierten Darstellung aller relevanten Tatbestände und ihrer gründlichen Analyse auf der Grundlage aller erreichbaren Quellen gedient ist.

rend Henry Ashby Turner jr. besonders auf ihre Mängel hinweist: Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930–1933, Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen, in: *Histor. Ztschr.* 221 (1975), S. 18–68.

DokumentationPOLNISCHE JUDEN IN DER
AMERIKANISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS 1946/47

Mit dem Vorrücken der alliierten Streitkräfte im Westen wurde um die Jahreswende 1944/45 eine vorerst nur begrifflich zu ordnende Personengruppe von mindestens 8,5 und höchstens 11 Millionen Personen¹ erkennbar, die zur arbeits- und bevölkerungspolitischen Hinterlassenschaft der nationalsozialistischen Herrschaft im Zweiten Weltkrieg gehörte. Es handelte sich um die Zwangsarbeiter und Zwangsverschleppten der Kriegszeit, deren Heimatgebiete vornehmlich in Osteuropa lagen. Das Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces (SHAEF) subsumierte diese Personengruppe unter dem Begriff „Displaced Persons“ (DPs), während anderswo gelegentlich auch von „misplaced people“² gesprochen wurde. In beiden Fällen wurden rein technische Begriffe ohne juristischen Inhalt verwandt, die im anglo-amerikanischen Sprachgebrauch seit den 30er Jahren geläufig sind³. „Displaced“ besagt, daß eine Person oder Sache sich nicht an dem Ort befindet, an den sie eigentlich gehörte⁴. Die Konkretisierung des DP-Begriffs durch eine Legaldefinition wurde, soweit gegenwärtig erkennbar ist⁵, erstmals durch SHAEFs Administrative Memorandum No. 39 vom 18. 11. 1944 vorgenommen. Nach der darin gegebenen Definition sind als DPs anzusehen:

„Civilians outside the national boundaries of their country by reason of the war, who are

- (1) Desirous but unable to return home or find homes without assistance.
- (2) To be returned to enemy or ex-enemy territory.“⁶

Diese Definitionen machten sich sowohl die Besatzungsmächte⁷ wie auch die

¹ Zuverlässige Statistiken sind erst seit Herbst 1946 geführt worden. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch schon 80–90% der DPs wieder in ihre Ausgangsländer zurückgeführt (repariert) worden.

² Vgl. Artikel im Time Magazine v. 5. 3. 1945. „Displaced people“ in: Pollock diaries (Eintr. v. 26. 8. 45), IfZ: ED 122, Bd. 1.

³ Vgl. Schmoller-Maier-Tobler, Handbuch des Besatzungsrechts, Tübingen 1957, Bd. I, § 32, S. 6.

⁴ „Displaced“ wurde auch auf die Gruppe der deutschen Emigranten angewandt. Vgl. List of Displaced German Scholars (London 1936), hrsg. v. d. Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler im Ausland.

⁵ Der Herausgeber dieser Dokumentation beabsichtigt, das DP-Problem in einer eigenen Studie abzuhandeln, befindet sich aber noch in der Phase der Sammlung und Ordnung von Material verschiedenster Provenienzen des In- und Auslandes.

⁶ Archiv d. IfZ: Fi 01.06, S. 27 (revidierte Fassung v. 16. 4. 1945). – Unterschieden wurde zwischen *enemy-DPs* (Japaner), *ex-enemy-DPs* (Österreicher, Bulgaren, Finnen, Ungarn, Rumänen), *co-belligerent-DPs* (Italiener) und *United Nations DPs* (UNDPs), d. h. Staatsangehörigen der UN, wie auch Staatenlosen ohne Schutz durch eine Heimatregierung.

⁷ Für die britische Zone vgl. Control Commission for Germany (British Element) [CCG (BE)]:

internationale Hilfsorganisation UNRRA⁸ zu eigen. Die erste einschneidende Änderung an dieser Fassung des Begriffs DP ergab sich nach der Ablösung der UNRRA durch die neue internationale Organisation IRO im Juli 1947, in deren Statut es zur Definierung von DPs heißt:

„The term ‚displaced person‘ applies to a person who . . . has been deported from, or has been obliged to leave his country of nationality or of former habitual residence, such as persons who were compelled to undertake forced labour or who were deported for racial, religious or political reasons.“⁹

Diese Definition gibt den unmittelbaren Zusammenhang mit den Kriegsgeschehnissen – „displaced by reason of the war“ – auf und bezieht vielmehr auch Flüchtlingsbewegungen der Nachkriegszeit mit ein, so daß der Begriff „DPs“ im Laufe der Zeit zur Bezeichnung aller von der IRO betreuten Personen üblich geworden ist¹⁰. Entsprechend hat die deutsche Zivilverwaltung Ende der 40er Jahre bei den DPs zwischen echten Zwangsverschleppten, politischen Flüchtlingen fremder Nationalität und Ausländern ohne DP-Status unterschieden¹¹. Sie hat dann Anfang der 50er Jahre ihre eigene Legaldefinition an das IRO-Statut angelehnt¹², sprach aber nicht mehr von „DPs“, sondern von „Heimatlosen Ausländern“¹³. Dieser Begriffswechsel änderte an der Zusammensetzung des darunter begriffenen Personenkreises nichts, sondern war u. a. vielmehr durch den Versuch motiviert, die deutsche Verantwortlichkeit für das DP-Problem zu verschleiern¹⁴ und damit, im übrigen erfolgreich, Wiedergutmachungsansprüche aus diesem Personenkreis abzuwehren.

Wenn im folgenden Dokument durchgängig von „Jewish Displaced Persons“ die Rede ist, so kündigt sich darin schon die Aufweichung des DP-Begriffs an, wie sie

Zonal Instruction No 2 (Februar 1947), IFZ: Fi 01.20, S. 37. – Für die US-Zone vgl. Military Government Regulations, 20–101 ff., IFZ: Fi 01.07, S. 35 ff. Bestimmungen der französischen Zone sind dem Verf. bisher unbekannt geblieben.

⁸ United Nations Relief and Rehabilitation Administration. – Die Zentrale von UNRRA saß in den USA; deutsche Angelegenheiten liefen im European Regional Office (ERO), London, zusammen; das Hauptquartier für Deutschland hatte seinen Sitz in Hoechst, während in den einzelnen Zonen jeweils „Zonal Bureaus“ waren. Wegen der negativen Haltung der sowjetischen Besatzungsmacht war UNRRA in der SBZ nicht tätig.

⁹ Constitution of the International Refugee Organization (engl.-franz.), Part I, section B, S. 28. Diese Definition beruht auf dem Beschluß des Wirtschafts- und Sozialrats der UN v. 16. 2. 1946. – Deutscher Text in: Institut für Besatzungsfragen (Eberhard Jahn), Das DP-Problem, Tübingen 1950, S. 149–169 (Anlage 7).

¹⁰ Vgl. Das DP-Problem, S. 14.

¹¹ Vgl. SozialMin NRW an BVertrMin v. 29. 12. 1949, IFZ: Fi 01.40, S. 46 f.

¹² Vgl. Hessisches Innenministerium; Runderlaß 110 (zur Frage der DP-Entschädigungen) v. 1. 7. 1952, IFZ: Fi 01.60, S. 209 f., 216.

¹³ Vgl. das Bundesgesetz über die Rechtsstellung Heimatloser Ausländer v. 25. 4. 1951, BGBl 1951, I, S. 269–271. Danach genossen HA kein bloßes Asylrecht, sondern darüber hinaus ein besonderes Aufenthalts- und Niederlassungsrecht. Vgl. Internpapier BVertrMin (Ref. III 2a an III 5) v. 27. 1. 1964, IFZ: Fi 01.60, S. 107 f.

¹⁴ Vgl. BVertrMin an BFinanzMin (Entwurf Lüder) v. 15. 10. 1956, IFZ: Fi 01.60, S. 162. – Deutlicher noch Ausführungen auf der interministeriellen Besprechung in Bonn v. 2. 6. 1950, IFZ: Fi 01.38, S. 51 ff.

unter der IRO verwirklicht wurde. Denn wenigstens anfänglich galten die nach Ende der Kriegshandlungen (und eben nicht während des Krieges) auf deutschen Boden gelangten jüdischen Flüchtlinge nicht als DP's, sondern als sogenannte „Persecutees“. Als solche genossen sie zusammen mit ihren Familienangehörigen, wenigstens in der amerikanischen Zone besondere Privilegien im Hinblick auf Verpflegung und Rechtsstatus¹⁵.

Der im Folgenden abgedruckte „Survey of Attitudes among Jewish Displaced Persons Circles“¹⁶ vom 8. Januar 1947 wurde von USFET¹⁷, Counter Intelligence Corps, Region VI (Bamberg), auf der Grundlage eines Berichts angefertigt, den ein „undercover agent“ des CIC erstattet hatte. Informationskopien dieses Berichts hatten die Geheimhaltungsstufe „top secret“ und gingen innerhalb von USFET an die Dienststelle des Political Adviser und den Assistant Chief of Staff der Abteilung G-5¹⁸, ferner an den Director of Intelligence von OMGUS¹⁹, in dessen Akten sich die hier verwendete Kopie gefunden hat. Laut Stempel auf der letzten Seite des Berichts wurden insgesamt sieben Kopien gefertigt, von denen die restlichen vier auf die US-Einwanderungsbehörden, den amerikanischen Konsul, „intelligence agencies and other authorities concerned“ verteilt wurden. Die hier benutzte Vorlage ist die fünfte Kopie. Es handelt sich bei ihr der Form nach um einen nur noch schwer lesbaren maschinenschriftlichen Durchschlag von neun Seiten Umfang, in dem auf Seite 2 (unten) zwei Namen durch Fenster-Ausschnitt im Papier getilgt sind. Bearbeitungsvermerke sind, entsprechend der Verwaltungspraxis bei OMGUS, auf dem Bericht selbst nicht anzutreffen und liegen auch dem lediglich aus Anschreiben und Bericht bestehenden Vorgang nicht bei. Das Übersendungsschreiben²⁰, das hier nicht abgedruckt wird, beurteilt den Bericht als „one of the most

¹⁵ In den Military Government Regulations (20-101.3) heißt es: „A person whose continued loyalty to the Allied Cause is established and who presents proof that he (1) is a Jew ...“. IfZ: Fi 01.07, S. 35. Die Anerkennung konnte nicht von IRO, sondern allein vom Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa (CINCEUR) ausgesprochen werden. Eine Bekräftigung der Sonderstellung erfolgte durch Rundbefehl von OMGUS an die OMG's v. 22. 11. 1946. IfZ: Fi 01.51.

¹⁶ Fundstelle: National Archives, Washington/Suitland, RG 260 (OMGUS), box 35/35, folder 4, Kopie im IfZ.

¹⁷ United States Forces European Theater.

¹⁸ Wie schon bei SHAEF war auch bei USFET die Stabsabteilung G-5 für zivile Angelegenheiten, also auch für das DP-Problem, zuständig.

¹⁹ Office of Military Government for Germany, U.S. – OMGUS besaß keine eigene nachrichtendienstliche Abteilung. Sein Office of the Director of Intelligence (ODI) setzte sich aus Mitgliedern anderer Abteilungen zusammen. Vgl. James J. Hastings, Die Akten des Office of Military Government for Germany (US), in dieser Zeitschrift 24 (1976), S. 94 (Anm. 28). Intelligence-Aufgaben in der US-Zone wurden nahezu ausschließlich von USFET's Abt. G-2 wahrgenommen. Zur Kritik daran vgl. George Meader, Confidential Report to the Special Senate Committee Investigating the National Defense Program (22. 11. 1946), S. 3, IfZ: ED 122 (Pollock papers), Bd. 54.

²⁰ USFET, Office of the Assistant Chief of Staff (G-2) an Director of Intelligence, OMGUS: Schreiben v. 20. 2. 1947.

enlightening and analytical“, der USFET seit geraumer Zeit zur Kenntnis gelangt sei.

Gegenstand des Berichts ist das Leben einer knapp 100 Personen umfassenden Gruppe jüdischer DP's, die nicht in den von der amerikanischen Armee eingerichteten und unterhaltenen „Assembly Centers“²¹ lebte, sondern die den Absprung zu einem Leben mitten in der deutschen Umwelt gewagt hatte. Der Bericht macht keine zureichenden Angaben über den genauen Ort, in dem diese Gruppe lebte; aber nach den gelegentlich auftauchenden Hinweisen und aufgrund zusätzlicher Quellen ist mit großer Wahrscheinlichkeit an die oberfränkische Kreisstadt Kulmbach zu denken²². Der Bericht selbst ist kurz und übersichtlich genug in fünf Teile gegliedert, so daß er nicht ausführlich referiert werden muß. – Der Agent hatte sich in diese DP-Gruppe eingeschlichen, längere Zeit mit ihr gelebt und sogar an „a number of their illegal operations“ teilgenommen. Außerdem beherrschte er die polnische Sprache, ohne daß dieses der Gruppe bekannt war, und konnte daher gründlicher beobachten und werten, als das einem Außenstehenden möglich gewesen wäre. Die redaktionelle Verwendung seiner Notizen und Einzelbeobachtungen für den hier abgedruckten Bericht hat der Agent intensiv begleitet; verschiedentlich kommentiert er den Bericht selbst. Nach einer Aufschlüsselung von Herkunft und Zusammensetzung der Gruppe, verbunden mit vielen sozialen, psychischen und politischen Details, berührt der Bericht das jüdische Selbstverständnis, das sich nach den Beobachtungen des Agenten zu einem psychischen Verteidigungsmechanismus verhärtet, Fragen der „nationalen“ Bewußtseinsbildung als Juden und ihr durchaus zwiespältiges Verhältnis zur amerikanischen Besatzungsmacht ebenso wie zu den Deutschen. Offenbar an die Adresse der Einwanderungsbehörden gerichtet sind die Passagen des Berichts, in denen die politischen Grundüberzeugungen der Gruppe dargelegt werden und in denen die sowjetisch gefärbte Indoktrination schlüssig belegt wird.

Mit der detaillierten Beobachtung und eingehenden Wertung der Lebensverhältnisse und Auffassungen dieser kleinen Gruppe wird nur ein Teilbereich des DP-Problems erläutert. Der Bericht trägt diesem Umstand Rechnung und warnt am Ende vor jeglicher Generalisierung der festgestellten „attitudes“. Er begründet das mit der geringen Personenzahl dieser Gruppe. Wenn auch die Sache richtig ist, so erscheint die Begründung doch zumindest fraglich. Angesichts der Tatsache, daß die jüdischen DP's sich in ihrer überwiegenden Mehrheit weigerten, außerhalb der Lager zu leben und keine Versuche unternahmen, sich wirtschaftlich und sozial

²¹ Die Administration der Lager lag bei UNRRA, später bei IRO. Der Begriff „Assembly Centers“ ist ein Relikt aus der anfänglichen Politik gegenüber den DP's, die man in Lagern zusammenzufassen bemüht war, um sie geschlossen repatriieren zu können. Zum Zeitpunkt des Berichts war der Repatriierungswille der DP's nahezu erloschen.

²² Für Kulmbach ist eine „free living group (Jews)“ von 94 Personen nachgewiesen: Summary of DP population, Preparatory Commission of IRO Assembly Centers U.S. Zone, Published 28. 6. 1947, based on Team Reports 7.–14. 6. 1947, IfZ: Fi 01.31.

gegenüber der deutschen Umwelt zu behaupten und sich mit ihr zu arrangieren²³, argumentiert die Warnung vor Verallgemeinerungen mit einer sekundären Begründung. Für die jüdischen DPs ist die „free living group“ als solche nicht repräsentativ, nicht etwa weil ihre Personenzahl quantitativ unbeachtlich war²⁴.

Das Problem der jüdischen DPs gliedert sich aus dem Gesamtzusammenhang des DP-Problems überhaupt vor allem deshalb aus, weil es nach Kriegsende in den Jahren 1946 und 1947 nicht etwa durch Repatriierungen in die Ausgangsländer zurückging, sondern vielmehr durch neue Fluchtbewegungen aus Osteuropa gewaltig zunahm. Bei Kriegsende wurden auf dem Boden des Altreichs etwa 50 000 jüdische Überlebende vorgefunden; rechnet man die erschreckende Sterblichkeit in den ersten Wochen nach ihrer Befreiung mit ein, so dürften von ihnen höchstens 30 000 Personen wirklich am Leben geblieben sein²⁵. Schon am 1. Oktober 1946 befanden sich dagegen insgesamt 218 000 jüdische DPs in Westeuropa, davon 155 000 in den deutschen Westzonen²⁶. Beispielhaft für diesen überraschenden Vorgang ist die Wachstumsrate im UNRRA-District Nr. 2 „Greater Hesse“, für den die folgenden statistischen Werte überliefert sind²⁷:

Berichtsdatum 1946	jüdische DPs	Zuwachs	pro Woche
15. März	6 490	?	?
2. April	6 918	+ 428	214
15. April	7 217	+ 299	150
Mai (o. Tag)	8 409	+ 1 192	?
1. Juni	8 133	- 276	?
15. Juni	9 108	+ 975	487
1. Juli	10 680	+ 1 572	786
15. Juli	12 743	+ 2 063	1 031
2. August	17 521	+ 4 768	2 384
3. September	27 194	+ 9 673	2 418
		insg. 21 246	dschn. 1 067

In Ansätzen zeichnete sich diese Wanderungsbewegung schon Ende 1945 deutlich ab, wobei – in Übereinstimmung mit der relativen Wohlhabenheit der im vor-

²³ Vgl. Kurt R. Grossmann, *The Jewish DP Problem, Its Origin, Scope and Liquidation*, New York 1951, S. 22.

²⁴ Die DP-Statistiken des Preparatory Committee of the International Refugee Organization (PCIRO) verzeichnen eine sprunghaft wechselnde Gesamtpopulation jüdischer DPs in der US-Zone: 121.954 (7.–14. 6. 1947), 166.469 (2.–9. 8. 1947), 115.810 (16.–23. 8. 1947), 113.962 (14.–20. 9. 1947), 112.469 (11.–17. 10. 1947), 126.360 (15.–22. 11. 1947), 111.046 (Dezember 1947). Die Personenzahl der Kulmbacher Gruppe zu den gleichen Zeitpunkten: 94–98–90–89–88–94. – Diese Schwankungen können gegenwärtig nicht erklärt werden.

²⁵ Howard Morley Sachar, *The Course of Jewish History* (New York 1958, S. 489), beziffert „at best“ auf 25 000 jüdische Überlebende.

²⁶ Vgl. Gerhard Jacoby, *The Story of the Jewish DP*, in: *Jewish Affairs*, Vol. II, Nr. 6 (15. 11. 1948), S. 7. – Aufgliederung: 130 000 US-Zone, 25 000 brit. Zone, 2000 franz. Zone.

²⁷ UNRRA District Office No. 2: *Statistical Reports*, IfZ: Fi 01.50, p. 1–47. Verlaufsstatistiken für die gesamte US-Zone sind gegenwärtig noch nicht bekannt.

liegenden Bericht gekennzeichneten Gruppe – an diesen sozusagen „sekundären“ DP's ordentliche Kleidung und guter Ernährungszustand beobachtet wurde²⁸. Auch dürfte die Tatsache, daß die hier beschriebene Gruppe den gleichsam normalen Weg in die ordentlichen Assembly Centers ausgeschlagen hat, zu einem nicht geringen Teil mit der besonderen Herkunft ihrer einzelnen Angehörigen zusammenhängen. Die Infiltration²⁹ polnischer Juden erreichte 1946 rasch ihren Höhepunkt, als die sowjetischen Behörden die Repatriierung von polnischen Staatsangehörigen aus der UdSSR nach Polen gestatteten und damit eine Bevölkerungsbewegung in Gang brachten, in deren Verlauf sich schätzungsweise 150 000 polnische Juden nach Westen absetzten. Allein in den acht Monaten von April bis November 1946 verzeichneten die US-Behörden die Infiltration von rund 98 000 solcher DP's³⁰. Am 9. August beklagte sich der US-Vertreter im Directorate for Displaced Persons and Prisoners of War (DPOW) der Alliierten Kontrollbehörde über einen wöchentlichen illegalen Zugang von ca. 5000 jüdischen DP's³¹. Die Hauptlast dieser Sickerbewegung, die allein wegen ihrer stillen Duldung durch die sowjetische Besatzungsmacht den Berliner US-Sektor und die US-Zone erreichen konnte, trugen die provisorischen Aufnahmelager in Berlin³², von wo aus die Verteilung dieser Personen – oft genug in Form einer weiteren selbständigen Migration – auf die gesamte US-Zone erfolgte.

Für diese massenhafte Westwanderung, die das Schlußkapitel der endgültigen Zerstörung wenigstens des polnischen Judentums darstellt³³, gibt es vielschichtige Gründe und Motive. Daß die jüdischen DP's sich vor allem in die US-Zone begaben, hängt nicht nur mit der restriktiven britischen Mandatspolitik im Nahen Osten zusammen, sondern auch mit der geographischen Nähe der US-Zone zu Palästina, mit den nachlässig gehandhabten Grenzkontrollen, mit den (wenn auch vorerst noch vagen) Möglichkeiten einer späteren Auswanderung nach Amerika und mit

²⁸ So äußerte sich u. a. der GenDir d. UNRRA in Deutschland, General Frederik Morgan, am 29. 12. 1945 im Gespräch mit dem Repräsentanten des Internationalen Roten Kreuzes in Deutschland: Memo Lindt (31. 12. 1945), IfZ: Fi 01.13, S. 26 f. Vgl. auch den Bericht des Fachoffiziers bei der US Group Control Council, Oberst Harry S. Messec: Memorandum to General Mickelsen on Visit to Polish-Jewish Refugee Centers in Berlin (19. 12. 1945), National Archives: RG 260, 155–1/3, folder 30.

²⁹ Dieses ist der Standardbegriff der westlichen Besatzungsverwaltungen.

³⁰ Vgl. Kurt R. Grossmann, DP Problem, S. 14–17.

³¹ DPOW, Prot. d. 29. Sitzung v. 9. 8. 1946, IfZ: Fi 01.03, S. 93. Gleichlautend der Bericht d. Combined Repatriation Executive (CRX), Exekutivorgan d. DPOW, f. 2. Julihälfte 1946, IfZ: 01.05, S. 116. Zum gleichen Zeitpunkt regte der US-Vertreter v. DPOW erfolglos an, das Coordinating Committee der Kontrollbehörde (CORG), in dem die alliierten Militärgouverneure saßen, möge die UN für dieses Problem interessieren.

³² Zu den dortigen Zuständen vgl. Judah Nadich, Report on Conditions in Assembly Centers for Jewish Displaced Persons (22. 10. 1945), IfZ: Fi 01.07, S. 4–11. Nadich war „Adviser on Jewish Activities“ des USFET-Befehlshabers.

³³ Vgl. Bernard Goldstein, Die Sterne sind Zeugen, Der Untergang der polnischen Juden, München (dtv) 1965, S. 264 ff. Ebenso Howard Morley Sachar, Jewish History, S. 460 ff.

der Hoffnung, in der amerikanischen Zone seit langem vermißte Familienangehörige zu finden³⁴.

Für den grundsätzlichen Entschluß zum Verlassen der Heimat sind andere Gründe maßgeblich. – Die aus der UdSSR repatriierten Juden fanden in Polen ein vom Kriege verwüstetes Land vor, ihre Wohnungen oftmals innerhalb der auf deutschen Befehl eingerichteten städtischen Ghettos, die nun zerstört oder wenigstens verlassen waren, dazu Familie, Verwandte und Freunde in der Regel tot oder doch verschollen. In die Heimat zurückgekehrt, fanden sie sich heimatlos. Zudem wurden sie von der ansässigen polnischen Bevölkerung mit wenig anderen Sentiments aufgenommen, als solche Einstellungen im analogen Fall etwa in Westdeutschland gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen artikuliert wurden. Weiterhin machte sich schon Ende 1945 ein unverhohlener Antisemitismus der polnischen Bevölkerung gegenüber ihren jüdischen Mitbürgern bemerkbar, der am 4. Juli 1946 im berühmten Pogrom von Kielce mit seinen 42 Opfern kulminierte³⁵.

Unter diesen Umständen fand die für einen jüdischen Nationalstaat in Palästina agitierende heimliche Fluchthilfeorganisation BRICHAH („Flucht“) fruchtbaren Boden vor. Sie ermutigte nicht nur die ohnehin latenten Wanderungsabsichten, sondern trug auch dort, wo dieses nicht ausreichte, die finanziellen Kosten von regelrechten Eisenbahntransporten³⁶ – all dies mit der Absicht, in der US-Zone ein jüdisches Massenproblem zu schaffen, das mit Unterstützung der agilen jüdischen pressure groups in den Vereinigten Staaten imstande sein würde, die britische Mandatspolitik zum Einlenken zu zwingen und einen jüdischen Nationalstaat in Palästina zu gründen³⁷. Am Erfolg dieser Politik dürften heute kaum Zweifel bestehen³⁸.

Wolfgang Jacobmeyer

³⁴ Vgl. Telex PoW&DP Division (OMGUS) an Joint Anglo-American Committee of Inquiry (Februar 1946, o. Tag), National Archives: RG 260, 155-1/3, folder 30. Vgl. ebenso: Report of a Special Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs, 80th Congress, 6st session: Displaced Persons and the International Refugee Organization, Washington 1947, S. 7 ff.

³⁵ Vgl. Gerhard Jacoby, Story of the Jewish „DP“, S. 7. – Die US-Militärbehörden standen diesem Vorgang und seinem allgemeinen Hintergrund lange Zeit ungläubig gegenüber und haben Nachrichten über die Verfolgung von Juden in Polen als Ergebnis eines „persecution complex“ abgetan. Vgl. Harry S. Messer, Memorandum to General Mickelsen (19. 12. 1945), wo es heißt: „My personal impression of the stories from these people is that as a group they are congenital (sic!) psychopathic liars.“

³⁶ So jedenfalls vermutete der GenDir von UNRRA, Morgan, schon Ende Dezember 1945: Memo Lindt (31. 12. 1945), S. 26 f. Vgl. ebenfalls den Report of a Special Subcommittee of the Committee on Foreign Affairs (1947), S. 7 f.

³⁷ Vgl. George Meader, Confidential Report (22. 11. 1946), S. 42. – Meader hatte die Ankunft eines Transports von 3000 polnischen Juden in Babenhausen miterlebt und die Ankömmlinge eingehend befragt.

³⁸ Vgl. Howard Morley Sachar, Jewish History, S. 460 ff. – Zu BRICHAH vgl. die bisher wohl gründlichste Studie von Yehuda Bauer, Flight and Rescue, New York 1970.

[Stempel:] TOP SECRET³⁹
 [Kopf:] HEADQUARTERS
 COUNTER INTELLIGENCE CORPS
 UNITED STATES FORCES EUROPEAN THEATRE
 REGION VI (BAMBERG)

APO 139

8 January 1947

V1-1721

Memorandum For The Officer In Charge

SUBJECT: Survey of Attitudes Among Jewish Displaced Persons Circles

2. The following survey of attitudes was collected by the undersigned agent while operating under cover of a Constabulary Trooper of Jewish affiliation among a community of Displaced Eastern Jews in a small border town. The number of persons residing in the community does not exceed 100. While information pertaining to such a small number in a restricted area cannot be generalized to extend to the larger picture, it is never the less indicative in the sense that it was gathered under informal conditions by an individual who was known to his informants to be not only their co-religionist, but also a participant in a number of their illegal operations⁴⁰, and therefore commanded a greater degree of trust than would normally be accorded a person in U.S. uniform. Also a great deal of information had been gathered from conversations carried on by the people in Polish, in ignorance of the fact that the agent understood that language.

3. Group Composition:

- a. In overwhelming majority, the members of the community were Polish Jews⁴¹ displaced during the war. Married couples excepted, the majority of the women encountered had come from concentration camps in German-occupied Europe, returned to Poland and, upon finding conditions impossible to live in, infiltrated back into the U.S. Zone. Most of the men had behind them six or more years of residence in the Soviet Union where they had taken refuge from the German occupation. Very many claim to have a long record of military service as Soviet officers or partisans. Most of the people stem obviously from lower income brackets by pre-war standards and their education is, at best, mediocre. Among each other, they speak Yiddish, or accented, somewhat vernacular Polish. Very few know any English, but a surprising number command Russian. Occupations range from small artisans to merchants and a few claim engineering or other professional degrees, although they make no attempt to engage in the profession claimed. [folgt S. 2:]
- b. From the welfare standpoint, the group is surprisingly well off. They are mostly concentrated in a street where houses formerly belonging to rich Nazis have been

³⁹ Auf jedem Blatt am oberen und unteren Rand wiederholt. Der untere Stempel ist bei der Deklassifizierung („down-grading“) ausgestrichen.

⁴⁰ Die ungewöhnlichen Zugeständnisse an den Agenten belegen das Interesse von USFET an Aufklärung, zeigen auch, daß sich die Beobachtungen der Gruppe über einen längeren Zeitraum erstreckt haben müssen.

⁴¹ Anfang August setzte sich die Gruppe polnischer DPs in der US-Zone wie folgt zusammen: „Poles“ 50.326, „Ukrainian Poles“ 56.981, „Byelo-Russian Poles“ 2.844, „Polish Jews“ 51.066. – PCIRO: Summary of DP Population, based on Team Reports 2.-9. 8. 1947 (23. 8. 1947), IfZ: Fi 01.51.

requisitioned for their use. The Jewish committee in town handles most of their administrative needs and distributes UNRRA and [AJDC?]⁴² relief items. It also provides for religious, educational and entertainment activities. Some of the members of the community engage in business in town. One, for instance, operates a popular dance hall. However, the occupational activities of most are not clear to this agent, although he has ascertained a substantial number to be living off black market transactions. In most cases, the people are extremely reticent on how they earn their living⁴³. At least four persons are known to have private vehicles at their disposal, the ownership of which is not quite clear⁴⁴. These vehicles had been earning money for their operations by participating in various activities described in referenced operation.

- c. In general, members of the community, especially women, are very well dressed by European standards, and appear to be adequately fed. (Agent's note⁴⁵.) It must be stressed that the above conditions, observed among small town residents would probably not be applicable to Displaced Persons Camps⁴⁶.
- d. Most of the persons contacted plan on emigration to the United States or Canada. A number had originally intended to go to Palestine but had since discarded that prospect as hopeless⁴⁷.
(Agent's note: This refers to legal immigration, since prospective illegal immigrants are not likely to be found in permanent residence in a small town where they would be out of contact with agencies sponsoring their passage⁴⁸.)
- e. As concerns political activity, the agent has observed only a small group of militant active Zionists, most of them pronounced leftists. The active Zionists were not residents in the true sense, as their presence in town was solely for the purpose of carrying on their work.

⁴² unleserlich. AJDC: American Joint Distribution Committee, das 1914 gegründete jüdische Hilfswerk. Koordination und Überwachung der Tätigkeit solcher Hilfsorganisationen erfolgte durch UNRRA. Vgl. SHAEF, Administrative Memorandum No. 39 (revised, 7. 5. 1945), Anhang „G“, IFZ: Fi 01.27, S. 1–7.

⁴³ Regelmäßige Versorgungsrechte standen nur den von UNRRA in „Assembly Centers“ lebenden DP's zu. Vgl. Prot. d. 26. Sitzung DPOW v. 25. 6. 1946, IFZ: Fi 01.03, S. 66 f. Schon einmal repatriierte Personen, die anschließend wieder in die US-Zone infiltrierten, wurden nicht als DP's anerkannt. Vgl. UNRRA, Central HQ for Germany: DP Semi-Monthly Report No. 2, 30. 10. 1945, IFZ: Fi 01.12, S. 27.

⁴⁴ Besitz und Nutzung von Motorfahrzeugen durch DP's war untersagt, sofern die Fahrzeuge nicht durch „authorized channels“ erworben und der Erwerb nicht durch „competent mil[itary], M[ilitary] G[overnment], or, if any, German authorities“ bestätigt worden war. Vgl. Rundbefehl: OMGUS an OMG's (19. 6. 1946), IFZ: Fi 01.51. – Dem entspricht, daß die Militärregierung in Bayern dem bayerischen Verkehrsministerium gestattete, Fahrzeuge von „Foreign Nationals“ zu konfiszieren und die Gewerbeurlaubnis abzuerkennen. Vgl. Knittel (OMGB) an Bayer. MinPräs (30. 4. 1947), Fall Jermolenko, IFZ: Fi 01.45, S. 28.

⁴⁵ Offenbar hat der USFET-Agent die hier vorliegende Fassung seines Berichts im Entwurf gegengelesen und kommentiert.

⁴⁶ Zur Definition von „Assembly Centers“ der US-Zone vgl. OMGUS, Military Government Regulations 20–100.1, IFZ: Fi 01.07, S. 34.

⁴⁷ Das Ergebnis einer amerikanischen Umfrage unter jüdischen DP's hatte Anfang 1946 ergeben, daß 95% zur Auswanderung nach Palästina entschlossen waren. Vgl. UNRRA, US Zone HQ: Monatsber. f. Februar 1946, IFZ: Fi 01.14, S. 28.

⁴⁸ Zur jüdischen Fluchthilfeorganisation BRICHAH (hebr.: „Flucht“) vgl. Yehuda Bauer, *Flight and Rescue: BRICHAH*, New York 1970.

The very fact that so many of the resident members of the community do not hope for immigration to Palestine by legal means and show no inclination to avail themselves of the illegal routes bears witness to the relatively, perhaps disproportionately, small admixture of active Zionist element in this type of community, since, as was previously observed by this agent in other investigations, any active and trusted Zionist would be extended an opportunity to travel to Palestine by legal or illegal means, through various Jewish organizations, specifically the Jewish Agency or the Central Committee in MUNICH⁴⁹. It was also observed that the BRIKHA operatives⁵⁰ hold themselves aloof from the rest of the community (even though their activities are fully known) and make a strong differentiation between „idealist workers“ and those who render lip service or assistance in exchange for profit. [folgt S. 3:]

4. Mental Attitudes:

a. Defensive mechanisms

- (1) In this agent's experience, by comparison of his dealings with Jewish Displaced groups in the beginning of the past year, a definite change has set in in the mental disposition of Jewish DP's progressing toward social and psychological isolation from the world around them. A concentration camp or a Russian repatriation and/or Russian Military Service have now become tantamount to an introduction card to their circles and anyone not possessing these qualifications, *even if Jewish*, is viewed with suspicion until he proves himself. He will be viewed as a potential enemy and his standing will be appraised on the basis of the prestige he commands or can extend to them on the basis of a potential commercial relationship. Such type of treatment will be accorded most „foreign“ Jews including American, except Palestinian, and, of course, all Gentiles. This trait of behavior seems to stem from disillusionment at the fact that their past sufferings have not received due recognition or reward⁵¹ and that former concentration camp prisoners are treated on a level equal to that of other DP's, as well as from the increasing contempt in the Jewish communities of former Russian repatriates whose previous indoctrination (see 5,b) seems to foster the trend toward embitterment and toward the treatment of [the] entire environment as a hostile camp⁵². A widespread feeling seems to persist among the Jewish DP's that anyone who has not been in concentration

⁴⁹ Die Jewish Agency for Palestine, gegründet 1929 als Brücke zwischen Zionisten und nicht-zionistischen Juden, konnte seit spätestens 1940 als politisches Exekutiv-Instrument der zionistischen Bewegung angesehen werden. – Das Central Committee of Liberated Jews entstand aus der Vereinigung des im Juli 1945 gegründeten Bayerischen Komitees in München mit dem Bergen-Belsen-Komitee der britischen Zone. Das erste Treffen von Repräsentanten fand im Januar 1946 in München unter Anwesenheit von Mitgliedern der Bayerischen Landesregierung statt. Die offizielle Anerkennung des Komitees wurde im Oktober 1946 durch General McNarney ausgesprochen.

⁵⁰ Ca. 20 Anschläge – vermutlich die Namen von zwei BRICHAH-Agenten – durch Fensterauschnitt in der Vorlage getilgt.

⁵¹ Vgl. die Urteile im Harrison report (Aug. 1945): „As matters now stand, we appear to be treating the Jews as the Nazis treated them except that we do not exterminate them. . . . One is led to wonder whether the German people seeing this, are not supposing that we are following or at least condoning Nazi policy.“ Archiv d. IfZ: Fi 01.06, S. 138. Vgl. auch den folgenlosen US-Antrag im DPOW/ACA, den jüdischen DP's „special privileges“ zu gewähren: Prot. d. 28. Sitzung DPOW, 26. 7. 1946, IfZ: Fi 01.05, S. 87.

⁵² Gemeint ist nicht ein „Assembly Center“, sondern die Außenwelt.

camps or with the Soviet forces (especially partisans⁵³) cannot be sympathetic to their problems or even have a remote understanding of them. A sentence like „I have been in KZ and I know better“ is a means to end practically every argument with absolute finality.

- (2) Another factor contributing to the buildup of defensive mechanism is the undercurrent of feeling that the entire world is directly to blame for their misfortunes because of its failure to have interfered on their behalf before the massacres occurred, and because of its present reluctance to admit them as immigrants⁵⁴. Phrases like „We're treated like the black sheep and the world expects to keep us on a perpetual labor camp status because nobody wants us. From now on we'll not rely on anybody's promises and wait until they decide to slaughter us again, but we'll rely instead solely on ourselves.“ „We don't care if our actions are ethical or not. Ethics won't get us anywhere. We're after results and the only way anyone ever got results is by application of measures drastic enough to force action“ – are indicative of the mental attitude engendering the present behavior of the Jewish DP's. In this connection, it is significant that recriminations for indifference to their fate are levelled against the Western Powers, whereas Soviet Russia is being praised for her humane attitude in „admitting“ great numbers of refugees during the war⁵⁵. To a question why, in that case, more people do not remain in the Soviet Union, the answer usually is that, under the Soviet system of enterprise, commercially trained people (constituting a larger section of Jewish DP's) cannot find a basis for existence on a standard comparable to that of the pre-war days and would have to be content with working for minimum salaries. [folgt S. 4:]

b. Nationalism

- (1) The war and succeeding events have stimulated a growth of national⁵⁶ consciousness among Jewish DP's. It is manifested chiefly in intense antagonism toward Great Britain for her „imperialist policies“ in Palestine. Legends are being woven around the exploits of the Jewish partisans in the Soviet Union and of the Jewish Brigade⁵⁷ during the war as a sign of the military prowess of the Jewish

⁵³ Der Anteil an der sowjetischen Partisanenbewegung war, schon allein wegen des Antisemitismus unter den Partisanen, mit ca. 10–20 000 jüdischen Partisanen relativ gering. Aktiven Dienst in der Roten Armee haben ca. 500 000 Juden geleistet. Vgl. Encyclopaedia Judaica Bd. 14 (Jerusalem 1971), Art. „Russia“, S. 478 f.

⁵⁴ Die Einwanderungspolitik europäischer und überseeischer Länder waren in den ersten drei Nachkriegsjahren sehr rigide. Als Überblick vgl. Paul Frings, Das Internationale Flüchtlingsproblem 1919–1950, Frankfurt 1951, S. 185–205. Die Einwanderung nach Palästina stellte einen empfindlichen Störfaktor für die britische Nahostpolitik dar.

⁵⁵ Es scheint sich um die über 2 Millionen Juden zu handeln, die nach der sowjetischen Okkupation Ostpolens an die UdSSR fielen. Für die Aufnahme von Juden aus dem späteren „Generalgouvernement“ nach dem Angriff auf Polen gibt es keine sicheren Zahlen; die Fluchtbewegung von Juden nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wurde teils von deutschen Kräften unterbunden, teils von sowjetischen abgewiesen. Vgl. Encyclopaedia Judaica, Bd. 14, Art. „Russia“, S. 473.

⁵⁶ „national“ bezieht sich nicht auf jeweilige Herkunftsländer, sondern meint die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls der jüdischen DPs. In der US-Zone wurden sie – im Gegensatz zur britischen Praxis (vgl. PW&DP Fortnightly Progress Report v. 9. 12. 1945, Archiv d. IfZ: Fi 01.20, S. 4) – in separaten jüdischen Lagern gehalten. Vgl. Combined Repatriation Executive (CRX), Bericht v. 1. 6. 1946, IfZ: Fi 01.05, S. 101 (Anhang).

⁵⁷ Die Jewish Brigade Group entstand im September 1944 nach britischer Zustimmung zur Aufstellung einer „reinforced brigade“; Einzelinformationen waren schon 1940 in Palästina

people. The „superiority of Jews over other nationalities and the debt that most countries owe to Jewish statesmen, scientists, etc., is stressed in a manner reminiscent of some of the most proverbially nationalist European ethnic groups. A large number of people exhibit confidence that, in the event of conflict, the Jewish military establishment in Palestine⁵⁸ will be able to hold its own against the British and the Arabs, and, even if they do not „it is better to die fighting on your own soil than in a gas-chamber“. The Jew-Arab differences are being discounted as of „British manufacture“. These convictions are strongly implanted even among people who are admittedly not active Zionists.

- (2) This agent was told, on several occasions, by various members of the community: „Remember that you are Jewish first and American only in the secondary sense. You never know what is going to happen to you in the U.S. within the next few years. As soon as the Palestine state is formed, you, and all American Jews should instantly assume Palestinian citizenship“. „This will enable you to maintain your self respect in the knowledge that our are being protected by your own country and that you are no longer an undesirable stranger in a foreign land“.
- (3) Color posters of similar tenor are prominently displayed in the local Jewish Committee. They show, on one side, a lost and bedraggled Jewish immigrant standing forlornly with his baggage on the sidewalk amid unmistakably American skyscrapers. The other side shows the same immigrant smiling and contented, marching with a determined step towards a sun-lathed Palestinian farm overflowing with produce. The attached slogan exhorts the people to abandon thoughts of the Diaspora (exile – in this case the U.S.) and to go to their own country where there is a place waiting for them⁵⁹.

c. Attitude Toward US Occupation⁶⁰

- (1) The view that most Jewish DP's with whom this agent came in contact take of Military Government and of U.S. troops is a sized one. On the one hand, they unanimously admit that the United States occupation is the only thing that stands in the way of a renewed wave of German persecution. On the other hand, it is charged that M[ilitary] G[overnment] officers and occupation troops that have arrived in the theater since the end of hostilities have displayed a pronounced anti-semitic attitude, and that the incidents of U.S. soldiers insulting or assaulting Jewish persons in the street [folgt S. 5:] are multiplying. A chairman of a local Jewish committee charged that the U.S. soldiers are subjected to the influence of their German girlfriends⁶¹ who encourage such behavior on their part. That same

entstanden und dienten beim britischen East Kent Regiment („Buffs“). Sie führte eine eigene Fahne, hatte britische Bataillonskommandeure und jüdische Unterführer. Ihre Stärke lag bei ca. 5000 Mann. Zusätzlich zum Einsatz in Ägypten, Norditalien und Nordwest-europa leitete sie erste Maßnahmen für Überlebende der KZ ein und kooperierte eng mit BRICHAH.

⁵⁸ Gemeint ist vermutlich die Haganah (Hebrew Defense Organization in Palestine), die weit-aus größte militärische Untergrundorganisation, die unter der Kontrolle der Jewish Agency for Palestine stand.

⁵⁹ Das Plakat war vom Central Committee of Liberated Jews (München) herausgegeben worden. Vgl. Koppel S. Pinson, Jewish Life in Liberated Germany, in: Jewish Social Studies Vol. IX, No. 2 (April 1947), S. 116.

⁶⁰ Hier werden offenbar Erfahrungen des Agenten wiedergegeben, die nicht ausschließlich aus der Beobachtung dieser Einzelgruppe stammen.

⁶¹ Das „non-fraternization“-Gebot war in der Direktive JCS 1067 (April 1945) ausgesprochen

official made a statement that, during black market raids in railroad stations or other public places, Military Police, when given a choice of searching a number of persons with suitcases would invariably pick those with Jewish appearance, and that black market operations committed by Jews are publicized⁶², whereas those committed by Germans are being hushed up. It was also stated that Military Government had frequently displayed indifference whenever German government officials have acted to the disadvantage of Jewish communities in the matter of requisitioning living space, residence permits, etc., and that action would only be taken when violations have assumed proportions where they could no longer be overlooked (as in the cited case of the Buergermeister of MUNICH and Staatskommissar AUERBACH⁶³).

- (2) (Agent's Note: The allegations regarding black market raids merit special attention. The same persons who made the statement regarding the attempt on the part of the U.S. authorities to expose the Jewish DP's as principal black market operators in the zone, which, they claimed was untrue, would later spend hours explaining to this agent why it *was necessary* for most dispossessed and homeless Jews to practise black market in order to keep alive and to procure bare necessities of civilized existence, and that, therefore, *any attempt to prevent them from doing so amounted to persecution*. Later, these same persons, in the privacy of their own homes, would offer and conclude with this agent black market operations on a considerable scale although it was evident from their dress and household furnishings that they were definitely not dependent on it for „bare necessities“. In this connection it must be realized that sensitivity of the current type of Jewish DP's in the zone has reached a neurotic point. Any slightest remark or any official measure, be it one not even intended to apply to them, would be discussed on [a] single criterion: „Is it or is it not anti-semitic?“ On this basis, charges of anti-semitism are often built up on cases where it was hardly existent, or not even applicable.)

d. Attitude Toward Germans

worden, verwischte sich jedoch nach anfänglich strikter Beachtung. – Aufschlußreich ist auch das Schreiben des World Jewish Congress, New York, an den Secretary of War Robert P. Patterson v. 18. 7. 1947: „There is evidence on all sides of a lack of indoctrination of these [US] troops against anti-Semitism and the virus of Nazi ideas fed to them by German frauleins.“ IfZ: Fg 13/2.

⁶² Vgl. Vortrag von Col. Harry S. Messec (PoW&DP Division) in der OMGUS Staff Conference v. 27. 8. 1947 zur Frage nach den Schwarzmarktaktivitäten der jüdischen DP's: „Probably most of the black marketing among displaced persons is done by the Jewish DP's; however, I seriously question if their activities are any greater proportionately than those of other elements of the German population.“ National Archives: RG 260, 155-2/3, folder 2. DP's außerhalb von Lagern erhielten deutsche Lebensmittelkarten und unterstanden in Sachen Schwarzmarkt deutschen Gesetzen, wobei die Verfahren allerdings vor US-Militärgerichten anhängig gemacht wurden. Vgl. IfZ: Fi 01.56 (Eintrag v. 1. 10. 1946).

⁶³ Die Anspielungen auf Dr. Karl Scharnagl und Dr. Philipp Auerbach sind undeutlich. – Scharnagl war von den Amerikanern eingesetzt und wurde durch die Stadtratswahlen v. 6. 6. 1946 als OB bestätigt. Auerbach war nach Beschluß des bayerischen Ministerrats v. August 1946 als Staatskommissar für rassisch, religiös und politisch Verfolgte nach Bayern berufen worden; er arbeitete eng mit jüdischen Organisationen zusammen und wurde auch in der Anfangszeit seiner Amtstätigkeit mehrfach heftig kritisiert. Nach einem aufsehenerregenden politischen (?) Prozeß (14. 4. – 14. 8. 1952) wurde er zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt, beging in der Nacht nach der Urteilsverkündung jedoch Selbstmord.

- (1) In keeping with the resurgent nationalism and persecution complex, the Jewish DP's view the Germans with ostentatious enmity and the relationship is one of equally ostentatious ostracism. The following points have become clear to this agent from discussions:
 - (a) „The Jewish DP's fear and anticipate the rapid recovery of Germany under the „lax“ American rule, and the resulting resumption of anti-semitic measures as soon as US troops leave German soil⁶⁴.“ [folgt S. 6:]
 - (b) „They persist in the conviction that non-Nazi or anti-Nazi Germans are so few as to warrant total discount, and that Nazi (meaning anti-semitic) feeling has spread rather than diminished during the post-war period.“
 - (c) „They interpret the reluctance of German officials to grant housing space to DP's as an attempt to sabotage them, totally ignoring the fact that both the German authorities and the German population are equally disaffected with all refugees streaming into the zone and creating new housing problems at the expense of the residents, this disaffection including as its target Silesian and Sudeten-German refugees as well. When this point is brought to their attention it is not even listened to⁶⁵.“
- (2) It is symptomatic that another Committee chairman, who, in front of this agent, asserted that he would not even employ a German maid at his home for fear of giving Germans employment, was later overheard by this agent in conversation at which he was calculating the profits that sale of black market articles to German operators would bring him.

5. *Opinions*

a. Views of United States and UNRRA

- (1) Most DP's in the group under discussion have exhibited vivid interest in U.S. affairs, since a large proportion of them hoped to immigrate there. The agent has noticed, as was to be expected, a total misconception of U.S. life and politics.
- (2) The agent was questioned at great length on the relationship between Jews and Christians in the United States and on the „resulting restrictions on Jews“. Most DP's exhibited a conviction that a Republican administration meant an inauguration of a policy persecution, since it was an opposition party to ROOSEVELT's administration which was tolerant toward Jews. They refused to believe that the issues between Republicans and Democrats did not, to any consequential degree, include the Jewish problem and that no major changes in the treatment of Jews were to be expected. They further condemned the „policy of assimilation“ on the part of the American Jewry, asserting that „it would get them precisely where it got the German Jews“.
- (3) The restrictive U.S. policy on Jewish immigration and the United States' reluctance to in[ter]fere in Palestine were viewed as a logical consequence of the Republican ascession to power⁶⁶ and a symptom of the desire to „keep the remnants of European Jewry permanently on concentration camp status“. The belief was stated that „ROOSEVELT would have handled it differently“. [folgt S. 7:]

⁶⁴ Offenbar wörtliche Zitate aus dem ursprünglichen Agentenbericht.

⁶⁵ Im Verhältnis zu den anderen westlichen Zonen war die US-Zone durch die Aufnahme von deutschen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen überproportional belastet.

⁶⁶ Offenbar ein Irrtum. – Truman, der nach dem Tode Roosevelts am 12. 4. 1945 Nachfolger im Präsidentenamt wurde, war ein „Democrat“. Er wurde am 9. 11. 1948 für eine weitere Periode zum Präsidenten der USA gewählt.

- (4) Since most DP's regard UNRRA as an American institution⁶⁷, the views expressed on that organization are significant. One member of the Jewish community (who has spent seven years in Soviet Asia) commented: „The UNRRA has done the greatest possible disservice to the Jewish people, albeit perhaps with the best will in the world. They have permitted DP's to live on charity without any obligation to earn their living. Those people never had vocational training in concentration camps and, consequently, they are being brought up with the belief that the world will care for them indefinitely, and all they have to do is a little operating on the side to make it more comfortable. As a result, UNRRA has produced a breed of parasites that no country is willing to admit as a result of their uselessness.“ This same person is full of praise for the Soviet system which has exploited the refugee labor to the full in Asiatic regions, and, although he admits that a great number of the refugees have died there as a result of hardships, yet „at least a half have thus survived, which they wouldn't have if they chose to stay in German-controlled Europe, relying on the hope of emigration elsewhere.“

b. Indoctrination

- (1) Most DP's who have spent the war years in the Soviet Union or with the Soviet Army or partisans show by the cynicism of their views that they have been thoroughly indoctrinated, which, in particular, is to be expected from formerly Soviet Officers. One member of the community, formerly a 1st Lt.⁶⁸ in the Soviet Army, *questioned the agent at great length about U.S. troop movements along the border, the type of training currently engaged in, and the type of basis training received by U.S. troops*⁶⁹. Then, failing to receive satisfactorily explicit answers, he launched into a comparison of training between U.S. and Soviet officer corps, stressing the superiority, length and specialization of the Soviet training over the American system. Later, from intercepted correspondence⁷⁰, *this agent ascertained that the individual in question is awaiting an affidavit to immigrate to the United States.*
- (2) The following statement was made by one former Soviet repatriate on the Russian „shrewdness“ in allocation of manpower in the war. He stated that it had been an

⁶⁷ Die United Nations Relief and Rehabilitation Administration wurde zwar in Washington gegründet (9. 11. 1943), hatte aber 44 Mitgliedsstaaten. Das obige Urteil bezieht sich auf die übermäßig starke Vertretung von Amerikanern unter dem höheren UNRRA-Personal. In der SHAEF-Phase hatte es sogar Bestrebungen gegeben, daß das UNRRA-Personal von den Militärstellen gemustert und einberufen werden sollte. Vgl. Pollak-Memorandum v. 4. 7. 1945, IfZ: Fi 01.27, S. 10–11. Auch der Generaldirektor von UNRRA, General Morgan, beklagte die enge Verflechtung mit OMGUS und trug sich mit Überlegungen, zum Zweck von ersten Entflechtungsmaßnahmen das Central HQ for Germany von Hoechst nach Arolsen zu verlegen. Vgl. Lindt-Memorandum v. 31. 12. 1945, IfZ: Fi 01.13, S. 27. – Zur Funktion und Kompetenz von UNRRA in der US-Zone vgl. USFET, Policy Memorandum v. 21. 2. 1946, IfZ: Fi 01.07, S. 72–73. – Zur Bewertung der UNRRA durch die Amerikaner vgl. den Colmer-Bericht des Special Committee on Postwar Economic Policy and Planning des US-Congress (Dezember 1946) unter dem Titel „Economic Reconstruction in Europe“: „The Committee entirely supports bringing UNRRA to an end and calls attention to the manner in which experience with this international organization bore out the committee's predictions of inefficiency and lack of protection of American interests.“ IfZ: ED 122 (Pollak papers), Bd. 46.

⁶⁸ „First Lieutenant“, etwa Oberleutnant.

⁶⁹ Kursive Stellen sind im maschinenschriftlichen Original unterstrichen.

⁷⁰ Solche Überwachung oblag der US Civil Censorship (Germany).

unwritten policy of the military to send primarily Russian nationals into combat, whereas minority nationalities, like Kirghiz, Turkman and Jews, who did not exhibit the same degree of „patriotism“ were usually assigned to the zone of communications, where, not only could they be more closely supervised and prevented from deserting, but where some of the innate abilities (such as business and management in the case of Jews) could be used to better advantage than in direct combat. A similar policy was reportedly followed in assigning Army-inducted manpower of minority extraction (again – principally Jews) as technicians and specialists in supervision of war-plants.

- (3) The same individual expressed admiration at the generosity with which the Russians permitted any refugee who entered, to assume Soviet citizenship and remain in the Soviet Union if he so desired, [folgt S. 8:] which was more, he claimed, than any European power did.
- (4) As was previously observed among former Soviet officer personnel, the Jewish DP's in question have a very poor opinion of the U.S. soldier's combat efficiency, toughness and endurance as compared with the Soviet soldier. The U.S. soldier, they claim, is pumpered and delicate, and would not subsist for a week on the rations on which the Soviet Army fought the war.
- (5) Other persons, likewise on the waiting list for immigration to the United States or Canada have made the following statements:
 - (a) „The war was fought and won almost exclusively by the Soviet Union. The part of the United States in the war consistend in selling gasoline to Hitler.“
 - (b) „The Soviet Union is the only power properly handling the occupation of Germany.“
 - (c) „The U.S. policy in Germany is to enslave the German economy to the American capital thus buying up German industries and making them subsidiaries of American concerns. In that manner, the American capital ensures for itself a pool of cheap labor in Germany which can be indefinitely exploited to its advantage.“
 - (d) „The American imperialism is manifested not in acquisition of territory but in indirect control of it through capital investments.“

It is significant that these persons deal in terms of „American capital“, „British capital“, „French capital“ where normally the term „United States“, „Great Britain“ or „France“ would be used. When questioned on the subject, they express a belief that, since the respective governments are being controlled by their „capitalists“, the terms are synonymous.
- (6) It is considered significant by this agent that views derived from indoctrination of former Soviet military personnel are beginning to pervade that section of the Jewish DP's who had not been in Russia, because of the isolation of both groups restricting them to associate most frequently with each other.
6. Even though the basis on which this report was formed is not broad enough to warrant generalization, it is of interest in the sense that the views and opinions expressed to this agent would normally be withheld from U.S. officials directly interested in collecting them. It is therefore [folgt S. 9:] recommended that the report be brought to the attention of the United States authorities, the American consul, intelligence agencies and other authorities concerned.

Special Agent CIC

[Aktenzeichen unleserlich]

Special Agent CIC

Executive

[Stempel:] Copy 5 of 7 copies

Wenn Sie Ihre 4 Hefte mit dem Jahresinhaltsverzeichnis an unser Postfach schicken, erhalten Sie 4 Wochen später ein gut gebundenes Buch zurück. Es hat einen roten Einband, eine Goldprägung auf dem Rücken und kostet DM 18.80 pro Band.

Ältere Jahrgänge binden wir auch, es sind sämtliche Einbanddecken vorrätig. Darüber hinaus erledigen wir sämtliche Buchbinderarbeiten; unser Merkblatt gibt auf alle anstehenden Fragen Auskunft. Wir schicken es Ihnen gern.

Richard Mayer, Buchbindermeister, Hasenbergstraße 95 A, 7000 Stuttgart
Tel. (07 11) 63 52 85

MITARBEITER DIESES HEFTES

Hellmuth Auerbach, Wiss. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19.

Dr. Wolfgang Jacobmeyer, Wiss. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19.

Dr. Udo Wengst, Fachbereichsassistent im Fachbereich Geschichte der Universität Tübingen; Karl-Benz-Straße 34, 7405 Dettmhausen.

Dr. Peter Wulf, Wiss. Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Kiel; Nierott 46, 2303 Gettorf.